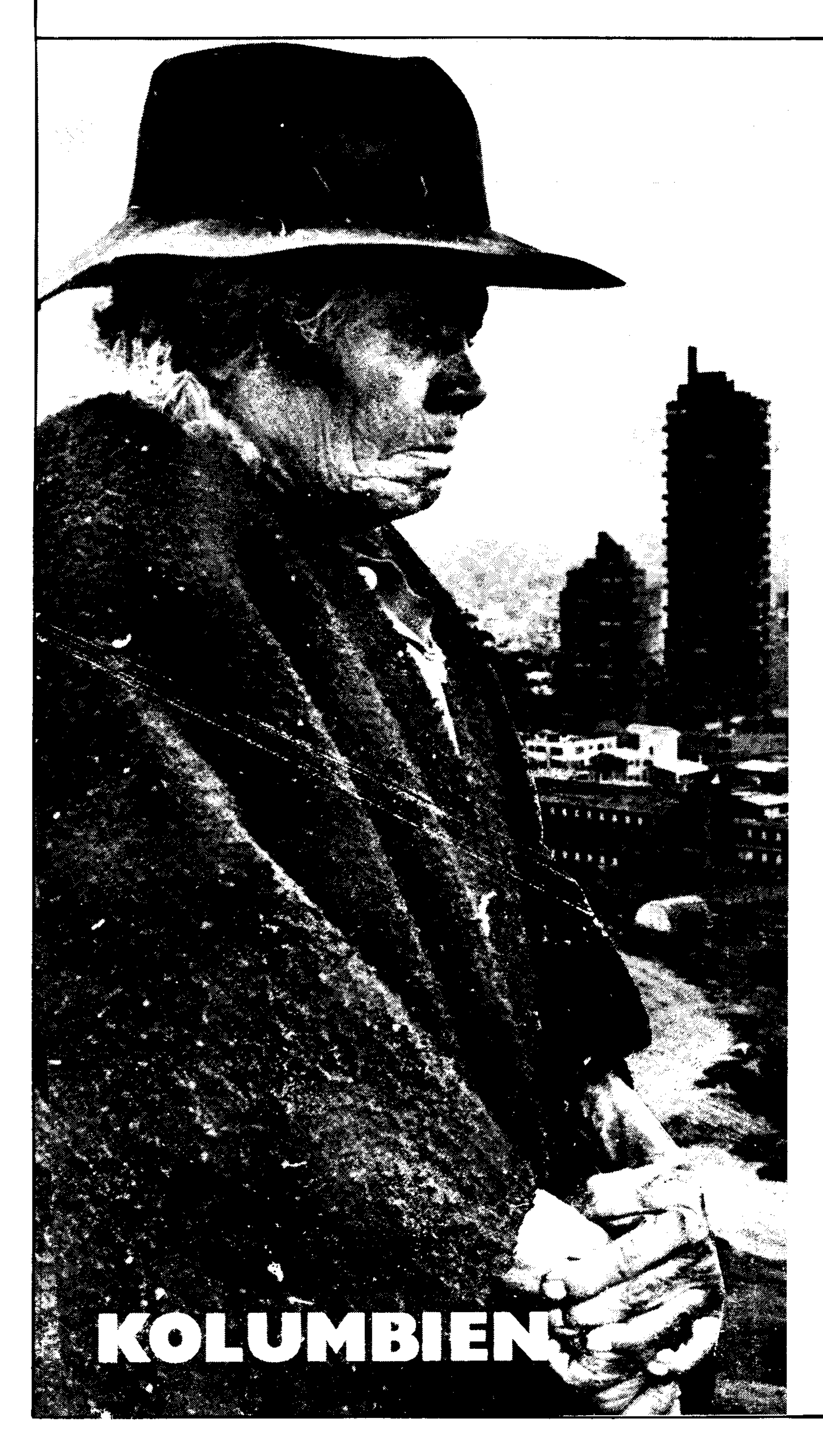
Lay-Out.

M 34

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 77 Mai 1979 DM 2.50

Impressum

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761 / 74 003
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr

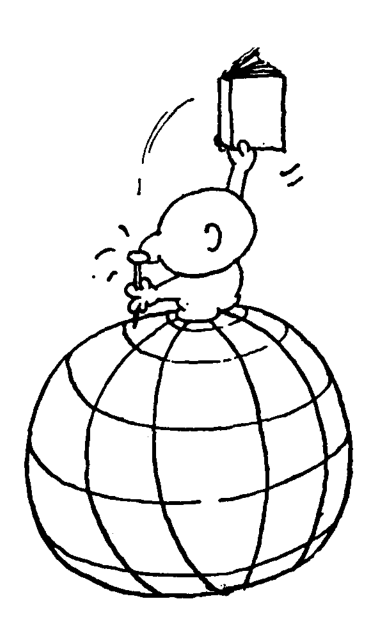
Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Hartmut Jung, Klaus Höweling, Uli Kieser, Eugen Kohm, Elisabeth Lauck, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Christian Neven-du Mont, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid , Bertina Schulze-Mittendorf, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755;

Satz: Composer-satz-Service, Eichendorffstr.5 5204 Lohmar 1, Tel.: 02246 / 78 82

Druck: SOAK Hannover, Tel. 17618

Dem als Streifbandzeitung versandten Teil der Auflage liegt ein Bestellzettel bei.



Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28, (für Rentner, Arbeitslose, Schuler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschatzung: DM 20,-).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,- bzw. 20.

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Lateinamerika

Brasilien

Regierungswechsel und relative Demokratie

Bei den Parlaments- und Kongreßwahlen am 15. November 1978 erreichte die in Brasilien einzig zugelassene Oppositionspartei MDB (Movimento Democratico Brasileiro) gegenüber der Regierungspartei ARENA (Alliancia Renovadora Nacional) die absolute Mehrheit aller abgegebenen, gültigen Stimmen. Daß die Sitzverteilung in der Abgeordnetenkammer und im Senat trotzdem zugunsten der ARENA ausfiel, war das Ergebnis einer Verfassungsänderung, die Staatspräsident Geisel vor den Wahlen vorgenommen hatte: die Anzahl der Parlamentssitze wurde nicht mehr nach der Wählerbeteiligung, sondern nach der Bevölkerungsdichte der Bundesstaaten vergeben, sodaß der Nordosten, der als traditionelles Gebiet der ARENA gilt, mehr Parlamentssitze erhielt als der Süden, wo die MDB - Prtei ihre stärkste Wählerschaft hat. (SZ 21.11.78).

Vor dem Hintergrund dieser politischen Konstellation vollzog sich Mitte März dieses Jahres der Amtswechsel des Staatspräsidenten, der von Geisel auf den inzwischen 5. Generalpräsidenten seit dem Militärputsch von 1964 überging: General Figueiredo, unter Geisel Leiter des militärischen Nachrichtendienstes SNI.

Infolge einer weiteren Verfassungsänderung wird Figueiredo sein Amt nicht mehr fünf, sondern sechs Jahre behalten. Für 1985 ist die Ablösung des Generals durch einen zivilen Diktator versprochen ...

Figueiredo versicherte in seiner Antrittsrede, Brasilien wieder in eine Demokratie zu verwandeln und eine soziale Modernisierung durchzuführen. Gleichzeitig will der General für die Kontinuität der Politik von 1964 sorgen!
(NNZ 21.3.79; SZ 17./18.3.79)

Schon die Regierung Geisel hatte auf innenpolitischen Druck hin auf die Forderung der Oppositionsbewegung reagieren müssen, um nicht Opfer ihrer eigenen Politik zu werden. Geisel machte formale Zugeständnisse, indem er eine kontrollierte Liberalisierung in Gang setzte: Abschaffung der Todesstrafe und der lebenslänglichen Haft, Aussetzung des Ausnahmezustandes, Amnestie für einige politische Gefangene und Einsetzung der Habeas - Corpus - Akte (sichert die Rechte eines Gefangenen während der Haft und im Verfahren). Geisels Nachfolger Figueiredo beurteilte die Politik seines Vorgängers, indem er auf die Frage nach weiteren Demokratisierungsmaßnahmen antwortete: „Ich finde, daß 90% bereits von Präsident Geisel gemacht und vom Kongreß gebilligt worden sind."
(AIB Nr. 2/79)

Über Geisels „Demokratisierungsmaßnahmen" äußerte die brasilianische Bischofskonferenz am 26.10.78: „Jetzt gibt es den Fall mit dem Gesetz der Nationalen Sicherheit. Zweifellos weist diese Gesetzesvorlage beachtliche Elemente der Öffnung auf, die — gebe es Gott — unverzüglich der großen Zahl von sogenannten politischen Gefangenen, Exilierten und Verbannten zugute kommen möge. Aber es gibt keinen Zweifel daran, daß die Vorlage noch in dem Irrtum befangen ist, ... Sicherheit eher als ein Privileg des Staates anzusehen, als ein Recht der Nation. Daraus resultiert die Tatsache, daß man sie als ein politisches Geschenk präsentiert, das der Nation durch den Staat zugestanden wird, der als nicht hinterfragbarer Schiedsrichter weiterhin der Nation das Maß für die Ausübung ihrer Rechte zubilligt." (Informationen: Inst. für Brasilienkunde, Juli - November 1978).

Die Macht der Militärs war nur noch durch politische Öffnung im Sinne der „relativen Demokratie" zu halten. Die Maßnahmen der Regierung sind als Liberalisierung zu verstehen, die auf der Grundlage der bestehenden Machtstruktur vorgenommen werden — langsam und kontrolliert.

General Rodrigo Otavio Jordao, dienstältester Offizier des Obersten Militärgerichts, ist entgegen den bisherigen Wahltraditionen nicht zum Präsidenten dieses Forums gewählt worden. Der General hatte sich in mehrfachen Äußerungen für eine rasche und vorbehaltlose Demokratisierung eingesetzt; er verlangt die direkte Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk und nicht durch Wahlmänner, die Wiedereinführung des Streikrechts und den Widerruf aller Ausnahmegesetze. Einer der neuen Richter, der Otavios Gegenkandidaten gewählt hatte, erklärte die Wahl: „Wir haben ihm diese Niederlage gewiß nicht zugefügt, weil er ein Liberaler ist. Nur sahen wir uns gezwungen, ihn daran zu hindern, in unserem Forum weiterhin politische Reden zu halten."
(FR 2.3.79).
Der Fall des Jordao ist wie das Ausscheiden General Abreus aus dem Kabinett Geisels vor einem Jahr ein Zeichen dafür, daß die zögernde Liberalisierung in den eigenen Reihen der Militärs Unruhe und Zwiespalt schafft.

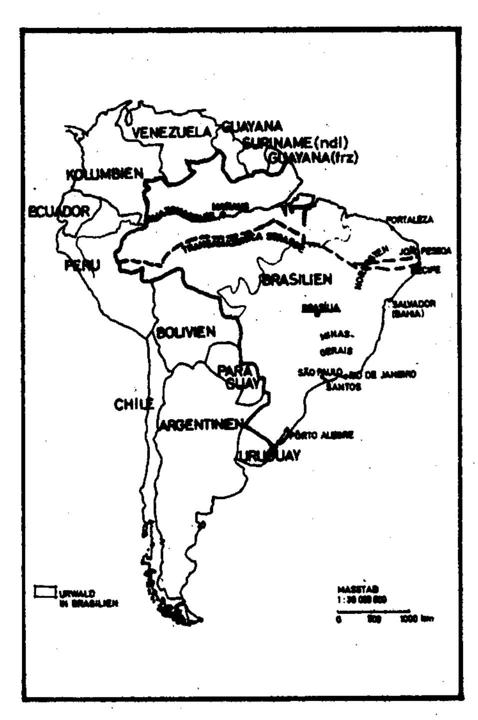
Daß die von Figueiredo versprochene Kontinuität der Politik der Militärs von 1964 gewahrt bleibt, wurde neben Figueiredos Nominierung selber auch durch die Zusammensetzung des Kabinetts gesichert: die Mehrheit der Minister gehört zu den konservativen Technokraten, die schon unter den bisherigen Regierungen führende Posten innehatten.

Unter ihnen General Golbery als Präsident des Zivilkabinetts; er ist Begründer der Doktrin der „Nationalen Sicherheit" und bedeutendster Befürworter ausländischen Engagements im Lande. Der ehemalige Finanzminister Netto, der zu den sog. Vätern des „brasilianischen Wirtschaftswunders" zählt, tauchte als Landwirtschaftsminister wieder auf. Netto wurde von den meisten Privatunternehmern als ihr eigentlicher Interessenvertreter angesehen Der neue Innenminister Andreazza war unter Medici Transportminister und damals für den Ausbau der Transamazónica verantwortlich. Der bisherige Präsident der Banco do Brasil, Karlos Rischbieter, übernahm das Amt des Finanzministers. Sein Vorgänger unter Geisel, Simonsen, wurde Planungssekretär mit erweiterten Vollmachten; er war bisher Vizepräsident der Banco Bozzano - Simonsen und Berater großer Firmen. (FR 19.1.79, NfA 15.3.79). Figueiredos neuer Generalstabschef Serpa ließ die neue alte Linie deutlich werden, als er in seiner Antrittsrede vor der obersten Kriegsschule erklärte: „Der politische wie der wirtschaftliche Liberalismus sind überholt. Demokraten können sich keine selbstmörderischen Tendenzen leisten. Der Kampf gegen Kommunismus und Korruption geht weiter ..." (ZEIT 6.4.79).

Die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung Brasiliens stellt sich beim Regierungswechsel schlechter dar, als zu Beginn des letzten Jahrzehnts.

Das brasilianische „Wirtschaftswunder" hat sich zuungunsten der unteren Schichten ausgewirkt. Im Dezember 1965 mußte ein Arbeiter, der den offiziellen Mindestlohn erhielt, 87 Stunden pro Woche arbeiten, um die Grundbedürfnisse zu decken. 1977 hatte sich diese Stundenzahl auf 167 pro Woche erhöht! Im Jahr 1972 erhielten 52% der arbeitenden Bevölkerung nicht mehr als den gesetzlichen Mindestlohn; dieser Anteil wird sich bei gleichbleibender Wirtschaftspolitik 1980 auf über 60% erhöhen. (FT 29.3.79). Es verdienen aber immer noch ca. 12 Millionen Brasi-

lianer weniger als den gesetzlichen Mindestlohn (der in Rio etwa 115.- DM beträgt). (ZEIT 6.4.79). Die Einkommenskonzentration hat dazu geführt, daß um 1974 nach einer Studie der Weltbank 7 Millionen Familien oder 32% in völliger Armut lebten. (NZZ 2.11.78)



Das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den Schichten vergrößerte sich und auch das Gefälle zwischen Stadt und Land sowie dem industrialisierten Süden und dem ländlichen Norden, dem Armenviertel Brasiliens.

Die Regenfälle der Monate Februar und März dieses Jahres trafen in besonders harter Weise die Bevölkerung des Nordostens, die in ihrer Existenz sowieso auf keine Notreserven zurückgreifen kann. Im Fluß Sao Francisco kam es zum größten Wasseranstieg des Jahrhunderts. In den Anrainerstaaten wurden 130.000 Obdachlose, 20 überschwemmte Städte und ein Schaden von einer Milliarde Cruzeiros registiert. (Informationen, Institut für Brasilienkunde, Januar - April 1979

In anderen Gebieten Brasiliens war es zur gleichen Zeit zu Schäden aufgrund großer Trockenheit gekommen. General Figueiredo machte aufgrund dieses Zusammentreffens der Naturkatastrophen die zynische Bemerkung: „Wir sollten eine Andacht halten und hoffen, daß Gott lernt, den Regen besser zu verteilen, bislang hat er noch nicht verstanden, seine Wohltaten zu verteilen." (FR 28.2.79)
Es ist abzusehen, daß Brasilien aufgrund der jetzigen Situation in diesem Jahr und auch das nachkommende Jahr mehr Nahrungsmittel importieren muß.

Streiks und Gewerkschaftsbewegung

Kurz vor dem Amtsantritt Figueiredos entwickelte sich die größte Streikbewegung seit 1964.
215 000 Metallarbeiter von Vororten Sao Paulos forderten außer dem staatlichen Teuerungsausgleich von 44% noch eine Sonderzulage von 34%, die den Lohnabhängigen 1972 und 1973 durch eine bewußte Fälschung des amtlichen Teuerungsindexes vorenthalten worden waren. (Damaliger Finanzminister war Netto). (FR 16.3.79)

Den Metallarbeitern schlossen sich die der Flugzeugfabrik Embraer und 35 weitere Firmen an, außerdem die Angestellten des Zigarettenmonopols Souza Cruz. Seit Anfang April streikten auch die Lehrer in Rio Grande do Sul und Sao Paulo sowie Ärzte, Krankenpfleger und sonstige Beschäftigte des Gesundheitswesens in Sao Paulo. Die Lehrer forderten einen Mindestlohn von 550.- DM, Ärzte und Krankenpfleger eine Lohnerhöhung um 150%. Alle Automobilwerke des Staates Sao Paulo, über tausend Zulieferbetriebe und sämtliche Schulen waren lahmgelegt. Einbezogen in die Arbeitskämpfe sind VW do Brasil, Mercedes - Benz, Ford, General Motors, Saab, Chrysler, Rolls Royce, Alcan und Philips. (FR 16.3.79; SZ 17. / 18.3.79; Guar 4.4.79).

Von der Regierung wurde der Streik für illegal erklärt und der Ausstand der drei beteiligten Fachsyndikate befohlen. Die Vorsitzenden der drei Stahlarbeitergewerkschaften wurden durch „Administratoren" ersetzt und die Gewerkschaften selber unter direkte staatliche Kontrolle gestellt. (NZZ 25.3.79 + 5.4.79).

Die brasilianische Polizei wurde zum Einsatz gegen die Streikenden und zur Festnahme von 170 Gewerkschaftlern gebracht. Die Leitung des VW do Brasil - Werkes forderte Polizeitruppen als sog. Werkschutz (800 bis 1 00 Mann) an.

Nach 14 - tägigem Arbeitsausstand wurde der Metallerstreik schließlich „in Übereinstimmung mit den drei Gewerkschaften" beendet, nachdem eine Lohnerhöhung von 63% von Arbeitgeberseite vorgeschlagen worden war (LM 29.3.79), damit war die ursprünglich als Ziel gesetzte Marge von 77,1% nicht erreicht. (Guar 4.4.79).

Um den Lohnkämpfen etwas entgegenzusetzen, wurden die Preise für Grundnahrungsmittel für 60 Tage eingefroren.
Neben den Lohnerhöhungen war bei den Streiks für die Stabilität der Arbeitsplätze gekämpft worden. Gerade in den Autowerken wurden Angestellte alle paar Monate in grosser Zahl entlassen und durch andere ersetzt. Durch diese Praxis, die von der Regierung geduldet wurde, erreichte man die Entlassung von Aktivisten und befreite die Firmen von der Zahlung der Dienstaltersprämien und bestimmter Sozialleistungen. (FR 16.3.79). Die Forderung nach Sicherung des Arbeitsplatzes wurde abgelehnt. (LM 22.3.79). Figueiredos Kommentar zu den Streiks: „Die Bekämpfung der Inflation ist unvereinbar mit einem Lohnausgleich weit über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten." (Guar 4.4.79).

Das Gewerkschaftswesen, das in Brasilien bis auf die dreißiger Jahre zurückgeht, ist gekennzeichnet durch eine starke Aufsplitterung in kleine Berufsgewerkschaften, selbst innerhalb eines einzigen Betriebs. Zu vergleichen wäre die bisherige Gewerkschaftsstruktur mit der italienischen unter Mussolini: keine Betriebsräte, zersplitterte Einzelgewerkschaften, denen jede Planung gemeinsamer Aktionen verboten ist; Führer, die ihre persönlichen Interessen anstreben. Es ist klar, daß die Existenz einer zersplitterten Gewerkschaftsbewegung die Kontrolle über die Arbeiter erleichterte, zumal in der Gewerkschaftsführung Leute saßen, die lieber mit den Unternehmern als mit den Arbeitern verhandeln. (FR 11.9.78, SZ 14. / 15.10.78).

Das Zentrum der brasilianischen Automobilindustrie ist Sao Bernardo. Chef des dortigen Metallsyndikats ist Luis Inacio da Silva („Lula"), ein Aufzugsmechaniker, der als Gegenspieler der angepaßten Alt - Gewerkschaftler gilt. Leitsatz seiner politischen Philosophie: „Die Geschichte lehrt, der Arbeiter kann sich auf niemanden verlassen als auf den Arbeiter."

Mit der deutschen IG Metall - Spitze, die schon mehrmals in Brasilien war - aber immer nur bei den Werksleitungen der deutschen Filialfirmen - hatte Lula Grund sich auseinanderzusetzen. Er bekam bisher nicht die Gelegenheit dazu. Anlaß zu solch einem Gespräch gibt VW do Brasil: in keinem anderen Automobilwerk Sao Bernardos sei die Durchsetzung der Belegschaft mit Spitzeln, die Überwachung der Arbeiter mit Fernsehkameras und das System einschüchternder Sanktionen so perfekt. (SZ 14. / 15. 10.78).

Aber Lula bekam von Schmidt während des letzten Kanzler - Besuchs in Sao Paulo nur den Rat, in der Wolfsburger Zentrale des Konzerns bei den Betriebsräten in die Lehre zu gehen. Zum Streik kommentierte Schmidt, kein Mensch werde in Brasilien investieren, wenn die Lohnstückkosten zu hoch seien ... (Spiegel 16.4.79).

Schmidt - Besuch und Atomvertrag

Die mit dem Brasilien - Besuch eingeleitete Lateinamerika - Reise des deutschen Bundeskanzlers Anfang April 1979 bedeutete für die neue Regierung eine wichtige politische Anerkennung durch ihren zweitgrößten Handelspartner. Sie stellte auch eine Art Demonstration Brasilias gegenüber Washington dar: es sollte eine - wenn auch in der Realität nicht vorhandene - Unabhängigkeit von den USA bewiesen werden.

Das Netz der deutsch - brasilianischen Zusammenarbeit sei dicht und tragfähig, äußerte sich Schmidt. Deutsche Industrieunternehmen leisteten einen wichtigen Beitrag zu der eindrucksvollen Anstrengung des Landes, sich in einen modernen Industriestaat zu verwandeln. (SZ 5.4.79).

Brasilien hat für die BRD nicht nur einen hohen Stellenwert als Investitionsgebiet, sondern spielt innerhalb der Entwicklungsländer auch eine besondere politische Rolle. Das Land gehört - gemessen an seinem Bruttoinlandsprodukt - zu den zehn wirtschaftlich mächtigsten Nationen der Welt. (ZEIT 6.4.79). Es ist ein sogenanntes Schwellenland, das unter den Dritte - Welt - Staaten eine führende Position einnimmt. Der Schmidt - Besuch kann auch als Vorbereitung der bevorstehenden UNCTAD - Konferenz gesehen werden: der Bundeskanzler, der Rohstoffonds und „weltweiten Protektionismus" ablehnt, versuchte, seinen Gastgebern die Besonderheit brasilianischer Interessen im Gegensatz zu denen der anderen Entwicklungsländer deutlich zu machen. Brasilien ist für die BRD ein guter Hebel, um die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer durch Spaltung zu schwä-

chen. Die Empfehlung Bonns für die „Entwicklung" Brasiliens ist demzufolge: reger Handel, industrielle Zusammenarbeit und Solidarität mit der BRD. (Spiegel 16.4.79).

Wichtigster Punkt der Staatsvisite war aber der deutsch - brasilianische Atomvertrag. Das Abkommen soll durchgezogen werden, wie es vereinbart war - unabhängig von Harrisburg, unabhängig von der wachsenden Auslandsverschuldung, der sich verstärkenden Kritik aus den Reihen der Opposition und auch unabhängig davon, daß sich Brasilien weigert, dem Atomwaffensperrvertrag beizutreten.

Mit dem Vertrag von 1975 erhielt die deutsche Kraftwerksunion (KWU) ihren bislang größten Exportauftrag. Folgende Lieferungen sind vorgesehen:

- 8 Atomkraftwerke
- Uranerz - Aufbereitungsanlagen
- Anlagen zur Anreicherung schwer spaltbaren Urans
- Wiederaufbereitungsanlagen (Absonderung wiederverwendbarer Teile der Brennstäbe).

(LN 23.3.79).

Von den acht Atomkraftwerken sind zwei bereits in Bau. Es hat sich herausgestellt, daß sich ihre reinen Baukosten verdreifachen werden (ursprüngliche Planung: 1,9 Mrd. DM). Die Baufirmen Odebrecht und Hochtief dürfen alle Mehraufwendungen mit 12% Gewinnaufschlag an den brasilianischen Staat weitergeben. (LN 23.3.79). Die Gesamtkosten des Atomgeschäftes sind mit 57 Milliarden DM veranschlagt.

Die „Kreditanstalt für Wiederaufbau" vergibt im Rahmen des Atomvertrages einen Kredit von 1,3 Milliarden DM. Außer den Gewinnen aus dem Vertrag erhält die deutsche Industrie für die Lieferung der Atomindustrie den Zugang zu den brasilianischen Natururanvorkommen, womit die Abhängigkeit vom amerikanischen Urankartell abgebaut wird. (LN 23.3.79).

Kritik wurde am Atomabkommen Bonn - Brasilia in Brasilien auch laut: Brasilianische Unternehmer und Oppositionelle wandten sich gegen die Projekte und das Abkommen mit der BRD. Die Nutzung der Wasserkraft des Landes sei unterschätzt worden und sie wäre - so äußerte der Direktor eines Wasserkraftprojektes vor einem Untersuchungsausschuß des brasilianischen Kongresses - preiswerter als der Einsatz von Atomkraft. (FR 5.4.79). Der Energieminister unter Geisel, in dessen Amtsperiode der Beginn des Vertrages fiel, hatte erklärt, daß das Atomprogramm Brasilias im wesentlichen politisch und strategisch und nicht Gegenstand konventioneller Wirtschaftlichkeit sei. (SZ 6.10.78). Mit dem Abkommen wird der größte Staat Lateinamerikas, der ebenso wenig wie Argentinien internationalen Sicherheitskontrollen unterliegt, nicht nur das für Atombomben erforderliche Plutonium, sondern auch das leicht spaltbare Uran für die Zündung der Wasserstoffbombe erhalten. Der amerikanische Vizepräsident, der Brasilien einen Besuch abstattete, um die Differenzen der beiden Regierungen wegen der Atompolitik Geisels beizulegen, meinte dazu, er vertraue brasilianischen Bekundungen, daß das Atom - Energie - Programm nur friedlichen Zwecken diene. (FR 24.3.79).

friba

NORDOSTBRASILIEN:
Ein Staudamm, eine Überschwemmungskatastrophe und die Situation der Bevölkerung.

Im September 1978 wurde in den blättern des iz3w über das Staudammprojekt Sobradinho in Nordostbrasilien berichtet, das die Umsiedlung von 72 000 Menschen aus der Stauseeregion erforderlich gemacht hat. Die Umgesiedelten gehören zu der ohnehin benachteiligten Bevölkerung des unterenwickelt gehaltenen Nordostens, die nicht mehr als das zum Existenzminimum Notwendige hat. Durch den Staudamm wurde die Bevölkerung zusätzlich in unfruchtbare Gebiete versetzt, in dem auch eine schlechtere Wasserversorgung besteht, die lebensnotwendige Fischerei beeinträchtigt ist; außerdem reichten die Entschädigungen nicht aus, den Verlust von Hütten, Feldern, angebauten Früchten und Bäumen, auszugleichen und gleichzeitig die erntelosen Jahre zwischen Überschwemmung der alten Felder durch das Stauwasser und den Nauanbau zu überbrücken.
Viele der Umgesiedelten bekamen fast gar keine Entschädigung — vor allem jene, die keinen offiziellen Besitztitel über das bisher bebaute Land besaßen — andere warten bis heute auf ihre Entschädigung. Die Landflucht aus der Region nahm zu; vermutlich endete der Versuch, dieser Situation zu entfliehen, in den meisten Fällen in den Elendsvierteln der Großstädte.

Der Staudamm wird etwa 1980 in Betrieb genommen. Seine Funktion wird darin bestehen, den Flußlauf zu regulieren (womit auch das fruchtbare Schwemmland am Ufer wegbleibt), zum anderen und das auch in erster Linie, einem Industriezentrum Strom zu liefern, das 500 km vom Damm selber entfernt ist. Dieses als Entwicklungsprojekt deklarierte Vorhaben, das mit Geldern der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank ausgestattet wurde, hat noch nicht einmal die Erschließung der unmittelbar anliegenden Regionen zum Ziel. Die Bevölkerung des Sobradinho - Gebietes hat die Nachteile der Umsiedlung zu tragen, kommt aber auch längerfristig nicht in den Vorteil einer Verbesserung der Lage.

Seit mehreren Wochen leidet die Bevölkerung einiger brasilianischer Bundesstaaten unter den Folgen einer schweren Überschwemmungskatastrophe. Für den Staat Bahia, in dem der Staudamm gebaut wird, ist es die schwerste Überschwemmungs dieses Jahrhunderts, die allein in der Region von Sobradinho 50.000 Menschen obdachlos gemacht und wiederum Felder und Angebautes vernichtet hat. Selbst die Distrikthauptstadt, die einige Kilometer hinter dem Staudamm liegt, wurde unter Wasser gesetzt.

Im März erreichte unseren Arbeitskreis Dritte Welt / Göttingen ein Brief des Bischofs Rodrigues, zu dessen Diözese die Sobradinho - Region gehört. Er bedankte sich darin für die Überweisungen, die wir für ein umgesiedeltes Dorf geschickt hatten, und berichtete von den Evakuierungsmaßnahmen und den Folgen für die Bewohner, die sich für die ärmsten unter ihnen wieder in besonderer Schärfe darstellen. „Aus Juazeiro (Distrikthauptstadt) und von den Flußufern gibt es schon einige zehntausende durch das Hochwasser Vertriebene. Diejenigen, die am meisten leiden und weiterhin leiden werden, sind die vom Ufer des Flusses, wo sie ihre Felder bearbeiten. Sie haben alles verloren. Das Hochwasser wird nur langsam absickern, und bis Juni werden sie keine Gelegenheit haben zum Pflanzen. Und wovon sollen sie dann zukünftig leben? ..."

Bischof Rodrigues gehört zu den Leuten, die sich in besonders intensiver Weise um die Belange der vom Staudamm betroffenen Bevölkerung kümmern, zur Zeit auch um die Hochwassergeschädigten. Das ist dem Inhalt des Diözesen - Rundbriefes und etlichen Zeitungsartikeln zu entnehmen, in denen von den Auseinandersetzungen zwischen Elektrizitätsgesellschaft des Staudamms und der Bevölkerung berichtet wird. Die Diözese arbeitet zusammen mit Landarbeitergewerkschaften und einigen Rechtsanwälten, die sich darum bemühen, daß wenigstens die gröbsten Verletzungen der Menschenrechte verhindert oder „repariert" werden — sofern das im Rahmen ihrer Möglichkeiten liegt.

In unserem Arbeitskreis sind wir der Meinung, daß Unterentwicklung nur beseitigt werden kann, durch einen politischen Bewußtwerdungsprozess, der zum Handeln gegen die herrschenden Zustände zwingt. Das ist ein langfristiges Konzept. Es kann im akuten Katastrophenfall nicht helfen, der zur Zeit in der Sobradinho - Region (auch aufgrund der Regenzeit) herrscht.

Deshalb möchten wir — entgegen unserer sonstigen Vorgehensweise — zu SPENDEN für die betroffene Bevölkerung aufrufen. Die Gelegenheit, direkten Kontakt zu Bischof Rodriguez zu haben, der aktiv bei den Hilfsmaßnahmen beteiligt ist (er ist in der Kommission, die sich um die Bewältigung der Katastrophe kümmert), scheint uns auch die beste Vorbedingung zu einer sinnvollen Spendenaktion.

SPENDEN FÜR DIE EVAKUIERTE BEVÖLKERUNG UND DIE VON DER HOCHWASSER - KATASTROPHE BETROFFENEN
erbitten wir an:
Arbeitskreis Dritte Welt Göttingen,
Lange Geismarstraße 3;
3400 Göttingen. Städtische Sparkasse GÖ (BLZ 260 500 01) Kto.Nr. 106 107 9, Stichwort: Brasilien - Projekt.

I.A. des Arbeitskreises:

[redacted]

friba
Göttingen, 29.IV.79.

Peru

Krise und Repression in Peru

Es soll immer noch Leute geben, die meinen, daß in Peru „fortschrittliche Militärs regieren.

Peru das ist z. Zt. ein „In" - Land, Indios, Cuzco, Alternativ - Urlaub — Peru ist heute aber ein Land mit der stärksten Wirtschaftskrise seit der Unabhängigkeit, Peru gehört zu den meistverschuldeten Ländern der Welt.

Die Militärregierung übt starke Repression aus was viele, auch interessierte Besucher nicht sehen.

Die spontanen und organisierten Streiks (Generalstreik 1978 — gegen Entlassungen, Verhaftungen, enorme Lebensverteuerung — der 82 tätige Streik der Lehrer im ganzen Land) laufende Landbesetzungen von armen Pächtern und landlosen Indios zeigen etwas von der zunehmenden Verhärtung der Situation auf.

Die Preise steigen — die Löhne fallen — die Unterdrückung wächst

Nach dem massiven Eingreifen des Internationalen Währungsfonds (siehe blätter des iz3w Nr. 70) in die peruanische Wirtschaft im vergangenen Jahr haben sich die elenden Lebensbedingungen der peruanischen Bevölkerung weiter verschlechtert. Der Währungsfonds hatte dem hochverschuldeten Peru ein Wirtschaftsprogramm als Vorbedingung für weitere Kredite verordnet. Peru sollte die Staatsausgaben senken, die Steuern erhöhen, Subventionen und Sozialleistungen abbauen. Der ohnehin äußerst niedrige Lebensstandard der großen Mehrheit der Peruaner verschlechterte sich drastisch. Heute betragen die Reallöhne nur noch die Hälfte von denen von 1973. Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung liegen bei 53% der arbeitsfähigen Bevölkerung; selbst das Einkommen eines Lehrers oder Facharbeiters erreicht bei weitem nicht den, von der Regierung selbst errechneten, Minimalbedarf einer peruanischen Familie.

Gegen die steigenden Lebenshaltungskosten und sinkenden Löhne gab es starke Proteste und Aktionen, die brutal unterdrückt wurden. Bei Militäreinsätzen gegen die drei landesweiten Generalstreiks von 1977 und 78 und die monatelangen Streiks der Stahlarbeiter, Lehrer und Minenarbeiter 1978 wurden dutzende von Streikenden erschossen, Tausende verhaftet. Militär ging gegen protestierende Bauern vor, Militär griff demonstrierende Schüler an. Immer öfter wird mit Waffengewalt gegen die protestierende Bevölkerung vorgegangen: 'in den letzten blättern des iz3w, Nr. 76, berichteten wir über zwei Fabrikbesetzungen in Peru. Seitdem erreichten uns weitere Berichte über die Repressionsmaßnahmen der peruanischen Militärregierung. Den am 4. Februar bei Chromotex verhafteten 55 Arbeitern droht weiterhin die Todesstrafe. Vor einem Militärgericht soll ihnen der Prozeß gemacht werden. Dieses Gericht kann summarisch Verurteilungen aussprechen.

Für die „Ermordung" des Poliziste [redacted]
der Erstürmung der Fabrik ums Le [redacted]
kann das Todesurteil ausgesproche [redacted]
nerhalb von 48 Stunden vollstreckt [redacted]

Nach einer mehr als zweifelhaften Identifizierung ist der Arbeiter Hilario Menacho beschuldigt worden, den Polizisten getötet zu haben. Ihm droht die sofortige Exekution.

Wenn es gelingt, eine internationale Öffentlichkeit herzustellen, kann das die peruanische Militärjustiz daran hindern, verbrecherische Urteile zu fällen. Protestschreiben bleiben in solchen Fällen erfahrungsgemäß nicht ohne Wirkung.

SCHICKT DESHALB DEN FOLGENDEN TEXT UNTERSCHRIEBEN UND MIT ABSENDER VERSEHEN AN:

Sr. Presidente de la Republica del Perú
General Francisco Morales Bermúdez
Palacio de Gobierno
Lima - Peru

Habiendo sido informado sobre los hechos occuridos el dia 4 de febrero en la fábrica Cromotex en Lima, me dirijo a Ud. para protestar contra la brutal intervencion de las Fuerzas Armadas en la fábrica occupada por los trabajadores y las siguientes consecuencias:
— la muerte de los obreros Castro Gambas, Silvio Jiménes y Paco Quispe
— la detención de 55 obreros, entre ellos numerosos heridos y desaparecidos
— la tortura aplicada a Carlos Valdes
— la amenaza de pena de muerte para con los detenidos

En nombre de los derechos humanos exijo:
— se ponga en libertad a los detenidos y se les retire la amenaza de pena de muerte
— se dé apoyo económico a las familias de los obreros fallecidos y detenidos

Esperando escuche mi petición

Atentamente

....

Übersetzung

Nachdem ich über die Vorfälle am 4. Februar in der Fabrik Cromotex in Lima informiert worden bin, wende ich mich an Sie, um gegen das brutale Vorgehen der Streitkräfte in der von Arbeitern besetzten Fabrik Cromotex zu protestieren. Insbesondere protestiere ich
— gegen den Tod der Arbeiter Castro Gambas, Silvio Jimines und Paco Quispe;
— gegen die Verhaftung von 55 Arbeitern, unter ihnen viele Verletzte und Verschwundene;
— gegen die Folterung von Carlos Valdes;
— gegen die drohende Todesstrafe für die Verhafteten.

Im Namen der Menschenrechte fordere ich von Ihnen:
— die Freilassung der Verhafteten und die Aufhebung der sie bedrohenden Todesstrafe,
— sowie die Unterstützung für die Familienangehörigen der erschossenen und verhafteten Arbeiter.

In der Hoffnung auf Anhörung meiner Forderung unterschreibe ich



....

Von einem weiteren Beispiel der Unterdrückung des Volkes wird uns aus Nordperu berichtet:

Das Gebiet um Bagua Chica (bei Jaen, im Norden Perus) ist gekennzeichnet von dem Gegensatz zwischen wenigen Großgrundbesitzern und der Masse armer, landloser Bauern. Die peruanische Zweigstelle von Nestlé (Perulac) hilft hier mit zur Entwicklung der Unterentwicklung.

PERU: Die Zeitschrift MARKA, eines der wichtigsten Informationsorgane der Linken in Peru, wurde Anfang dieses Jahres verboten. Dieses Verbot ist kein Einzelfall. Die Redaktion von MARKA bittet alle Leute, die sich für die Probleme Lateinamerikas und Perus interessieren, Solidaritätsabonements zu bestellen. Die Redaktion will mit diesen Geldern während des Verbots andere Veröffentlichungen herausgeben und möchte nach Aufhebung des Verbots sofort mit der Herausgabe von MARKA weitermachen können. MARKA erscheint in Spanisch. Die Abopreise für Europa (Luftpost) betragen:

52	Exemplare	80 US $
26	Exemplare	40 US $
13	Exemplare	20 US $

Deseo suscribirme a MARKA por ...... 1 Ano ...... 6 Meses .... 3 Meses....
No. de ejemplares .... Desde el No. .... hasta el No. ....
Nombre ....
Dirección ....
....
....
Envío la suma de ....
Efectivo .... Cheque Banco ....
....

(Si es cheque sirvasa girarlo a Editora y Distribuidora RUNAMARKA)
Dirección: Editora y Distribuidora RUNAMARKA (Suscripciones)
Casilia Postal 10131
Lima 1 - PERU

Die Agrarreform hatte der Gemeinde bereits 1975 einen Teil des Landes, das die Großgrundbesitzer früher sich unrechtmäßig aneigneten, wieder zugesprochen. Die „Hacendados" weigerten sich, die Ländereien gegen die übliche Entschädigungszahlung abzutreten. Sie wollen weiter den angebauten Reis im Ausland verkaufen, während die peruanische Bevölkerung kaum Reis bekommen und bezahlen kann.

Am 18.11.78 entschlossen sich die „campesinos pobres" (Kleinbauern), das Land zu besetzen. Am 5.12.78 kamen 120 schwerbewaffnete Soldaten der Antiguerillaeinheit in die Zone, begleitet von zwei Großgrundbesitzern. Durch Zeugenaussagen ist belegt, daß der Bauer Teodoro Pérez dabei erschossen wurde. Die schwangere Bäuerin Manila Campos wurde von Soldaten in den Leib getreten, sie wurde fast in einem Wassergraben ertränkt. Durch diese Mißhandlungen hatte sie eine Fehlgeburt. Insgesamt wurden mindestens 27 Personen schwer verletzt. Die Verletzten, die von der Bevölkerung nicht gerettet werden konnten, wurden auf dem Lastwagen des Grundbesitzers Diaz weggefahren. Noch auf dem Transport wurden sie mit Stiefeln ins Gesicht getreten, mit Gewehrkolben geschlagen. Sie erhielten keine medizinische Versorgung und sind jetzt eingesperrt.



Am 7.12.78 wurde mit Beteiligung der ganzen Stadt der gefallene Teodoro Pérez (der 8 Kinder hinterläßt) beerdigt. Über 2.000 Personen zogen vor den Polizeiposten, der Haß der Leute war groß, die Polizisten ließen sich nicht blicken. Es wurde vereinbart, mit den Landbesetzungen weiterzumachen.

Das Militär, in Zusammenarbeit mit den Großgrundbesitzern, zerstörte die Saat, die erbauten Hütten, also die Lebensexistenz der Bevölkerung. Das sofort gebildete „Komitee zur Verteidigung der Bauern" bittet alle demokratischen Organisationen und Einzelpersonen um ihre Solidarität:
— für Rechtsberatung und Verteidigung der angeklagten Bauern,
— für die medizinische Versorgung und allgemeine Unterstützung der Verhafteten, Verletzten, Angehörigen. (Es gibt keine Sozial- und Krankenversicherung für die Bauern in Peru).

Solidaritätsgelder bitte auf Postscheckkonto: R. Mackowiak, PschA. München — Nr. 2805-89-805 — Stichwort „Bagua - Chica".

Arabische Länder

Jemen

Grenzkonflikt als Alibi für neue amerikanische Machtentfaltung

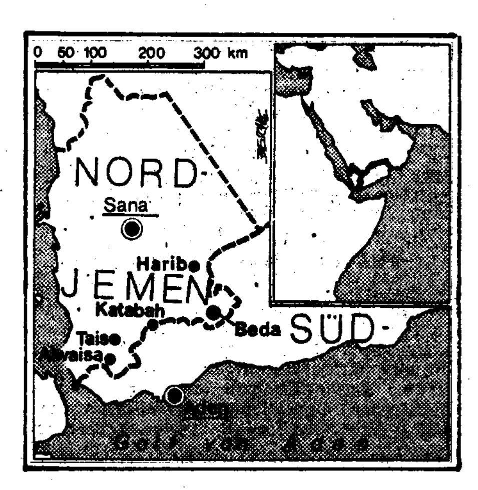
Ende Februar sind an der Grenze zwischen der Arabischen Republik Jemen (Nordjemen) und der Demokratischen Volksrepublik Jemen (Südjemen) neue Kämpfe ausgebrochen. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig, mit den Streitigkeiten begonnen zu haben.

Nach Darstellungen aus der südjeminitischen Hauptstadt Aden hatten Truppen aus Nordjemen die Kampfhandlungen am 23. Februar durch Einfälle in das Nachbarland ausgelöst. Nur wenige Tage später waren die Truppen des Südens in einem Gegestoß bis rund 30 km in den Nordjemen vorgedrungen. Dieser schnelle Erfolg der von der Sowjetunion ausgerüsteten Truppen aus dem Südjemen ist vor allem auf die Unterstützung von oppositionellen Angehörigen der nordjeminitischen Stämme zurückzuführen.

Seit dem siebenjährigen Bürgerkrieg in den sechziger Jahren kam es innerhalb des Nordjemen immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Konfliktpartner sind einerseits von Saudiarabien unterstützte Royalisten und andererseits republikanische Kräfte, die sich in der „National - Demokratischen Front" zusammengeschlossen haben und eine Annäherung an den Südjemen anstreben. Jüngster Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war ein gescheiterter Putschversuch auf den Präsidenten Ali Abdullah Saleh im Oktober letzten Jahres, der mit der Hinrichtung mehrerer Personen, darunter Minister und hohe Militärs, endete.

Es erscheint deshalb auch nicht unwahrscheinlich, daß der Nordjemen den Grenzkonflikt provozierte, um die innenpolitischen Auseinandersetzungen auf einer außenpolitischen Ebene austragen zu können, was die massiven militärischen Hilfsmaßnahmen der USA und Saudiarabiens eher zu rechtfertigen vermag. Unter diesem Blickwinkel erscheinen nämlich für die Weltöffentlichkeit die militärischen Unterstützungsmaßnahmen der USA und Saudiarabiens nicht als Hilfe zur Aufrechterhaltung der konservativen Regierung, sondern als Rettungsmaßnahme um die Integrität eines freien Landes zu erhalten — und sind damit legitim. In den Pressemeldungen wurde auch meistens nicht auf die innenpolitischen Differenzen eingegangen, sondern nur von „Feindseligkeiten zwischen dem Saudi - Arabien orientierten Nord - Jemen und der Moskau zugeneigten Demokratischen Volksrepublik Südjemen" (HB 6.3.79) berichtet.

Bereits einen Tag nach Ausbruch der Kämpfe verlangte der Nordjemen eine Sondersitzung der Arabischen Liga zur Beilegung der Konflikte (NNZ 27.2.79). Der Südjemen erklärte kurz darauf seine Bereitschaft, eine Vermittlung der Arabischen Liga zu akzeptieren (SZ 28.2.79). Aufgrund der intensiven Vermittlungen von Jordanien, dem Irak und Syrien kam es bereits vor Eröffnung dieser Sondersitzung zu einer Einigung beider Jemen über eine Feuereinstellung. Die am 4. März in Kuweit zusammengetretenen Außenminister der Arabischen Liga billigten diese Vermittlung und bildeten einen Ausschuß, der die Einhaltung der Waffenruhe kontrollieren sollte.



Genau eine Woche später beruft sich US - Präsident Carter auf die Notstandsgesetzgebung, die ihm erlaubt, die bei Waffenlieferungen übliche 30-tägige parlamentarische Prüfung zu übergehen und genehmigte Waffenlieferungen an den Nordjemen im Wert von rund 400 Mio Dollar innerhalb der folgenden beiden Wochen (SZ 12.3.79). Im einzelnen handelt es sich um 12 Kampflugzeuge des Typs F-5e, 50 gepanzerte Mannschafttransportwagen und 64 Panzer. Zur Ausbildung an diesen Waffen sollen in den kommenden zwei bis drei Jahren 300 amerikanische Militärberater in den Nordjemen entsandt werden (SZ 14.3.79). US - Außenminister Crawford begründete diese Maßnahme damit, daß der Ausgang des Konflikts eine direkte Auswirkung auf die Sicherheit und Stabilität der amerikanischen Freunde in diesem Gebiet haben werde und daher die amerikanischen Sicherheitsinteressen berühre. Ein Dorn im Auge des amerikanischen Außenministers sind die insgesamt 1600 sowjetischen, kubanischen und ostdeutschen Berater in Südjemen, die allerdings nach Angaben aus dem Pentagon an den Kampfhandlungen nicht teilgenommen hätten. Der Konflikt an der Grenze zwischen den beiden Jemen mußte also als Alibi herhalten, um die Ausdehnung der amerikanischen Präsenz im Persischen Golf nach dem Regierungswechsel im Iran zu rechtfertigen.

Daß der Grenzkonflikt nur als Vorwand diente, wird auch dadurch deutlich, daß US - Verteidigungsminister Brown bereits im Februar — also noch vor Ausbruch der Kämpfe im Jemen — auf einer Nahostreise Waffenlieferungen an den Sudan und an Nordjemen ankündigte. Saudi - Arabien erklärte sich damals bereit, die Kosten in Höhe von 360 Mio Dollar zu übernehmen (SZ 13.2.79). Das Ausmaß der Lieferungen an den Nordjemen hat sich inzwischen allerdings erheblich erhöht und von einer Zahlung durch Saudi - Arabien redet niemand mehr.

Währenddessen hatte sich die Lage an der Grenze wieder normalisiert, die Truppen zogen sich auf ihre Terretorien zurück. Nur die Soldaten der „Nationalen - Demokratischen Front" erklärten, sie wollten bis zum Sturz der Regierung in Sanaa (Hauptstadt von Nordjemen) weiterkämpfen. Wie ein ddp -

Korrespondent dazu berichtete, seien inzwischen viele nordjeminitische Regierungssoldaten desertiert (SZ 14.3.79)

Am 28. März trafen die Staatschefs von Nord- und Südjemen, Ali Abdallah Saleh und Abdelfattah Ismail, in Kuweit zusammen, um über ihre künftigen Beziehungen zu beraten. Das Treffen endete mit dem Beschluß, die Wiedervereinigung der beiden Länder anzustreben. Der neue Staat solle „Jeminitische Volksrepublik" heißen und Sanaa, die alte nordjeminitische Hauptstadt, solle zum Regierungssitz werden. In einer Volksabstimmung solle über eine Verfassung entschieden werden, auf deren Text man sich schon in einem früheren Fusionsabkommen (1972) geeinigt hatte (LM 1.4.79).

Trotz recht detaillierter Vereinigungspläne scheint es angesichts der starken ideologischen Gegensätze allerdings kaum wahrscheinlich, daß diese Pläne in naher Zukunft verwirklicht werden. Allein die strategisch wichtige Lage der beiden Staaten am Ausgang des Roten Meeres (Bab - el - Mandeb) und die Interessen beider Großmächte an der Kontrolle dieser einzigen Zufahrtstraße zum Suez - Kanal lassen die Absichten der beiden Regierungschefs recht unrealistisch erscheinen.

psc

Palästina

Der separate Friedensvertrag

Anderthalb Jahre nach Präsident Sadats Reise nach Jerusalem hat er nun konsequent den vorläufig letzten Schritt weg von der arabischen Einheit getan: Die Unterzeichnung des separaten Friedensvertrages zwischen Israel und Ägypten.

Der Vertrag enthält trotz seines komplizierten juristischen Aufbaus der Präambel, neun Artikeln, drei Anhängen, vier Briefen und drei Protokollnotizen eine sehr einfache Aussage: Ägypten, seit Nassers Zeiten größter und wichtigster Teilstaat der arabischen Nation und Vorkämpfer der arabischen Einheit, verläßt den Kreis der arabischen Länder zugunsten eines intensiven Bündnisses mit dem zionistischen Feind. Ägypten gibt damit den Kampf um die Rückgewinnung des von Israel besetzten arabisch - palästinensischen Bodens auch formell auf. Als Gegenleistung erhält es ein großes Stück Wüste, die Sinai - Halbinsel, zurück, die seit 1967 besetzt war.

Der Vertrag basiert in allen Punkten auf den Rahmenwerken von Camp David vom September 1978 und bringt somit keine Überraschungen. Der Sinai soll nach einem festgelegten Zeitplan von Israel geräumt werden. Allerdings erhält Ägypten noch nicht einmal die volle Souveränität zurück, sondern darf nur in begrenztem Ausmaß Militär dort stationieren und muß zur Überwachung UN -Truppen akzeptieren. Die Sinai - Ölquellen werden unter der Bedingung an Ägypten zurückgegeben, daß Israel weiterhin daraus beliefert wird. Außerdem übernehmen die USA die Verpflichtung, im Krisenfall Israels Ölversorgung sicherzustellen.

Der Gaza - Streifen mit einer halben Millionen palästinensischer Einwohner, 1948 nach dem gescheiterten Versuch, einen palästinensischen Staat zu gründen, von Ägypten besetzt, 1967 von Israel erobert, fällt jetzt entgültig an Israel. Keiner der Bewohner des Gebietes hat Sadat dazu ermächtigt, mit den Zionisten über ihre Heimat zu verhandeln und ihre Souveränität zu verscherbeln.

Die bilateralen Beziehungen zwischen Ägypten und Israel sollen auf politischer, kultureller und vor allem wirtschaftlicher Ebene völlig normalisiert werden. Das bedeutet also auch eine Öffnung der ägyptischen Märkte für israelische Produkte mit der Gefahr neuer Abhängigkeiten. Die wirtschaftliche Durchdringung der arabischen Länder und Aufhebung aller Boykottmaßnahmen ist natürlich langfristig oberstes Ziel der israelischen Politik, da dann auch keine militärische Bedrohung mehr zu befürchten ist. Ägypten ist da schon ein guter Anfang.

Interessant ist eine Klausel, die diesen Vertrag im Falle eines Konfliktes über alle anderen Verpflichtungen stellt. Sadat hat sich also bereiterklärt, seine Loyalität zu Israel auch im Falle eines neuen Nah - Ost - Krieges etwa zwischen Israel und Syrien / Irak aufrecht zu erhalten — für einen ägyptischen Präsidenten in der Tat eine bemerkenswerte Zusage!

Das eigentliche Hauptproblem des Nahen Osten liegt jedoch in der andauernden Beschlagnahmung arabisch - palästinensischen Landes durch zionistische Siedler und Soldaten. Und obwohl Sadat immer wieder sein Eintreten für die Rechte der Palästinenser beteuert, hat er doch gerade in diesem Bereich am deutlichsten kapituliert. Ein Briefwechsel, der Teil des Vertrages ist, spricht zwar von einer Autonomie für die Bewohner der besetzten Gebiete auf dem Westufer des Jordan und in Gaza. Es sollen darüber Verhandlungen zwischen Ägypten (nicht etwa den Palästinensern!) und Israel unter Beteiligung der USA stattfinden. Gedacht ist aber auch an eine Art Bantustan nach dem Vorbild der Rassisten in Südafrika, in dem Palästinenser kulturelle und religiöse Freiheit genießen dürfen. Die Autonomie soll sich nach Begins Auffassung ausdrücklich auf die Bevölkerung, nicht aber auf das Land beziehen, so daß die Möglichkeit einer Staatsgründung ausgeschlossen bleibt. (Zum Inhalt des Autonomieplans, der den Vereinbarungen von Camp David entspricht, vergleiche Blätter des iz3w Nr. 73). Gleichzeitig soll die zionistische Besiedlung verstärkt werden, um den Bevölkerungsanteil der Israelis, der derzeit in den Westbanks bei 15 % liegt, wesentlich anzuheben. Für die kommenden Monate ist die Gründung von zehn neuen Siedlungen vorgesehen, in den nächsten fünf Jahren sollen es 84 Siedlungen sein. Es ist erstaunlich, mit welcher Frechheit die Israelis vor, während und nach den Friedensverhandlungen ihre Besiedlungsprogramme durchziehen, obwohl diese illegal sind und z.B. von den Vereinten Nationen häufig verurteilt wurden, zuletzt in einer Resolution des Sicherheitsrates vom 23. März 1979. Gleichzeitig wirft diese unbekümmerte Frechheit aber auch ein bezeichnendes Licht auf die Schwäche von Sadats Verhandlungsposition, der sich gegen diese Provokationen mit keinem Wort wehrte.
(Quellen: FT 24.3.79, LM 26. / 27. / 28.3.79, Guard 28.3.79, AK 2.4.79)

Die Reaktionen der arabischen Staaten

Bereits im November 1978 haben die Staaten der arabischen Liga auf ihrer Konferenz in Bagdad Ägypten für den Fall der Unterzeichnung des Friedensvertrages mit umfangreichen politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gedroht. Alle Staaten waren sich damals in der Ablehnung der Sadadschen Politik einig, konnten sich aber nur recht halbherzig auf ein gemeinsames Vorgehen dagegen festlegen (vgl. blätter des iz3w Nr. 74).

Der Konflikt zwischen den Ländern der Ablehnungsfront und den reaktionären Fürsten und Königen aus Arabien, die zwar von Sadats prozionistischer Politik entsetzt sind, an seinem amerikafreundlichen Regime aber durchaus Gefallen finden, brach auch nach der Vertragsunterzeichnung wieder auf und konnte nur verbal gekittet, nicht aber beigelegt werden. Auf der Konferenz der Außen- und Wirtschaftsminister sind wieder große Worte gefallen, auch ernstgemeinte Entschlüsse gefaßt worden, die jedoch Ägypten letztlich nur in geringem Ausmaß treffen.

Am unangenehmsten wirkt sich für Ägypten wahrscheinlich der Abbruch der diplomatischen Beziehungen aus, dem sich mittlerweile wider Erwarten fast alle Länder angeschlossen haben, darunter auch das als Sadat - freundlich einzuschätzende Marokko. Auf ähnlicher Ebene liegt die Verlegung des Hauptquartiers der arabischen Liga von Kairo nach Tunis und das Einfrieren der ägyptischen Mitgliedschaft in dieser Organisation, in der Ägypten bisher eine entscheidende Rolle gespielt hat. Alle diese Maßnahmen sind recht schädlich für das Prestige des Sadat - Regimes im Nahen Osten und für seine Einflußmöglichkeiten. Sie greifen aber insofern ins Leere, als Sadat sich ja sowieso nach Israel und Amerika orientiert und seine Isolation somit in Kauf nimmt.

Eine wirklich fühlbare Bestrafung des Sadat - Regimes kann eigentlich nur auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgen, und hier wiederum nur von Seiten der reichen Öl - Staaten von der arabischen Halbinsel, die aber offensichtlich nicht dazu bereit sind, konsequent durchzugreifen.

Ein Handelsboykott trifft Ägypten schon deshalb nicht, weil nur sechs (6!) Prozent des Außenhandels überhaupt mit anderen arabischen Staaten abgewickelt werden. Dieser unglaublich geringe Anteil zeigt deutlich die imperialistische Durchdringung der ägyptischen Wirtschaft und die Abhängigkeit der ägyptischen Regierung von den Industrieländern.

Boykottmaßnahmen, die die eigene Wirtschaft schädigen werden von keinem Land ergriffen. So benutzen alle weiterhin den Suezkanal und die parallel dazu verlaufende Ölpipeline.

So bleiben die arabischen Kredite und Entwicklungshilfeleistungen, die für Ägypten von überaus großer Bedeutung sind und allein seit dem Oktoberkrieg 1973 über fünf Milliarden Dollar ins Land gebracht haben. Auf dem Entzug dieser Gelder müßte die ägyptische Wirtschaft sehr empfindlich reagieren und in noch größere Abhängigkeit von den USA und der Diktatur des internationalen Währungsfonds geraten. Tatsächlich ist Ägypten auch aus einigen der zahlreichen arabischen Finanzinstitutionen wie dem arabischen Währungsfonds ausgeschlossen worden. Die wichtigsten von Saudiarabien kontrollierten Organisationen wie die Islamische Entwicklungsbank (IDB) und die Golf - Organisation für die Entwicklung Ägyptens (GODE), die zum Beispiel Ägyptens der zeitig wichtigstes Entwicklungsprojekt, den Ausbau des Suez - Kanals, finanzieren, haben allerdings noch keine Maßnahmen gegen Kairo eingeleitet.

Ebenfalls vom Boykott weitgehend unberührt bleiben offenbar die direkten Geschäftsbeziehungen und Investitionen von privaten Firmen und die Beschäftigung der zahlreichen ägyptischen Gastarbeiter, darunter vorwiegend Lehrer, Ärzte und Ingenieure, in den arabischen Ländern.
(Quellen: FT 3.4.79; SZ 28.4.79; LM 3.4.79; HB 17.4.79; Palästina - Bulletn 5.4.79)

Der palästinensische Widerstand

Somit gibt es nur eine Kraft, die die vollständige Inbesitznahme Palästinas durch die Zionisten verhindern kann: das palästinensische Volk und die palästinensischen Widerstandsorganisationen. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete steht dem Friedensvertrag geschlossen ablehnend gegenüber. Das gilt auch für jene palästinensischen Notabeln, die von den Imperialisten bereits als Gesprächspartner für die „Autonomielösung" vorgesehen waren, weil sie die PLO ablehnen. Der geplante Betrug des Autonomieplans ist aber zu offensichtlich.

In der Woche nach der Vertragsunterzeichnung wurde überall in den besetzten Gebieten ein Generalstreik mit 100 % iger Beteiligung durchgeführt. Das Militär verschärfte die Repression. Zwei palästinensische Jugendliche mußten sterben.

Auch die PLO verurtelte das Abkommen selbstverständlich scharf und kündigte eine Verstärkung des Widerstandes gegen den zionistischen Staat an. in der Folge nahm die Zahl der Bombenanschläge zu. Einige Aktionen palästinensischer Kommandos in Israel verliefen allerdings wenig erfolgreich, dienten den Zionisten allerdigs wie so oft schon als Anlaß für erneuten Bombenterror gegen die palästinensische Bevölkerung im Libanon.

Zum ersten Mal seit den blutigen Auseinandersetzungen zwischen PLO und jordanischen Truppen 1971 (schwarzer September) fand wieder ein Gespräch zwischen König Hussein und Arafat statt, bei dem es vor allem um die Wiedererrichtung palästinensischer Basen auf jordanischem Boden ging. Diese Frage ist für die PlO sehr wichtig, da die Operationsmöglichkeiten im Libanon wegen der Zusammenarbeit von UN - Truppen, christlichen Faschisten - Milizen und Zionisten eingeschränkt sind. Obwohl es zu einer Annäherung zwischen PLO und Jordanien kam, blieb die Frage der Basen aber offenbar ungeklärt.
(Quellen: FT 27.3.79, 19.3.79; NZZ 28.3.79; AK 2.4.79).

sth

Syrien - Irak

Vereinigungsplan

Nach 10 Jahren erbitterter Feindschaft befinden sich die Nachbarstaaten Syrien und der Irak, die von rivalisierenden Flügeln der Baath - Partei (Partei der Wiedergeburt der arabischen Nation) regiert werden, auf dem Weg der Versöhnung und planen den Zusammenschluß beider Länder. 6 Monate nach Abschluß eines Grundvertrages über eine enge Zusammenarbeit, Ende Oktober 1978 in Bagdad durch den syrischen Staatspräsidenten Assad und seinem irakischen Kollegen Bakr unterzeichnet, nimmt die angestrebte nationale Vereinigung Gestalt an.

Ziel des Vertrages — der „Nationalen Charta für gemeinsame Aktion" — ist die „Erreichung der optimalen Form einheitlicher Beziehungen" zwischen den beiden Staaten.[1] Es wurden Komitees gebildet, die die Grundlagen für die Zusammenarbeit auf politischem, wirtschaftlichem, militärischem und kulturellem Gebiet erarbeiten sollen. Zur Überwachung und Koordinierung dieser Verhandlungen ist als oberstes Gremium eine gemeinsame politische Kommission eingesetzt — bestehend aus den Regierungen beider Länder — die sich alle 3 Monate zu einem Gipfel treffen soll, um die von den Komitees erreichten technischen Vereinbarungen zu ratifizieren und politische Richtlinien über die Form der Vereinigung festzusetzen.

Die von den Komitees inzwischen erreichten Ergebnisse sind beachtlich:

— Die Zusammenlegung der Ministerien für Wirtschaft, Verteidigung und Information ist vereinbart (HB 7.2.79);

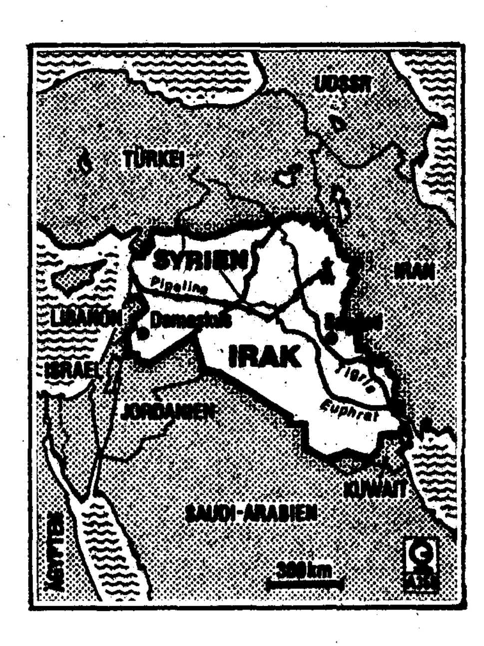
— Die Zoll- und Paßkontrollen zwischen den beiden Ländern sind aufgehoben (FR 23.1.79);

— Seit Ende Februar pumpt der Irak wieder Erdöl durch die 1976 trockengelegte Pipeline nach dem syrischen Mittelmeerhafen Banias, sichert damit die seit 1976 gefährdete Erdölversorgung Syriens und verhilft ihm zu ansehnlichen Transitgebühren für das zur Ausfuhr bestimmte Erdöl (NfA 29.11.78; FR 26.2.79);

— Vereinbart wurde außerdem der Aufbau einer gemeinsamen Infrastruktur, die inzwischen mit dem Bau einer Eisenbahnlinie zwischen Bagdad und der syrischen Grenze in Angriff genommen ist (HB 3.1.79);

— Ende Januar kam es zum Abschluß eines Beistandsvertrages; beide Staaten wollen „gemeinsam allen inneren und äußeren Bedrohungen ihrer Sicherheit entgegentreten" (LM 1.2.79);

— Nach Vermittlung durch den Irak hat sich die UDSSR zu zusätzlichen Waffenlieferungen an Syrien bereiterklärt, die sie im Dezember 1978 noch abgelehnt hatte (FT 11.1.79).



Das 1. Gipfeltreffen in Damaskus

Die Versuchung für beide Seiten, angesichts dieser schon erreichten Erfolge (nach immerhin 10-jähriger Feindschaft) und des nach einer Vereinigung in Aussicht stehenden Machtpotentials in Euphorie und Wunschdenken zu verfallen, ist groß. So schwärmte der syrische Informationsminister Iskander bereits von „einem Staat reich an Öl, voll von landwirtschaftlichen Verheißungen, mit einer Einwohnerzahl von 20 Millionen und mit einem gewaltigen, schlachterprobten Heer — einem Staat, der sich vom Golf bis zum Mittelmeer erstreckt und uns erlauben würde, ‚Ja' oder ‚Nein' zu den Großmächten zu sagen" (FT 20.2.79).

Im Unterschied zu diesem Wunschdenken Iskanders, der zu den energischsten Befürwortern der völligen Vereinigung beider Länder zählt, sind die meisten Vertreter beider Seiten in ihren Äußerungen zum Einheitsplan bemüht, die Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben. So wurde auf dem 1. Gipfeltreffen in Damaskus Ende Januar zwar für das nächste Gipfeltreffen Ende April in Bagdad eine Verfassung für die Vereinigung in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurden beide Staaten jedoch in Erinnerung an die zahlreichen vorangegangenen gescheiterten Vereinigungsversuche von verschiedenen Staaten innerhalb der arabischen Welt[2] vor Überstürzung gewarnt (LM 1.2.79).

Auch das größte Hindernis auf dem Weg zu einem gemeinsamen Staat wurde angesprochen. Als Voraussetzung für die Vereinigung nannte Vizepräsident Hussein, Leiter der irakischen Delegation, die Wiedervereinigung der Parteiflügel des Baath (FT 31.1.79), die sich den Führungsanspruch im Kampf um die Wiedergeburt der arabischen Nation, d.h. Vereinigung sämtlicher arabischer Staaten in einer Nation, streitig machen.

Die Baath - Partei und die syrisch - irakischen Differenzen

Die Baath - Partei — deren verschiedene Flügel in Syrien seit 1963 und im Irak seit 1968 an der Macht sind — ist gesamtarabisch, d.h. in baathistischer Terminologie ‚national' organisiert. Der Vorstellung von der Einheit einer gesamtarabischen Nation entsprechend werden die einzelnen arabischen Staaten als Regionen geführt. Die jeweilige Parteiführung in den einzelnen Staaten ist die Regionale Führung, die im Falle Syriens und des Iraks die regionale Regierungsgewalt ausübt. Die Staatspräsidenten Assad in Syrien und Bakr im Irak sind gleichzeitig Generalsekretäre der jeweiligen Baath - Partei.

Die Feindschaft zwischen Syrien und dem Irak begann, als Assad 1970 die Staats- und Parteiführung in Damaskus übernahm und sich mit seiner pragmatischen Politik immer weiter von den ideologischen Grundlagen der Baath-Partei (Einheit, Freiheit, Sozialismus)[3] entfernte. Wie weit sich die politischen Standorte voneinander entfernt hatten, wurde nach dem Beginn der ‚Friedensoffensive' Sadats auf dem Anti - Sadat - Gipfel im Dezember 1977 in Tripolis deutlich.
Syrien schloß sich zwar der Front der Standhaftigkeit und Konfrontation — bestehend aus Syrien, Algerien, Libyen, dem Südjemen und der PLO — an, die Sadats Bemühungen um einen Separatfrieden mit Israel als Verrat an den arabisch - palästinensischen Interessen verurteilte und mit dem Aufruf zum politischen und wirtschaftlichen Boykott Ägyptens beantwortete. Andererseits hielt sich Assad die Tür zur politisch - diplomatischen Lösung des Nah - Ost - Konflikts offen, er hielt an der Anerkenung der UNO - Resolutionen 338 und 242 fest, d.h. an der Verhandlungsbereitschaft mit Israel und damit an der Anerkennung Israels (SZ 6.12.77). Außerdem setzte er Syriens Öffnung nach Westen fort durch verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den EG - Staaten und besonders mit der BRD. Bei Besuchen Assads und des syrischen Außenministers Kaddam in der Bundesrepublik 1978 wurde die Verstärkung der deutschen Entwicklungshilfe in Form von Krediten (100 Mio. DM) vereinbart. Assad appellierte mit dem Hinwies auf das 1977 beschlossene Investitions - Schutzabkommen an die Investitionsbereitschaft der deutschen Privatindustrie (HB 9./10.6.78; 14.9.78).

Der Irak, der zu den erdölreichsten Ländern der Welt gehört, boykottierte die Standhaftigkeitsfront, lehnte grundsätzlich und wortradikal Verhandlungslösungen im Nahost - Konflikt ab und forderte Syrien auf, sich seiner politisch - militärischen Linie anzuschließen (SZ 6.12.77).

Gründe für die Annäherung

Die seit Oktober angestrebte Vereinigung ist umso überraschender, als sich der Irak noch im September weigerte, an dem Anti - Sadat - Gipfel in Damaskus teilzunehmen mit der Begründung, Syrien denke heimlich an eine ähnliche Kapitulation, wie sie Sadat bereits vollzogen habe (NZZ 23.9.78).



Die Präsidenten Bakr und Assad

Für das plötzliche Annäherungsbedürfnis beider Staaten bieten sich in erster Linie militär - strategische Erklärungen an: Veränderung der Kräfteverhältnisse im Nahen Osten durch den von Ägypten und Israel angestrebten Separatfrieden und durch den Sturz des Schahregimes.

Die Annäherung erfolgt einmal aus der Einsicht, daß angesichts des deutlicher werdenden Ausscherens Ägyptens aus der anti - israelischen Front das strategische Gleichgewicht durch eine arabische Allianz aufrechterhalten werden muß (FR 16.1.79).

Syrien braucht die zuverlässige irakische Militärhilfe, da sich die gesammelte Kraft der israelischen Armee nach einem israelisch - ägyptischen Frieden auf die nördliche Front gegen Syrien und den Libanon konzentrieren kann (NZZ 9.3.79).

Aus irakischer Sicht ist die Annäherung zusätzlich eine Konsequenz der Ereignisse im Iran. Der erfolgreiche schiitische Aufstand im Iran könnte sich auf den Nachbarn Irak auswirken, wo eine sunnitische Minderheit über eine schiitische Mehrheit[4] herrscht, die seit der Entwicklung im Iran immer weniger bereit ist, diesen Zustand hinzunehmen. Bagdad, das den Ayatollah Khomeiny nach 13 Jahren Exil im Irak im September letzten Jahres ausgewiesen hat, unterhielt gute Beziehungen zum Schah - Regime und sucht nach dessen Sturz Rückendeckung bei Syrien (HB 17.2.79; LM 18.1.79).

Zum anderen sehen sich beide Regierungen wachsender innenpolitischer Opposition ausgesetzt.

Die regierende Baath - Partei im Irak, die sich genau wie die Regierung in Syrien stark auf das Militär stützt, kann ihre Herrschaft schon seit längerer Zeit nur noch durch Repression behaupten. Die Machthabenden im Irak, der als einziger arabischer Staat zur Zeit einen Freundschaftsvertrag mit der UDSSR unterhält, fühlen sich von den irakischen Kommunisten und Kurden bedroht. Die Kommunisten kritisieren die Baath - Regierung wegen ihrer unnachgiebigen Haltung gegenüber Verhandlungslösungen im Nahost - Konflikt, wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Beziehungen mit dem Westen und wegen der Unterstützung der Befreiungsbewegung in Eritrea gegen das Militärregime in Äthiopien, das von der Sowjetunion gestützt wird (NZZ 30.5.78; FR 12.6.78). Außerdem unterstützen die irakischen Kommunisten die Kurden im Irak. Die Kurden rebellieren gegen die ihnen 1974 aufgezwungene Autonomie, die auf Integration in den Irak und nicht auf Verselbständigung angelegt ist, und sind den Verfolgungen durch die irakische Armee ausgesetzt (NZZ 12.12.77; FR 20.10.78).

Die irakische Kommunistische Partei ist zwar offiziell als Minderheitspruppe an der Regierung, der Nationalen Front, beteiligt, genau wie die Kurdische Demokratische Partei. Aber in Wirklichkeit haben beide keinen Einfluß, da die Regierung der Kontrolle und politischen Leitung durch den Revolutionsrat untersteht, der von der Baath - Partei besetzt ist (NZZ 10.6.78). Die Baath - Partei hat ihre Machtstellung abgesichert durch Privilegien und Monopolstellungen in Armee, Polizei und Geheimdienst und versucht, auch außerhalb der Regierung den Einfluß der Kommunisten durch Einschüchterung und Abschreckung auszuschalten. So wurden im Verlauf des letzten Jahres 39 Kommunisten wegen angeblicher Spionage gehängt. Ihnen wurde politische Betätigung und Einflußnahme auf die Armee vorgeworfen. Auf die politische Einflußnahme anderer politischer Kräfte als der Baath - Partei in Armee, Polizei und Geheimdienst steht die Todesstrafe (NZZ 10.6.78; 6.1.79).

In Syrien hat Assads Politik der Öffnung nach Westen auf Kosten der Beziehungen zur Sowjetunion, seine Entscheidung zur Intervention in den Libanon - Krieg gegen die Palästinenser und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte, die Belastung der syrischen Wirtschaft durch die anhaltende Stationierung der syrischen Truppen im Libanon, der Verust der Golanhöhen an Israel und seine Bereitschaft zu Verhandlungslösungen mit Israel Widerstand innerhalb der Baath - Partei, der Regierung und der Armee hervorgerufen.

Weitere Spannungen ergeben sich aus dem Gegensatz zwischen den Alawiten, einer schiitischen Sekte, der Assad angehört, und den Sunniten, die 70% der Bevölkerung stellen. Obwohl die Alawiten nur 12% der Bevölke-

rung ausmachen, haben sie praktisch mit Assad 1970 die Macht in Syrien übernommen und sind in der Regierung, der Partei, in den oberen Rängen der Streitkräfte und an den Schalthebeln der Wirtschaft überrepräsentiert.

Wie sich eine Vereinigung auf die innenpolitischen Auseinandersetzungen auswirken wird, ob die Oppostion durch Errichtung einer gemeinsamen arabisch - antiisraelischen Front integrierbar ist, ob der Zusammenschluß dem Aufbau eines gemeinsamen Repressionsapparates dienen wird — beide Möglichkeiten sind in der vagen Formulierung des gemeinsamen Beistandsvertrages gegen „alle inneren und äußeren Bedrohungen " enthalten — läßt sich nicht abschätzen.

Sichtbar werden dagegen inzwischen Auswirkungen der irakisch - syrischen Einheitspläne auf die Positionen der einzelnen Staaten innerhalb des arabischen Lagers.

Die Aussöhnung zwischen Irak und Syrien hat die unter ihrem jeweiligen Einfluß stehenden verschiedenen Organisationen der PLO, die sich im letzten Jahr noch bekämpften, wieder zusammengeführt.

Die Front gegen den separaten Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel wird ständig größer und massiver. Ende März beschloß die Arabische Liga, der 19 arabische Staaten angehören, den Boykott Ägyptens FR 2.4.79). Nach den Ländern der sog. Ablehnungsfront (Algerien, Syrien, Libyen, Südjemen, PLO und Irak) haben nun auch die bisher zögernden Jordanien, Saudi - Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Marokko und Kuweit die diplomatischen, politischen und z.T. auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Ägypten abgebrochen (FR 25.4.79).

Die Ereignisse der letzten Monate nach Abschluß der Nationalen Charta berechtigen die Hoffnungen auf eine einheitliche arabische Position zur Ablehnung eines Separatfriedens, der die Palästinenser um das Recht auf Selbstbestimmung und ihr Recht auf die Errichtung eines unabhängigen Staates in Palästina betrügt.

hst

Anmerkungen:

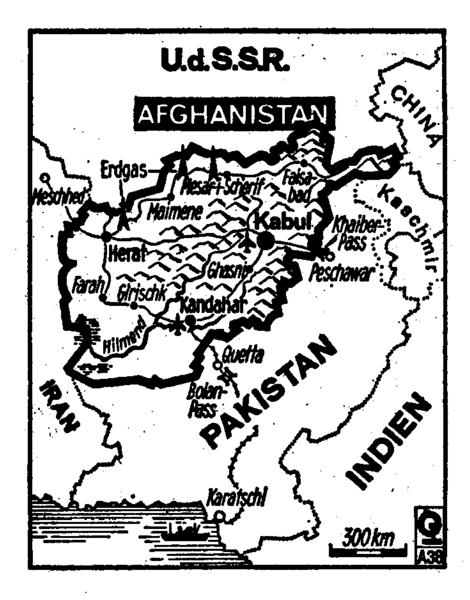
1) Zum Text des Vertrages s. 3.Welt Magazin Nov/Dez 1978
2) Am längsten hat sich die „Vereinigte Arabische Republik" enthalten, die 1958 zwischen Ägypten und Syrien errichtet wurde und bis 1961 bestand. Andere Versuche waren von kurzer Dauer, z.B.: Jordanien - Irak v. Febr. 1958 - Juli 1958; Ägypten - Syrien -Irak v. April 1963 - Juli 1963; Libyen - Ägypten v. Aug. 1972 - Aug. 1973; Libyen - Tunesien Jan. 1974; Syrien - Jordanien 1975.
3) Die mit diesen Schlagwörtern von den Begründern der Baath - Partei angestrebte Zielsetzung war: Beseitigung der künstlichen, von den Kolonialmächten gezogenen Grenzen zwischen den einzelnen arabischen Staaten, Befreiung aus der Herrschaft von Imperialismus, Kapitalismus und Feudalismus. Der Sozialismus sollte die Barrieren zwischen den sozialen Klassen niederreißen, zu ihrer Verbrüderung führen und den geistigen und materiellen Fortschritt sichern (SZ 18.4.78).
4) Der schiitische Bevölkerungsanteil im Irak wird auf 55% - 65% geschätzt (LM Dipl. April 1979).

Asien

Afghanistan

— Koran und Gewehre gegen den Marxismus

Das „Handelsblatt" triumphierte: „Den neuen Männern läuft die Revolution aus den Fingern", tönte es am 2. April 79, während andere Zeitungen noch vorsichtig von einem Machtkampf „zwischen Marx und dem Islam" sprechen. Der Wechsel in der afghanischen Führungsspitze — neuer Premierminister wurde der bisherige Außenminister Amin, der als der eigentlich starke Mann in der Regierung und der „Stalin von Afghanistan" (Stgt. Ztg. 29.3.79) gilt, während Ex - Premierminister Taraki Präsident des Revolutionsrates und Verteidigungsminister blieb — und die Regierungsneubildung in den letzten Märztagen gaben ebenso Anlaß zu Spekulationen über den nahenden Zusammenbruch der pro - sowjetischen Regierung Taraki wie die vermehrt staatfindenden Kämpfe zwischen Regierungstruppen und moslemischen Rebellen.



In der Tat scheint es knapp ein Jahr nach dem blutigen Putsch, der die Moskau - orientierten Kräfte unter Führung von Taraki an die Macht gebracht hatte, nicht allzu gut um den Fortbestand der Regierung und damit auch um die von ihr initiierten Refromprogramme zu stehen (vgl. blätter des iz3w, Nr. 76, März 79).

15 der 29 Provinzen des Landes sind inzwischen von den in den letzten Monaten immer häufiger aufflammenden Kämpfen betroffen, die von den moslemischen Kräften ausgehen. Die sich überwiegend in Pakistan sammelnde Oppositionsbewegung hat inzwischen zum „Heiligen Krieg" gegen das „atheistische, kommunistische und pro - sowjetische Regime" aufgerufen und alle islamischen Länder aufgefordert, den Kampf für eine Regierung auf der Basis des Korans zu unterstützen. Zwar kann man davon ausgehen, daß die Rebellion bisher eher spontanen Charakter hatte und keinem einheitlichen Plan aus den Hauptquartieren der Aufrührer in Peshawar / Pakistan folgte, was vor allem durch die Rivalitäten zwischen sechs verschiedenen islamischen Oppositionsgruppen zu erklären ist. Dennoch sind die Versuche, den Kampf gegen die Machthaber in Kabul zu vereinheitlichen, nicht zu übersehen. Anfang März gaben die drei wichtigsten Rebellenorganisationen, „Hezbe -i - Islami" (Islamische Partei), „Jamiyat - i -Islami" (Islamische Sammlung) sowie die sog. Nationale Befreiungsfront, die sich untereinander bis aufs Messer bekämpft hatten, in Rawalpindi / Pakistan bekannt, daß sie von nun an gemeinsame Front gegen das gottlose Regime in Kabul machen wollten (LM 13.3. und 14.3.79). Beobachter schätzen die politischen Differenzen zwischen den Organisationen aber nach wie vor als bedeutend ein und halten die Verkündigung der Einheit mehr für ein Lippenbekenntnis denn eine Tatsache, auf die sich die ca. 50 000 Rebellen in Zukunft stützen könnten. Allerdings mag die Hilfe der arabischen Länder, die in einer „Goodwill" - Tour des Rebellenführers Alem gerade um massive Unterstützung ersucht werden, durchaus einigende Effekte haben. Der iranische Schiitenführer Ayatollah Schariat Madari hat jedenfalls Mitte März an alle Moslems appelliert, den Kampf der Aufständischen gegen die Regierung Taraki zu unterstützen. Den Machthabern in Kabul wird die Ermordung von mehreren tausend Moslems, insbesondere von Geistlichen, vorgeworfen (NZZ 20.3.79). Auch sollen die Gefängnisse von Kabul mit -zigtausenden politischen Gefangenen — meist aktiven Moslems — überfüllt sein, die teilweise gefoltert würden.

Bei ihren Bemühungen, den „Islam und die Menschenrechte" in Afghanistan wiederherzustellen, haben sich die Rebellen bisher noch darauf beschränkt, das Regime durch vereinzelte militärische Schläge in verschiedenen Provinzen zu treffen. So wurden etwa Armeeposten überfallen, um Waffen zu erbeuten, Anschläge auf öffentliche Personen und Polizeistationen verübt, Straßen und Telefonleitungen zerstört. In den Kämpfen der letzten Wochen wurden mehrere hundert Soldaten der Armee getötet, einige Einheiten sollen sich den Rebellen ergeben bzw. sich ihnen angeschlossen haben.

Inzwischen scheint die Regierung jedoch ein Übergreifen der Kämpfe von den unwegsamen Bergregionen im Osten und Westen des Landes auf Kabul zu befürchten. Die Militärpräsenz in der Stadt ist auffallend; es besteht ein nächtliches Ausgangsverbot, und ausländische Journalisten dürfen sich nur noch mit amtlicher Genehmigung aus Kabul entfernen.

Gegen die Rebellen, bei denen es sich laut afghanischer Propaganda um feindliche Agenten aus Pakistan und dem Iran handelt, versucht die Regierung gewaltsam vorzugehen und setzt dabei Panzer und Granaten ein. Derartige Waffen sind in den unzugänglichen Bergregionen des Landes jedoch häufig sehr ineffizient, das mag die militärischen Erfolge der Rebellen erklären. Verschiedene Dörfer jedoch, in denen Verstecke von Widerstandskämpfern vermutet wurden, waren brutalen Bombardierungen durch die Luftwaffe ausgesetzt, bei denen zahlreiche Menschen getötet wurden. Daß die Gefängnisse Kabuls mit Regimekritikern gefüllt seien, scheint nicht nur Greuelpropaganda der Opposition zu sein. Allein binnen zwei Wochen nach den schweren Unruhen in der westafghanischen Stadt Herat sollen mindestens 1 000 Personen in nächtlichen Razzien festgenommen worden sein (SZ 21.4.79).

Was bringt die Regierung dazu, auf die Kämpfe so gewaltsam zu reagieren, daß sie sogar gegen Zivilbevölkerung mit Bomben vorgeht? Welches sind die internen Schwierigkeiten des Regimes?

Kernpunkt der eingeleiteten Reformprogramme ist die seit Anfang dieses Jahres energisch in Angriff genommene Agrarreform, in deren Verlauf ca. 1 Million Hektar, das entspricht etwa 15% der landwirtschaftlichen Nutzfläche, an 680 000 Kleinbauernfamilien verteilt werden sollen (HB 2.4.79). Wer mehr als 6 Hektar Land besitzt - bei schlechtem Boden erhöht sich diese Größe - ist von Enteignungsmaßnahmen betroffen. Das neuverteilte Land darf nicht verkauft oder verpachtet werden. Bisher haben ca. 50 000 Familien von der Umverteilung profitiert, alle Anzeichen sprechen dafür, daß die Reform zügig weitergeführt wird (Spiegel 19.3.79).

Als „flankierende" Maßnahme ist der Aufbau von Produktionsgenossenschaften vorgesehen, die die Verteilung von Saatgut, Düngemitteln und Krediten organisieren sollen. Den Bauern soll der Eintritt in diese Genossenschaften ausdrücklich selbst überlassen bleiben; Staatsfarmen sollen nur auf bisher in öffentlichem Besitz befindlichen Ländereien entstehen.

Die positiven Zielsetzungen der Agrarreform werden angeblich weder im In- noch im Ausland grundlegend kritisiert; so sollen sich auch die Mullahs nicht trauen, ernsthafte Einwände gegen die Landverteilung zu erheben. Dennoch erscheint es unglaubwürdig, daß die kleine Schicht der Großgrundbesitzer, denen über die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche gehörte, die Agrarreform ohne weiteres akzeptiert; schließlich wird häufiger berichtet, daß die Kleinbauern aus Angst vor Repressalien seitens der ehemaligen Eigentümer nicht wagten, das ihnen zugeteilte Land in Besitz zu nehmen. Wenn zudem die Agrarreform so friedlich verliefe, wie die Regierung behauptet, so bestünde kein Grund für die von Premierminister Amin geäußerte Auffassung, die starken Aktivitäten des Militärs seien nur zur ordnungsgemäßen Durchführung der Landverteilung notwendig, danach würden sie eingestellt werden. Es spricht vieles dafür, daß die Agrarreform tatsächlich eine zentrale Frage in der gegenwärtigen sozialen und politischen Auseinandersetzung in Afghanistan darstellt.

Dazu kommt, daß die Landverteilung nicht ohne vorübergehende Auswirkungen auf die Agrarproduktion bleiben kann, da Saatgut- und Düngemittelverteilung, Kreditgewährung und Vermarktung von Grund auf neu geregelt werden müssen. So müssen in diesem Jahr, nachdem das Land sich lange selbst versorgen konnte, erstmalig wieder Getreide - Importe in Höhe von ca. 600 000 Tonnen vorgenommen werden, um einer drohenden Hungersnot zu entgehen. Die schlechte Versorgungslage, die insbesondere die kleinen Bauern trifft, wird noch verschärft durch die gering gebliebenen Schneefälle im letzten Winter: die Schneeschmelze wird nicht genügend Wasser bringen, um alle Felder ausreichend zu bewässern, so daß die Ernte ohnehin geringer ausfallen wird als in den letzten Jahren. Diese Situation schafft eine breite Unzufriedenheit unter den Bauern.

Weiteren Problemen sieht sich die Regierung Taraki bei der Kampagne zur Bekämpfung des Analphabetentums gegenüber. Freilich geht sie von einem schwierigen Ausgangspunkt aus: 90% der männlichen und 98% der weiblichen Bevölkerung Afghanistans können weder lesen noch schreiben. Das Ziel der Regierung ist es nun, innerhalb der nächsten 5 Jahre 8,1 Millionen Menschen zu alphabetisieren, davon 2,6 Millionen Kinder und 5,5 Millionen Erwachsene. Für Kinder ab 7 Jahre existiert seit März die gesetzliche Schulpflicht.

Das ehrgeizige Bildungsprogramm, das von den Vereinten Nationen unterstützt wird und primär auf eine Grundschulausbildung abzielt, hat insbesondere in entlegenen ländlichen Gebieten und unter dem Druck reaktionärer islamischer Kreise schwere Bewährungsproben zu bestehen. Nicht nur mangelt es an Lehrern, Unterrichtsmaterial und Schulen, sondern es gibt auch massiven Widerstand gegen die Einbeziehung von Frauen in die Lesekurse. In dem zu 99% islamischen Land verstoßen derartige Reformprogramme häufig gegen religiöse Überzeugungen.



Staatschef Taraki

Ähnliches gilt für das umstrittene Regierungsdekret zur Abschaffung des Brautpreises. Durch die Beschränkung dieser Summe auf 350 Afghanis (d.h. ca. 3,50 DM) sehen viele Afghanen ihre Töchter, für die sie früher bei einer Heirat viel höhere Preise erzielen konnten, sozial abgewertet und versuchen, das Dekret zu umgehen.

Alle diese Reformmaßnahmen werden den Landbewohnern schließlich von Parteikadern nahegebracht, die sich fast ausschließlich aus jungen Leuten städtischer Herkunft zusammensetzen und nicht immer in der Lage sind, sich in die Situation der ländlichen Bevölkerung hineinzuversetzen.

Ein grundlegendes Problem der Regierung Taraki liegt mithin darin, daß es sich bei den staatlichen Maßnahmen um häufig übereilt durchgesetzte Reformen von oben, nicht um von der Bevölkerung erkämpfte Veränderungen handelt. In einem „Land ohne sozialen Druck von unten, mit einer relativ unzerstörten traditionellen Gesellschaftsstruktur, die sich in ihrer Gesamtheit eher nach Stämmen als nach Klassen oder politischen Parteien begreift", muß eine Regierung mit sozialistischem Programm „sich ihre soziale Basis ... erst schaffen" (TAZ 27. / 28.4.79).

Dies dürfte umso schwieriger sein, als das Land bei einer geschätzten Bevölkerung von 15 und 20 Millionen Menschen nur über eine winzige Gruppe von Industriearbeitern (ca. 40 000 incl. Führungskräften) verfügt, die Regierung sich also auf jeden Fall in erheblichem Maß auf die 80% der Bevölkerung stützen muß, die sich von der Landwirtschaft ernähren. Weite Teile dieser Bevölkerung leben aber wiederum in Stämmen in den unzugänglichen Bergregionen nahe der Grenze zu Pakistan und haben seit jeher ihre Unabhängigkeit gegen die Zentralregierung in Kabul verteidigt. So konnte etwa die Bevölkerung im heutigen Nuristan („Land des Lichts") erst gegen Ende des letzten Jahrhundets gewaltsam von der Kabuler Regierung unter den islamischen Glauben gezwungen werden. Aus solchen Erfahrungen und aus dem politische Landesgrenzen mißachtenden Leben vieler zwischen Pakistan und Afghanistan nomadisierenden Bergstämme resultiert ein tiefes Mißtrauen gegenüber nationalstaatlichen Regierungen.

Heute sind 99% der afghanischen Bevölkerung Moslems der sunnitischen Glaubensrichtung. Ein Regime, das mit eindeutig sozialistischen Zielsetzungen antrat und nach einer gewissen Zeit auch den Islam als ursprünglich das Land einigendes Element mit Angriffen nicht verschonte, mußte daher zwangsläufig bei weiten Bevölkerungskreisen auf Argwohn und Ablehnung stoßen. Interssanterweise setzte der Exodus der regierungsfeindlichen Afghanen nach Pakistan jedoch bereits im Frühjahr letzten Jahres ein, als die Regierung Taraki noch keinerlei Anstalten machte, gegen die Ausübung des islamischen Glaubens in irgeneiner Weise vorzugehen. Kein Zufall ist es wohl auch, daß die führenden Männer der islamischen Widerstandsbewegung Ärzte, Juristen, Bürgermeister und andere Vertreter mittlerer und gehobener Schichten sind, die durch die Reformen des sozialistischen Regimes wohl erheblich mehr zu verlieren haben als ihre Glaubensfreiheit. Diese Tatsachen relativieren den angeblichen Charakter des Widerstands als eines Krieges gegen die „Gottlosen in Kabul".

Besondere Feindseligkeit wird im Lande folglich gegen die ca. 5 000 sowjetischen Berater der Regierung Taraki geschürt, ohne deren Einsatz sich das „sozialistische Experiment" nach Ansicht von westlichen Beobachtern kaum noch halten könnte. Die guten Beziehungen zur Sowjetunion reichen zurück bis 1921; ein Vertrag über „Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit" zwischen der Sowjetunion und Afghanistan wurde im Dezember 1978 in Moskau erneuert. Die afghanische Armee ist weitgehend mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. Auch ist die Sowjetunion mit Abstand der wichtigste Handelspartner Afghanistans, sie kauft vom gesamten afghanischen Export etwa zwei Fünftel auf (vor allem Erdgas) und liefert ein Drittel der Einfuhren (Mannheimer Morgen 7.2.79). Insbesondere nach der drastischen Kürzung der US - Entwicklungshilfe von 15 auf 3 Mio. US-$, die nach der Ermordung des US - Botschafters Dubs im Februar 1979 erfolgte, und aufgrund der Tatsache, daß von den westlichen Ländern praktisch nur die BRD mit ca. 33 Mio. DM jährlich noch substantielle Hilfe leistet (HB 2.4.79), ist Afghanistan, das zu den ärmsten Ländern der Welt

gehört, auf die Unterstützung der Sowjetunion dringend angewiesen.

Die Sowjetunion hat bisher auch kaum Zweifel daran gelassen, daß sie ein sozialistisches Regime in ihrem kleinen Nachbarland mit allen Mitteln unterstützen will. Dies vielleicht nicht zuletzt deswegen, weil sie befürchtet, daß ein Vordringen des Islam die ca. 50 Millionen moslemischen Sowjetbürger, die im Süden der Sowjetunion leben, rebellisch gegen Moskau machen könnte. So wurde die afghanische Opposition in der „Prawda" auch wiederholt heftig beschimpft (NNZ 22.3. und 23.3.79).

Nichtsdestoweniger gerät die Sowjetunion in Afghanistan selber in wachsende Bedrängnis, weil weite Kreise des Landes einen „Ausverkauf" Afghanistans an den Übermächtigen Nachbarn immer vehementer ablehnen. Die Ermordung von über 60 Sowjetbürgern bei den schweren Unruhen in der westafghanischen Stadt Herat im März durch moslemische Aufrührer ist nur ein besonders deutliches Zeichen für das wachsende Mißtrauen gegen die allgegenwärtigen sowjetischen „Helfer". Inzwischen hat die Sowjetunion für die von ihr entsandten Berater strikte Sicherheitsmaßnahmen eingeleitet. Das sowjetische Fachpersonal hat angeblich seine Stadtwohnungen in Kabul verlassen und ist in Erwartung weiterer Unruhen auf dem Botschaftsgelände untergebracht (FR. 17.4.79).

Es erscheint uns fraglich, wie lange die Sowjetunion unter diesen Umständen das auch von ihr bedingungslos geliebte Regime Taraki aufrechtzuerhalten hilft. (Differenzen bestehen vor allem im Bereich der Wirtschaftsplanung und wegen der Ausschaltung der linken Opposition „Parcham" (Flagge) durch die Gruppe um Taraki im August 1978.) Der Parcham - Flügel im Moskauer Exil scheint nur auf den Monat zu warten, in dem er — mit sowjetischer Hilfe — Taraki aus dem Sattel heben kann. Mit einem solchen Coup müßte sich die Sowjetunion aber noch erheblich stärkere Vorwürfe der Einmischung in die Angelegenheiten Afghanistans machen lassen als jetzt mit ihrer Unterstützung für den „Khalq" - (Volk) Flügel der Demokratischen Volkspartei unter Taraki und Amin.

Sein und Bewußtsein der neuen Herren in Afghanistan

Der Planungsminister wohnt in einem haus ohne Wasser- und Lichtanschluß, der Protokollchef des Außenministeriums kommt jeden Morgen auf einem rostigen Fahrrad ins Büro, und keiner der Minister darf mehr als 400 Mark im Monat verdienen.

Jeden Mittag schleppen zwei Milizsoldaten einen riesigen Kupferkessel ins Ministerium, wo die Diener des Staates, [redacted] Minister bis zum Büroboten, [redacted] stehen, um auf Blechtellern [redacted] Spiegel Nr. 12/79, 19.3.79

Die künftige politische Entwicklung des Landes ist ungewiß, insbesondere die Frage, ob die moslemischen Rebellen von den islamischen Staaten über moralische Hilfe hinaus konkrete Unterstützung erhalten, die die jetzigen Kräfteverhältnisse entscheidend ändern könnte.

So sehr man die demokratische Legitimierung der Regierung Taraki bezweifeln kann, ihr rigides Vorgehen, insbesondere gegen die Zivilbevölkerung, kritisieren muß, so sehr muß man sich allerdings fragen, ob demgegenüber die Kreise zu unterstützen sind, die unter Berufung auf „Menschlichkeit" eine Zementierung der sozialen Ungleichheit, eine alles beherrschende Rolle des Islam und eine völlige Unterdrückung der Frauen auf ihre Fahnen geschrieben haben.

(LM 6.3., 10.3., 13.3., 14.3., 20.3., 21.3., 22.3., 23.3., 24.3., 29.3., 30.3., 31.3.1979; NNZ 20.3., 22.3., 23.3.; HB 2.4.79; FT 22.2., 5.3., 15.3., 29.3.79; Spiegel 19.3.79; FR 9.3., 17.4.79; SZ 21.4.79; TAZ 27./28.4.79; Stern 19.4.79; Stgt. Ztg. 29.3.79)

sh

Afrika

Äquatorial - Guinea

Terror in Äquatorial - Guinea

Die seit 1968 völkerrechtlich unabhängige Republik Äquatorial - Guinea gehört zu den kleinsten Staaten Afrikas. Sie umfaßt eine Fläche von 28.051 km², die sich in die Festlandprovinz Rio Muni und die im Südatlantik der afrikanischen Küste vorgelagerten Inseln Fernando Póo und Annobón erstreckt.

Das von Kamerun und Gabun umgebene rechteckige Festlandgebiet hat eine Küstenlänge von 150 km und eine mittlere Tiefe von 200 km. Die Küstenebene ist zwischen 15 und 25 km breit. Landeinwärts steigt das Gelände stufenförmig an und erreicht Höhen bis zu 200 m.

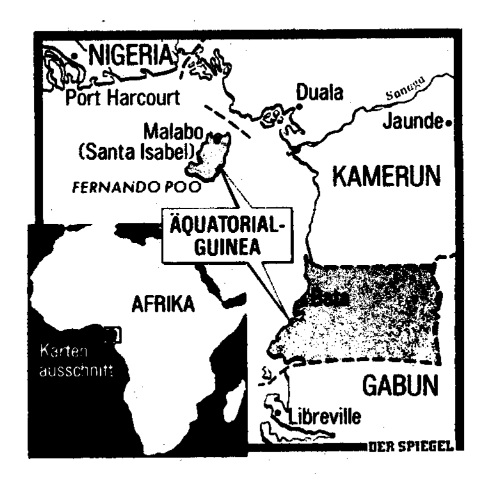
Fernando Póo ist vulkanischen Ursprungs und besteht aus mehreren Bergmassiven. Das Klima ist von hohen Temperaturen und hoher Luftfeuchtigkeit gekennzeichnet. Es hat neben den verbreiteten Krankheiten wie Sumpffieber, Tuberkolose, Lebra und Schlafkrankheit die weiße Kolonialisation verspätet und gering gehalten.

Die Bevölkerung des Landes wurde bei der Erlangung der Unabhängigkeit auf 300.000 bis 400.000 Einwohner geschätzt. Nur spärliche Informationen dringen aus dem Land nach außen, vor allem über Flüchtlinge. Danach ist das Leben im Land von Zerstörung der Wirtschaft und wachsender Armut gekennzeichnet.

Obwohl die Portugiesen das Inselgebiet des Golfs von Guinea bereits im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts entdeckten, blieb Fernando Póo infolge der Abwehr durch die einheimischen Bubi jahrhundertelang von der Kolonisation verschont. Kolonisationsversuche der Portugiesen, der Spanier und der Briten, die befreite Sklaven aus Westafrika ansiedelten (sog. Fernandinos) blieben ohne nachhaltigen Erfolg.

Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts begannen wenige weiße Siedler und die Fernandinos mit dem Aufbau einer Plantagenwirtschaft (Kaffee, Kakao), die einen wachsenden Arbeitskräftebedarf nach sich zog. Die der Zwangsarbeit unterworfenen und um ihr Land gebrachten Bubi widersetzten sich in mehreren Revolten der Integration der Insel in das spanische Kolonialsystem. Durch den immer größeren Import von Arbeitskräften aus Rio Muni (Fang, größte ethnische Gruppe Rio Munis) und Liberia büßten sie ihre führende Position als Bevölkerungsmehrheit ein, die dadurch, daß die Insel mit Rio Muni zusammen unabhängig wurde, gänzlich untergraben wurde.

Rio Muni, von Fang dominiert, wurde von den Spaniern weitaus weniger als Fernando Póo entwickelt.



Die spanische Franco - Diktatur zeigte sich, als sich 1950 der erste Widerstand gegen die Kolonialherrschaft regte, wenig geneigt, dem Land die Unabhängigkeit zu geben. Mit Mord und Terror wurde die Freiheitsbewegung unterdrückt. Der wachsende Widerstand verschiedener nationalister Parteien und der Druck der UNO führten dazu, daß Anfang der 60er Jahre eine gewisse Autonomie gestattet wurde. Spannungen entstanden zwischen den Parteien dadurch, daß verschiedene Fraktionen der Franco - Diktatur ebenso ihre Interessen realisieren wollten und daß besonders unter den Weißen und den Bubi der relativ wohlhabenden Insel Fernando Póo große Sympathien für eine getrennte Unabhängigkeit von Fernando Póo ausschließlich Annobón und Rio Muni geäußert wurden.. Während Gruppen der Bubi ihre Beherrschung durch die Fang fürchteten, hofften die weißen Siedler, sich auf einem isolierten Inselstaat besser behaupten zu können.

Die spanische Regierung forcierte dennoch die gemeinsame Unabhängigkeit beider Teile Äquatorial - Guineas und bereitete 1967 die formale Unabhängigkeit vor. Zwei Parteien, MUNGE und MONALIGE, waren bei einem Referendum für eine Zustimmung der Bevölkerung zur Verfassung. Mittlerweile war es den Spaniern gelungen, sich beide Parteien so gefügig zu machen, daß sie nur noch Fraktionen der Franco - Diktatur vertraten und eine Unabhängigkeit in enger Anlehnung an die koloniale Machtstruktur anstrebten.

Der heutige Diktator Macias Nguema, ein Gerichtsdolmetscher, der über die MONALIGE zum Bürgermeister der Stadt Mongomo gewählt worden war, verließ deshalb die MONALIGE und warb für eine Ablehnung der Verfassung, ohne Erfolg.

Der Bekanntheitsgrad, den er sich dafür bei der Fang erworben hatte, verhalf ihm jedoch bei der Präsidentschaftswahlen im zweiten Durchgang zum Sieg.

Seine gegen die Etablierung eines neukolonialistischen Herrschaftssystems gerichtete Politik machte ihn bei den weißen Siedlern und der spanischen Regierung derart unbeliebt, daß sie sich bemühten, von der Unabhängigkeit an die Wirtschaft des Landes zu schwächen. Macias Nguema entschloß sich, seine von den Spaniern und der internen Opposition bedrohten Stellung mit allen Mitteln zu stärken.

Nach einer inszenierten blutigen Provokation wurden die spanischen Siedler durch jugendliche Milizen, die von Macias angefeuert wurden, überfallen und vertrieben. Die Siedler überließen ihre Güter dem Zugriff des Präsidenten und verschwanden mit den letzten spanischen Truppen.

Die für die Überlebensfähigkeit des Landes wichtige Exportproduktion (Kaffee, Kakao) konnte in der Folgezeit zwar aufrechterhalten werden, doch war das Land dabei auf die Ausbeutung der Arbeitskraft nigerianischer Gastarbeiter angewiesen. Die blutige Niederschlagung eines Streiks nigerianischer Arbeiter in Zusammenhang mit dem Biafra - Krieg führte zu deren massenhaften Ausreise, was der Wirtschaft einen schweren Schlag versetzte. Um die Produktion aufrecht zu erhalten, wurden große Teile der Bevölkerung in Zwangsarbeitslager gepreßt, wo sie ohne Lohn, und oft ohne ausreichende Versorgung mit Nahrungsmitteln und medizinischer Betreuung und die Möglichkeit, die Lager wieder zu verlassen, für die Exportproduktion arbeiten müssen.

Die Miliz, „Juventud en Marcha con Macias", wurde zum Hauptträger der blutigen Repression.

Bis 1970 wurde das verfassungsgemäße System zerschlagen und ein Einheitsparteiensystem etabliert. Das politische Programm des Präsidenten Macias Nguema scheint ziemlich diffus zu sein. Bei seinem ursprünglichen anti - kolonialistischen Engagement ging es wohl im wesentlichen darum, sich die Macht ohne störende Einwirkung der weißen Kolonialherren zu verschaffen. Nachdem er anfangs eine kapitalistische „afrikanische Schweiz" aufbauen wollte, gibt er jetzt bisweilen antiimperialistische Parolen von sich; sein Streben scheint jedoch allein darauf gerichtet zu sein, sich und seinen engsten Verwandten die allumfassende politische und ökonomische Macht im Lande zu erhalten, selbst um den Preis, daß dieses Land daran zugrunde geht. Obwohl er sich als „Eckstein der einzigen Lehre von der Nation", „Großer Messias", „Vater der Freiheit", „Architekt von Äquatorial - Guinea", „Führer aus Stahl", „Größter Verfolger des Kolonialismus", „Großer Meister des nationalen Bildungswesens", „Oberster General des Heeres" und „Präsident auf Lebenszeit" feiern läßt, erregt er bei der Bevölkerung weniger Begeisterung als Schrecken.

Massenhinrichtungen und brutaler Terror treffen alle Mitglieder der Intelligenz und der echten wie eingebildeten Opposition, kurzum jeden, der dem Präsidenten unter irgendeinem Gesichtspunkt gefährlich werden könnte.

Die Intelligenz ist, soweit sie nicht ins Ausland fliehen konnte, verhaftet, gefoltert und ermordet. Die Gefängnisse sind in einem Zustand, der die Unterscheidung zwischen Haft und Hinrichtung ziemlich akademisch macht. Politische Gefangene, die die Haft überlebten, wurden verstümmelt, mit dem Würgeisen, durch Erschießen und Lebendigbegraben



Macias Nguema

hingerichtet. Heute zwingt man sie, auf dem Boden des Hinrichtungsraums niederzuknien, schlägt ihnen dann mit einer Eisenstange den Schädel ein, worauf das Gefängniskrankenhaus eine natürliche Todesursache feststellt.

In seiner Geldnot geht das Regime selbst zur Geiselnahme von Ausländern über, die dann gegen Zahlung eines Lösegelds freigelassen werden.

Mittlerweile sind ein Drittel der Bevölkerung ins Ausland geflohen. Äquatorial - Guinea hat die höchste Flüchtlingsrate der Welt, ein Anzeichen dafür, daß das Regime von Präsident Macias wohl eines der schlimmsten in Afrika ist. Mittlerweile ist sogar die Praktizierung des katholischen Glaubens verboten, Reisen im Innern sind nur noch mit Regierungsgenehmigung möglich, und weitere Teile des Landes werden wegen vermuteter Gegnerschaft zum Regime völlig vernachlässigt.

Nach dem Zusammenbruch weiter Teile der Exportproduktion, der Liqiudierung der Intelligenz und der Flucht großer Teile der Bevölkerung ist die Infrastruktur des Landes weitgehend zusammengebrochen.

Die internationale Juristenkommission in Genf, der Menschenrechtsausschuß der Vereiten Nationen, die Gefangenenhilfsorganisation amnesty international, die Europäische Gemeinschaft und die US - Regierung haben bereits Sorge über die Zustände in Äquatorial - Guinea geäußert. Viele Länder, die sich vorübergehend bereit fanden, in irgendeiner Form Hilfe zu gewähren, haben sich mittlerweile geweigert, ein Regime zu unterstützen, das sein Land in ein einziges Konzentrationslager verwandelt.

Internationale Unterstützung findet das Regime nur noch bei verschiedenen spanischen Geschäftsleuten, französischen Firmen und der UdSSR, die, nachdem der Bevölkerung — wegen Fluchtgefahr — die Fischerei verboten wurde, die Ausbeutung der Fischgewässer übernommen hat.

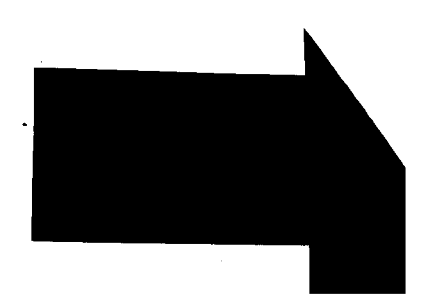
Die Opposition organisiert sich in der Genfer „Nationalen Allianz für die Wiederherstellung der Demokratie" (ANRD), einer Widerstandsbewegung, die angibt, sowohl im Lande selbst im Untergrund als auch unter den Flüchtlingen im Ausland zu arbeiten.

Als Hauptfehler der anti - neokolonialen Kräfte sieht es die ANRD an, daß viele Mitglieder der jetzigen Opposition bei der Unabhängigkeit darauf aus waren, Posten im neuen Staat zu ergattern und dadurch den Kampf der Massen gegen den Neokolonialismus entscheidend schwächten. Andere Besonderheiten führen nach Ansicht des Sprechers der ANRD, Oyono sa Abegue zur Spaltung und Schwächung der Antineokolonialistischen Kräfte: „In Angola, Mosambik und Guinea - Bissau wurde der Kampf des Volkes gegen den portugisischen Kolonialismus von der OAU anerkannt. In unserem Fall gehört das Regime Macias Nguema zur OAU, deren Mitgliedsstaaten sich verpflichtet haben, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen. Das OAU Befreiungskomitee kann deshalb Kämpfe gegen den Neokolonialismus innerhalb seiner Mitgliedstaaten nicht anerkennen oder unterstützen." Die Suche nach nicht - regierungsamtlicher Unterstützung wird dadurch erschwert, daß eine Zusammenarbeit zwischen der äquatorial - guinesischen Opposition und einer innerspanischen Opposition, wie dies z.B. von progressiven Elementen in Guinea und Frankreich möglich war, zwischen Äquatorial - Guinea und Spaniern nicht möglich war. Kontakte waren nur zum amtlichen Spanien, dem faschistischen Spanien, möglich.

Die ANRD sieht das Hauptproblem des Landes nicht in ethnischen Gegensätzen, sondern in dem Widerspruch zwischen den Massen und einigen wenigen Ausbeutern, Auf eine Verbesserung der Stellung der Frauen legt die ANRD besonders großen Wert, da diese unter der Widereinführung der Polygamie, Zwangsarbeit, bestialischen Folterungen und Vergewaltigungen besonders zu leiden haben.

(Quellen: Nohlen - Nuschler, Handbuch der Dritten Welt; SZ, 20.12.78, NNZ, 23.12.78; LM Dipl., Dez.78, The Times, 1.11.78)

as



Liberia

Demonstrationen in Monrovia

Über die jüngsten Unruhen in der liberianischen Hauptstadt Monrovia erreichte uns folgender Bericht:

Seit mehreren Monaten gehen Gerüchte im Lande herum, daß der Preis für einen 50 Pfund Sack Reis von jetzt US$ 22.00 wesentlich erhöht werden soll. Anfang des Jahres empfahl das Landwirtschaftsministerium eine Erhöhung für importierten Reis, der über 70% des Gesamtverbrauchs ausmacht, auf US$ 25.00 pro Sack.

Da Reis das Grundnahrungsmittel für die Bevölkerung Liberis ist (eine Familie braucht etwa einen Sack per Monat) und das Einkommen über 70% der Familien unter US$ 100.00 per Monat liegt, stieß dies sofort auf starke Empörung und Protest.



Soldaten räumen eine Barrikade

Die nicht offiziell anerkannte Oppositionspartei, Progessiv Alliance of Liberia (PAL), die sich auf den „afrikanischen Sozialismus" von Nyrere und Nukrumah beruft und vor etwa 3 Jahren von liberianischen Intellektuellen in den USA gegründet worden ist, kündigte vor etwa einem Monat in ihrer Zeitschrift „The Voice of the Revolution" eine Massendemonstration gegen die geplante Reispreiserhöhung für den 14.April 15.00 h an.

Das Tolbertregime, das den „humanen Kapitalismus" als Kompradorenschicht im Interesse der Imperialisten (Eisenerzminen, Gummiplantagen) vertritt, wurde verunsichert und sah sich zu kompromisslerischem Verhalten veranlaßt. Eine Delegation von PAL - Mitgliedern (Marktfrauen, Arbeitern und Studenten) erschien im Präsidentenpalast und Präsident Tolbert versicherte, daß noch keine Entscheidung getroffen sei, und er das Interess aller vertreten werde. Tolbert und andere seines Clans sind selbst Großgrundbesitzer mit Reisfarmen oder am Import von Reis beteiligt.

Wenige Tage nach dem Gespräch, eine Woche vor der geplanten Demonstration erklärte Tolbert, daß „eine Demonstration für oder gegen die Reispreiserhöhung verboten" sei und wies gleichzeitig die Polizei und Armee an, dies zu verhindern.

Unterdessen mobilisierten PAL und Studenteorganisationen die Demo wie geplant. PAL hat eine breite Massenbasis unter den Arbeitern und Studenten in Monrovia. Ihre Mitglieder sind Führer in den Minengewerkschaften und der Industrie in Monrovia.

Einige Tage vor der Demonstration gab das Landwirtschaftsministerium bekannt, daß der Reispreis wie vorgeschlagen erhöht werden soll. Dies schürte die Empörung der Massen und forderte die Mobilisierung zur Demonstration.

Am 14.4. morgens um 6.00 h sammelten sich die ersten vor dem PAL - Büro, die Polizei und Armee erchien wenig später und warf Tränengas in die etwa zweitausend zählende Menge. Gegen 10.00 h war die Menge stark angewachsen und es kam zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen zwischen den unbewaffneten Demonstranten und der Polizei, wobei sich die Armee zunächst passiv verhielt. Gegen 10.30 h schlug sich ein Soldat demonstrativ auf die Seite der Demonstranten. Dies war das Signal für den spontanen Aufbruch der etwa 3000 zum Präsidentenpalast. Dort war inzwischen Polizei und Armee mit Panzerwagen und Barrikaden aufgefahren.

Als die Demonstranten erschienen, schoß die Polizei wild in die Menge und mindestens 10 Menschen starben und viele weitere wurden verletzt.

Die Empörung war groß, und man errichtete überall in der Stadt Barrikaden und zerstörte Fahrzeuge und Einrichtungen der Regierung. Die Polizei und Armee patroulierte durch die Straßen und es gab wilde Schießereien, wobei weitere Menschen getötet und verletzt wurden.

Am Nachmittag begannen die ersten Plünderungen von Geschäften und Supermärkten, an denen sich teilweise auch Soldaten beteiligten. Diese erhalten im unteren Dienstgrad nur US$ 75.00 per Monat.

Die Kämpfe und Plünderungen dauerten die Nacht über an, und die Regierung verhängte eine Ausgangssperre.

Die Bilanz der Auseinandersetzungen: 30 Tote und über 380 Verletzte. Mindestens US$ 15.000.000 Sachschaden durch Plünderungen etc.

Die Tolbertregierung hatte offenbar mit solch einer Reaktion der Massen nicht gerechnet und erklärte, daß man noch nicht entschieden hat, ob der Reispreis erhöht werden soll. Auch unternahm sie bisher keine Schritte, die Führung der PAL zu verhaften, was nur zu einer weiteren Verschärfung der Situation führen würde.

Die PAL (Progressiv Alliance of Liberia) andererseits hat deutlich gezeigt, daß sie in der Lage ist, die Massen unter richtigen Forderungen zu mobilisieren und das Tolbertregime in Bedrängnis bringen kann.

Diese Demonstration hat zweifellos den Einfluß und die Bedeutung der PAL gefördert.

Die Geschäfte und Banken sind heute am 17.4. immer noch geschlossen und man erwartet, daß sie erst nächste Woche wieder öffnen werden. Die Studenten der Universität planen eine machtvolle Beerdigungsdemonstration für morgen, und auch andere Demonstrationen gegen das Tolbertregime werden erwartet.

Tolbert versucht, die Wogen zu glätten, da im Juli die OAU Konferenz stattfinden soll, die über US$ 70.000.000 kostet, die er von den Massen abpressen will.

(Monrovia, 17.4.79)

•Zur neueren Entwicklung

Inzwischen hat die Regierung Liberias bekanntgegeben, daß die Reispreise (vorerst?) nicht angehoben werden (afp, 19.4.79).
Die staatlichen Repressionsmaßnahmen halten unterdessen an bzw. nehmen zu:

* Militärverbände aus dem benachbarten Guinea unterstützen mittlerweile die liberianische Armee durch Eliteeinheiten.
* Die Universität von Liberia wurde auf Anordnung Präsident Tolberts vorerst geschlossen. Die Universität habe - so Tolbert - „als Stützpunkt für subversive Ideen und Ideologien gedient" (MD, 24.4.79). Die Regierung Liberias könne nicht zulassen, „daß ihre Autorität von Professoren und Studenten angegriffen werde ...".
* Tolbert ließ sich inzwischen sein Amt mit ‚Sondervollmachten' ausstatten. Diese Ausnahmevollmachten geben dem Präsidenten das Recht, „jede Person, die des Verrats, der Volksverhetzung oder anderer Akte, die die Staatssicherheit gefährden, 30 Tage lang ohne Verhandlung (zu) inhaftieren" (MD, 27.4.79).

Die Maßnahmen sind sicherlich nicht nur eine Reaktion auf die jüngsten Unruhen: sie sind vielmehr auf eine langfristige ‚Stabilisierung' angelegt: erst Anfang dieses Jahres verpflichtete sich die Regierung Liberias gegenüber Frankreich, Investitionen französischer Staatsbürger „zu fördern und den Schutz dieser Investitionen (...) zu garantieren" (MD, 27.1.79).

uk

Südafrika

ABS ERÖFFNET GOLDBERGWERK ELANDSRAND IN SÜDAFRIKA
4 400 Schwarze streiken
800 fristlos entlassen.

Bonn, 2o.4.79 Dr. Hermann Abs, Ehrenvorsitzender der Deutschen Bank - in Südafrika als „Europas größter Goldkäfer" tituliert - wurde von Freund Harry Oppenheimer, dem Vorsitzenden der Anglo - American Corporation gebeten, das neue Goldbergwerk Elandsrand bei Carletonville, Südafrika, zu eröffnen.

Die Deutsche Bank hat traditionell gute Beziehungen zum südafrikanischen Gold: sie war die erste europäische Bank, die sich für den Vertrieb von Krügerrands entschied und die bis heute im Marketing der Goldmünzen führend ist. Darüberhinaus ist es ein offenes Geheimnis, daß die Deutsche Bank in den letzten zwei Jahren direkt bei der südafrikanischen Reserve Bank Goldbarren aufgekauft hat (Financial Mail vom 13.4.1979). Über Schachtelbeteiligungen ist die Deutsche Bank an zahlreichen deutschen Unternehmen beteiligt, die in Südafrika Tochterunternehmen und Kapitalinteressen unterhalten, wie z.B. Daimler Benz AG, Stolberger Zink, Norddeutsche Affinerie, Urangesellschaft, Metallgesellschaft, Continental Gummi - Werke und Didier (DM Investitionen in Südafrika. ISSA, Bonn 1979).
Zwei Tage vor der feierlichen Eröffnung des neuen Bergwerks gingen die schwarzen Bergwerksarbeiter - es handelt sich um Kontrakt- oder auch Wanderarbeiter - in einen Streik. Sie protestierten gegen zu niedrige Löhne und diskriminierende Arbeitsbedingungen.

Durchschnittslöhne in südafrikanischen Bergwerken 1976
(Survey of Race Relations 1977, Seite 261)

Weiße	671,31 Rand	(rd. 2 014 DM)/Monat
Mischlinge	180,57 Rand	(rd. 542 DM)/Monat
Asiaten	286,68 Rand	(rd. 860 DM)/Monat
Afrikaner	89,37 Rand	(rd. 268 DM)/Monat

Afrikanische Bergwerksarbeiter sind pro Tag rd. 12 Stunden Untertage. Ab 1.8.1977 hat sich ihr Durchschnittslohn auf 104 Rand pro Monat (rd. 312 DM) erhöht (Mining Survey. Supplement to the Financial Mail vom 28. Juli 1978, S.41).

Von den 4 500 Bechäftigten im Elandsrand - Goldbergwerk arbeiteten in der Woche vor der Eröffnung nur 100, die anderen streikten. Zwei Tage vor der Eröffnung hatten 800 von den Streikenden sich zu einer Protestdemonstration auf dem Sportplatz neben den Barakken der Wanderarbeiter versammelt. Über ihnen kreiste ein Hubschrauber, der sie aufforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen und danach ihre Beschwerden dem Management vorzutragen. Doch offensichtlich wollten die Arbeiter Ergebnisse sehen, bevor sie die Arbeit wieder aufnahmen. Als dies ausblieb, verzogen sich die Streikenden teils in den Schatten ihrer Baracken, teils wanderten sie aus dem umzäunten Bergwerksareal in die benachbarten Hügel. Sie warteten auf eine rasche Entscheidung des Management. Die Antwort des als liberal geltenden Anglo - American Konzern erfolgte durch den Einsatz der südafrikanischen Polizei und der werkseigenen Sicherheitstruppe. Hubschrauber und Sicherheitstruppen mit scharfen Hunden trieben die Streikenden zurück in ihre Baracken. Der Polizeieinsatz löste Gegenwehr aus. Am 8.4., Sonntag, fand eine zweitägige Schlacht zwischen den Arbeitern und der Polizei statt, in deren Verlauf die Bierhalle, die Kantine, das Einkaufszentrum und verschiedene Stechuhren beschädigt wurden. Der Schaden wird auf rd. 750 000 Rand (etwa 1,8 Millionen DM) geschätzt. Nach dem Polizeisieg wurden 800 Arbeiter sofort entlassen und nach Hause geschickt. Zwei Tage darauf fand die Eröffnung der Goldmine durch H. Oppenheimer und Dr. H. Abs statt.

In seiner Eröffnungsrede sagte Oppenheimer, daß die Kommunikation zwischen Arbeiterschaft und Management allgemein verbessert werden und dies sich in entsprechender Gesetzgebung niederschlagen müsse. Er versicherte, daß sich sein Konzern auch durch die ‚sehr enttäuschenden Ereignisse' der letzten Tage nicht von seiner fortschrittlichen Personalpolitik werde abbringen lassen (Star International Weekly vom 14.4.1979). Die Tatsache, daß das Elandsrand - Management keine Ahnung davon hatte, daß die schwarzen Arbeiter Anlaß zum Streik hatten, wirft die Frage auf, wie fortschrittlich die Beziehungen der Anglo American zur schwarzen Arbeiterschaft in den Bergwerken sind.

Ursachen des Streiks

„Wie gehabt", kommentierte die Financial Mail am 13.4.79, „sind die Ursachen für die Unruhen auf das System der Wanderarbeit zurückzuführen ... Es ist bezeichnend, daß die Baracken wieder einmal ein Zentrum der Attacken waren. Denn wie hoch auch immer man die Qualität dieser Baracken verbessert, werden sie doch immer verhaßt sein. Selbst wenn die Kantine und andere Einrichtungen einen höheren Standard erhalten, bleiben die Baracken exklusiv für die Wanderarbeiter: ihre Frauen und Kinder können nicht mit ihnen zusammen wohnen. Familienwohnungen bleiben das Privileg für einige wenige Auserwählte."

Vor sechs Wochen hatte Oppenheimer noch angekündigt, daß beratende Komitees für alle in Elandsrand Beschäftigten eingerichtet werden sollen. Nach dem Streik war man bei Anglo - American nicht in der Lage zu sagen, ob diese Komitees schon existieren. Wenn dies der Fall sein sollte und das Management dennoch keine Ahnung von dem bevorstehenden Streik hatte, wirft dies ein bezeichnendes Licht auf den Charakter dieser Komitees: sie repräsentieren nicht die schwarze Arbeiterschaft, sondern sind vom Management abhängig. So stellt sich die Frage, wie lange die südafrikanische Bergwerksindustrie noch glaubt, den schwarzen Bergarbeitern die vollen Gewerkschaftsrechte vorenthalten zu können. Noch im Februar 78 hatte der AAC Konzern dazu geäußert: „Der Wanderarbeiter ist sehr schwer zu organisieren; in Konfliktzeiten veranlaßt ihn sein wurzelloser Status zu der Reaktion, das ganze System abzulehnen ... Aber das Wanderarbeiter - System kann nicht weggewünscht werden." (People & Profits Vol. 5, Nr. 8 (Südafrika Febr. 1978), Seite 15) Die daraus gezogene Folgerung: keine Gewerkschaftsrechte für schwarze Arbeiter in den Bergwerken und Steinbrüchen Südafrikas.

Südafrika bereitet sich auf den „totalen Krieg" vor

Das auf 11,19 Mrd. Rand angesetzte Budget des südafrikanischen Apartheidsregimes für 1979 / 80 stellt rund 2 Mrd. Rand (rd. 18%) für die südafrikanischen Streitkräfte zur Verfügung, fast 500 Mill. Rand mehr als im Vorjahr. Nach dem soeben veröffentlichten, halbjährlich erscheinenden Weißbuch des Kriegsministeriums sind folgende Kernpunkte in der zukünftigen Strategie vorgesehen.
* Eine bedeutende Verstärkung der südafrikanischen Marine, deren Budget von 111,5 Mill. Rand auf 127,5 Mill. Rand aufgestockt wird. Das Budget sieht eine Senkung der Operationskosten vor, aber eine Steigerung der Beschaffungskosten um 29% auf 97,2 Mill. Rand.
* Eine umfassende Überholung des Luftraum - Verteidigungssystems. Vor allem geht es hier um die Modernisierung des statischen und mobilen Radarsystems. Ferner soll Südafrikas Langstrecken Reconnaisance - Flugzeug Shackelton mit modernisiertem Gerät überholt werden. 1978 wurde auch ein neuer Militärflughafen gebaut.
* Die Ausgaben für das Heer werden von 1 Mrd. Rand auf 1,13 Mrd. Rand erhöht; die Beschaffungskosten werden um 16% gesteigert. Neu ist die Errichtung einer Fallschirmjäger - Brigade, damit „eine schnelle Reaktionstruppe zur Verfügung steht, die in kürzester Frist alarmiert und eingesetzt werden kann für konventionelle wie unkonventionelle Aktionen". Der permanente Kern der südafrikanischen Streitkräfte wurde darüber hinaus um ein Drittel vergrößert.

Das Weißbuch gibt bekannt, daß der Staats-Sicherheitsrat, der 15 Sicherheits - Komitees koordiniert, reorganisiert und vergrößert wurde, um - wie es heißt - eine „totale nationale Sicherheits - Strategie" zu entwickeln gegenüber der „in alarmierendem Tempo" sich verstärkenden „totalen Bedrohung".

Wie die Financial Times vom 6.4 berichtet, stellt das Weißbuch fest, daß Südafrika der größte Waffenproduzent der südlichen Halbkugel ist. Aufgabe der ARMSCOR (Armaments Corporation of South Africa), die die gesamte Logistik und Waffenproduktion koordiniert, sei es jetzt, in der Waffentechnologie autark zu werden für den Fall, daß auch die Lieferung von Ersatzteilen und anderen militärisch verwendbarer ‚software' unter das Waffen - Embargo fallen sollte.

POLIZEI JETZT BESTANDTEIL DER SÜDAFRIKANISCHEN ARMEE

Nach Paragraph 3 des neuen Polizei - Ergänzungs - Gesetzes, das soeben im exklusiv weißen Parlament verlesen wurde, kann nun die südafrikanische Polizei als Teil der Armee zur Durchführung von Operationen gegen innere wie äußere Feinde des Apartheidregimes herangezogen und „überall" in der Welt eingesetzt werden. Polizeiminister Kruger verteidigte die Maßnahme mit dem Hinweis, daß auch schon während des zweiten Weltkrieges ein südafrikanisches Polizeikontingent in Nordafrika eingesetzt worden sei - im übrigen gegen den Widerstand der jetzigen Regierungspartei.

Auch während der Unruhen von Soweto 1976 - 1977 hatte die Polizei, die zur Niederschlagung der demonstrierenden Schüler eingesetzt wurde, Tarnanzüge an, so daß sie sich von Soldaten nicht mehr unterschied. Die Opposition hatte dies kritisiert, weil es den Anschein erwecke, daß die Regierung Krieg gegen die eigene Bevölkerung führe. In der Parlamentsdebatte über das neue Polizeigesetz führte Widmann (PFP) ferner aus, daß dieses Gesetz zum gegenwärtigen Zeitpunkt, an dem sich Südafrika in heiklen Verhandlungen über die Zukunft Namibias befinde, nur zu Komplikationen führen könne (so der Bericht des Star International Weekly vom 31.3.1979).

Nach dem Plan, den UN - Generalsekretär Waldheim zur Durchführung freier allgemeiner Wahlen in Namibia unter UNO - Aufsicht entworfen hatte, und der von der SWAPO wie von dem südafrikanischen Regime wie auch von den fünf Westmächten akzeptiert worden war, sollte sich nach Waffenstillstand der größte Teil der südafrikanischen Armee aus Namibia zurückziehen, der Rest in von UN - Truppen überwachten Lagern kaserniert werden. Demgegenüber sollte die südafrikanische Polizei - von UN - Personal überwacht - weiterhin für öffentliche Ordnung während des Wahlprozesses sorgen.
Wenn aber jetzt nach dem neuen Gesetz die südafrikanische Polizei ein Teil der Armee ist und so auch eingesetzt wird, lassen sich nur zwei alternative Optionen folgern: Entweder muß sich nun auch die südafrikanische Polizei aus Namibia zurückziehen oder kaserniert werden und ihre Funktionen müssen vollständig von UNO - Polizeitruppen übernommen werden - Oder Südafrika wird die UNO - Wahlen in Namibia gar nicht mehr zulassen. Für diese zweite Option spricht die bisherige Verhandlungstaktik - die mehr auf Zeitgewinn für Südafrika als auf freie Wahlen aus war - und die weitere Aufrüstung Südafrikas.

SÜDAFRIKAS STEUERSYSTEM BEGÜNSTIGT WEISSE

Das von dem Finanzminister Südafrikas vorgelegte Budget für das Haushaltsjahr 1979 / 1980 bestimmt u.a. die Schwelle, von der ab alle Afrikaner Steuern zahlen müssen: sie ist auf ein Jahreseinkommen von 1 201 Rand (vorher 361 Rand / Jahr) festgelegt worden. Demgegenüber muß ein lediger Weißer erst bei einem Jahreseinkommen von 1950 Rand Steuern zahlen; ein verheirateter Weißer mit zwei Kindern muß erst ab 3 900 Rand Steuern zahlen. Schwarze wurden und werden daher früher als Weiße zur Kasse gebeten. Um Steuergerechtigkeit zu erlangen, müßte nicht nur die Einkommensschwelle, von der an Afrikaner Steuern zahlen müssen, weiter erhöht werden, sondern gleichzeitig müßte es auch Afrikanern möglich gemacht werden, Steuervergünstigungen und Abschreibungen vornehmen zu können, ein Vorteil, den bisher nur Nicht - Afrikaner in Anspruch nehmen durften.

BMW - SÜDAFRIKA EXPORTIERT BMWs IN DIE BUNDESREPUBLIK

Mitte März haben 400 in Südafrika gebaute BMW Luxus - Wagen - mit dem Zielvermerk „Hamburg" auf ihren Windschutzscheiben an Bord des „Stenna Transporter" den Hafen von Durban in Richtung Bundesrepublik verlassen.
Wie der Star International Weekly am 31.3. berichtete, haben Ende März erneut 50 BMW Export - Modelle Durban an Bord der „Hellenic Torch" verlassen - dieses Mal jedoch ohne jegliche Angabe des Bestimmungshafens. Selbst ein Hafenbeamter, der die Wagen vor ihrer Verfrachtung checkte, verweigerte Journalisten die Auskunft: „Kein Kommentar - diese Wagen gehen an ein unbekanntes Ziel."



Schwarzer BMW-Arbeiter

Schon 1978 hatte BMW - Südafrika rd. 1000 Fahrzeuge aus Südafrika exportiert; die meisten von ihnen wurden an den Iran geliefert. Dieser ebenso wie der südafrikanische Markt kleine, aber (damals) lukrative Markt schien Zukunft zu haben. Er sollte von Südafrika, nicht von der Bundesrepublik aus beliefert werden. Im September 1978 handelte BMW - SÜdafrika einen Vertrag für die Lieferung von 3 000 Luxus - Modellen im Werte von 25 Mill. Rand (1 Rand etwa 2,40 DM) aus. Doch die neue Regierung des Iran brach die Kontakte mit Südafrika ab, BMW mußte den Vertrag als gekündigt ansehen und sich nach neuen Märkten umsehen. Es stellt sich die Frage: Hat BMW - Südafrika die Bundesrepublik als „neuen" Markt entdeckt? Auf jeden Fall sorgt die südafrikanische Niederlassung von BMW dafür, daß die Wagen keinerlei Anzeichen dafür bieten, daß sie in Südafrika produziert worden sind. Selbst auf den Reifen steht das Zeichen „Made in Germany". Und weitere 200 Wagen des „deutschen" Modells sollen in naher Zukunft aus Südafrika exportiert werden - wohin? Und warum macht das südafrikanische Management von BMW solche Geheimnisse um das Exportziel?

Eventuell ist tatsächlich die Bundesrepublik das Endziel der verschifften BMW - Modelle. Dann soll offensichtlich die IG Metall bzw. die deutschen BMW - Arbeiter nicht merken, daß in Südafrika gefertigte BMWs re - exportiert werden in die Bundesrepublik - nachdem vorher deutsche Arbeitsplätze in das Billiglohnland Südafrika verlagert wurden, in dem schwarze Arbeiter keine gewerkschaftlichen Rechte haben und daher „billig" sind.

Oder aber das Management nimmt an, daß das letztendliche Bestimmungsland keine in Südafrika gefertigten Produkte annimmt: schließlich ist mittlerweile bekannt, daß BMW - Südafrika die Minimalforderungen des EG - Verhaltenskodex für Niederlassungen europäischer Firmen in Südafrika nicht verwirklicht - angefangen mit der Tatsache, daß das BMW - SA - Management schwarze Gewerkschaften nicht als kollektiven Gesprächspartner / Tarifpartner anerkennt.

Der Verlust des iranischen Marktes veranlaßte BMW - Südafrika (Pty) Ltd. übrigens dazu, 150 schwarze, unterbezahlte Pendelarbeiter aus den Arbeiterschlafstädten Ga - Rankuwa und Mabopane, die im nördlichen Rosslyn - Werk von BMW arbeiteten, zu entlassen. Trotz dieser Massenentlassung nahm aber BMW Verhandlungen mit der südafrikanischen Tochter von TOYOTA - Durban mit der Absicht auf, zusätzliche Produktionsstätten für die BMW Export - Modelle zu gewinnen. So wenigstens Dr. Eberhardt von Körber vom BMW - Südafrika Management zur Financial Mail (23.2.79): „Unsere Fabrik in Rosslyn ist zu klein, um die Produktion für den lokalen Markt sowie für den Export völlig zu bewältigen."

Also weitet BMW - Südafrika seine Produktion trotz Iran - Schock aus. Gleichzeitig aber entläßt das Werk 150 schwarze Arbeiter, die sich wegen mangelnder gewerkschaftlicher Rechte nicht effektiv wehren können. Dabei ist doch immer von Sicherung der Arbeitsplätze sowohl in der Bundesrepublik wie in Südafrika die Rede, wenn Investitionen in Südafrika kritisiert werden. Gleichwohl scheinen auch die bundesdeutschen Arbeitsplätze nicht allzu sicher, wenn BMW - Südafrika seine Produktion in die Bundesrepublik exportiert.

Gottfried Wellmer

Weltkonferenz der FAO über Agrarreformen und ländliche Entwicklung; Kritische Gegenkonferenz über Agrarkonflikte und abhängige Agrarentwicklung

Vom 12. bis zum 20. Juli wird die UN-Welternährungs-Organisation FAO in Rom eine internationale Konferenz über Agrarreformen und ländliche Entwicklung durchführen. Diese Konferenz hat wie frühere Veranstaltungen der FAO die Funktion, Richtlinien für die internationale Agrarpolitik der folgenden Jahre zu setzen.
Die Teilnehmer dieser Konferenz sind Delegierte von Regierungen der Mitgliedsstaaten, die Anhaltspunkte für Umsetzungsmöglichkeiten der „neuen Strategien zur Beseitigung ländlicher Armut und zur Förderung der Kleinbauern" – Typ Weltbank – suchen. Während Nicht-Mitgliedsstaaten wie die UdSSR und die DDR offizielle Vertreter schicken, ist die Teilnahme von sogenannten „Nicht-Regierungs-Organisationen" (wie Bauern- und Gewerkschaftsvertretern) noch immer sehr umstritten.
Anläßlich dieser geplanten Konferenz haben sich verschiedene entwicklungspolitische Aktionsgruppen zusammengefunden, um eine kritische Öffentlichkeitsarbeit zur FAO-Initiative durchzuführen.
Die FAO hat zur Konferenz ein Dokument vorgelegt, das einen Überblick über die Auswirkungen von Entwicklungsprojekten der FAO und den Einfluß von Agrarreformen auf die ländliche Armut gibt. Zu diesem Dokument wird gegenwärtig eine Stellungnahme verfaßt, die der Presse in vollständiger Form und in Form einer ‚Erklärung' zugänglich gemacht werden wird.
Die wesentliche Arbeit der Gruppe, die auf Anregung der „Food Policy Study Group" der International Peace Research Association entstand und die sich bis jetzt „Internationale Gruppe für Agrarstudien" nennt, besteht allerdings in der Zusammenstellung von Berichten über Auswirkungen von Agrarreformen auf die betroffenen Kleinbauern, über Bauernorganisationen und Selbsthilfegruppen, über staatliche Repression gegen Landbesetzungen und Formen des Widerstands der ländlichen Bevölkerung.

Die kritische Gegenkonferenz der „internationalen Gruppe für Agrarstudien" will keine Alternativen zur FAO an sich anbieten, weil die FAO als Institution in der gegenwärtigen Situation unabdingbar ist. Die Gegenkonferenz soll vielmehr die wirklichen Ursachen der ländlichen Armut darstellen, die die FAO zur Zeit zu analysieren nicht in der Lage ist. Sie soll auch die bestehenden ländlichen Konflikte beschreiben, die die FAO verschweigt.
Die Gegenkonferenz will zeigen, daß die Lösung der Agrarkonflikte nicht von den Regierungen der FAO-Mitgliedsstaaten erwartet werden kann, an denen die betroffene Bevölkerung dann ‚partizipiert', sondern daß ländliche Entwicklung nur ein Prozeß sein kann, der von der Bevölkerung selbst getragen und bestimmt wird. In die Diskussion um die Probleme ländlicher Entwicklung sollen ebenso die Industriestaaten einbezogen werden, weil die landwirtschaftliche Produktion dort nicht als Modell für die Entwicklungsländer genommen werden kann – wie so oft behauptet wird –, sondern vielmehr selbst in der Krise steckt. Insbesondere zu letzterem Punkt werden noch Arbeiten zu wichtigen Aspekten gesucht. Sie sollten nicht mehr als 10 Seiten umfassen, 1–2 Seiten Zusammenfassung haben und leicht verständlich geschrieben sein. Auch bei sonstigem Interesse bitten wir um Kontaktaufnahme mit einer der folgenden Adressen:

Michael Franke / Hannes Lorenzen
Krullmannstr. 16
4905 Spenge 2

Hans Diefenbacher
Kantstr. 2
6800 Mannheim 1

Rudi Buntzel
Füßbach 28
7115 Kupferzell

Abkürzungen für verwendete Quellen:

AfAs	:	Afrique - Asie (Paris)
Afr	:	Africa (London)
AK	:	Arbeiterkampf (Hamburg)
BdW	:	Blick durch die Wirtschaft (Frankfurt)
DWMD:		Deutsche Welle - Monitordienst (Köln)
FAZ	:	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FEER	:	Far Eastern Economic Review (Hongkong)
FR	:	Frankfurter Rundschau)
Ft	:	Financial Times (London)
Guar	:	The Guardian (London)
HB	:	Handelsblatt (Düsseldorf)
JA	:	Jeune Afrique (Paris)
Lib	:	Libération (Paris)
LM	:	Le Monde (Paris)
NEUE	:	Die Neue (Berlin)
NfA	:	Nachrichten für Außenhandel (Köln)
NZZ	:	Neue Zürcher Zeitung - Fernausgabe (Zürich)
SZ	:	Süddeutsche Zeitung (München)
TAZ	:	Die Tageszeitung (Berlin)



Die First Lady (mit Brille) lässt sich mit Gamines fotografieren

Der Fall des Voraussagers ist noch seltsamer. Das ist ein Medizinmann und Zauberer. Ein Orakel. Einer hatte Jacinto beraten, gegen seine abstehenden Ohren mit einem nassen Hut zu schlafen. Alfonso, 8 Jahre, erzählte von einem anderen Voraussager, dem Wissenden. ‚Der, der klaut nicht. In der gallada von Enano sagte man, er brauche nur die Finger zu kreuzen, damit nichts Schlimmes passiert. Eines Tages spielten wir Fußball im städtischen Park. Der Ball ist in den Garten eines großen Gebäudes gefallen. Wir halfen dem Wissenden über die Mauer zu gelangen. Aber ein uniformierter Aufseher hat ihn beobachtet und seine Pistole gezückt. Der Wissende ist weggerannt. Der Wächter hat ihm ein paarmal nachgeschossen. Die Kugeln haben ihn nicht getroffen. Er hatte nämlich Zeit genug gehabt, die Finger zu kreuzen‘.

Die gamines haben diese Art von Geschichten leidenschaftlich gern. Der código oder der Voraussager sind diejenigen, die am besten erzählen, denn sie können zwischen Schrekken und Jux abwägen, Fratzen schneiden oder obszöne Details hinzufügen, die das Publikum begeistern. Mantequilla sagt mir oft: ‚In der gallada reden die anderen, und du hörst zu. Wenn du sprichst, ist es dasselbe. Man hört dir zu. Nur manchmal ist es Scheiße. Dann reden alle durcheinander.‘ Und an anderer Stelle: ‚Die gallada ist nicht oberhalb und auch nicht außerhalb des gamin. Sie ist ein Teil seiner Suche. Sie existiert durch ihn und in ihm. Es ist, als ob er mit ihr die Anwesenheit einer zweiten Welt innerhalb seines Elends entdecken würde. Was ihn anzieht, kann nicht mystisch oder gar einfach definiert oder zwangsweise angenommen worden sein.‘

Wenn ich keine Angst hätte, mich unklar auszudrücken, würde ich sagen: Bevor sie zu leben beginnt, ist die gallada eine Geschichte, die der gamin sich erzählt. Eine Botschaft, die er schickt und die er bekommt. Ja. Wenn ein 5-, 10- oder 15-jähriges Kind den Entschluß faßt, die Nacht, den Hunger, die Kälte zu bewältigen, der Polizei und allen Geistern des Himmels und der Erde zu entgehen, dann hat es oft keine anderen Anführer als die, die es phantasiert. Der Ruf der gallada ist nichts anderes als ein Teil von ihm selbst. Eine Art Undurchsichtigkeit, ein Summen. Eine Intuition.

Erst später kann er es erklären: zuhause wurde ich geschlagen! Man gab mir nichts zu essen. Ich wurde gezwungen, zu arbeiten, und ich langweilte mich. Ich habe mich zum gamin gemacht.

So, indem es sein Elend, sein Drama rationalisiert, macht es daraus eine Waffe, ein Credo."

Es gibt Mädchen unter den gamines. Man spricht von einem Mädchen auf hundert gamines. Aber diese Zahlen sind wohl eher Vermutung, sie sind nicht statistisch erfaßt.

„Ihre Rolle hebt sich nicht sonderlich ab, denn diese Mädchen sind wie Jungen. Äußerlich unterscheiden sie sich nicht von den anderen Straßenkindern und gamines. Daß es so wenig Mädchen in den galladas gibt, hat kulturelle Gründe. In der spanischen Tradition gehört die Straße den Männern und die Frauen: ab ins Haus (was, nur nebenbei gesagt, Prostitution bedeutet). Die kleinen Mädchen sind außerdem eine beliebtere Arbeitskraft, was Hilfstätigkeiten angeht: sie waschen und kochen und hüten die Kinder. Sie werden aufgenommen, ausgebeutet, unterversorgt." (J. Meunier)

Einmal mit dem Stadtstreicherleben angefangen, paßt sich der gamin nur unter Schwierigkeiten an ein „normales" Leben an. Es ist ein langer Prozeß nötig, um den gamin von einem „normalen" Leben zu überzeugen, damit er die Straße und seine Freiheit verläßt, um in eine Institution einzutreten.

Es gibt derer mehrere, die sich der gamines annehmen. Staatliche (instituto colombiano de bienestar familiar z. B.), kirchliche (Bosconia, la Florida) und die Privatorganisationen wie den Club Michin in Bogotá. Diesen möchte ich ein wenig näher vorstellen.

Der Club Michin wurde 1958 gegründet. Er finanziert sich

durch öffentliche Gelder sowie durch private Unterstützung aus Kolumbien und dem Ausland. Ein Beispiel: 1974 zahlte Terre des Hommes für das Patenschaftsprogramm des Clubs Michin 61.089,– DM.

Die Aktivitäten des Clubs konkretisieren sich in zwei grundsätzlichen Programmen: die Arbeit mit den Kindern in 10 Familienhäusern sowie Unterstützung der Familienangehörigen.

Die Kinder leben in 10 verschiedenen Häusern in Gruppen von 18 – 25 Kindern unter Aufsicht eines Lehrerehepaares. Sie wohnen und leben dort, erhalten medizinische und zahnärztliche Versorgung. Die Schule besuchen sie zusammen mit anderen Kindern ihres Stadtteiles. Die 10 Häuser stehen in Stadtteilen der Mittelklasse von Bogotá. Nach einer Periode der Beobachtung im Centro de recepción, die ungefähr 1 Jahr dauert, kommen die Kinder in eines der Häuser, ihrem Alter und der Schulbildung entsprechend.

In den ersten Jahren arbeitete der Club Michin nur mit Kindern zusammen, die auf der Straße gelebt hatten, die den Kontakt zur Familie verloren hatten und die größtenteils schwere Verhaltensstörungen aufwiesen. In den letzten Jahren allerdings wandelte sich die Arbeit des Clubs dahingehend, daß der Schwerpunkt auf die Vorbeugung gelagert wurde. Er beschäftigt sich jetzt nur noch mit Kindern, die aufgrund ihrer Familiensituation gefährdet sind. Die Hauptprobleme, die sich dieser Institution stellen, sind Fernbleiben von der Schule, kleine Diebstähle, Undiszipliniertheit, Schägereien unter ihnen und zeitweises Verschwinden aus dem Club. Diese Probleme werden in persönlichen Gesprächen und in therapeutischen Gruppen behandelt. Die Kinder haben zumeist ihre eigenen Familien, die jedoch aus verschiedenen Gründen nicht fähig sind, sie zu versorgen und die Verantwortung für sie zu tragen. Die Politik des Clubs Michin ist es deshalb, innerhalb der Institution die Probleme zu lösen und gleichzeitig die notwendige Veränderung innerhalb der Familie des Kindes herbeizuführen. Daher ist eine Zusammenarbeit mit der Familie notwendig.

Es soll vermieden werden, die Kinder des Clubs zu lange von ihren Eltern fernzuhalten, deshalb besteht ständiger Kontakt zu ihnen. Außerdem soll der Verwahrlosung anderer Kinder aus der Familie vorgebeugt werden. Es gibt Kinder, die den ganzen Tag im Club verbringen, aber abends nach Hause zurückkehren. Es gibt auch einige Familien, wo die Familienbeziehungen intakt sind, aber die aus ökonomischen Gründen nicht in der Lage sind, die Kinder mit Nahrungsmitteln, Kleidung usw. zu versorgen. Um zu vermeiden, daß die Kinder auf die Straße gehen, wird die Familie unterstützt. Die Form der Familienarbeit soll die Eltern befähigen, ein größeres Bewußtsein für ihre Verantwortung, mehr Verständnis für ihre Kinder und bessere menschliche Beziehungen zu erreichen. Die Familien werden in Gruppen oder einzeln betreut. Einmal im Monat wird eine Elternversammlung organisiert. Einmal im Jahr wird jede Familie von einem Sozialarbeiter besucht. Materielle Hilfe in Form von Geld wird nur in äußersten Notfällen gewährt.

Waren es die Anpassungsschwierigkeiten der gamines, war es die zu große Fluktuation, war es die „Uneffektivität", die das ursprüngliche Konzept des Clubs Michin in den Präventivbereich verlagerte? Auf diese Fragen erhielt ich von den Mitarbeitern des Clubs keine Antworten.

Die gamines sind ein Produkt dieser Gesellschaft, in sie eingebettet. „Für den Moment ist es das einzig Richtige zu sagen, daß die kolumbianische Gesellschaft unfähig war, für eine Lösung dieses Problems zu sorgen und daß sie sich gleichzeitig weigert, es als ein Problem ihrer fehlerhaften Struktur zu sehen."

Und „Es gibt nur eine reale Lösung für das Problem: die Revolution. Eine kapitalistische Gesellschaft trägt immer, hier wie dort, den Keim ihrer Negation in sich. Je repressiver sie ist, um so außergewöhnlicher ist die Antwort. Die gamines sind den Einwohnern von Bogotá unerträglich, weil sie den Untergang des Staates, der Familie, der Schule ankündigen." (J. Gutierrez)

Die Haltung der Bogotaner ist neben Angst vor Diebereien und Gewalttätigkeiten oft die einer passiven Hilfe; sie geben bettelnden Kindern ihr Kleingeld, bezahlen ihre kleinen, nicht erbetenen Dienste, schützen sie vor Verfolgung der Polizei, wenn es in ihrer Hand liegt, ihnen einen kleinen Vorsprung zu geben, und amüsieren sich über die kaum bestrafbaren Streiche der Kinder – etwa das Baden in einem der öffentlichen Springbrunnen – womit diese den gewünschten Erfolg, Aufmerksamkeit und Bewunderung, erreicht haben. Gründe für diese Haltung könnten karitative Motive sein, doch ist es wahrscheinlicher, daß sie beim Anblick des Elends der gamines eine Regung von schlechtem Gewissen fühlen, die sie mit Schenken von Geld zu beschwichtigen suchen. Sicher ist, daß diese passive Unterstützung der Gesellschaft das Bestehen des gaminismo erst möglich macht, denn würden die gamines von allen Teilen der Gesellschaft gejagt, so bliebe ihnen keine Existenzmöglichkeit.

Institutionalisierte Versuche, dem gaminismo ein Ende zu bereiten, scheinen zu scheitern. Ich denke, der entscheidende Fehler der Institutionen ist der, die Kinder in dem gleichen Bewußtsein zu belassen, in dem schon ihre Eltern gefangen waren, daß sie ihnen zwar ein Mehr von Wissen vermitteln, sie aber nicht aus ihrer Abhängigkeit befreien. Damit haben diese Kinder keine Chance, später einem Leben unter wirtschaftlichen, politischen und sozialen Zwängen zu entgehen, oder diese Zwänge auch nur zu erkennen. Wenn es in der offiziellen Sprache heißt, das Ziel sei es, „ein produktives Mitglied der Gesellschaft zu schaffen", so muß man bedenken, daß es sich um eine Gesellschaft handelt, die dominiert wird von einigen Oligarchien, denen die Produktivität eines Mitglieds der Gesellschaft den Profit aus seiner Arbeitskraft bedeutet und Abhängigkeit das Stillhalten der unterdrückten, unmündigen Masse.

Sind sie glücklich oder unglücklich, die gamines? J. Meunier sagt: „Es ist schwer, das Problem so aufzuwerfen. Die Lage der gamines ist mittellos, hoffnungslos. Aber werden wir nicht dazu verleitet, ihr Elend aus der Sicht der Erwachsenen zu übertreiben? Um gamines zu sehen, ist es zunächst angebracht, den Stoff der Metaphoren und Allegorien zu zerreißen, das Schloß der Bilder aufzutun, die den Zugang behindern.

Und hauptsächlich darf nicht vergessen werden: Ob das Kind nun gamin oder erster Preisträger beim Klavierspiel ist, es ist nicht eine unterentwickelte Variante von uns selbst. Zu sagen, daß Faulheit die gamines bestimmt, ist doppelt falsch und ungerecht. Denn sie fliehen genauso vor der Autorität und den Schlägen der Eltern, wie vor Krankheit, Monotonie, dem Unglück, als Ausgestoßene geboren zu sein. Sie wollen nicht die Perspektive von Ausgestoßenen haben und als Ausgestoßene sterben. Unbewußt versuchen sie, aus dem Teufelskreis des Elends auszubrechen. Außerdem: sie betteln nicht. Sie verlangen nur Rechenschaft von jedem, der Kind gewesen ist.

Daß sie eine ausgestoßene Seele und libertäre Kräfte haben, heißt nicht, sie hätten die Möglichkeit, den täglichen Anforderungen zu entgehen. Wahrscheinlich wollten sie das durch den Marsch am 1. Juli 1962 ausdrücken. An jenem Tag gehen um 10 Uhr morgens 58 gamines geschlossen in die

20. Straße. Sie pfeifen durch ihre Finger, trommeln auf leeren Büchsen, provozieren die Passanten, und die Autos hupen. Auf Kartons schrieben sie: die gamines sind auch Kolumbianer. Das ist kein Streik, keine Demonstration, wir fordern Hilfe! Und eine Parole, rotgemalt auf weißem Grund, ragt über dieser ungewöhnlichen Kindergruppe in Fetzen: ‚Uns ist kalt!'



Gefängnisszene

Die Kinderbanden werden verschwinden. Alles, was neu ist, scheint gegen sie zu sein. Von der Polizei bis zur Pille, die den gamin im Ei tötet, von der Fernsehüberwachung in den Geschäften bis zu diesen verdammten Autos, diesen japanischen Gringomodellen, die nicht mehr die herausragenden Stoßstangen haben, die als Stühlchen dienten und deren Benzintanks zweifach verschlossen sind. Die Institutionen mehren sich. Es gibt jetzt Schlafsäle an jeder Ecke der Stadt, und die christliche Wohlfahrt wird durch Beobachtungs- und Rehabilitationscenter ersetzt. Kurz gesagt: der Fortschritt ist antigamin.
Dann erlebt der gaminismo, der gerade seine Definition und seine Regeln gefunden hätte, schnell seine Auslöschung. Der letzte gamin aber wird ein Revolutionär sein."

Karin Hoetzer

Literatur:

Jacques Meunier: Les gamins de Bogotá, 1977, Editions Jean Claude Lattes
José Gutierrez: Gamin: un ser olvidado, 1972, Libros Mc Graw-Hill de México

Die Geschichte der kolumbianischen Demokratie

„Wir müssen darum kämpfen, daß in Kolumbien nicht das Gleiche geschieht wie in Chile", hieß es in der Abschlußkundgebung des „nationalen Forums für Menschenrechte" am 1.4.79 in Bogotá. Die Delegierten dieses Forums, dessen Aufgabe es war, die nationalen und internationalen Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen durch Folter, willkürliche Festnahmen und heimliche Hinrichtungen zu untersuchen, kamen zu dem Schluß, daß „für den Großteil der kolumbianischen Bevölkerung die sozialen Rechte . . . nicht existieren." (Espectador 2.4.79) Dieses zusammenfassende Urteil gibt sowohl die Meinung konservativen als auch linker Delegierter wieder, die sich gleichermaßen für die Aufrechterhaltung demokratischer Prinzipien in Kolumbien einsetzen wollen. Trotz aller ideologischer Differenzen stimmten sie darin überein, daß die Repression lange nicht mehr so brutal war – und in ihrer Organisiertheit bisher unbekannte Ausmaße angenommen hat – wie unter dem liberalen Präsidenten Turbay Ayala.
Als eine seiner ersten Amtshandlungen erließ er im September 1978 das sog. „Sicherheitsstatut", das unter dem Vorwand „Leben, Ehre und Eigentum der Person" zu schützen, den Ausnahmezustand festlegt, den Militärs fast uneingeschränkte Befugnisse bei der Rechtssprechung einräumt und jegliche Bemühungen um soziale Gerechtigkeit kriminalisiert. Allein in den letzten 3 Monaten wurden ca. 2 000 Kolumbianer – aber auch viele Ausländer – aus politischen Gründen festgenommen und z.T. physisch und psychisch brutal gefoltert.
Und dieser Staat empört sich über die Diktaturen in Chile und Nicaragua und stellt sich selber als eine der letzten funktionierenden Demokratien Lateinamerikas dar.
Ich möchte nun versuchen zu zeigen, unter welchen historischen Bedingungen und theoretischen Prinzipien die Kolumbianische Demokratie „angetreten" ist und wie sich Anspruch und Realität allmählich gewandelt haben.

Das Zwei-Parteien-System

Die Geschichte der kolumbianischen Demokratie ist durch die Kämpfe zweier Parteien bestimmt. Seit mehr als 130 Jahren wechseln sich die liberale und die konservative Partei bei der Ausübung der Regierungsgeschäfte ab.

Die Entstehung der Parteien

Um 1850 herrschten noch ähnliche soziale Strukturen im Land wie zur Kolonialzeit (bis 1819): die Kirche besaß noch unglaubliche Mengen von Land, die Indianer waren noch im Besitz von Gemeindeland. Sklaverei war noch gang und gäbe. Das Tributsystem und die Gesetzgebung entsprach noch weitgehend der Kolonialzeit. Der Staat wurde von einer kleinen, z.T. verwandtschaftlich verbundenen Gruppe von Landbesitzern und Sklavenhaltern kontrolliert. Die gesellschaftliche Macht wurde von der Schicht der Kaufleute ausgeübt. Die hohen Militärs rekrutierten sich aus diesen Kreisen und bildeten ein zusätzliches Machtmittel. Der Handwerkerstand war noch, da noch nicht von der ausländischen Konkurrenz bedroht, der wichtigste Produzent. Das „Volk" bestand aus Sklaven, Indianern und Mestizen ohne politische Rechte.
Im Allgemeinen stimmten die Interessen der Liberalen mit denen der Konservativen überein. So kam die Freisetzung von Gemeindeland, die Abschaffung des Kirchenzehnt und die Auflösung der kirchlichen Ländereien durch liberale Regierungen den konservativen Großgrundbesitzern und Kaufleuten sehr gelegen. Auch die Abschaffung vor Schutzzöllen, die Möglichkeit des freien Handels kamen ihren Export- und Importinteressen sehr entgegen. In der Frage des Förderalismus waren sich beide Parteien einig.

Die gängige Gegenüberstellung vom fortschrittlichen Liberalismus, der Ausdruck für die Bestrebungen der Handels- und Industriebourgeoisie ist und einem rückschrittlichen Konservatismus als Interessenvertretung der Großgrundbesitzer, geht von den europäischen Vorbildern aus, ist aber für kolumbianische Verhältnisse verkehrt. Man könnte allenfalls

Die ANUC (Asociación Nacional de Usuarios Campesinos / Nationaler Bauernverband)

Die ANUC wurde 1967 von der Regierung ins Leben gerufen und dem Landwirtschaftsministerium unterstellt, um Einfluß auf die Bauernbewegung zu gewinnen. Heute ist diese Bauernorganisation mit etwa 1,8 Mio. Sympathisanten und Mitgliedern die größte derartige Vereinigung Lateinamerikas. Das Elend im Land und die Unfähigkeit der Regierung zu durchgreifenden Maßnahmen führte schnell zu einer Radikalisierung, und bald konnten die staatlichen Funktionäre diese von der Basis ausgehende Bewegung nicht mehr kontrollieren. Die von der ANUC organisierten Landnahmen waren durch die Agrarreform von 1961 rechtlich abgesichert.
Die Regierung versuchte angesichts dieser unerwarteten Entwicklung vergeblich, die ANUC zu spalten; der Bewußtseins- und Organisations-Stand der Bewegung war schon zu weit vorangeschritten. Im April 1972 wurde der ANUC die juristische Person entzogen; (ein offizieller staatlicher Zweig existiert nach wie vor), was aber keineswegs ihr Ende bedeutete. Die Repression gegen die Bauern setzte jetzt erst voll ein, häufig werden die illegalen Versammlungen der ANUC von der Polizei gesprengt und alle Teilnehmer verhaftet.
Eine der weitreichendsten ANUC-Maßnahmen liegt in der Förderung von Genossenschaften der Campesinos. Daneben wird aber auch die Schulung der Campesinos über die grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge ihrer Situation vorangetrieben.

Nach dem III. Nationalkongreß vor zwei Jahren geriet die ANUC in eine tiefgreifende Krise: die nationale Leitung verbürokratisierte immer mehr, während sich breite Teile der Basis von dieser Leitung abwandten; außerdem half zu großzügige ausländische Hilfe mit, die Trennung von Leitung und Basis zu beschleunigen.
Auf dem IV. Nationalkongreß der ANUC in Magangué im Februar 1977, an dem etwa 2.000 Delegierte teilnahmen, kam es zu einer neuerlichen Teilung in die ursprüngliche ANUC-Sincelejo (etwa 1,0 Mio. Gefolgsleute) und die „Revolutionäre Volksorganisation – ORP" (etwa 800.000). Weitere Spaltungstendenzen sind möglich; seit Jahren fühlen sich die Landarbeiter (Tagelöhner ohne eigenes Land) von den Bauern, die eigenes Land besitzen, nicht gleichberechtigt behandelt.
Fest steht jedoch, daß der bereits erreichte Bewußtseinsgrad der Campesinos in Kolumbien nicht mehr rückgängig zu machen ist und eine gerechte Bodenaufteilung nicht für immer gewaltsam verhindert werden kann.
Neben der ANUC, doch teilweise in diese mitintegriert, existieren Vereinigungen von Indios; als bedeutendste profilierte sich der CRIC im Süden Kolumbiens, seit vielen Jahren ein Zentrum der sozialen Kämpfe der dortigen Hochlandindios.



Turbay ist der Wandel

die Gruppe der Sklavenhalter mit der rückschrittlichen Aristokratie in Europa vergleichen.

Strömungen innerhalb der Liberalen Partei
Die Liberale Partei, die Gleichheit und Freiheit für alle postulierte, konnte nicht über die Gegensätze hinwegtäuschen, die im aufsteigenden Bürgertum ganz manifest existierten. An der Frage der Schutzzölle spaltete sie sich in die Gruppe der *„Radikalen"* mit großen Kaufleuten und die der Handwerker. Die Abschaffung der Schutzzölle bedeutete für den Handwerkerstand den Ruin angesichts der internationalen Konkurrenz, während die Handelsbourgeoisie Riesenprofite erzielte. Als ein auf Seiten des Volkes stehender General in einem Staatsstreich die Macht ergriff (1848), ließen Liberale und Konservative alle Parteigegensätze außer acht und verbündeten sich. Die herrschende Klasse sah sich als solche durch Teile des (liberalen) Volkes, zumeist Handwerker, bedroht und führten einen grausamen Bürgerkrieg gegen das „abtrünnige Volk".
Bis auf kurze Unterbrechungen regierten die Liberalen von 1849–1885. Zwischen 1863 und 85 („Radikaler Liberalismus") kommen alle liberalen Prinzipien zu ihrer vollen Entfaltung. Der Exporthandel mit Tabak, Indigo, Baumwolle und Kaffee (vorher hauptsächlich Gold) erlebte einen großen Aufschwung. Als aber am Ende der Periode die Exporte sanken und das Steueraufkommen immer knapper wurde, stellte sich heraus, daß die föderalistische Staatsform den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr adäquat war. Die politischen und ökonomischen Interessen der herrschenden Klasse, die sich im nationalen Maßstab zu konsolidieren begann, brauchten zu ihrer Realisierung nun eine zentrale Staatsgewalt, die einen nationalen Markt und die nationale Einheit herstellte.
Die nun folgende *„Regenerationszeit"*, in der die Umgestaltung vollzogen wurde, war eine Epoche verschärfter Repression.
Von der traditionellen Freihandelspolitik wurde zu einer die einheimische Manufaktur begünstigenden protektionistischen Politik übergegangen.



Gewerkschaftsdemo

Die konservative Republik 1886 – 1930

Die Regenerationsbewegung entwickelte sich immer mehr zu einem konservativen System. Die bürgerlichen Rechte, besonders die der Oppositionsanhänger wurden nun auf ein Minimum reduziert. Um die Jahrhundertwende kam es zum grausamsten Krieg des 19. Jh. Hervorgerufen durch den Gegensatz konservativ – liberal stärkte dieser Krieg die Regierungsgewalt. 1903 kam es trotz nordamerikanischer Intervention in Panamá zu den ersten engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den USA und Kolumbien. Obwohl die konservative Regierung einerseits einige protektionistische Maßnahmen zu Gunsten der nationalen Manufaktur ergriff, verhalf sie doch dem nordamerikanischen Kapital, in den Bananensektor einzudringen. Auch im Ölsektor ebneten bestimmte Konzessionen den Weg für die Aneignung kolumianischer Rohstoffe durch nordamerikanische Gesellschaften. 1909 wurde zwischen den USA und Kolumbien eine lächerlich geringe Entschädigungssumme für die Abtrennung Panamás von Kolumbien ausgehandelt.

Als Folge auf die vorangegangene protektionistische Politik entstanden neue Industrien, Kaffee wurde endgültig zum Hauptexportprodukt. Nach dem kurzen Zwischenspiel der „Republikanischen Bewegung" regiert wieder ein Konservativer, unter dem es zu einer in jeder Hinsicht für die USA vorteilhafte Erdölgesetzgebung kam. In Übereinstimmung von Liberalen und Konservativen wurde das Erdöl nach und nach den Amerikanern ausgeliefert.

Die kolumbianische Bourgeoisie profitierte durch die vom 1. Weltkrieg hervorgerufene Konjunktur und investierte vor allem in der Industrie. Die innere Akkumulation, entstanden durch die „Entschädigung" für Panamá und US-Anleihen, machte den Ausbau der Infrastruktur möglich. Der neue konservative Präsident, Begründer neuer Industrien und Besitzer der größten und modernsten Kaffee- und Viehhaciendas, verkörperte alle Bestrebungen der neuen Bourgeoisie: Fortschrittsdenken, Pragmatismus und Modernität.

Die Zeit der 20er Jahre brachte durch steigende Kaffeeexporte und beginnende Industrialisierung der Bourgeoisie eine unglaubliche wirtschaftliche Blüte, verschärfte aber gleichzeitig in Stadt und Land die sozialen Konflikte. Es kam zu heftigen Bauern- und Indianeraufständen und Streiks beim Industrieproletariat, die aufs Brutalste niedergemetzelt wurden. Die konservative Regierung herrschte im Namen von „Ordnung, Familie, christlicher Gesellschaft" mit der grausamsten Repression, die Todesstrafe wurde wieder eingeführt, politische Aktionen zum Verbrechen erklärt. Mit dem „heroischen Gesetz"wurden oppositionelle Organisationen des Volkes als bolschewistisch verboten. Ein Massaker an den Bananenarbeitern und die Erschießung eines Studenten 1929 brachten das Faß zum Überlaufen und führten zum Zusammenbruch des konservativen Regimes.

Die liberale Republik 1930 – 46

Die neue liberale Regierung mit López Puramejo als Präsidenten bezeichnete ihre Politik als „la revolución en marcha", die Revolution auf dem Marsch und zeichnete sich einmal durch das Vorantreiben der industriellen Entwicklung, zum andern durch ihre relativ fortschrittliche Agrar- und Gewerkschaftsgesetzgebung aus. Diese Politik, die von der Opposition als „sozialistisch" verteufelt wurde, innerhalb der Linken und bei den Massen aber eine wichtige Unterstützung fand (die Sozialisten und Kommunisten riefen zur Wahl des liberalen Kandidaten auf), war im Grunde nichts weiter als Staatsinterventionismus. So erhielt der Staat das verfassungsmäßige Recht, bei öffentlichen oder privaten Betrieben zu intervenieren, um z.B. eine rationellere Produktion, Verteilung oder Konsum zu gewährleisten. Außerdem wurde der Staat weiter laisiert, die Freiheit der Kulte und der Erziehung wurde festgelegt.

Die Bauern, deren Kämpfe für das System bedrohliche Ausmaße angenommen hatten, befriedete López durch die Zuteilung von Land. In arbeitsrechtlicher Hinsicht kam es unter López zu einigen kleinen Reformen. Streikbruch wurde unter Strafe gestellt. Die Festsetzung eines Mindestlohns, Bezahlung für Sonn- und Feiertage und Urlaub waren neu. Im Gegensatz zu den konservativen Regierungen versuchte sich López des Rückhalts der Gewerkschaften zu versichern und spielte bei Streiks eine vermittelnde Rolle. Dies und die Weisung der Komintern an alle Bruderparteien, während des Faschismus in Europa, alle bürgerlichen, „fortschrittlichen" Regierungen zu unterstützen, verhalf der López-Regierung zur Rückendeckung durch die Kommunisten.

Als López 1942 zum zweiten Mal Präsident wurde, zeichnete sich seine Regierung deutlich durch Konformismus und direkte Zusammenarbeit mit dem großen Kapital aus. Trotzdem unterstützte auch dieses Mal die KP seine Wahl. Das ist u.a. aus der inneren Wandlung dieser Partei zu verstehen. Mehr als um die Erkämpfung des Kommunismus sollte es nun (ab 1944) um die Überwindung feudaler Rückständigkeit in Kolumbien gehen. Als Parteikriterium sollte plötzlich die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gelten.

Eine andere links von der Liberalen Partei stehende Gruppierung war die 1933 um Eliécer Gaitán entstandene UNIR. Sie bestand zum großen Teil aus antiimperialistischen mit dem Sozialismus sympathisierenden Personen aus der Mittelschicht. Ihre Ideologie war populistisch und richtete sich an Gewerkschaftskreise und Bauern, deren Kämpfe sie aktiv unterstützte.

Als Konkurrenz zur Liberalen Partei erwies sich vor allem die sozialistische Partei, die sich z.T. aus früheren Liberalen rekrutierte und gute Wahlerfolge erzielen konnte (1921 in Medellín 23 %, PL 15 %).

Auch aus Angst vor Wählerverlusten an die Sozialisten gab sich die Liberale Partei dem Proletariat gegenüber ein sozialistisches Image und beutete es so noch raffinierter aus.

López und seine Regierung wurde von allen Seiten angegriffen, seinen eigenen Leuten, den Konservativen und den Faschisten. Die Unternehmer der Kaffe-Konföderation griffen seinen Interventionismus, die Industrie seine Steuer- und Sozialpolitik an. Großgrundbesitzer und Konservative gründeten eine z.T. bewaffnete Oppositionsbewegung, die ihre Basis bei Industriellen, Bank- und Großgrundbesitzern hatte. Am meisten wurde die Agrarpolitik bekämpft, was vor allem die Bauern selber zu spüren bekamen. Sie wurden grausam verfolgt, weil sie ihr Recht auf Boden und andere Forderungen erkämpften.

Konservative Regierungen – die Zeit der „Violencia"

Die Konservativen konnten trotz der absoluten Mehrheit der Liberalen 1946, den Präsidenten stellen da diese, in sich zerstritten, sich gespalten und zwei Kandidaten aufgestellt hatten: den Traditionalisten Gabriel Turbay und den beim Volk beliebten Gaitán. Als es jedoch daraufhin zu einer Welle der Gewalt kam, sorgte Gaitán dafür, daß die Liberalen von den hohen Regierungsämtern zurücktraten. Im Parlament behielten jedoch die Liberalen die Mehrheit. Als Gaitán 1948 auf offener Straße ermordet wurde, antwortete das Volk mit einem spontanen Volksaufstand, dem sog. „Bogotazo". Das Volk, das sich von Gaitán die Veränderung seiner Situation versprochen hatte, fühlte sich in allen

seinen Erwartungen enttäuscht. Von Bogotá, wo es mehrere 1000 Tote gab, breitete sich der Aufstand bald auf das übrige Land aus und wurde blutig niedergeschlagen. Der Ausnahmezustand, der mit wenigen kurzen Unterbrechungen bis heute andauert, wurde über das Land verhängt. Die Unruhen dauerten trotz dem an und mündeten in der Violencia, einem Bürgerkrieg, der mehr als 300000 Todesopfer gefordert und bis etwa 1958 das Land verwüstet hat.

Die Violencia:
Bürgerkrieg zwischen Liberalen und Konservativen.

„,... Was wollten Sie mir gerade über Ihre Leute sagen, Herr Bürgermeister?'
‚Ach ja', sagte der überschwenglich, ‚es sind die besten Leute der Welt. Gabino kann es Ihnen bestätigen. Er kennt sie. Wir brauchen nicht einmal unser Gefängnis: Vor zwei Wochen ging der Schlüssel verloren, und bis jetzt haben wir noch kein neues Schloß besorgen müssen.'
‚Das ist ja interessant.'
‚Ja. Das ist interessant und vorbildlich.'
‚Und Ihre großartigen Leute, wie denken sie?'
‚Denken? Ich verstehe nicht, Hauptmann?'
‚Politisch, Herr Bürgermeister. Wie denken die Leute politisch?'
Der Alte sah ihn mit offenem Mund an.
‚Sind Sie überrascht, Herr Bürgermeister?'
‚Ein wenig schon', erwiderte der Alte. ‚Ich habe diese Frage nicht erwartet. Die Leute hier sind in der Mehrzahl von der anderen Partei.'
‚Das weiß ich', sagte der Hauptmann schnell, ‚aber ich muß Sie danach fragen. Meine Vorgesetzten lassen danach fragen.'
‚Lassen fragen?'
‚Ja, sie wollen es genau wissen. Außerdem wollen sie wissen, warum Sie nichts unternommen haben, Herr Bürgermeister.'
‚Nichts unternommen?'
‚Ja, nichts. Die Leute hier sind gegen die Regierung.'
‚Nein, nicht gegen die Regierung, Hauptmann. Die Leute hier gehören zur anderen Partei, aber das heißt keinesfalls, daß sie gegen die Regierung sind.'
‚Aber verstehen Sie doch, Herr Bürgermeister. Entweder man ist für die Regierung oder man ist gegen sie. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht.'
‚Verzeihung, Hauptmann. Ich verstehe Sie nicht. Die Leute hier haben von Politik keine Ahnung. Sie haben sich niemals dafür interessiert. Sie gehören zu der einen Partei oder zur anderen, nur weil ihre Väter von der einen oder anderen Partei waren. Ich versichere Ihnen, Hauptmann, achtzig Prozent der Bevölkerung wissen nicht einmal, welche der beiden Parteien zur Zeit an der Regierung ist.'"

aus: Arturo Echeverri Mejía, die neue Ordnung, in: Guerrilla-Erzählungen aus Kolumbien, Hrsg. Peter Schultze-Kraft, Frankfurt a.Main 1977, S. 22

Von einflußreichen Familien beider Parteien wurden bewaffnete Banden eingesetzt, die die entsprechenden Interessen durchsetzen sollten. So kam es zum Beispiel häufig vor, daß liberale Landbesitzer aufgrund der Bedrohung durch diese Banden ihr Gut ganz billig an einen Konservativen „verkaufen" mußten. Solche Vorfälle wurden weder verfolgt, noch geahndet: die zuständigen Stellen bei der Polizei und der Regierung waren von Parteifreunden be-

Der "Bogotazo" 1948



Der "Bogotazo" 1948



Jorge Eliécer Gaitán

Der "Bogotazo" 1948



setzt. Während der *Violencia* schien das ganze kolumbianische Volk vertikal in Liberale und Konservative gespalten zu sein; es gab grausame Kämpfe und sinnlose Morde.
Als die Kämpfe weder den Liberalen noch den Konservativen weitere Vorteile versprachen, und sich Teile der Auseinandersetzungen verstärkt gegen die Herrschenden und damit auch gegen Vertreter beider Parteien zu richten drohten, also die vermeintliche vertikale Spaltung des Volkes mehr in eine horizontale, in eine Spaltung zwischen Herrschenden und Beherrschten aufzubrechen begann, hatten beide Parteien ein Interesse daran, die Kämpfe zu beenden. Ihnen zuvor kam 1953 der General Rojas Pinilla mit seinem Putsch gegen die konservative Regierung, die seiner Meinung nach nicht fähig war, die Kämpfe zu beenden. Rojas Pinilla bot ein populistisches Regierungsprogramm an, versprach die Befriedung des Landes und erreichte, daß die meisten Guerilleros die Waffen niederlegten, in den *Llanos* sogar an die Regierungsangehörigen ablieferten! Das Ausbleiben der versprochenen Reformen, Amnestie, Straflosigkeit, sozialen Verbesserungen etc. führte zum Wiederaufflammen der *Violencia*. Die Liberalen und Konservativen fürchteten um ihre eigenen Pfründe, um ihre eigene Macht, so daß sich 1956/57 die *Frente Nacional* (span. = nationale Front) zusammenschloß und den General 1957 stürzte. Fortan sollten – zunächst für die Dauer von 10 Jahren – diese beiden Parteien abwechselnd den Präsidenten stellen (jeweilige Amtsperiode: 4 Jahre), alle Regierungsämter und höheren Beamtenposten sollten unter ihnen aufgeteilt werden. Welche Auswirkungen dieses Bündnis auf die kolumbianische Gesellschaft und Staatsform hatte und noch immer hat, soll im folgenden am Beispiel der Wahlen und der Wahlbeteiligung aufgezeigt werden.

Die Frente National und die Bedeutung der Wahlen
Obwohl nun feststand, daß nach einem festgesetzten Schlüssel alle öffentlichen Ämter unter den Angehörigen der beiden Parteien aufgeteilt werden sollten, obwohl feststand, daß ein liberaler Präsident den vorherigen konservativen ablösen würde und umgekehrt, sollten nach wie vor Parlaments- und Gemeindewahlen sowie Präsidentschaftswahlen durchgeführt werden. Der Wahlakt selbst mußte so zu einem bloßen Feigenblatt für den Namen „Demokratie" verkümmern – der nach wie vor die Bezeichnung für die kolumbianische Regierungsform ist –, wenn ungeachtet des „Volkswillens" die Regierung von Liberalen und Konservativen nach vorher fesgelegtem Schema gemeinsam gebildet wird. Das Fehlen jeglicher demokratischer Kontrollmöglichkeiten führte zu einem wachsenden Desinteresse weiter Teile der Bevölkerung an den vorgegebenen politischen Spielregeln, was sich u.a. in niedriger Wahlbeteiligung ausdrückte: 1958: 69 %, 1966: 45 %, 1974 (Ende der Nationalen Front, Liberale und Konservative stellen getrennte Präsidentschaftskandidaten auf): 58 %, 1978: 37 %.

Zur Illustration eines Wahlverfahrens hier ein Augenzeugenbericht von den Parlamentswahlen 1978 in einer Stadt an der Nordküste des Landes:

Wahlen

Die Stadt war übersät mit Wahlplakaten, die Menschen trugen T-Shirts, die die verschiedenen Parteien, die konservative, die liberale und einige linke Gruppierungen mit dem Namen ihres jeweiligen Kandidaten bedruckt, an die Menschen vor allem in den Elendsvierteln verteilt hatten. Aber auch wenn die Stadt derart von unzähligen privaten Werbeträgern wimmelte, so hörte man in den Diskussionen derjenigen, für die das T-Shirt in ihrem Elend einfach etwas zum Anziehen war, immer wieder die eindeutige Meinung: „eine andere Regierung wird uns auch nicht helfen, warum sollte ich dann wählen?"
Damit die Ruhe gewahrt werde, gab es ab dem Anbrechen des Wahltages bis zur endgültigen Stimmauszählung Alkoholverbot. Kein Geschäft, keine Kneipe durften Alkohol verkaufen. Militäreinheiten bestimmten das Straßenbild: überall in der Stadt waren Militärs mit Maschinengewehren im Anschlag postiert, Lastwagen und Panzerspähwagen rollten durch die Straßen, die hermetisch abgeriegelt waren: die Leute durften nur nach Ausweiskontrolle und nachdem sie sich von den Militärs auf Waffen hin hatten durchsuchen und abklopfen lassen, passieren. In den einzelnen Stadtteilen gab es keine Wahlmöglichkeit, vielmehr hatten die verschiedenen Parteien Busse eingesetzt, die die Wähler aus den Barrios zum Wahlbereich transportierten. Um das Sperrgebiet gelegene Straßen waren voller Menschen; auch die Nichtwähler nahmen am Wahlereignis auf ihre Art teil: es herrschte totale Volksfeststimmung. Die Wahlwerbung lief auf vollen Touren weiter; die Parteien hatten Stände aufgestellt, ihre Anhänger, mit dem entsprechenden T-Shirt bekleidet, verteilten die letzten Flugblätter. Außerdem gab es an diesen Tischen die Wahllisten und -zettel zur Stimmabgabe!
Im Hause der kleinen Pension, wo wir Unterkunft hatten, war es früh morgens schon zu einem Menschenauflauf und Polizeieinsatz gekommen: auf das Gerücht hin, daß der dort wohnende Wettbürobesitzer Stimmen kaufe, stellten sich die Menschen in Schlangen an, um ihre Stimme für ein paar Pesos zu verkaufen. Der Andrang war so groß, daß es Aufsehen erregte, worauf der augenscheinliche Stimmenankäufer lautstark dementierte, Stimmen zu kaufen und die anrückende Polizei die Leute vertrieb und das Haus abriegelte. Daß Stimmen gekauft wurden, war ein offenes Geheimnis im Land, wir konnten uns nur schwer vorstellen, wie das möglich sein sollte, das Wahlverfahren in der BRD vor Augen. Folgendes läuft ab: es gibt die Möglichkeit, den Stimmzettel schon vor dem Gang zur Urne auszufüllen, beispielsweise dort, wo er verteilt wird, so an den Tischen der Parteien... der Wähler geht dann mit dem ausgefüllten Stimmzettel zur Wahl, wählen kann jeder Besitzer eines Personalausweises, sofern er das 18. Lebensjahr erreicht hat...
So werden Stimmen gegen ein Mittagessen, gegen ein paar Pesos auf die Hand verkauft. Bei dem Elend der Mehrheit der Bevölkerung und der Hoffnungslosigkeit bzgl. Regierungen und den bekannten Wahlfälschungen großen Stils der Vergangenheit an sich eine verständliche und nicht moralisch verwerfliche Haltung!
Eine vortreffliche Sicherung allerdings vermeidet ein mehrmaliges Wählen der Leute: bei Stimmabgabe muß der rechte Zeigefinger des Wählers in rote Tinte getaucht werden. Das Kennzeichen für die vollzogene Wahl ist mehrere Tage sichtbar.

aus: Anneliese Loos, Anne Schöne, KOLUMBIEN; Wahlen und ihre Bedeutung in: Deutscher Volkshochschulverband (Hg.), Materialien 9 'Lateinamerika' S. 85 – 104

Der erste Präsident der Nationalen Front integrierte das Militär weitgehend in das öffentliche Leben, stellte ihm wichtige Machtpositionen im Bereich der öffentlichen Ordnung zur Verfügung, so daß der Ausnahmezustand allmählich zu einem permanenten wurde. Auch in die Justiz fand er Einlaß. Durch eine Agrarreform sollten die Unruhen auf dem Lande beschwichtigt werden. Der Staat investierte auf dem Lande, um die starke Landflucht zu bremsen.
Diese Etappe des Kapitalismus wurde durch eine industrielle Entwicklung gekennzeichnet, die sich wesentlich darauf beschränkte, den Bedürfnissen des traditionellen Agrarexportsektors – Kaffee – entgegenzukommen, um mit den eingenommenen Devisen die Importe von Rohstoffen und Devisen zu bezahlen.
Da der Industriesektor über eine hohe Technologie mit großer Auslandbeteiligung verfügte, konnten die Arbeitslosen kaum integriert werden. Die Hälfte der Stadtbevölkerung war von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung betroffen. Es zeigte sich immer mehr, daß die Nationale Front unfähig war, mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen fertig zu werden. Durch einen skandalösen Wahlbetrug bei den Präsidentenwahlen 1970 verlor sie endgültig ihre Glaubwürdigkeit.
Trotz eindeutiger Stimmenmehrheit der mittlerweile unter Rojas Pinilla entstandenen populistischen Partei ANAPO vor dem konservativen Kandidaten, wurde letzterer Präsident. Das Resultat dieses Wahlbetrugs war eine steigende Sympathie für Rojas und seine Partei, sowohl bei konservativen als auch bei marxistischen Gruppen.

Das Ende der Nationalen Front
In der ersten „frei" gewählten Regierung 1974, die eigentlich als Übergangsregierung gedacht war, fehlte die bisher paritätische Vertretung der Parteien im Parlament. Für die Gesetzgebung wurde nun wieder die absolute Mehrheit notwendig. Doch blieb die Regelung, nach der nationale und regionale Regierungsämter von beiden Parteien zu gleichen Teilen ausgeübt wurden, bestehen, was sehr zur Unzufriedenheit der liberalen Wähler beitrug, wie überhaupt die neue Regierung, die mit fortschrittlichen Versprechen an die Macht gekommen war, das kolumbianische Volk auf der ganzen Linie enttäuschte. Als besonders enttäuschend stellte sich heraus, daß die neue Regierung nichts gegen die steigende Inflation tat. Die Kaffeebonanza, die plötzlich zu einer nie dagewesenen Devisenschwemme führte, verschlimmerte die Situation noch. Die Preise stiegen bis über 40 %. Für Spekulanten und ihre Geschäfte herrschten günstige Bedingungen. Die Finanzbourgeoisie wurde gestärkt wie nie zuvor.
Als nun die nächsten Präsidentschaftswahlen anstanden, stellte sich die Stimmung bei weiten Teilen der Bevölkerung folgendermaßen dar: Etwa 2/3 waren nicht mehr bereit, die Wahlfarce mitzumachen. Die linken Parteien erhielten bei den Parlamentswahlen im Februar 78 auch nur 4,3 % der Stimmen. In dieser Situation startete die oppositionelle Wochenzeitschrift „Alternative" mit mehreren fortschrittlichen Intellektuellen die Aktion „Firmes", die sich bald zu einer größeren Gegenbewegung ausweiten sollte. Sie sammelte 1/2 Million Stimmen für die Unterstützung eines linken Einheitskandidaten. Als die Parteien ihre Kandidaten nicht zurücknahmen, rief „Firmes" zur Wahlenthaltung auf.
Nach den Wahlen begann sich aus Firmes eine politische Bewegung mit Nationalkommittee und Regionalkommittees zu konsolidieren. Das Ziel der Bewegung ist die Schaffung eines antiimperialistischen, antioligarchischen Bündnisses



„Eingefangene Stimmen"

und Demokratisierung der Gesellschaft. Sie unterstützt Basisaktivitäten und Streikbewegungen, solidarisiert sich mit den Befreiungskämpfen anderer Länder und hat auch zum Forum der Menschenrechte und Plebiszit gegen das Sicherheitsstatut aufgerufen.
Das Jahr 78 und die ersten Monate dieses Jahres zeigen eine extreme Zuspitzung der Klassengegensätze. Turbay, dessen Wirtschaftspolitik sich durch großzügige Protektion der Finanzbourgeoisie kennzeichnen läßt, hat in seiner kurzen Amtszeit enorme Preiserhöhungen für Lebensmittel und Fahrpreise genehmigt, sowie durch das Inkrafttreten des „Sicherheitsgesetzes" (siehe „blätter des izJw Nr. 74, S. 44 f.) den Sozialen Frieden von oben diktiert.
Die Demokratie ist auf dem besten Wege, sich in eine Militärdiktatur zu verwandeln.

A.L.

Dieser Artikel hat u.a. folgende Aufsätze zur Grundlage:
Alvaro Tirado Mejía. Colombia: Siglo y medio de bipartidismo, S. 102–185
Mario Arrubla. Síntesis de historia politica contemporánea
In: COLOMBIA HOY, Siglo XXI, Editors de Colombia 1978



Soldaten einer Antiguerrillaeinheit, die einen Bauern erschossen haben.

Die kolumbianische Arbeiterbewegung

Die kolumbianische Arbeiterklasse
Die Arbeiterklasse in Kolumbien ist heute in unterschiedliche Sektoren aufgespalten, nur zu einem geringen Teil gewerkschaftlich organisiert, zudem in Form rivalisierender Gewerkschaftszuammmenschlüsse, die teilweise noch von den Parteien der herrschenden Klasse kontrolliert und manipiliert werden. Auf der politischen Ebene fehlt eine starke Arbeiterpartei.
Die Entwicklung des abhängigen Kapitalismus führt zwangsläufig zu einer starken Differenzierung unter den Lohnabhängigen. Eine Minderheit ist in den Betrieben der monopolisierten, vom Auslandskapital oft abhängigen Großindustrie beschäftigt, ihre Lebensbedingungen sind ohne Zweifel besser als die der Arbeiter und Arbeiterinnen in Kleinbetrieben und in der handwerklichen Produktion. Bei einem Überangebot von Arbeitskräften können sich die modernen Großbetriebe oft den Luxus leisten, überquafifizierte Arbeitskräfte einzustellen: So ist z.B. das bachillerato, also eine abgeschlossene Sekundarschule, in den Betrieben der modernen Textilindustrie Kolumbiens de facto Einstellungsvoraussetzung selbst für angelernte Arbeiter.
Die Kategorien der offiziellen Statistik sind allerdings wenig geeignet, etwas über die tatsächliche Differenzierung der Arbeiterklasse auszusagen. Dies gilt z.B. für die Unterscheidung von Arbeitern und Angestellten. Ein Arbeiter in einem Großbetrieb verkauft aeine Arbeitskraft meist zu besseren Bedingungen als z.B. die Verkäuferin in einem Warenhaus oder Bankangestellte. Unter der Kategorie „Selbstständige" verbergen sich Teile jener unterbeschäftigten Kleinhändler aller Art, die zusammen mit den Arbeitslosen und Gelegenheitsarbeitern die am meisten verelendete Mehrheit der Bevölkerung der Großstädte ausmachen.
Zur Diskreditierung der Streitkämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter benutzten bürgerliche Politiker oft den Trick, sie als privilegierte Minderheit hinzustellen, die auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung ihre Vorzugsstellung ausbauen möchte. In Wirklichkeit kann von einer „Arbeiteraristokratie" in diesem Sinne in Kolumbien nicht die Rede sein: Trotz relativer Besserstellung erhalten die Arbeiter der Großindustrie im allgemeinen Hungerlöhne, die durch die inflationäre Entwicklung der 70er Jahre noch reduziert worden sind. Nach offiziellen Angaben verringerte sich der durchschnittliche Reallohn der Industriearbeiter von 1971 bis 1977 um 23%, der wirkliche Einkommensschwund dürfte mit Sicherheit höher liegen. So sind bei aller inneren Differenzierung der Arbeiterklasse alle ihre Teile von einer Wirtschaftspolitik betroffen, die eine wachsende Verelendung der Masse der Bevölkerung mit sich bringt. Deshalb ist es kein Zufall, daß wichtige Organisationrn jener relativ besser gestellten Schichten der Arbeiterklasse (so der Erdölarbeier von Barrancabermeja oder der Arbeiter des dem Nestlé - Konzern zugehörigen Unternehmen CICOLAC im Valle) die Streitkämpfe ihrer noch schlechter gestellten Klassengenossen materiell unterstützt haben (Beispiel: Der Streik der Zuckerrohrarbeiter von Rio Paila 1975. Vgl. dazu den Artikel in diesem Heft.).

Die gewerkschaftliche Organisation
Nach einer Untersuchung von 1974 sind nur 17% der Lohnabhängigen in Kolumbien gewerkschaftlich organisiert.[1] Der gewerkschaftliche Organ. isationsgrad liegt in vier Sektoren weit über dem Durchschnitt, nämlich zwischen 40 und 50%: 1. verarbeitende Industrie, 2. Elektrizität Gas, Wasser, 3. Transport und Kommunikationsmittel, 4. Banken, Versicherungen. Besonders niedrig (unter 10% ist die Gewerschaftszugehörigkeit im Bauwesen und im Handel, auch der Bergbau weist mit 21% einen vergleichsweise geringen Organisationsgrad auf.
Es ist bezeichnend, daß für drei der vier Wirtsschaftssektoren, in denen der gewerkschaftliche Organisationsgrad besonders hoch ist, das Streikrecht gesetzlich nicht existiert. Nimmt man hinzu, daß die Regierung auch Streiks in der verarbeitenden Industrie untersagen kann, wenn sie dem öffentlichen Interesse widersprechen, so wird die Aussage eines eher systemkonformen



Erdölarbeiter entscheiden sich für den Nationalstreik

Metallarbeiter - Funktionärs verständlich: „Es gibt kein Streikrecht in Kolumbien"[2] Wo der Streik legal möglich ist, verhindert ein äußerst kompliziertes Verfahren, daß er das Unternehmen wirtschaftlich treffen und deshalb zu Zugeständnissen nötigen kann. Von der Einrichtung eines „pliego de peticiones" (Zusammenstellung der Forderungen der Arbeiter) bis zur gesetzlich zulässigen Erklärung des Streiks vergehen mindestens 80 Tage, ein Zeitraum, in dem der Betrieb durch Anlage von Vorräten, Umdispositonen etc. die möglichen Folgen auf ein Minimum reduzieren kann.
Die Kampfkraft der Gewerkschaften wird durch ihre organisatorische Zersplitterung weiter geschwächt. Von den fast 4.000 Einzelgewerkschaften, die im Jahre 1974 registriert wurden, waren fast die Hälfte „sindicatos de base", also Gewerkschaften auf Betriebsebene, weitere 40% „sindicatos gremiales" (berufsständische Gewerkschaften, die auch selbstständige Kleinproduzenten erfassen können und im Bereich von Handwerk und Kleinbetrieb dominieren), und nur 10% In-

dustriegewerkschaften. Das geltende Arbeitsrecht begünstigt die Betriebsgewerkschaften: Tarifverhandlungen spielen sich de facto fast immer auf Unternehmensebene ab, weil das Gesetz übergreifende Tarifverhandlungen nicht vorsieht und die Unternehmer branchenspezifische Zusammenschlüsse nicht als Tarifpartner akzeptieren. So fungieren auch die Industriegewerkschaften in der Praxis von Arbeitskämpfen wie Betriebsgewerkschaften: Die Möglichkeitm einen ganzen Industriezweig durch einen Streik zu treffen, ist nur dann gegeben, wenn sich unzählige Einzelgewerkschaften ad hoc koordinieren und den Unternehmern gleichlautende Forderungen vorlegen. Obwohl es einige Beispiele dafür gibt, (Zementindustrie), ist diese Koordination doch so aufwendig, daß sie bis jetzt die Ausnahme darstellt. Die Industriegewerkschaft als wirksamste Form gewerkschaftlicher Interessensvertretung hat sich in Kolumbien noch nicht durchgesetzt.

Gewerkschaftszentralen und politische Tendenzen

Die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung ist durch die Koexistenz verschiedener Gewerkschaftszentralen gekennzeichnet. Daneben gibt es unabhängige Gewerkschaften, die keiner Zentrale auf nationaler Ebenen angehören. Neben den traditionell mit beiden großen Parteien (Konservative und Liberale) verbundenen Zentralen UTC (Unión de Trabajadores de Columbia) und CTC (Confederation de Trabajadores de Columbia) existiert die von der Kommunistischen Partei kontrollierte CSTC (Confederatión Sindical de Trabajadores de Columbia), die linkskatholische CGT (Central de Trabajadores) und die Bauerngewerkschaft (ANUC (s. Kasten). In den unabhängigen Gewerkschaften, z.B. der Lehrergewerkschaft FECODE und der Gewerkschaft der Erdölarbeiter USO, kämpfen verschiedene politische Gruppen der Linken um Einfluß.
Die zahlenmäßige Stärke der Gewerkschaftszentralen und ihre Beteiligung an den Streiks geht aus folgender Tabelle hervor:

Prozentuale Verteilung der Gewerkschaftszentralen und der von ihnen durchgeführten Streiks:[3]

Zentrale	Gewerkschaften (1974)	Streiks 1969 und 1971 - 1976
UTC	40	16
CTC	25	6
CSTC	20 - 25	30
CGT u. andere	10 - 15	48

Hier wird deutlich, daß die meisten Streiks der siebziger Jahre von kommunistisch orientierten oder unabhängigen Gewerkschaften getragen wurden. Die Dynamik der Streikbewegung in Kolumbien, die 1975 ihren letzten Höhepunkt erreichte, wird vor allem von den Beschäftigten des Dienstleistungssektors bestimmt: Lehrer, Bankangestellte und Angestellte der Versorgungs- und Transportbetriebe durchbrechen mit Streiks im nationalen Maßstab immer wieder die bürgerliche Legalität.
Unbestreitbar ist auch die Zunahme der KP - orientierten, linkssozialistischen und unabhängigen Gewerkschaften auf Kosten der sog. „gelben" Gewerkschaften, die von der Unternehmensleitung eingesetzt und kontrolliert werden, also nicht als Interessensvertreter der Arbeit gelten können. Obwohl UTC und CTC 1974 noch 60% der gewerkschaftlich Organisierten vertraten, reduziert sich ihr Anteil in den am meisten industrialisierten Departamentos (Antioquia, Atlantiqua, Bogotá, Valle) auf 40%.
Dies weist darauf hin, daß die traditionellen Gewerkschaftszentralen eher in rückständigen Bereichen der Industrie und der Landwirtschaft ihren Rückhalt haben. CSTC und unabhängige Gewerkschaften gewinnen in der modernen Großindustrie ständig an Boden.
Die Regierung von Lopez Michelson (1974 - 78) wollte diesen neuen Realitäten im Sinne einer Institutionali-



1. Mai in Bogotá

sierung der Gewerkschaftsbewegung Rechnung tragen, als sie zu Beginn ihrer Amtszeit überraschend erst die CSTC, dann die CGT staatlich anerkannte. Der Versuch, diese Zentrale in eine Art „konzertierte Aktion" einzubeziehen, scheiterte allerdings schnell. Die rapide Verschlechterung der Lebensbedingungen der arbeitenden Massen unter einem Präsidenten, der anfangs mit seinen Reformversprechungen noch Glauben gefunden hatte, führte zu einer Radikalisierung der Arbeitskämpfe, die 1975 / 76 auch Bereiche erfaßten, in denen Streks lange Zeit undenkbar schienen. Beispielhaft sind die Streiks der Zuckerarbeiter von Rio Paila und den Arbeiterinnen der Textilfabrik Vanitex in Bogotá, die eine Welle nationaler Solidarotät auslösten. Die Lage der Mehrheit der Bevölkerung verschlechterte sich so drastisch, daß sich auch die „gelben" Gewerkschaftszentralen an einer nationalen Protestbewegung beteiligen mußten, die im „paro cicico" (Zivilen Streik) vom 14. September 1977 gipfelte. Die Mobilisierung der organisierten Arbeitschaft durch ihre Zentralen war allerdings kläglich: die partiellen Erfolge des Streiks waren nicht dem Umstand zuzuschreiben, daß die Gewerkschaften die Fabriken stillgelegt hätten, sondern der Mobilisierung der Bevölkerung der Elendsviertel vor allem in Bogotá, wo die wirtschaftlichen Aktivitäten durch die Lahmlegung des Transportwesens zum Stillstand gebracht wurden. Damit war und ist das Problem der Verbindung der Kämpfe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf Betriebsebene mit denen der Bewohner der Elendviertel auch für die kolumbianische Linke neu gestellt.

Beispiel: Florencia

„Einige mittlere Städte des Landes waren Schauplatz bedeutender ziviler Streiks. Hervorzuheben ist bei ihnen die Teilnahme städtischer gesellschaftlicher Kräfte, besonders der Arbeiterbewegung und der Massenorganisationen, die sie vertreten . . .
Die Hauptstadt der Intendantur Caquetá ist eine dieser Städte. Der Anlaß der letzten Bewegung, die im Juni 1977 stattfand, war der chronische Mangel an elektrischer Energie in der Stadt und der schlechte Zustand der Straßenverbindungen mit dem Rest des Landes. Unter anderen beteiligte sich der „Kreis der Journalisten des Caquetá" daran, dessen Brief an den Präsidenten . . . große Unruhe hervorrief. Die ANUC (Nationale Bauernvereinigung), die der Kern der vorhergehenden Bürgererhebung 1972 war, nahm auch diesmal wieder daran teil. Vielleicht ist das Bedeutendste die Rolle, die die linken Organisationen Kommunistische Partei, MOIR (Maoisten) und Unión Revolucionaria Socialista (trotzkistisch) spielten. Sie waren breit im Bürgerkomitee und in den Exekutivorganen des Streiks vertreten. In diesem Sinne stellt dieser Fall noch eine Ausnahme in der Bürgerbewegung dar.
Eine demokratische Volksversammlung (bildete) das ‚Komitee Pro-Elektrifizierung', das ausführende Organ der Arbeitsniederlegung. Man bildete ‚Wachsamkeitskomitees der Bürger', und auf Initiative der sozialistischen Gruppen veranstaltete man den ‚Marsch der leeren Töpfe', der auch in der Großen Presse als lustige und farbige Demonstration beschrieben wird. Das am Ende der Konfrontation unterschriebene Abkommen ist sehr interessant. Von der Regierung unterzeichnet, setzt die Vertragsurkunde fest, daß das ‚Komitee Pro-Elektrifizierung' im Falle der Nichterfüllung der Versprechungen einen neuen zivilen Streik ausrufen kann. So erklärte man in Florencia das Rückgreifen auf diese Kampfform für rechtmäßig."



La Jiménez, Hauptstraße in Bogotá ohne Autos während dem zivilen Streik vom 14.Sept.1977

Formell existiert seit dem Generalstreik von 1977 ein Koordinationszentrum der vier anerkannten Gewerkschaftszentralen UTC, CTC, CSTC und CGT: der nationale Gewerkschaftsrat (Consejo Nacional Sindical, CNS). Die Hoffnungen, daß daraus eine Einheitsgewerkschaft entstehen könnte, haben sich jedoch nicht erfüllt. Vom CNS sind kaum neue Aktionen ausgegangen. UTC und CTC traten in separate Verhandlungen mit der Regierung über die Höhe des Minimallohns ein, die nicht einmal bedeutende Erfolge brachten. Präsident Turbay verfolgte wie sein Vorgänger eine Doppelstrategie gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung: Einerseits der Versuch ihrer institutionellen Einbindung durch gewissen Zugeständnisse (so wurde ein Dekret erlassen, das den von Kulumbien mitunterzeichneten Grundsätzen des internationalen Arbeitsamts über freie gewerkschaftliche Betätigung in einzelnen Punkten entgegenkommt.) andererseits verschärfte Repressionen gegen unabhängige, an Klasseninteressen orientierte Arbeiterorganisationen. Das berüchtigte Sicherheitsstatut schränkt auch die Möglichkeiten von Mobilisierungen und Protestaktionen der Arbeiterschaft grundlegend ein. Dies ist um so schwerwiegender, als erfolgverspechende gewerkschaftliche Aktivitäten in Kolumbien eigentlich nur „außerhalb der Legalität" denkbar sind. Dennoch wurde das Statut von den Führungen der UTC und CTC (bei heftigen inneren Auseinandersetzungen) teilweise akzeptiert. Das CNS als immer noch bestehende koordinationszentrale verzichtete auf eine Kampagne gegen das Sicherheitsstatut.

Die Aktionseinheit der kolumbianischen Arbeiterbewegung oder gar die Schaffung einer einheitlichen Gewerkschaftszentrale ist nicht von einem bürokratischen Spitzengremium zu erwarten, das zudem die starken unabhängigen Gewerkschaften ausschließt. Allerdings sind auch die anderen denkbaren Wege zur Gewerkschaftseinheit problematisch. Die CSTC unterliegt eindeutig der Kontrolle der kommunistischen Partei, deren politischer Führungsanspruch von anderen linken Kräften nicht akzeptiert wird. Die übrigen unabhängigen Gewerkschaften haben sich auf verschiedenen Treffen nicht zu einer gemeinsamen Linie durchringen können: Die stärkste unter ihnen, die Lehrergewerkschaft FECODE, wird selbst von inneren Gruppenkämpfen geschwächt.
Das letzte Gewerkschaftstreffen in Barrancabermeja, das auf Initiative der Erdölarbeiter am 2. Februar die-

ses Jahres zustande kam, reflektiert die aktuelle Situation der kolumbianischen Gewerkschaftsbewegung, die dem Abbau elementarer demokratischer Rechte durch die gegenwärtige Regierung Widerstand entgegensetzen will. Neben einer großen Zahl von Delegierten unabhängiger Gewerkschaften nahm von den eingeladenen Zentralen nur die CSTC an dem Treffen teil. Einige regionale Föderationen, die der UTC oder CTC angehören, brachten in ihren Beiträgen jedoch die verbreitete Opposition gegen die regierungsfreundliche Politik der zentralen Gewerkschaftsbürokratie zum Ausdruck. Über die Frage, ob man die UTC und CTC überhaupt noch zu einer Einheitsfront gegen das Sicherheitsstatut aufrufen sollte, gab es Meinungsverschiedenheiten. Immerhin wurde ein gewerkschaftliches Koordinationskomitee geschaffen, daß dem Kampf gegen daß Sicherheitsstatut neuen Auftrieb geben soll.

Anmerkungen:

1) Jaime Tenjo, Aspectos cuantitativos del movimiento sindical colombiano, in: Cuandernos Columbianos, Nr. 5, 1975, S,4
2) Marco A. Córdba A., Elementos del Sindicalismo, Bogotá 1977 (3.Aufl.) S. 24
3) Hernando Gomez Buendía, La Encrucijanda Laboral, in: Conyunctura Economica, Vol. VII No.3, Nov. 1977, S.65

Klaus Meschkat

DIE ‚ZIVILEN STREIKS' – EINE KAMPFFORM DER ARMEN

Wolfgang Siegmann

Der Überlebenskampf der vielen Menschen, die, ob arbeitslos, ohne feste Arbeit oder in den Produktionsprozeß integriert, die Elendsviertel der kolumbianischen Städte füllen, hat im Laufe der letzten 20 Jahre eine ihrer Situation entsprechende, spezifische Kampfform hervorgebracht: die Zivilen Streiks. Das sind durch direkte Aktionen ergänzte ‚Generalstreiks' eines oder mehrerer Stadtviertel, einer ganzen Stadt oder sogar einer Region, die das gesamte öffentliche Leben dieses Bereichs lahmlegen. Sie werden durchgeführt, um von den staatlichen Behörden die Lösung von grundlegenden Problemen der Bevölkerung zu fordern.
Die Forderungen beziehen sich meistens auf fehlende oder ungenügende öffentliche Dienstleistungen wie Wasserversorgung, Kanalisation, elektrischen Strom, schlechter oder gar keine Straßenverbindungen, Mangel an Schulen oder Krankenhäusern etc.
Die folgende Tabelle zeigt, daß die große Mehrzahl der zivilen Streiks sich an den dringendsten Bedürfnissen der Bevölkerung entzündeten.

Im allgemeinen geht den Streiks eine Vorbereitungsperiode voraus, die durch Mobilisierungen, Versammlungen, Kundgebungen gekennzeichnet ist und in einer ausdrücklichen, quasi räte-demokratisch getroffenen Vereinbarung über ihre Durchführung endet. Sie werden von ‚ad hoc' demokratisch gewählten Organisationen geleitet. Die direkten Aktionen während der zivilen Streiks bestehen oft in Straßenblockaden, Barrikadenbau, Besetzungen, Demonstrationen und sonstigen Straßenaktionen, die das Klima der Mobilisierung aufrechterhalten und den Forderungen Nachdruck verleihen sollen.
Zur Illustration der verschiednen Aktionen und Kampfformen, die während der Streiks zur Anwendung kommen, sei hier eine der häufigsten genannt, die Operation ‚tachuelas': ‚tachuelas' sind Nägel, die in eine besondere Form gebogen überall auf die Straßen gestreut werden und erfolgreich den Verkehr lahmlegen. Noch Tage nach dem Streik haben alle Fahrzeuge Büsche vor die Reifen gebunden, um sich den Weg freizufegen.



Repression als staatliche Reaktion auf Streiks

Die Streiks geraten in der Mehrheit der Fälle schnell in harte Konflikte mit der offiziellen Politik der Regierung und der örtlichen Behörden! Den Machtträgern fällt meistens als erste Reaktion auf einen zivilen Streik die mehr oder weniger starke Militarisierung der betreffenden Orte ein. Durch Razzien, Ausgangssperren, Verbot des nächtlichen Alkoholausschanks, permanente Anwesenheit von Militär und Polizei auf den Straßen, bis hin zu gezielten Provokationen, auf Dächern postierten Scharfschützen, Verhaftung und Mißhandlung der Aktivsten soll zunächst die Bevölkerung eingeschüchtert und die Bewegung geschwächt werden. Dies hatte nicht selten einen gegenteiligen Effekt: Die Mobilisierung verstärkte sich und griff auf weitere Bevölkerungsschichten über. Nach der Information von Medófilo Medina haben 61 % der zivilen Streiks gewaltsame Repression von seiten der Behörden durch Polizei und/oder Militär hervorgerufen. In 25 % der Streiks benutzten die Behörden eine kombinierte Taktik von Verhandlungen mit den Streikenden und Repression.
Nur 11 % der Streiks wurden ausschließlich auf dem Wege von Verhandlungen beendet.
Viele der zivilen Streiks bewirken auch eine Ablösung von korrupten Lokalpolitikern und ihren Austausch gegen der Bevölkerung genehmere. Sie enden mit konkreten Vereinbarungen mit den örtlichen Behörden und entsprechenden Versprechungen der Politiker, sich für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung einzusetzen, wenn das Aufbegehren nicht niedergeschlagen wird.

Solidarität mit den entlassenen Zuckerrohrarbeitern von Riopaila

Der vom November 1975 bis Mai 1976 durchgehaltene Streik der Zuckerrohrarbeiter von Riopaila im departamento Valle del Cauca stellt bis heute eine der wichtigsten Erfahrungen in der jüngsten Entwicklung der kolumbianischen Arbeiterbewegung dar und erfordert aufgrund der noch laufenden Arbeitsgerichtsprozesse um Wiedereinstellung bzw. Entschädigung der im Streik und danach insgesamt 718 Entlassenen unsere besondere Solidarität. Deshalb soll dieser Streik hier exemplarisch dargestellt werden.

Zunächst ein kurzer Einblick in den kolumbianischen Zuckerrohrsektor und die Arbeitsbedingungen im Zuckerwerk Riopaila. – Die erste Phase von Modernisierung und Erweiterung des Zuckerrohranbaus in agroindustriellem Ausmaß fand etwa ab 1925 mit der einsetzenden Industrialisierung Kolumbiens statt. Mit Terror, Mord und Bedrohung wurden innerhalb weniger Jahre große Massen von kleinen Bauern von ihrem Land vertrieben, ganze Regionen, so auch das Cauca-Tal in ihrem natürlichen Gleichgewicht zerstört und dem Kampf einiger Großgrundbesitzerfamilien um die Monopolstellung in der Zuckerproduktion ausgesetzt. Mit der Kubakrise Anfang der 60er Jahre und den damit zusammenhängenden Wirtschaftsboykott Kubas seitens der USA, begann eine erneute Expansionsphase im kolumbianischen Zuckerrohrsektor, der bisher zur Konzentration der gesamten Produktion auf 21 Zuckerwerke führte. Von diesen 21 Werken sind 4, darunter Riopaila, in Händen der Familie Caicedo, einer der einflußreichsten Großgrundbesitzerfamilien Kolumbiens, die 44 % des Gesamtzuckerexports des Landes deckt, in der Viehzucht, in den Aufsichtsräten mehrerer Banken und Finanzierungsgesellschaften tätig ist, zeitweilig den Botschafterposten in Washington besetzte sowie zwei der größten Tageszeitungen des Landes „Occidente" und „El Siglo" kontrolliert.

Von den z.Zt. etwa 40 000 im gesamten Zuckersektor Kolumbiens Beschäftigten entfallen ca. 9000 auf die 4 Werke der Familie Caicedo. Viele der Arbeiter, in Riopaila ca. 19 %, haben nur Verträge mit Arbeiterverleihern, d.h. sie sind nicht direkt vom Werksbesitzer angestellt, was sie einer noch höheren Ausbeutung durch Löhne, die unter dem Existenzminimum liegen, sowie durch den Wegfall jeglicher Leistungen wie Sozialversicherung ect. aussetzt.

Unter dem im Zuckerwerk Riopaila Beschäftigten befinden sich zum einen Teil verarmte, von ihrem Land vertriebene Kleinbauern, die sich und ihre Familie früher noch durch Subsistenzwirtschaft über Wasser halten konnten, zum anderen arbeitet dort eine große Anzahl Mischlinge und Schwarze, die Nachkommen der ins Valle und andere Landesteile verschleppten und Mitte des 19. Jahrhunderts „befreiten" Negersklaven. Aufgrund der besonders günstigen klimatischen Verhältnisse im Cauca-Tal kann das ganze Jahr über Zuckerrohr geerntet werden, und dementsprechend besteht auch für den Anbau ein stetig großer Bedarf an ungelernten Arbeitskräften, die zum Säen, Pflegen, Schneiden, Auf- und Abladen des Zuckerrohrs etc. eingesetzt werden. Auf der Plantage gibt es eine eigene kleine Eisenbahnlinie zum Transport des geschnittenen Zuckerrohrs zum verarbeitenden Werk (die Plantage umfaßt 12 742 ha). Während auf den Feldern fast ausschließlich Männer beschäftigt sind, arbeiten im Werk auch einige wenige Frauen am Fließband, z.B. dort, wo der Zucker eingetütet oder gewürfelt in Kästchen abgepackt wird.

Im Werk gibt es auch qualifiziertere Arbeitsplätze, so für Fahrer, Maschinisten, Heizer etc., natürlich auch Ingenieure. Die Arbeit wird rund um die Uhr im Schichtdienst von bis zu 12 Stunden an einem Stück erledigt, Essenspausen sind nicht darin enthalten, und da die Maschinen weder verlassen noch abgestellt werden dürfen, ist es auch nicht möglich, Pausen einzulegen.

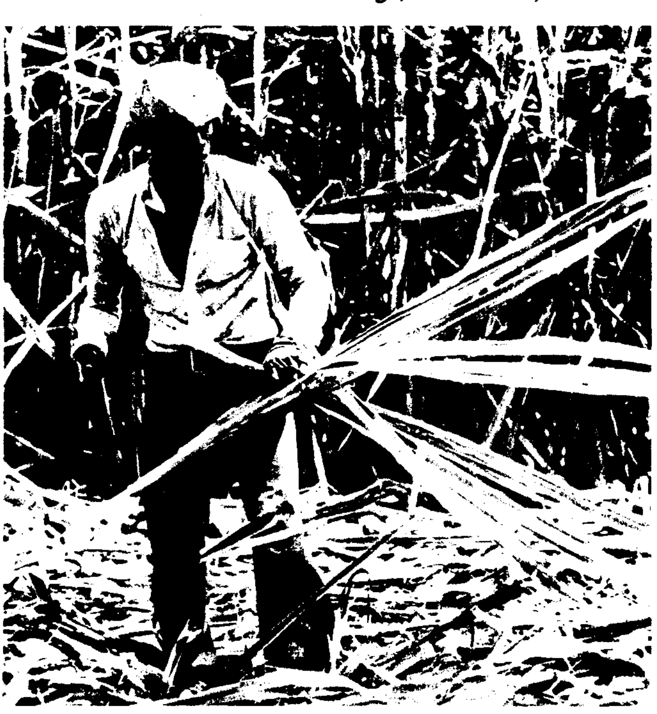
Streiks in Riopaila

Gegen diese katastrophalen Arbeits- und Lebensbedingungen war es 1959 zu einem bedeutsamen Streik gekommen, der sich vom Zuckerwerk Riopaila ausgehend auf den ganzen Zuckersektor im Cauca-Tal ausdehnte, dann aber mit einer Niederlage endete. Die Streikführer wurden entlassen, die damals in der Bewegung verankerte PC-nahe Gewerkschaftsorganisation wurde zerschlagen und durch die C.T.C., eine der beiden von den bürgerlichen Parteien abhängigen Gewerkschaftszentralen ersetzt. Durch den von diesen unternehmerhörigen Gewerkschaftsführern ausgeübten Terror und Korruption gelang es anderthalb Jahrzehnte jeglichen organisierten Widerstand gegen die Firmenleitung niederzuhalten. Das änderte sich erst nach einem weiteren Streik 1975, bei dem nach langen Auseinandersetzungen mit den vom Unternehmen bestochenen Gewerkschaftsführern eine an Klasseninteressen orientierte Gewerkschaft von den Arbeitern erkämpft werden konnte. Die Nichterfüllung eines hart errungenen Tarifvertrages war dann im November 1975 Anlaß für einen sich rasch ausbreitenden Streik, der allerdings zu einem Zeitpunkt ausbrach, als die autonomen Arbeiterorganisationen ihre Stellung noch nicht genügend gefestigt hatten.

Am 13. November 1975 brach der Streik der 3 500 Zuckerrohr-Arbeiter in Riopaila aus. Initiiert wurde der Streik von den Zuckerrohr-Schneidern, jenen Arbeitern, die den härtesten und miesesten Arbeitsbedingungen unterliegen – ihnen schlossen sich dann über die Aktivitäten der schon im einzelnen Bereichen existierenden Basiskomitees die anderen Arbeiter der Plantage und des Zuckerwerks an. Anlaß war die Nichteinhaltung seitens der Unternehmensleitung des neuabgeschlossenen und hart erkämpften Tarifvertrages. Dieser 15 Punkte umfassende Tarifvertrag sollte die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Arbeiter verbessern und war in zähen Verhandlungen von einer unabhängigen, die Klasseninteressen der Riopaila-Arbeiter vertretenden Gewerkschaft erkämpft worden.

Dem Ausbruch des Streiks folgten unmittelbar einsetzende Repressionen nicht allein von seiten der Unternehmensleitung und des Staates, sondern auch von den unternehmensfreundlichen, gelben Gewerkschaften U.T.C. und C.T.C. Das Arbeitsministerium erklärte den Streik sofort für illegal (Resolution 004730) und sprach dem ‚Sindicato de la industria del dulce' (Gewerkschaft der Zuckerindustrie) die juristische Eigenständigkeit ab und sperrte deren Konten. Die gesamte Zone des Cauca-Tals wurde militarisiert, allein 500 Soldaten und 300 Polizisten wurden im Dorf La Paila stationiert, Agenten der verschiedenen Sicherheitsabteilungen (vom DAS, der Defensa Civil del Valle) ins Werk und den umliegenden Dörfern eingeschleust, letztere weitgehend, um Streikaktivisten und ‚Rädelsführer' zu denunzieren. Die Unternehmensleitung gab sofort die Ent-

lassung von 142, folgend von 328 Arbeitern bekannt. Die Zahl der Entlassenen erhöhte sich binnen kurzer Zeit auf 1300. Streikbrecher zur Aufrechterhaltung der Produktion wurden angeworben. Die Gewerkschaftszentralen der U.T.C. und C.T.C. initiierten Hetzkampagnen gegen die Streikenden, verleumdeten ihre Aktionen und Ziele. Die regionale und überregionale Presse reagierte mit dem Verschweigen des Streiks oder brachten verfälschte Nachrichten, in denen die Streikenden zudem noch kriminalisiert wurden.
Der Streik wurde ein halbes Jahr aufrechterhalten. Unter welchen Bedingungen wurde er ermöglicht und geführt?
Der Ausbruch des Streiks war spontan. Eine fortschrittliche Interessenorganisation der Arbeiter ist erst im Aufbau und außer geringen politischen Aufbauarbeiten einiger politischer Gruppierungen und Basiskomitees bestand keine umfassende Gruppierung in den Reihen der Arbeiterschaft, die die Leitung und Organisierung des Streiks hätte übernehmen können. Die dreieinhalb Tausend Arbeiter mußten erst ihre eigenen Formen des Kampfes entwickeln.
Die Streikenden bildeten Komitees, die die vielfältigen Aufgaben des Streiks – innere Organisation der Bewegung, Abwehr der Repressionsmaßnahmen, Kontaktaufnahme zu politischen Gruppen und unabhängigen Gewerkschaften zur Gewinnung von Unterstützung, Entwicklung von Aktionen und Vorantreibung der politischen Diskussionen unter den Arbeitern usw. – bewältigen mußten. Vorrangige Aufgabe war selbstverständlich, die ökonomische Absicherung der Streikenden zu erreichen. Streik bedeutet für alle Familien die absolute Bedrohung der Existenz, der minimale Lohn reicht für die Aufbringung des Lebensunterhalts kaum aus. Wegfall vom Lohn im Streikfall bedeutet Wegfall jeglicher Einkünfte und keine Institution oder Organisation sorgt für einen entsprechenden Ausgleich. Die Streikkassen reichen oft nur für kurze Zeit. Betroffen waren etwa 2 000 Familien mit insgesamt ca. 16 000 Kindern von den Auswirkungen des Streiks. Im Dort La Paila leben z.B. etwa 10 000 Menschen, von denen allein 3 000 auf der Plantage arbeiten.
D.h. der Streik ist nur möglich auf der Grundlage der praktischen Solidarität von außen. Es entstand eine breite Solidaritätsbewegung im ganzen Land: viele unabhängige Gewerkschaften anderer Industriezweige, der Banken, der



Erzieher ... führten Solidaritätsstreiks durch. Zur finanziellen Unterstützung wurde aufgerufen unter der Parole „Ein Tageslohn von jedem Arbeiter zur Unterstützung der Arbeiter von Riopaila". In den umliegenden Dörfern und Städten von Riopaila wurden zivile Solidaritätskomitees zur Unterstützung des Kampfes gebildet. Die Studenten und Hochschulprofessoren verschiedener Universitäten schlossen sich der Solidaritätsbewegung an.

Die „Ciudad Proletaria"
In dem Dorf La Paila vor den Toren der Plantage entstand eine Behelfssiedlung der Streikenden, ‚La Ciudad Proletaria' (proletarische Stadt). Hütten aus Zuckerrohr und Stroh beherbergten die wohnungslos gewordenen Arbeiter und ihre Familien oder diejenigen, die zu weit entfernt wohnten, um ständig anwesend sein und am Kampf teilnehmen zu können. Die ‚Ciuddad Proletaria' war im Durchschnitt von 4 000 Menschen bewohnt und war das Zentrum aller Streikaktivitäten. Die Unterhaltung der Streiksiedlung erforderte einen großen materiellen Aufwand und Disziplin, es fehlte an Trinkwasser, sanitären Anlagen, Medikamenten etc. und vielfach wurde die Lebensmittelversorgung durch Polizei- und Militäreinsätze brutal unterbunden.
Der Tagesablauf in der ‚Ciudad Proletaria' sah etwa folgendermaßen aus: Um 6.00 Uhr morgens wurde Kaffee und Brot für alle verteilt, danach begann die Arbeit in den verschiedenen Kommissionen. Mittags wurde wieder Essen verteilt (meist Wassersuppe mit Reis, bei optimaler Versorgung gab es zusätzlich Kochbananen oder Eier); nachmittags wurde die Arbeit in den Kommissionen weitergeführt oder Demonstrationen durchgeführt. Die Demonstrationen wurden z.B. zur Blockierung der Hauptstraße unternommen, um auf den Streik und die Situation auf der Plantage aufmerksam zu machen. Am 19. Januar 1976 wurde bei einer dieser Demonstrationen auch die Eisenbahnlinie blockiert, und es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und Militär- bzw. Polizeieinheiten. Die Demonstranten wehrten sich mit Stöcken, Macheten und Steinen gegen die Gewehre des Militärs, 1 Arbeiter und ein Schüler fanden bei diesen Auseinandersetzungen den Tod. 9 Streikende wurden von der Polizei verhaftet und unter Mordanklage gestellt. Diese Arbeiter wurden erst nach Beendigung des Streiks aus dem Gefängnis entlassen. Die Demonstrationen wurden auch nach den Ereignissen des 19. Januar fortgesetzt; diese Demonstrationen begannen auf dem Friedhof, wo die Opfer des 19. Januar begraben waren, mit dem Singen der ‚Internationalen' und endeten mit der Straßenblockierung ...
Abends wurden in der ‚Ciudad Proletaria' Lieder und Gedichte zum Streik gemacht, Solidaritätsgruppen organisierten kulturelle Veranstaltungen (politische Theaterstücke etc.), oder es wurden die politischen Diskussionen weitergeführt, Texte von Che Guevara und Camilo Torres diskutiert etc. Die Organisation des Alltags in der ‚Ciudad Proletaria' führte für die Beteiligten zum Erlernen neuer Tätigkeiten, Kenntnissen (z.B. lernten viele Arbeiter erst in der Streiksituation Lesen und Schreiben) und Entwicklung des politischen Bewußtseins bzw. weiterführender Politisierung.
Nach einem halben Jahr mußte der Streik abgebrochen werden, ohne daß die Ziele – Wiedereinstellung aller Entlassenen und Einhaltung des Tarifvertrages – durchgesetzt werden konnten.

Folgen des Streiks
Unter rechtlich fragwürdigen Umständen – im gewohnten Zusammenspiel von Unternehmensleitung und Staat – wur-

den 457 Arbeiter entlassen, davon etwa 140 aufgrund einer speziellen Autorisierung des Arbeitsministeriums als angebliche Anstifter des Streiks, die übrigen, weil sie den Streik fortgesetzt hatten, nachdem er für illegal erklärt worden war. Dem folgten nach der Arbeitswiederaufnahme weitere 289 Entlassungen, was die insgesamt im Streik Entlassenen auf die Zahl von 718 ansteigen ließ. Das Unternehmen wollte sich nicht nur der politischen Aktivisten entledigen, sondern auch seine sozialen Folgekosten vermindern: etwa 150 der Entlassenen sind länger als 10 Jahre beschäftigt gewesen, und das Unternehmen hätte nach 20 Arbeitsjahren ein Ruhegehalt zu zahlen. Etwa 50 der Entlassenen sind von arbeitsbedingten Unfällen und Krankheiten betroffen, für die sie im Falle der Wiedereinstellung entschädigt werden müßten.

Von den Entlassenen sind etwa 20 % ohne jede Arbeit, etwa 10 % suchen im Ausland (vor allem Venezuela, Panama, Ecuador), weitere 10 % in anderen Landesteilen nach einer Beschäftigung. Wer eine neue Arbeit in der Zuckerindustrie gefunden hat, wird meist von „contratistas" (Arbeiterverleihern) in einem nur vorübergehenden Arbeitsverhältnis angestellt, wodurch die Unternehmen alle legalen Verpflichtungen umgehen können. Die Lage der Arbeiter von Riopaila ist verzweifelt, auch wenn sie sich durch diese oder andere Gelegenheitsarbeiten oder Aushilfsbeschäftigungen (z.B. als Straßenhändler) am Leben halten.

Schon kurze Zeit nach dem Streikabbruch bildet sich aus den Reihen der Betroffenen ein „Komitee der Entlassenen", welches bis heute versucht, die aus dem Streik erwachsenen politischen Aktivitäten und notwendig gewordenen juristischen Vorgehensweisen zu koordinieren und weiterzuführen.

Die juristische Vertretung der Entlassenen ist eine äußerst mühevolle Arbeit. Eine Klage auf Wiedereinstellung bzw. Entschädigung muß schriftlich bei einem der völlig überlasteten Arbeitsgerichte vorgebracht werden. In Cali gibt es deren sechs, andere Prozesse laufen in der Kleinstadt Cartago nahe der Zuckerrohrplantage; die durchschnittliche Prozeßdauer muß mit mindestens zwei Jahre veranschlagt werden. Das Unternehmen nutzt jede Möglichkeit, die Entscheidung hinauszuzögern. Es kann das persönliche Erscheinen des Klägers fordern, und ohne diese persönliche Anwesenheit ist ein positives Urteil wenig wahrscheinlich. Zur Feststellung der Dauer der Betriebszugehörigkeit oder zur Entlastung vom Vorwurf aktiver Streikbetätigung müssen Zeugen beigebracht werden, was angesichts der Bedrohung durch die Unternehmensleitung schwierig ist.

Unter diesen Umständen ist die juristische Vertretung der Entlassenen eine ziemlich mühevolle Arbeit, bisher wurden von 413 der 718 die Klagen auf Wiedereinstellung bzw. Entschädigung gestellt, der größte Teil dieser Arbeitsgerichtsprozesse wird unentgeltlich von drei Anwälten in Cali geführt. Der Einbeziehung weiterer Rechtsanwälte sind Grenzen gesetzt: jüngere Juristen mit Sympathien für die Linke, die ohne Honorar arbeiten würden, besitzen oft nicht die erforderliche Kompetenz auf dem Gebiet des Arbeitsrechts, für die Bezahlung von Spezialisten, die nur gegen Honorar arbeiten würden, gibt es keine Mittel.

Die Arbeit der Rechtsanwälte findet im Rahmen des „Komitees der Entlassenen" statt, das bei allen Organisationen



"Streikende Zuckerarbeiter in Riopaila"

der Linken uneingeschränktes Vertrauen genießt. Während die Anwälte unentgeltlich arbeiten, bleiben doch die Reisekosten für die Entlassenen bei der Pflicht zum persönlichen Erscheinen zum Prozeß zu tragen, außerdem sind Kosten für die Erstellung von Sachverständigengutachten über Dauer der Betriebszugehörigkeit etc. aufzubringen. Dies ist mit den geringen finanziellen Reserven des Komitees nicht zu schaffen. Fraglich bleibt auch, ob die Klagen von 40 – 50 weiteren Entlassenen, die durch die Aktivität des Komitees ermittelt werden konnten, überhaupt eingereicht werden können; die erfolgreiche Durchführung der Prozesse hängt vor allem von der Beschaffung von Mitteln für die Reisekosten ab.
Der legale Widerstand gegen die Maßnahmen des Unternehmens und die aktive Solidarität mit den Entlassenen ist nicht eine Frage caritativer Betreuung, sondern die Fortsetzung des Klassenkampfes in einer Periode, in der die spektakulären Höhepunkte des Kampfes schon Geschichte geworden sind. Für eine kontinuierliche Arbeit und die Glaubwürdigkeit der Linken ist es lebenswichtig, daß die Opfer der vergangenen Arbeitskämpfe nicht ohne jeden Rückhalt dastehen – auch wenn die sichtbaren Erfolge eines juristischen Vorgehens dürftig sind und in vielen Fällen ausbleiben. Die Arbeit der Rechtsanwälte wirkt zurück auf die Möglichkeit neuer Arbeitskämpfe der Zuckerrohrarbeiter: so wurden die Streikenden einer anderen Plantage (La Carmelita) juristisch unterstützt und konnten in erster Instanz positive Urteile über Entschädingungen erreichen.
Das Komitee der Entlassenen ist ein Kristallisationspunkt für eine unabhängige Arbeiterbewegung in Valle del Cauca. Daß der Streik von Riopaila in seiner exemplarischen Bedeutung noch lebendig ist, zeigen die im Oktober 1977 auf regionaler und im Februar 1978 auf nationaler Ebene vom Komitee der Entlassenen veranstalteten Seminare, an denen jeweils ehemalige Streikaktivisten, Vertreter von am Streik beteiligter linker Gruppen und linke Gewerkschafter aus den verschiedenen Landesteilen teilnahmen. Hier ging es aufgrund einer selbstkritischen Einschätzung des Streiks um die Frage, wie eine effektivere Koordination der linken Kräfte im Valle del Cauca zu erreichen ist, und wie eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation der Zuckerrohr-Arbeiter erkämpft werden kann.
Das Komitee der Entlassenen verdient jede mögliche materielle Unterstützung. Sie kommt direkt den Trägern eines der bedeutsamsten Streiks der jüngsten Geschichte Kolumbiens zugute und dient darüber hinaus auf längere Sicht dem Aufbau einer unabhängigen Klassenorganisation in einem der wichtigsten Sektoren des kolumbianischen Proletariats.
Solidarität mit den entlassenen Zuckerrohrarbeitern von Riopaila!

Spenden für das Komitee der Entlassenen können auf folgendes Konto überwiesen werden: U. Schütz, Frankfurter Sparkasse von 1822, Kto. Nr. 321076575, BLZ 500 502 01

LITERATURHINWEISE

Literatur:
Marquez, Gabriel Garcia: Hundert Jahre Einsamkeit, Hamburg 1972
Marquez, Gabriel Garcia: Der Oberst hat niemand, der ihm schreibt, Köln 1978
Guerilla-Erzählungen aus Kolumbien, hrsg. von Peter Schultze-Kraft, Frankfurt a.M. 1977
Hochmann, Elena / Sonntag, Heinz Rudolf: Christentum und politische Praxis: Camilo Torres, Frankfurt a.M. 1969
Kolumbien – Demokratie der Oligarchen, in: Lateinamerika anders, IGLA, Wien, Nr. 2
Lateinamerika, Analysen und Berichte 1, Berlin, 1977
Lateinamerika, Analysen und Berichte 2, Berlin, 1978

Filme:
Chircales (Ziegeleiarbeiter), Kolumbien 1972 (Arsenal)
Planas – Dokument einer Ausrottung, Kolumbien 1971 (Arsenal)
Was ist die Demokratie? Kolumbien 1970 (Arsenal)
Und eines Tages fragte ich, Kolumbien 1970 Arsenal)

Frauenarbeit in Kolumbien

Bericht über den Kampf der „chicas de servicio" (Hausmädchen)

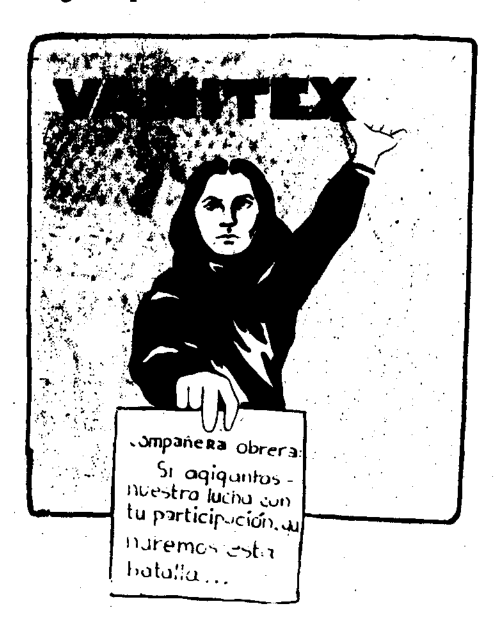


Eine Frauenbewegung, wie wir sie aus Deutschland oder aus den USA kennen, gibt es in Kolumbien nicht. Um die verschiedenen politischen Parteien gruppieren sich zwar die entsprechenden Frauenorganisationen – bürgerliche und linkgsgerichtete – treten aber relativ selten durch zielgerichtete frauenspezifische Aktivitäten an die politische Öffentlichkeit. Während sich die rein bürgerlichen Frauengruppen hauptsächlich mit Wohltätigkeitsveranstaltungen abgeben, beteiligen sich die linken Frauen an Solidaritätsaktionen bei Streiks, die in Betrieben mit hauptsächlich weiblicher Belegschaft stattfinden. Wie in der BRD existieren neben den parteilich gebundenen Frauengruppen unabhängige, voneinander recht isolierte Gruppen von Frauen, die sich z. B. mit den Problemen der Selbsterfahrung auseinandersetzen, die Rolle der Frau innerhalb der traditionellen kolumbianischen Literatur untersuchen, soziologische oder psychologische Reflektionen über die Situation der kolumbianischen Frau in Familie und im Arbeitsbereich außerhalb des häuslichen Bereichs publizieren (in den Zeitungen „mujeres" = Frauen oder „cuéntame tu vida" = Erzähl mir von deinem Leben).

Im Dezember 1978 fand in Medellín ein nationaler Frauenkongreß, zu dem 19 Frauengruppen erschienen, statt, um zum 1. Mal in der kolumbianischen Geschichte in so großem Rahmen über die Unterdrückung der Frau zu diskutieren. So heterogen die Teilnehmerinnen des Kongresses waren, so vielfältig waren auch die Interessenschwerpunkte. Die Frauen einigten sich schließlich auf die Themen Sexualität und Reproduktion, Sexualität und Klassenkampf, Partei und Befreiung der Frau, Unterschiede zwischen Sexualität einerseits und Genitalität und Reproduktion andererseits, Abtreibung und Geburtenkontrolle. Diese Aspekte geben einen Einblick in einen wohl weitgehend von intellektuellen Frauen geprägte Bewegung.

Konkreter sind jedoch die Kämpfe, die direkt die Situation der Frau am Arbeitsplatz zum Inhalt haben. Es läßt sich ganz allgemein eine Tendenz feststellen, daß sich das Bewußtsein der Frauen für ihre Lage und ihr Wille, die Bedingungen für ihre abhängige Situation zu ändern, mit fortschreitender Einbeziehung in den Produktionsprozeß schärft.

Der Streik von 1976 bei Vanitex, einer Textilfabrik, in der vorwiegend Frauen arbeiten, ist ein Ausdruck dafür, daß Frauen sich ganz entschieden gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen und Hungerlöhne (2 – 3 DM pro Arbeitstag) zur Wehr setzen und gemeinsam kämpfen. Schon in den 20er Jahren waren es vor allem die Frauen, die in der Textilindustrie in großen Streiks für die Verbesserung ihrer Situation gekämpft haben.



Kollegin, wenn du unsern Kampf durch deine Teilnahme verstärkst, werden wir diese Schlacht gewinnen

„Wir wissen, daß der Betrieb Millionen verdient. In einer einzigen Arbeitsstunde produziert jede von uns das, was wir in einer Woche verdienen. Der Betrieb fing 1955 mit einem Kapital von 56 Millionen an und hat heute mehr als 500 . . . Und wer hat das gemacht? Wir Arbeiterinnen."

Aus diesen Worten einer Vanitexarbeiterin zum Streik von 76 spricht deutlich Selbstbewußtsein und Kenntnis von ökonomischen Zusammenhängen.

Auch in anderen Bereichen, in denen Frauen in der Überzahl sind, beginnen sie ihre Macht zu erkennen und sich zu organisieren. Der größte Teil der Frauen ist jedoch nicht in den Produktionsprozeß eingegliedert, sondern erfährt die Repression im alltäglichen Frauendasein, das durch die spezifischen Bedingungen eines unterentwickelten Landes gekennzeichnet ist.

Sicher ist das Leben von Frauen auf dem Land, insbesondere wenn sie als Kleinbäuerin oder Landarbeiterin arbeiten,

oft unvorstellbar hart. Durch den Verkauf von Kaffee und Gemüse verdienen sie meistens nur wenig Geld, über das sie nur in seltenen Fällen selber verfügen können. Häufig nimmt ihr Mann das Geld an sich und gibt es nach seinem Gutdünken aus oder vertrinkt es. Aufgrund nicht verfügbarer oder nicht gewünschter Geburtenkontrolle haben viele Frauen 10–15 Kinder, was nicht nur ihre Gesundheit schwächt, sondern oft auch die wirtschaftliche und psychische Verelendung der Familien fördert. Daraus resultieren oft Formen von Gewalt gegen Frauen wie Prügel, Vergewaltigungen usw. – Gewalt, die sich praktisch ausschließlich aus sozialen Ursachen ableiten läßt.

Grausamer und brutaler ist der Existenzkampf jedoch für die Frauen, die vom Land in die Stadt wandern, weil sie sich dort bessere Überlebenschancen erhoffen. (1964 waren 40% aller Migranten Frauen zwischen 15–19 Jahren.) (1) Wenn es ihnen überhaupt gelingt, Arbeit zu finden als Straßenverkäuferin, Müllsammlerin, Prostituierte oder Dienstmädchen, sind sie, sofern sie eine Familie zu versorgen haben, der Doppelbelastung von Gelderwerb und Hausarbeit ausgesetzt. So deprimierend und aussichtslos die Lage der meisten kolumbianischen armen Frauen ist, so lassen sich doch Ansätze für ein gemeinsames Handeln, in Arbeitsbereichen, in denen die Ausbeutung der Frauen besonders eklatant ist, erkennen.

Das ist z. B. der Fall bei den „Chicas de servicio", die einen integralen Bestandteil eines kolumbianischen Mittelschichtshaushalts bilden. Je nach Einkommen der Haushalte variiert die Anzahl der Chicas. Bei ca. 25 Mio. Einwohnern waren 1,5 Mio. Frauen erwerbstätig, davon 52 % im Dienstleistungssektor, von diesen waren 3/4 Hausangestellte. (2)

Etwa 30 Chicas aus Bogotá treffen sich seit über 2 Jahren regelmäßig, um sich gemeinsam über ihre ökonomische und persönliche Situation auszusprechen und Organisations- und Handlungsformen zu finden. Ich hatte Gelegenheit, an einer ihrer Sitzungen teilzunehmen, und bekam so einen Einblick in Lebensverhältnisse, die mir bisher der Vergangenheit anzugehören schienen. Das Elend und die Perspektivlosigkeit im Leben einer Chica übertrifft bei weitem alle Vorstellungen, die wir mit dem Wort „Dienstmädchen" verbinden. Am besten läßt sich ihre Existenz mit einem Sklavendasein vergleichen, als ein auswegloser und niederschmetternder Kreislauf, der erst mit dem physischen Tod ein Ende hat. Was zwischen Anfangs- und Endpunkt liegt, ist kein Leben, sondern pures Überleben.

Ein kolumbianisches Mädchen vom Lande ist doppelt und dreifach benachteiligt: durch sein Geschlecht, seine Armut und die Unterentwicklung des Landsektors eines unterentwickelten Landes. Schon früh werden Jungen und Mädchen zu schweren Ernte- und Hausarbeiten herangezogen: eine große Anzahl von Kindern bedeuten Arbeitskräfte und eine Altersversorgung für die Eltern. Die Frauen und Mädchen haben mehr als die Jungen unter den brutalen Ausschreitungen des Familienoberhauptes zu leiden, sexuelle Delikte sind keine Seltenheit: Töchter werden von ihren Vätern schwanger. In der Armut nimmt der „Machismo" (Männlichkeitskult) die krassesten Formen an.

So ist es dann auch immer wieder die Angst vor dem Vater oder einfach die extreme Armut und Hoffnungslosigkeit, die die Mädchen vom Land in die Stadt treibt. Durch die Versprechungen der Werbung, Erzählungen von Freundinnen oder durch Angebote von Reichen aus der Stadt, die



einen Ausflug aufs Land mit dem Kauf einer billigen Chica verbinden, wird ihnen das Leben in der Stadt als Inbegriff ihrer Träume und Wünsche ausgemalt. „Mein Vater hat mich immer geschlagen, und wir mußten immer von ganz früh morgens bis zur Dunkelheit hart arbeiten und bekamen trotzdem nur das Allernötigste zu essen. Immer nur die Arbeit tagaus, tagein dasselbe, ohne Abwechslung. Als meine Freundin mir dann erzählte, daß in der Stadt alles ganz anders ist, daß man da für seine Arbeit bezahlt wird und hübsche Sachen kaufen kann, da genügte nur ein Krach mit meinem Vater, und ich bin einfach weggelaufen und nie wiedergekommen."

Was sie in der Stadt vorfinden, ist eine Realität, die noch härter und grausamer als die auf dem Land erlebte ist, da die Ausbeutungsmechanismen und Lebensgewohnheiten total fremde und dadurch um so beängstigender sind. Das undurchschaubare und wirre Netz der Beziehungen und Abhängigkeiten reduziert das Mädchen vom Lande zum hilflosen Opfer. Durchschnittliches Anfangsalter liegt zwischen 13–14 Jahren, es kommen aber auch 7-jährige Kinder. Einmal angekommen in einer Stadt wie Bogotá, suchen sie vor allem eine Überlebensmöglichkeit und Schutz vor den Bedrohungen auf den Straßen. Wer Bogotá kennt, weiß, wie gefährlich es nicht nur für Frauen hier ist. Solange es nur um Diebstahldelikte geht, haben diese Mädchen nichts zu befürchten. Aber aus Angst vor Vergewaltigung und Mord suchen sie sich eine Familie, in der ihnen als Entgelt für harte Arbeit im Haushalt ein Dach über dem Kopf geboten wird. Es kommt vor, daß die Mädchen lediglich in Form von Essen und einer armseligen Unterkunft für ihre Hausarbeit bezahlt werden. Das ist besonders bei den Jüngsten unter ihnen der Fall. Im Durchschnitt verdient eine Chica 800 – 1000 Pesos (50–55 DM) pro Monat und lebt und ißt bei der Familie.

Diese fundamentale Gebundenheit an den Arbeitsbereich macht aus dem Mädchen eine Sklavin, über die in jedem Augenblick verfügt werden kann. Eine geregelte Arbeits- und Freizeit, wie der sogesehen „freie" Lohnarbeiter sie hat, kennt eine Chica nicht. Normalerweise beginnt ihr Arbeitstag um 5 – 5.30 morgens und zieht sich bis in die späten Nachtstunden hin; sie arbeitet bis zu 19 Stunden täglich, z. T. ohne Pause. Sie ist das Mädchen für alles, muß kochen, servieren, das Haus putzen, die Kinder hüten, die Wäsche für die ganze Familie mit der Hand waschen. Wenn die Familie Gäste hat, zieht sich der Arbeitstag bis in die frühen Morgenstunden hin.

Was die Frauen vor allem empört, ist die unmenschliche Behandlung, die sie in vielen Familien erfahren. Von den meisten werden sie lediglich als Arbeits- und Geschlechtswesen behandelt: Für die Señora sind sie nicht mehr als eine Maschine, für die Söhne und Männer ein billiges Sexualobjekt, das man gebrauchen und danach wegwerfen kann; so ist die Kündigung von einer Stunde zur andern das Los vieler Frauen, die den Ansprüchen der Herrschaft nicht mehr entsprechen. Eine schwangere Chica ist genauso nutzlos wie eine kranke. In beiden Fällen wird sie meistens auf die Straße geworfen. Irgendwelche sozialen Sicherheiten gibt es für sie nicht, obwohl ihr auf dem Papier ein gesetzlicher Schutz (geregelte Arbeitszeit, Ferien, Bezahlung bei Krankheit etc.) zugestanden wird. Daran halten sich die Arbeigeber jedoch nicht, und die Chicas sind in den seltensten Fällen über ihre Rechte aufgeklärt. Im Normalfall haben sie weder eine Kranken-, Alters- noch Arbeitslosenversicherung.

Zwei Lebensperspektiven bieten sich einer Chica: Sie kann bis zu ihrem Tod bei einer Familie arbeiten, die letzten Jahre jedoch ohne Lohn bei freier Verpflegung und Unterkunft, da sie nicht mehr voll „leistungsfähig" ist, oder sie geht auf die Straße, wo sie ihr Leben als Prostituierte fristet oder zur Bettlerin wird. Der Weg aufs Land zurück zur eigenen Familie ist ihr aus ökonomischen und moralischen Gründen versperrt.



Menschenschlange, die nach Benzin ansteht. Es dient den armen Leuten zum kochen

Ein großes Problem dieser Frauen ist ihre mangelnde schulische Bildung. Zum großen Teil vom Lande kommend, können viele von ihnen weder lesen noch schreiben oder haben im besten Falle 2 Jahre die Grundschule besucht. Bei der allgemeinen Arbeitslosigkeit sind ihre Chancen, eine andere Arbeit zu finden, gleich null. Ihr soziales Selbstbewußtsein ist natürlich entsprechend gering, die vom Brotgeber gesetzten gesellschaftlichen Normen werden daher selten in Frage gestellt. Die so sehr gefürchtete Vaterautorität wird ersetzt durch die des Patron. So kommt es vor, daß der Chica der Umgang mit einem jungen Mann verboten wird, weil er der Familie nicht paßt, oder weil sie befürchtet, eine billige Arbeitskraft zu verlieren. Der Ausweg der Heirat bietet sich nur den wenigsten Frauen. Erstens gelten sie in den Augen der meisten Männer als sozial minderwertig, zweitens besitzen sie kaum die Möglichkeit, Männerbekanntschaften zu machen. Da die Frauen im Schnitt nur alle 2 Wochen einen Tag frei haben und auch an allen Feiertagen arbeiten müssen, kommen sie kaum aus ihrem begrenzten Arbeitsbereich heraus. Um ihre sozialen Minderwertigkeitsgefühle zu kompensieren, opfern einige ihre Freizeit und ihr Geld für Fortbildungskurse: Steno, Schreibmaschine, Nähen. So werden sie in der einzigen Zeit, in der sie scheinbar frei sind, von halsabschneiderischen Instituten ausgebeutet. Sie haben die Illusion, durch ein wenig Bildung weiter zu kommen, zu ihrem Lebensinhalt gemacht.

Andere Frauen sind durch das Ausmaß an Erniedrigung und Ausbeutung, das sie täglich erfahren, zu einer anderen Schlußfolgerung gelangt. Sie begreifen sich als Frauen, die auf Grund von aussichtlosen Ausgangsbedingungen zu den am extremsten ausgebeuteten Menschen dieser Gesellschaft gehören. Diese Ausbeutung ist jedoch nicht stark genug, ihren Willen zur Auflehnung gegen die miserablen Lebensbedingungen zum Kampf um ein menschlicheres Leben zu brechen. Diese Frauen, die sich alle 2 Wochen an ihrem freien Tag treffen, kämpfen, wie sie es ausdrücken, „für menschliche Würde", dafür, daß sie nicht mehr „schlechter als Tiere behandelt werden".

Das Ziel dieser Frauen ist die Gründung einer Gewerkschaft zur Verteidigung ihrer Rechte. Ganz konkret stellen sie Forderungen nach geregelter Arbeitszeit (10 Std.), Mindestlohn (1.200 – 1.300 Pesos = DM 85), Sozial- und Krankenversicherung, Rechtsschutz und einer Wohnmöglichkeit außerhalb des Hauses. Bei ihrer Organisierung haben die

Frauen noch mit schweren Problemen zu kämpfen. Eine der größten Schwierigkeiten scheint mir die mangelnde Öffentlichkeit zu sein. Durch ihre Vereinzelung und Isolierung innerhalb der Familien ist es ihnen so gut wie unmöglich, eine Vielzahl von anderen Frauen zu erreichen. Kontakte laufen meistens über Freundschaften zu anderen Chicas. Der telefonische Kontakt ist nicht möglich, da sie Repressionen von seiten ihrer Familien befürchten. Trotzdem ist es ihnen gelungen, zu Frauen in anderen Städten Kontakt aufzunehmen, einzelne Frauen zu Kongressen fahren zu lassen, um eine Öffentlichkeit für ihre Arbeit herzustellen. Die Gruppe der Chicas arbeitet übrigens unabhängig von politischen Parteien.
Sie sind stolz auf sich, daß sie aus eigener Kraft, ohne jegliche Bevormundung oder Hilfe da angelangt sind, wo sie jetzt stehen. Mir, die ich weiß, welches die Probleme der Frauen in der BRD sind, haben die Gespräche mit den Chicas sehr zu denken gegeben. Der Kampf dieser Frauen ist zugleich ein ökonomischer und ein feministischer; er richtet sich, wie ich zu zeigen versucht habe, gegen Ausbeutungsmechanismen des Kapitalismus und des Machismo, der alle Bereiche durchdringt. Bei dem Versuch, die ökonomischen Bedingungen ihrer Existenz zu verändern, setzen sie sich zwangsläufig mit männerbeherrschten Instanzen auseinander und emanzipieren sich auf beiden Ebenen. Ich glaube, daß die Erfahrungen von Frauen, die mit z. T. ganz anderen Problemen zu kämpfen haben als wir – besonders für die intellektuellen Frauen – auch für unseren Lernprozeß wichtig sein können.

(1) u. (2)
Volkszähung des Nationalen Statistik-Amtes Kolumbiens DANE, 1973

Angelika Löw

Spendenaufruf

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Seit dem Regierungsantritt des neuen Präsidenten Julio C. Turbay Ayala und dem Inkrafttreten des neuen Sicherheitsgesetzes (siehe blätter des iz3w Nr. 74, S. 44 ff. und 76, S. 5 f.) hat eine massive Repressionswelle das Land überzogen.
Allein zu Beginn dieses Jahres wurden über 2.000 Personen wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer Stadt-Guerrilla Gruppe verhaftet. Betroffen waren vorwiegend linke oppositionelle Gruppen, sowie Gewerkschaftsführer, kirchenvertreter und Mitglieder der Indianer-Organisation CRIC.
Unter den Verhafteten befanden sich auch exilierte Uruquayer, denen die Abschiebung in ihr Heimatland angedroht wurde. Auf Grund der massiven in- und ausländischen Proteste konnte die Auslieferung verhindert werden.
In Kolumbien selbst haben 4 katholische Bischöfe zum wiederholten Male gegen die Verletzung der Menschenrechte öffentlich protestiert. Unter der Schirmherrschaft der „Stiftung HABEAS für die Menschenrechte in Amerika", deren Vorsitzender der kolumbianische Schriftsteller Gabriel Garcia Marquez ist, fand am 30. und 31. März 1979 ein Nationales Forum in Bogota statt: Hauptthema wären die Verletzung der Menschenrechte und die Folterung an politischen Gefangenen in Kolumbien. An diesem Forum nahmen, neben den linken Parteien, Gewerkschaften und bekannten Persönlichkeiten auch Vertreter der liberalen und konservativen Partei teil.
Aufgeschreckt durch den massenhaften Protest aus Europa und den USA gegen Menschenrechtsverletzungen in Kolumbien, hat der Verteidigungsminister die Kritiker aufgefordert, sich im Lande selbst über die erhobenen Vorwürfe zu informieren. Auf Grund dieser „Einladung" wird eine internstionale Abordnung großer Tageszeitungen wie Le Monde, New York Times, Osservatore Romano, nach Kolumbien reisen.
Mitglieder der Zeitschrift „Alternativa" haben am 5.3.1979 dem Präsidenten einen Besuch abgestattet und ihn zu einer Stellungnahme zu den innenpolitischen Vorkommnissen aufgefordert.
Die Proteste gegen die Repressionspolitik des Präsidenten in Kolumbien selbst, von Richtern, Gewerkschaftern, Anwälten etc. dauern trotz erneuter Verhaftungswellen an.

Das Comite de Solidaridad con los Presos Politicos in Bogota, welches sich für die materielle und juristische Betreuung der politischen Gefangenen und ihrer Familienangehörigen einsetzt, berichtet in seinen Kommuniques von schwersten Folterungen.
Das Comite benötigt neben der internationalen Solidarität im Augenblick dringend finanzielle Hilfe. Ca. 600 Gefangene werden zur Zeit betreut. Die Zahl der politischen Gefangenen insgesamt liegt bei 2.000.
Wir fordern Euch auf, aktiv an der Postkarten und Spendenaktion teilzunehmen und somit den Protest in Kolumbien selbst massiv zu unterstützen.

BERICHT EINER FRAU ÜBER DIE ERLITTENEN FOLTERUNGEN

(Dieser Bericht wurde im Boletin No 9, Februar 1979 des Comites veröffentlicht)

OBDULIA PRADA de TORRES

Die Gefangene wurde am 12.12.78 mit ihrem Mann zusammen verhaftet und am 28. 12. durch ein Militärgericht zu 3 Jahren Haft verurteilt.
„Hiermit möchte ich über die Folgerungen, die mir Geheimagenten des Militärs während meiner Haft zugefügt haben, berichten.
Ich wurde am 12.12. in meinem Haus in Bogota verhaftet. Man zog mir sofort eine Art Kapuze über und führte mich in das Patio (Innenhof) des Gefängnisses der Militärpolizei im Stadtteil Puente Aranda; dort mußte ich 4 Tage barfuß unter freiem Himmel zubringen und bekam weder zu essen, noch zu trinken. Außerdem mjßte ich mich lange Zeit auf einen speziellen „Ziegelstein" stellen, es wurde mir befohlen, mit keinem Fuß den Stein zu verlassen, d.h. ich mußte das Gleichgewicht halten, was mir aufgrund der Situation – kein Essen, kein Trinken und der großen physischen Anstrengung und Erschöpfung unmöglich war. Ich erhielt unentwegt schwere Schläge in den Rücken, auf den Kopf und in andere Teile meines Körpers. Ich glaube, man schlug mich mit einem Gewehr, da meine Augen nach wie vor verbunden waren, konnte ich nicht genau sehen, was es war.
In verschiedenen Fällen zerrten die Folterer an meinen Brüsten, verdrehten sie brutal und zogen so fest daran, als wollten sie sie ausreißen. Die Foltersknechte schlugen mich ebenso an meinen anderen Geschlechtsorganen und fügten mir dabei wahnsinnige Schmerzen zu. Als ich instinktiv die Beine zusammenpreßte, um weiteren Folterungen auszuweichen, schlugen sie mich mit Fäusten und Füßen in den Magen und Rücken. Während dieser Folterungen verlor ich das Bewußtsein. Mehrmals wurde ich am Hals aufgehängt

und wurde ohnmächtig durch Ersticken. Sie schütteten mir eine Flüssigkeit ins Gesicht, durch die ich wieder bewußtlos wurde und starke Augenschmerzen bekam. Ein andermal zwangen sie mich mit Gewehrstößen, die Beine so zu spreitzen, daß ich das Gefühl hatte, gevierteilt zu werden. Anschließend brachten sie mich in einen Raum mit starken Reflektoren und zwangen mich, stundenlang in das Licht zu starren. Gleichzeitig hörte ich aus einem Lautsprecher infernalische Geräusche, Stimmen und das Weinen von Menschen, die unter unglaublichen Foltern leiden. Danach hörte ich das Getöse von lachenden und singenden Menschen. Von dieser Folter bin ich nicht nur taub geworden, noch heute glaube ich diesen Lärm, diese Schreie, dieses Gelächter zu hören."



Das Bild zeigt den Strafgefangenen Luis Aldana

Postkarten-Text:

Para su consideracion:
Nos hemos enterado de que la represion en Colombia se esta aumentando considerablemente. Sabemos que han sido torturados brutalmente una cantidad de presos politicos.
EXIGIMOS:

Abajo con toda clase de torturas en contra de los Presos Politicos

Abajo con los Consejos Verbales de Guerra

Respecto a los Derechos Humanos

Ninguna deportacion a la Isla Gorgona, para los Presos contenados

Nombramiento de un Grupo de Investigacion Internacional; para investigar por lo menos los casos siguientes:

OMAIRA MONTOYA, CARLOS REYES NINO, MARCO HANIBAL AVIRAMA, OBDULIA DE TORRES, CARLOS DUPLAT.

Firme: . . . .

ADRESSEN:

Senor Presidente Julio Cécar Turbay Ayala
Presidencia de la Republica
Calle 10 – Carrera 5-6
Bogotá, Columbia

General Luis Carlos Camacho Leyva
Ministro de Defensa Nacional
Ministerio de Defensa Nacional
Av. Florida, Carrera 52
Bogotá, Columbia

Deutsche Übersetzung des Postkartentextes:

Bitte nehmen Sie zur Kenntnis:
Wir haben erfahren, daß die Unterdrückung in Kolumbien erheblich zunimmt. Wir wissen, daß eine Anzahl politischer Gefangener brutal gefoltert worden sind.
Wir fordern:
Einstellung jeglicher Art von Folter an politischen Gefangenen
Abschaffung der militärischen Standgerichte
Respektierung der Menschenrechte
Keine Verschleppung bereits Verurteilter auf die KZ-Insel Corgona
Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission zur Untersuchung nachstehender Fälle von Folter:
Omaira Montoya, Carlos Reyes Nino, Marco Hanibal Avirama, Obdulia de Torres, Carlos Duplat.

Unterschrift: . . . .

Omaira Montoya:
Verhaftet am 9.9.1977, seitdem verschwunden.

Carlos Reyes Nino:
Verhaftet am 25.10.1977, der Gefangene wurde während der Inhaftierung schwer gefoltert. Die Folterknechte haben dem Gefangenen durch Verbrennen beide Hände verstümmelt. Er ist inzwischen zu 14 Jahren verurteilt und braucht dringend medizinische Versorgung. Es ist zudem die Verschleppung auf die KZ-Insel GORGONA zu befürchten.

Marco H. Avirama:
Verhaftet am 9.2.1979, Mitglied der Indianer-Organisation CRIC. Er wird aufs Schwerste gefoltert.

Obdulia de Torres:
Verhaftet am 12.12.1978, zu drei Jahren Haft verurteilt.

Carlos Duplat:
wurde in diesem Jahr verhaftet und gefoltert. In seinem Bericht über die erlittenen Folterungen berichtet er über die Existenz von Folterkammern.

SPENDENKONTO:
Angelika Löw, Konto nr. 344 32 49
BLZ 500 700 10, Deutsche Bank, Zweigstelle Eckenheimer Landstraße, Frankfurt, KENNWORT: CSPP

PS. WICHTIG;
Bitte schickt falls möglich eine Fotokopie Eurer Postkarte an die Zeitschrift ALTERNATIVA, Apartado Aereo 25496, Bogotá oder an das Comité cspp, Car. 7a, No. 20-15, 7. piso

Die wirtschaftliche Lage Kolumbiens 1979

Proyectos
Social Development
Study Group
Bogotá, Kolumbien

Die Situation der Bevölkerung und ihre Beteiligung am demokratischen Leben:

Kolumbien ist eine Präsidialdemokratie; für den jetzigen Präsidenten Julio César Turbay stimmten am 4. Juni 1978 nur 18% der Wahlberechtigten – die traditionellen Parteien sind ohne kontinuierliche Massenbasis und von wenigen Finanzgremien und Familien kontrolliert.
Die Verschlechterung der Reallöhne bzw. die kontinuierliche Steigerung der Lebenshaltungskosten sind das große Problem für das Volk. Verglichen mit 1970, müssen heute 2–3 Familienmitglieder zusätzlich arbeiten – sofern sie Arbeit bekommen – und dennoch verdienen sie kaufkraftmäßig zusammen heute weniger als damals. – Am 1. Januar 1979 wurde der monatliche Mindestlohn von etwa DM 130 auf DM 170 erhöht; diese Erhöhung erreicht kaum die Kostensteigerungen des letzten Halbjahres. Außerdem werden alle Kosten in diesen Wochen erheblich anziehen.
Es gibt rund 4.000 Gewerkschaften, die in 5 Verbänden zusammengeschlossen sind; sie haben 1,7 Mio. Mitglieder, das sind aber nur maximal 20% der gesamten Angestellten- und Arbeiterschaft.
Die Landreform wurde zwar vor 18 Jahren eingeführt, aber im Gegensatz zu anderen lateinamerikanischen Ländern nur so weit durchgeführt, wie sie das Agrobusiness nicht störte.

Verantwortlich für die Unterernährung sind in Kolumbien, das ein günstiges Klima hat, die Agrar- und Finanzkonsortien, die die Produktion und die Verteilung der Nahrungsmittel kontrollieren. Die Mehrheit der campesinos sind von günstigen Beschaffungs- und Absatzmärkten weitgehend abgeschlossen und produzieren nach wie vor nur für den Eigenverbrauch.
Auch das Weltbankprogramm der „integrierten ländlichen Entwicklung DRI" wendet sich vornehmlich an eine schon wohlhabende Bauernschicht.

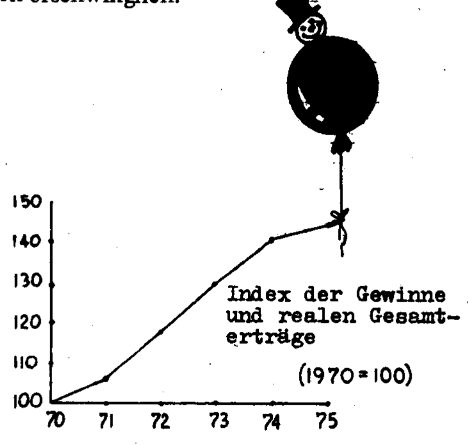
Der große Gegensatz: der enorme Aufschwung der Wirtschaft und die Verelendung des Volkes

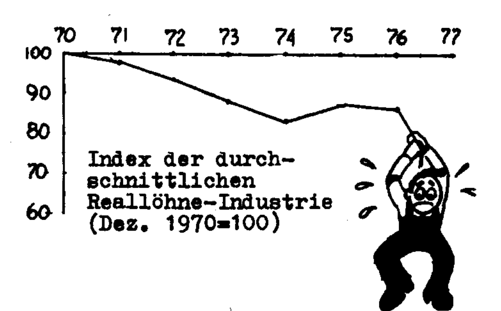
Kolumbien ist für seinen Kaffee bekannt; den 130.000 Kaffeebauern und Landarbeitern geht es heute nicht besser als vor dem Kaffee-Boom, da Inflation und Preissteigerungen 1977 und 1978 jede Lohnerhöhung zunichte machten. Der Reinertrag des Kaffeebooms verblieb hauptsächlich bei wenigen großen Kaffee-Hacendados und 33 Exportfirmen; 76% der Landarbeiter erhielten nur den Mindestlohn. Dazu kommt, daß die Caturra-Kaffeepflanzungen nur kapitalintensiv bebaut werden können und daß daher die Betriebe der Kaffeebauern von großen Grundstücksbesitzern oder Städtern aus der aufstrebenden Mittelschicht aufgekauft werden und die Bauern dann in die Städte ziehen. Sie tragen so zu Landflucht und Land- und Eigentumskonzentration bei.
Die Kapitalkonzentration in der Industrie: die 100 größten Firmen besitzen Vermögenswerte von rd. DM 5 Mrd., das sind 46 % aller bei den 26 Handelskammern eingeschriebenen Kapitalien. In vielen Industriefirmen und Banken steckt ausländisches Kapital. Firmen wie Nestlé, Chrysler, United Brands achten nicht so sehr auf arbeitsintensive Produktion, sondern mehr auf Profitmaximierung und Wohlstand für Wenige, die ihre Güter kaufen können. –

Die ANIF (Vereinigung der Kreditinstitutionen) veranstaltete ein Symposium über „Konzentration von Reichtum"; die wichtigste Erkenntnis: „In Kolumbien ist der Reichtum ungleicher verteilt als in den anderen lateinamerikanischen Ländern!" –
Zwei deutsche Journalisten wunderten sich kürzlich darüber, wie schnell und viel in Kolumbien an Börse, Bank und Wirtschaft verdient wird. So ist Kolumbien zwar ein Schwellenland (in den bürgerlichen Entwicklungstheorien ein Begriff dafür, daß die Industrialisierung eines Landes so weit fortgeschritten ist, daß die Produktion pro Kopf der Bevölkerung steigt Anm. d. Red.) aber die Entwicklung zu einem „entwickelten Land" ist nur für Wenige da.
Folgende Aufstellung der Industriegewinne ist illustrativ:

		1975	1976	1977
Coltejer (Textilindustrie)	Mio. Ps.	154	457	614
Chrysler (Kfz.)	Mio. Ps.	111	116	403
Bavaria (Getränke usw.)	Mio. Ps.	389	348	497

60,1 % der börsennotierten Aktiengesellschaften gehören 0,4 % der Aktionäre, und die Struktur der Gesellschaften sieht keine Mitbestimmung irgendwelcher Art vor.
Seit 1977 führen die Supermärkte ausländische Nahrungsmittel und Getränke in großer Auswahl. Diese sind nur für die Reichen erschwinglich.





Aus: El Espectador 23.Oct. 1978

Die durch den Verdrängungswettbewerb und die Landflucht verursachte Verelendung läßt den illegalen wirt-

schaftlichen Bereich stark ansteigen; das führte zu erhöhter Wirtschaftskriminalität und u. a. zu einem erheblichen Ausbau des Rauschgiftanbaues und -exportes nach den USA (dort existiert ein gut organisiertes Verteilernetz).

Wie sieht die kolumbianische Wirtschaft das Jahr 1978?

Jorge Mejía Salazar, Präsident der Großbank Banco de Bogotá, Sohn des Gründers der allmächtigen Kaffeepflanzervereinigung Fedcafé: „Wir beschließen ein Jahr, welches für die Demokratie in unserem Land viele Fortschritte gebracht hat. 1979 wird unser Staat Unterstützung für die soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung insbesondere den unteren Schichten geben; die Unsicherheit und Korruption wird ausgemerzt, und in gleichem Maße sichert die Regierung jedem Kolumbianer Arbeit, medizinische Versorgung und Erziehung innerhalb eines Systems von Ordnung, Gerechtigkeit und Freiheit zu!"

Die Industriellen-Vereinigung ANDI sagt: „1978 war durch sein ruhiges Wirtschaftsklima gekennzeichnet. Die Inflation fiel von 30 auf 20 %, das Bruttosozialprodukt stieg um 8 %, kein industrieller Sektor hatte zu klagen, das Vertrauen und das Investitionsklima verbesserten sich ständig. Möglicherweise liegen die Probleme der Regierung Turbay auf dem sozialen Sektor"(!).

Störend wirkt nur die illegale Wirtschaft mit ihrem Export von Rauschgift, Schmuggel von Kaffee, Vieh und Smaragden, was 1977 zusätzlich US$ 838 Mio. Devisen einbrachte.

Die ANIF: „Die Gesamtsituation ist hervorragend, es herrscht ein gutes Kreditklima, eine kontinuierliche Steigerung der Spareinlagen; das basiert auf der Rückkehr zu allgemeiner Sicherheit im Land und auf der gleichbleibenden Politik nach dem Regierungswechsel im August 1978!"

Der bekannte Ex-Außenminister Alfredo Vásquez Carrizosa sieht das anders:

„Kolumbien ist das Land der Finanzmonopole geworden, die Aktiengesellschaften gehören wenigen einflußreichen Eigentümern – das Ende der freien Marktwirtschaft naht! Das sind strukturelle Probleme des Spätkapitalismus. Der Antrag Kolumbiens auf ausländische Kreditgewährung (US$ 1,6 Mrd.) und der Staatshaushalt 1979 zeigen einen reichen Staat in einem armen Land.

Für mich hat die Regierung Turbay zwei große Probleme:

1. sie hat den Mindestlohn nur um den Prozentsatz erhöht, um den sie die allgemeinen Preiserhöhungen erlaubt oder toleriert hat; das ist unglaubhaft, wenn man vorgibt, die Interessen der Arbeiter zu vertreten.

2. das „Sicherheitsstatut" hat weder den Einbruch in ein Armeearsenal noch den Mord an verschiedenen Personen des öffentlichen Lebens verhindern können, obgleich das Militär seit Monaten durch Hausdurchsuchungen die Bevölkerung schikaniert und einschüchtert."

Turbay bildete aufgrund des knappsten Wahlsieges in der Geschichte der liberalen Partei ein Kabinett, das sich aus allen Gruppen der traditionellen Parteien zusammensetzt. In seiner Neujahrsansprache sagte er für 1979 große Reformen voraus:

„Die Erfolge des Jahres 1978 sind durch eine kontinuierliche Steigerung aller Wirtschaftszweige gekennzeichnet gewesen, und Kolumbien gehört ab jetzt zu den wirtschaftlich starken Ländern Lateinamerikas.

Der Kampf gegen den Drogenhandel und gegen alle diejenigen, die glauben, unserem Staat schaden zu können, hat durch das „Sicherheitsstatut" schon gute Ergebnisse für die Demokratie gebracht. Die Justizreform muß die wichtigsten Punkte dieses Statutes

Berechnungen für das Jahr 1977 haben ergeben, daß 70 % der Lohnempfänger weniger als 2.500 S pro Monat verdienten und lediglich 6 % mehr als 10.000 S. Zum Zeitpunkt dieser Berechnung jedoch benötigte ein Arbeiter zu seiner Reproduktion, zum Überleben, mindestens 6.502 S, ein Angestellter 11.600 S. (1) Hierzu ist noch zu bemerken, daß lediglich ca. 30 % der Gesamtbevölkerung erwerbstätig ist. Die Anzahl der Industriearbeiter betrug 1974 451.000. (2) Das Lohnniveau der Arbeiter ist zudem in den letzten Jahren gefallen, und die Differenz zwischen Lebenshaltungskosten und Lohn hat sich weiterhin vergrößert.

Realeinkommen von Fabrikarbeitern (3)
(in Pesos, Stand 1975)

Jahr	Monatslohn	Index (100)
1959	2.248	58,7
1963	3.129	81,8
1967	3.350	87,5
1971	3.159	92,0
1975	2.846	74,4

Die zunehmende massive Verelendung der Masse der Bevölkerung hat in den letzten Jahren zu einer großen Streik- und Protestwelle geführt.

1) Alternativa No 164, Mayo 1978
2) Ensayos sobre el desarollo del capitalismo dependiente s. Kalmanowitz S. 128, 139
3) Ensayos sobre el desarollo del capitalismo dependiente s. Kalmanowitz S. 128, 139

Die „Nationale Sicherheit"

Seit über 20 Jahren lebt Kolumbien die meiste Zeit im Ausnahmezustand, und seit 2 Jahren erlebt es eine kontinuierliche Verschärfung der auf das „Sicherheitsstatut" vorbereitenden Dekrete.

Um besser verstehen zu können, wie es zu dem Erlaß des „Sicherheitsstatutes" kam, beschreiben wir die Anfang der 60-er Jahre eingeführte „Doktrin der Nationalen Sicherheit": ihre Bedeutung kann nur im Rahmen des lateinamerikanischen abhängigen Kapitalismus verstanden werden. Das damals übliche Modell der liberal-repräsentativen Demokratie hatte sich als effizientes politisches Instrument erwiesen. Als dann sozialistisches Gedankengut aufkam, war dieses nicht auf dem normalen „demokratischen" Wege aufzuhalten. Daher wurde ein neues Regierungsprinzip eingeführt, das der „Nationalen Sicherheit". Dieses richtet sich nach folgenden Gesichtspunkten:

1. „die Geopolitik": der Staat ist alles, der Einzelne nichts; der Staat hat für die Sicherheit und das Wohlergehen der Nation zu sorgen.

2. „die Geostrategie": wir befinden uns in einem permanenten inneren und äußeren Kriegszustand, und es bedarf einer Verteidigungsstrategie auf allen Bereichen der Wirtschaft, Kultur und Politik; Motto: „Willst Du den Frieden, bereite Dich auf den Krieg vor!"

3. „die privilegierte Rolle der Militärs": diese Rolle leitet sich aus Obigem ab, denn das Volk muß beschützt und die Wirtschaft des Staates konsequent aufgebaut werden; das Wirtschaftsmodell heißt Erhöhung des Bruttosozialprodukts.

Beschäftigung und Einkommen

In dem unterentwickelten Land Kolumbien beziehen 66 % der Bevölkerung kaum 25 % des Gesamteinkommens, während 10 % der Einwohner 44 % des Einkommens an sich reißen; so verdienen 68 % unter US$ 50 im Monat. – Die Lohnempfänger werden 1977 wegen der hohen Inflationsrate eine Verminderung ihres Real-Einkommens gegenüber 1976 von rund 30 % hinnehmen müssen. Das niedrige Einkommensniveau wird durch die chronische Arbeitslosigkeit noch problematischer; Kolumbien hat seit 1970 einen Arbeitslosenspiegel von 18 %, auf dem Land mindestens 26 %.

Öffentliche Dienste: Wohnung, Gesundheit, Ausbildung

Eines der großen Probleme ist der Mangel an Wohnraum: 75 % der kolumbianischen Wohnungen sind improvisierte Behausungen oder Hütten; 31 % bestehen aus einem einzigen Zimmer, bei einer Durchschnittsfamilie von 6 Personen.
Im Gesundheitswesen erreicht die Sterberate 10,5 % und die Rate der Krankenfälle 40 %; das Land hat 1 Arzt auf 2.800 Einwohner und 1 Krankenhausbett auf 800 Ew; (auf dem Land: 6.300 Ew/Arzt). – Ernährung: 60 % der Kinder leiden an Unterernährung; 41 % der Todesfälle dieser Kinder sind hierauf zurückzuführen.
Obwohl versucht wurde, den Analphabetismus zu verringern, können 32 % der Bevölkerung nicht lesen und schreiben. Die Mehrheit der Kinder im Schulalter verläßt die Schule vor Beendigung. – 1973 waren 48,4 % der Kinder auf dem Land nicht eingeschult; in den Städten 22 %. Der Hauptgrund ist das niedrige Einkommen der Eltern. Sie ziehen es vor, daß ihre Kinder zuhause oder auf der Straße arbeiten, um zum Unterhalt beizutragen. – Von 1.000 schulpflichtigen Kindern beginnen 770 die Grundschule, 119 das Gymnasium, 25 die Universität, und nur 11 machen ein Staatsexamen. Das zeigt uns das Dilemma des kolumbianischen Bildungssystems; auch bleiben einige Universitäten manches Jahr zu fast 2/3 der Zeit wegen Streiks staatlicherseits geschlossen, und die privaten Unis sind für die Mehrzahl der Studenten zu teuer.

Proyectos

beinhalten, damit dann Statut und Ausnahmezustand aufgehoben werden können.
Die Regierung konnte zwar mit der „Nationalen (Lohn)-Erhöhungskommission" (Regierung-Gewerkschaften) kein Einverständnis erzielen, aber die kürzlich dekretierte Lohnerhöhung wird von den Gewerkschaften mitgetragen. Die Beteiligung des Faktors Arbeit am Bruttosozialprodukt ist von 38,2 auf 32,3 % gesunken, das ist auf die Inflation zurückzuführen (nicht auf die sich kaufkraftmäßig ständig verringernden Löhne und die steigende Automatisierung in der Industrie?).
Ich danke allen, die mich unterstützt haben, und auch denen, die mich im demokratisch-zulässigen Rahmen kritisieren; wir wollen innerhalb des Dialogs der offenen Türen, der diese Regierung auszeichnet, weiterarbeiten!"

Wie sieht das Volk das Jahr 1978?

Hierzu äußert sich FIRMES, eine demokratische Volksbewegung zur Verteidigung der verfassungsmäßigen Freiheiten, die als Alternative zu den kolumbianischen Linksparteien, keine Partei sein will und die sich für eine Erneuerung der demokratischen Struktur auf nationaler Ebene einsetzt:
„Das Volk lebt aufgrund des Fehlens von Arbeitsplätzen, Gesundheitszentren, Land für die Bauern, Arbeitskapital und ausreichendem Lohn, und aufgrund einer monopolistischen Kapitalkonzentration in einer beispiellosen Unsicherheit! Wir verstehen nicht, wie unter den Augen der Regierung die soziale Zersetzung des Landes aufgrund der illegalen Wirtschaft so gewaltig voranschreiten kann, und wir fragen uns, ob diese Situation durch das „Sicherheitsstatut" verbessert werden kann. Ist das Statut für die armen Massen von irgendeinem Vorteil? Uns scheint eher, daß es die politische und wirtschaftliche Lage einiger Weniger sichern soll!"



"Immer diese Sucherei nach dem Autoschlüssel"

Die Untergrundorganisation „M 19", die vorgibt, in der vergangenen Silvesternacht mehr als 4.000 Waffen aus einem Armeedepot „für die Bewaffnung des Volkes" entwendet zu haben, verlangt „eine demokratische Agrarreform, über den Lebenshaltungskosten liegende Löhne, das Aufhören der gewerkschaftlichen Repression, die Wiedereinführung des Streikrechtes, die Beendigung des Ausnahmezustandes, die Wiederbeachtung der Menschenrechte und das Wiederinkrafttreten der zivilen statt der Militär-Gerichtsbarkeit".



Strukturdaten zu Kolumbien

Fläche: 1.138.700 km^2

Bevölkerung: ca. 24 Mill. (1975)

Bevölkerungsdichte: 22,7 Einwohner je km^2

ca. 66,8 % der Bevölkerung lebt in Städten

44,1 % der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt

ca. 65 % der Bevölkerung sind Mestizen, ca. 20 % Weiße und Kreolen, ferner Schwarze und Indios

Hauptstadt: Bogotá mit ca. 5 Mill. Einwohnern (allg. Schätzwert für 78)

Staatsform: Parlamentarische Demokratie; z. Zt. amtierender Präsident ist der Liberale Julio C. Turbay Ayala

Wirtschaftsdaten

1975 waren 30,3 % der Gesamtbevölkerung erwerbstätig.

Offene Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung
(in den größten 4 Städten)

	Offene Arbeitslosigkeit*		Offene Unterbeschäftigung**	
	1976 (Sept.)	1977 (Sept.)	1976 (Sept.)	1977 (Sept.)
Bogotá	8,8	7,2	11,6	12,6
Medellín	13,3	13,7	17,9	20,0
Cali	12,6	11,9	18,2	16,6
Barranquilla	10,7	8,3	15,2	9,6

* Verhältnis zwischen amtlich registrierten arbeitsuchenden Beschäftigungslosen und ökonomisch aktiver Bevölkerung (PEA)

** Verhältnis zwischen amtlich registrierten arbeitsuchenden Unterbeschäftigten und ökonomisch aktiver Bevölkerung (PEA)

Quelle: DANE: Boletín Mensual de Estadística y Tabulados, Encuesta de Hogares-Etapa 16

Inflationsrate:

Anstieg der Lebenshaltungskosten gegenüber den Vorjahr

	1974	1975*	1976	1977
Arbeiter	26,9	17,9	25,9	29,3
Angestellte	25,2	17,5	25,4	27,5

* Das Sinken der Inflationsrate ist vor allem zurückzuführen auf eine Veränderung des Warenkorbs. Die realen Zahlen liegen daher schätzungsweise um ca. 50 % höher. (Dies gilt vor allem für 1976 und 1977.)

Quelle: DANE

Preisindex für Lebenshaltung der Arbeiter
Index von 100 für 1970

	1970	1974	1976
Ernährung	100	207	292
Bekleidung	100	201	262
Wohnung	100	177	239

Der staatl. festgelegte Mindestlohn beträgt: 2.580 Pesos = 172 DM

Außenhandel	1971	1973	1975
Einfuhr (Mill. US$)	929,4	1.061,5	1.317,4
Ausfuhr	689,1	1.175,5	1.413,7
Saldo	240,3	+ 114,5	+ 96,3

Wichtigste Handelspartner sind die USA sowie die EG, wobei innerhalb der EG die BRD der größte Partner ist.

Währung: Durchschnittskurs 1977: 1 US-Dollar = 37 kol. Pesos; 1 DM = 15 kol. Pesos

Quelle: Banco de la República

Bruttoinlandsprodukt, Volks- und Pro-Kopf-Einkommen:

(in Mio. Pesos zu konstanten Preisen von 1970)

Jahr	BIP BIP	Veränderung in %	Volkseinkommen	Pro-Kopf-Einkommen
1970	130.361,4	–	106.582,6	5.024
1971	137.889,0	5,8	112.358,5	5.156
1972	148.629,5	7,8	123.418,0	5.488
1973	159.194,7	7,1	134.348,3	5.789
1974	168.786,9	6,0	145.255,0	6.065
1975	176.457,3	4,6	145.773,5	5.898
1976	184.201,0:	5,8:	158.313,9	6.210

* Vorläufige Schätzungen des DNP

Quelle: Banco de la República: Cuentas Nacionales 1970-1976

Direktinvestitionen nach Ursprungsland:

(am 31. 12. 1973 in US-Dollar)

	in Mio. US-Dollar	in %
USA	280,0	50,0
Kanada	64,0	11,4
Panama	44,0	7,9
Frankreich	24,0	4,3
Schweiz	21,0	3,7
Niederlande	18,0	3,2
BRD	13,0	2,3
Großbritannien	12,0	2,1
Bahamas	9,0	1,6
Venezuela	8,9	1,5
Curacao	18,7	3,3
Mexico	7,4	1,3

Quelle: Banco de la República, Oficina de Cambios

Landwirtschaft

Landwirtschaftl. genutzte Fläche	:	22.930.000 ha (alle Daten 1974)
davon Ackerland	:	3.620.000 ha
Dauerkulturen	:	1.470.000 ha
Wiesen und Weiden	:	17.300.000 ha
Landwirtschaftl. Betriebe nach Größenklassen	:	1.176.811 (1971)

		Betriebsfläche
unter – 5 ha	: 700.225	1.146.000 ha
5 – 10 ha	: 159.659	1.088.000 ha
10 – 50 ha	: 217.873	4.653.000 ha
50 – 100 ha	: 47.763	3.198.000 ha
100 – 500 ha	: 42.897	8.253.000 ha
500 – 5.000 ha	: 4.927	3.229.000 ha
1.000 – und mehr	: 3.467	9.426.000 ha

Wichtigstes Anbauprodukt ist Kaffee : 510.000 t 1976

Gesundheitswesen

Ca. 2/3 der Bevölkerung ist unterernährt.
Kindersterblichkeitsrate:

1964 – 1969 96 auf 1000 Geburten
1969 – 1973 87 auf 1000 Geburten

(Quelle: DANE, La cobertura del Censo de Población 1973, Bogotá, März 1977)

Quellenangabe: Soweit nicht anders gekennzeichnet, entstammen alle Angaben dem Länderkurzbericht KOLUMBIEN 1977, des Statistischen Bundesamtes Wiesbaden

Die übrigen Angaben sind dem 1978 im Verlag Olle & Wolter, Berlin, erschienenen Buch: Lateinamerika, Analysen und Berichte 2, entnommen.

LESERBRIEF



Leserbrief zu den Berichten von wo. über China in den letzten Nummern und zu G. Breidensteins Einschätzung des Krieges zwischen China und Vietnam in Nr. 76 der ‚blätter des iz3w'

Vorweg sei bemerkt, daß ich es für richtig und wesentlich halte, daß auf die jüngsten Veränderungen in China eingegangen wird. In einigen Punkten teile ich die Einschätzung von wo., z.B. was die aufgekommene Kritik an Mao betrifft. Allerdings hat sich inzwischen insoweit eine neue Situation ergeben, als Kritik an Mao und überhaupt an der chinesischen Führung und Partei verboten wurde. Ich würde das dahingehend interpretieren, daß die Herrschenden vor der weitergehenden Artikulation der Unzufriedenheit der Massen Angst bekommen haben. Oder kann jemand eine bessere Erklärung bringen für die politische Unterdrückung (z.B. Einschränkung der Wandzeitungen), ein Aspekt, der m.E. in den Ausführungen von wo. zu kurz kommt? In den Berichten ist zwar von Widerstand – insbesondere gegen die neue Wirtschaftspolitik – die Rede, auf die Ursachen wird aber nicht näher eingegangen.

Gleichzeitig besteht in den Ausführungen die Tendenz, die Verhältnisse in China zur Zeit der Vorherrschaft der ‚Linken' zu unkritisch zu beurteilen. So richtig ich den Ansatz halte, körperliche und geistige Arbeit zu verbinden, muß doch gleichzeitig gesehen werden, daß diese Praxis, teilweise zu einem Ritual verkommen, völlig formal durchgeführt wurde und daß zumindest begrenzt massiver Druck ausgeübt wurde, z.B. bei der Verschickung von Jugendlichen aufs Land (vgl. dazu etwa Broyelle u.a., Zweite Rückkehr aus China). So faszinierend die Kulturrevolution auf manche hier gewirkt hat, darf auch dabei nicht vergessen werden, daß es zu Übergriffen von Rotgardisten gekommen ist, die nicht mit ‚revolutionärer Ungeduld' zu entschuldigen sind (vgl. ebd.). Möglicherweise steht die Anklage gegen Nieh Yuan-tu in einem solchen Zusammenhang. Wenn man schon auf dieses Verfahren hinweist, ist es m.E. auch nötig, auf die Hintergründe einzugehen, sonst besteht die Gefahr einer schemaitschen Betrachtungsweise. Daß das nicht angebracht ist, zeigt die in bestimmten Bereichen durchaus vorhandene Kontinuität der chinesischen Politik.

Zwar wird die Schwerindustrie jetzt verstärkt gefördert, und insofern ist tatsächlich eine Umorientierung festzustellen, die Schwerindustrie kommt aber nicht aus dem Nichts, sondern wurde auch in der Zeit der Kulturrevolution weiterentwickelt. Daß sich durch die Einbeziehung von ausländischem Kapital und Technologie in den sog. Modernisierungsprozeß die Gefahr einer Abhängigkeit ergibt, sehe ich auch so.

Auch in der Außenpolitik Chinas gibt es eine Tradition der Unterstützung reaktionärer Regime; das ist nicht erst von der jetzigen rechten Führung praktiziert worden. Schließlich war es Mao persönlich, der Nixon während (!) des Vietnamkrieges empfing.

Mit einer Schematik ‚links' gegen ‚rechts' kommt man also nicht viel weiter, ich sehe vielmehr die Notwendigkeit, die Akkumulationsbedingungen im heutigen China genauer zu untersuchen. Offensichtlich ist das bisherige von der Zeit der Kulturrevolution geprägte Akkumulationsmodell an seine Grenzen gestoßen. Um eine drohende ökonomische Stagnation zu überwinden, steht China jetzt vor der Entscheidung, mit welchen Mitteln eine erweiterte Akkumulation erreicht werden soll.



In diese Untersuchung, die ich hier nicht leisten kann, die ich aber anregen möchte, (Ansätze dazu in links Nr. 109, April 1979), müßte auch eine Analyse der Klassenstruktur des heutigen China eingehen. Nach Mentzel (vgl. links) haben sich mit dem Konzept der ‚Modernisierungen' die qualifizierten städtischen Arbeitskräfte und Intellektuellen, die angeblich in den letzten 12 Jahren zu kurz gekommen sind, gegen die armen Bauern des Hinterlandes durchgesetzt. Diese Zusammenhänge wären noch genauer herauszuarbeiten.

Wenn man von einer solchen Analyse der Akkumulationsbedingungen und der Klassenstruktur ausgeht, kann man m.E. auch nicht in die Schwierigkeiten geraten, die Breidenstein mit dem Krieg zwischen China und Viertnam (bzw. zwischen Vietnam und Kampuchea) hat. Ich hatte jedenfalls kein Schockerlebnis. Breidenstein führt zwar übersichtliche Fakten auf, die zur kriegerischen Entwicklung beitrugen, nur wundert mich, wie er, der selbst ausführt, daß sich die ‚Desillusionierung angeküngt' hatte, von der letzten Stufe der Konflikteskalation so schockiert sein konnte. Im übrigen handelt es sich nach meiner Einschätzung nicht um die erste Auseinandersetzung zwischen sich sozialistisch verstehenden Staaten. Außerdem gibt es gegenwärtig ähnlich gelagerte Konflikte (man denke etwa an Äthiopien/Kuba – Eritrea).

Zwar teile ich die Empörung Breidensteins über die Invasion Vietnams in Kampuchea bzw. Chinas in Vietnam, ich würde sie aber nicht völlig gleichsetzen und die Erklärungen und Schlußfolgerungen kann ich auch nur begrenzt nachvollziehen. Gewiß ist die Charakterisierung der jeweiligen Gegenpartei als faschistisch Quatsch. An dem Erklärungsversuch, daß es sich bei den beteiligten Staaten um gar keine sozialistischen Staaten handle, kann man sich nicht mit dem Hinweis herummogeln, daß dies den Identifikationsproblemen der hiesigen Linken entgegenkomme. Ich gestehe zwar China, Vietnam und Kampuchea den Anspruch zu, den Sozialismus verwirklichen zu wollen und ich akzeptiere, daß in diesen Ländern Elemente einer sozialistischen Gesellschaft erkennbar sind, Elemente machen aber noch keinen Sozialismus. Dies hat nichts mit idealistischen Vorstellungen von und Erwartungen an sozialistischen Staaten zu tun, sondern hängt damit zusammen, daß in allen bestehenden, sich selbst als sozialistisch verstehende Staaten nicht die Bedingungen gegeben waren, die notwendig sind (Entfaltung der Produktivkräfte), um den Sozialismus aufbauen zu können. Unterdrückung und militärische Aggressivität gibt es in den betreffenden Ländern nicht trotz Sozialismus, sondern trotz nichtkapitalistischer Entwicklung.

Im übrigen kenne ich keine ‚marxistische Theorie des Angriffskrieges', wir brauchen auch keine, sondern eine Analyse der Produktions- und Reproduktionsbedingungen in den jeweiligen Ländern. Genau das klammert Breidenstein aus. Wenn man die Klassenbeziehungen unberücksichtigt läßt, kommt man zu Frustrationserlebnissen, wenn sich die ehemaligen Opfer der amerikanischen Aggression angeblich innerhalb kürzester Zeit selbst zu Aggressoren verwandeln.

Nicht Trauerarbeit, sondern eine politökonomische Analyse dieser Gesellschaften ist vonnöten. In einem solchen Kontext sehe ich auch die Solidarität gegen die Ausbeutung dieser Länder, die nicht zu einer naiven Identifizierung verkommen darf, sondern auch Kritik einschließen muß.

In der Hoffnung, einen Diskussionsprozeß angeregt zu haben, verbleibe ich mit solidarischen Grüßen

Eckhard Finsterer

Nürnberg

GLOSSE

Die Anti-Mädchenpille

Auf geniale Ideen kommen die Herren Experten, wenn sie auf Reisen in der armen Dritten Welt sind. So zumindest Herr Elshorst, Geschäftsführer der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) während einer Reise in Bangladesh. Ihn bedrückt sehr das hohe Bevölkerungswachstum dort, das nicht mal durch Verhütungskampagnen zu stoppen ist. „Sie vermehren sich dort immer mehr und werden dadurch immer ärmer. Wenn das so weiter geht, leben dort im Jahre 2000 über 140 Millionen Menschen. Ich denke einfach, es ist an der Zeit, mal kreativer über diese Dinge nachzudenken." (Emma 3/79) Da die Frauen die Ursache dieses Übels sind, ist die Lösung ganz einfach: sie abzuschaffen durch eine Anti-Mädchen-Pille!
Herr Elshorst denkt aber auch sozial und dabei sogar an die Frauen – wie rührend: „Nun, in Bangladesh gehen ungeheures Bevölkerungswachstum, eine große Kindersterblichkeit und die sozial minderwertige Stellung der Frau Hand in Hand. Mittlerweile muß der Vater einen enormen Brautpreis zahlen, um seine Tochter überhaupt noch an den Mann zu bringen. Das alles könnte gelöst werden, wenn es der Pharmazie endlich gelänge, eine Pille zu entwickeln, die die Empfängnis von Mädchen verhüten würde. Plötzlich gäbe es dann eine Frauenknappheit, weniger Kinder und die Möglichkeit zum gesellschaftlichen Aufschwung. Da die Frauen ohnehin nicht in der Landwirtschaft mitarbeiten, sondern nach islamischer Tradition den ganzen Tag im Hause verbringen, fiele das wirtschaftlich nicht weiter ins Gewicht. Und Frauen würden zur Mangelware und daher wichtig und höher eingeschätzt."
Die Milchmädchenrechnung von Herrn Elshorst geht nicht ganz auf: Wer würde die Frauenarbeiten im Haus und in der Landwirtschaft (was dem Herrn E. angesichts der intensiven Beschäftigung mit dem Bevölkerungswachstum entgangen ist) nach Abschaffung von Frauen und Mädchen übernehmen?
Auf die Frage, ob dann mit dieser Pille die Aufwertung und Gleichberechtigung der Frau in der BRD auch zu erreichen sei, meinte Herr Elshorst: „. . . man kann den Faden nicht so weiterspinnen. Schließlich sind ja bei uns Kinder Mangelware."
Erfreuen dürfte Herrn E. die Meldung aus den USA, daß dort ein Verfahren zur Geschlechtsvorbestimmung entwickelt worden sei, oder wie die Frankfurter Rundschau schrieb: „Stammhalter auf Wunsch" (FR 12.3.79). Das Verfahren, bei dem die Y–Chromosomen von den X–Chromosomen im Sperma getrennt werden, soll mit 70 % Genauigkeit funktionieren.
Weitsichtiger als die Gedanken der westlichen Verhütungsfront sind die Methoden der Chinesen. Sie haben eine Pille für den Mann entwickelt, „Gossypol" genannt, die aus Substanzen der Baumwollpflanze besteht. Sie soll in den ersten zwei, drei Monaten täglich, danach zweimal wöchentlich eingenommen werden. Schädliche Nebenwirkungen soll es nicht geben (FAZ 28.2; Stern 8.3.). Daß die Pille von den Männern in den Industrieländern mit Begeisterung aufgenommen wird, gilt als unwahrscheinlich. Die Vertreter der deutschen pharmazeutischen Industrie beeilten sich, ihre Zweifel daran zu bekunden, da so eine Pille erhebliche Potenz- und Libidostörungen zur Folge hätte (FAZ 28.2.) Außerdem sei nach Umfrage nur jeder siebte deutsche Mann bereit, die Pille zu schlucken (Stern 8.3.)
Angesichts des für manche so besorgniserregenden Bevölkerungsrückganges in der BRD ist es gar nicht angebracht, daß auch die Männer zur Pille greifen. Im Gegenteil, es müßte eine Pille mit doppelter Wirkung entwickelt werden: Empfängnis von Zwillingen, und die nur in unterbevölkerten Industrieländern verwendet werden dürfte . . .

Raili Salmela

IRAN

IRAN
März 1979

ErsterBrief aus Teheran nach der Postsperre, Geschrieben von einer vierundzwanzigjährigen Mutter von zwei Kindern, die sich das Schreiben selbst beigebracht hat, an ihren Bruder in Deutschland

Man hat gesagt, daß der Frühling kommt, und wir haben auf ihn gewartet. Man hat gesagt, daß der Frühling nahe ist, und mit der Sehnsucht, die wir in uns hatten, sind wir ihm entgegengegangen. ...
Und wir haben für ihn schöne Lieder gesungen,
wir haben ihm von unserem Warten erzählt,
und wir haben ihm Opfer gegeben, und wir haben ihm gesagt: Wenn es nötig ist, geben wir noch mehr Opfer, damit du, von dem wir in Geschichten gelesen und in Märchen gehört haben, kommst und uns von dem traurigen Herbst, der die Blätter des Yasmin und des Nastarin verwelken läßt, befreist.
Ja, du hast mir auch vom Frühling erzählt. Du hast auch erzählt, daß nicht immer Winter bleibt und daß wir den Frühling vor uns haben. Der Ausrufer ist mit derSchelle gekommen und hat uns die frohe Botschaft gegeben: Der Frühling ist gekommen!
Stundenlang haben wir für sein Kommen geheult und für die Opfer, die wir für ihn gegeben haben.
Der Ausrufer hat der ganzen Welt und auch denen, die den Frühling verwünscht haben, Bescheid gesagt, daß ... Frühling ... gekommen ist!
Ich habe gehört, ich habe nur gehört, daß er gekommen ist.
Aber den Frühling, der die Pracht und Größe des Frühlings haben sollte, habe ich nicht gesehen.
Ich habe einen Frühling gesehen, den vor dem Herbst die Hitze des Sommers vernichtet hat, weil er nicht aufgegangen war, weil er unreif war, weil er unbeständig war.
Ich habe einen Volksfrühling gewollt, ich wollte einen Frühling, der die frierenden Menschen des Winters wenigstens halb warm macht. Diejenigen, die große Öfen hatten und deren Kanister voll von Öl waren – gut, die haben auch warmen Winter gehabt ...
Ich habe einen Frühling gewollt, der auch öllose Leute warm macht ... Es wäre schön, wenn der gewünschte Frühling mit vollen Blüten gekommen wäre...
Am Feitag, dem 4. Esfand, sind wir zur Uni gegangen.*
Auf der Wiese der Universität haben wir uns hingesetzt, mit aneinandergeklammerten Händen, haben wir geschrien, daß wir den wahren Frühling haben wollen.
Wir lieben den Frühling!
Um den Frühling zu bekommen, haben wir Blut gegeben. Wir müssen, wir m ü s s e n uns einigen und mit einer Stimme den Frühling fordern.
Das haben wir gesagt, wir sagen es, und wir werden es auch weiter sagen.
Wir wollen den Frühling der Freiheit haben!

* 4. Esfand = 24. Februar 1979. An diesem Tag fand in Teheran eine Kundgebung statt, auf der eine Volksarmee (der oberhalb des Leutnants keine Offiziere der alten Armee an gehören sollten), die Ausweisung aller ausländischen Militärberater, die Verstaatlichung der Banken und die freie Entfaltung aller demokratischen Kräfte gefordert wurden.

In der letzten Nummer der „Blätter ..." hatten wir versprochen, unsere Iranberichterstattung fortzusetzen. Wir haben es leider nicht geschafft, kompetente Autoren dazu zu bewegen, für uns etwas zu schreiben. Einige sind noch im Iran, andere waren zu sehr beschäftigt. Vielleicht klappt es bis zum nächsten Mal.

NICARAGUA

Interview mit Somoza

(Centro Internacional de Informaciòn Latinoamericana – CII LA, Mexico, Dez./Jan. 78/79)

CII LA: Herr Präsident, gefällt es Ihnen, Präsident zu sein?

SOMOZA: Ja, es gefällt mir, etwas zu verwalten, und wenn es auch nur zwei Bauernhöfe wären; aber ich hänge nicht gefühlsmäßig an diesem Posten – es ist schon die zweite Periode meiner Präsidentschaft.

C: Haben Sie nie in Erwägung gezogen, Ihr Amt einfach niederzulegen und so zuzulassen, daß die anderen sich verstehen?

S: Nein. Und zwar aus dem Grund: wir stehen einer Gruppe gegenüber, die sich 'FAO' (Frente Amplio Opositor – Breite Oppositionsfront) nennt, und die ist nicht genügend organisiert. Aber es gibt auch andere Kräfte, und die sind bewaffnet und vertreten eine andere Ideologie. Wie könnte ich zurücktreten und zulassen, daß sie sich untereinander bekämpfen? Es würde viel Verwirrung geben und wir haben ja gesehen, wie sich CAstro Kuba nahm mit 1500 Guerilleros, weil die demokratischen Kräfte uneins waren. Aber ich werde diesen Fehler nicht begehen . . . ich sterbe lieber hier, als die Macht an die Kommunisten auszuliefern.

C: Möchten Sie, daß ein Mitglied Ihrer Familie Präsident wird?

S: Ja. Wenn es qualifiziert ist, hat es ein Recht darauf, in diesem Land jeden Posten anzustreben, den es will.

C: Und gibt es in Ihrer Familie qualifizierte Mitglieder?

S: Klar, sowohl Männer als auch Frauen. Es gibt 17 Enkel von Anastasio Somoza Garcia (mit drohendem Tonfall).

C: Wie würden Sie darauf reagieren, wenn die Opposition weiterhin verlangte, daß Sie das Land verlassen, und sei es auch nur für eine Woche?

S: Ich denke, es gibt Grenzen dafür, was sie verlangen können. Ich habe schon alles gegeben! Es erscheint stumpfsinnig, aber selbst wenn ich nach China ginge und dort „Wählt rot!" sagen würde, würden die Leute rot wählen. Es ist absurd, man würde aus mir einen Helden machen – ich mag das nicht.

C: Denken Sie, daß der nächste Präsident ein Militär sein wird?

S: Nicht unbedingt.

C: Die FAO scheint Ihren Vorschlag einer Volksabstimmung nicht zu akzeptieren. Was wird dann geschehen?

S: So beginnt es: sie wollen nicht akzeptieren. Doch wenn sie erst die Qualität und die Vorteile des Angebotes sehen, dann, so glaube ich, werden sie schon zu denken beginnen.

C: Glauben Sie, daß die Schlichtungskommission Druck ausüben kann oder Einfluß hat, damit die FAO Ihren Vorschlag akzeptiert?

S: Selbstverständlich.

C: Fühlen Sie sich jetzt sicherer als vor einigen Wochen?

S: Ich habe mich immer sicher gefühlt.

C: Haben Sie das Gefühl, große Eingeständnisse gemacht zu haben?

S: Sicher, große, historische Zugeständnisse! Wenn die das nicht schätzen können, sollen sie zur Hölle gehen!

C: Bestünde auch die Möglichkeit, Herr Präsident, sie zur Hölle zu schicken?

S: Ja, sicher.

C: Aber das würde eine internationale Mobilisierung bewirken.

S: Ich weiß nicht, aber wenn sie zur Hölle gehen, so ist es ihre Schuld. Ich sehe nichts, wofür man mich strafen könnte.

C: Wenn Sie in der Volksabstimmung verlieren, würden Sie dann sofort zurücktreten?

S: Nein, weil ich diese Regierung geordnet übergeben muß. Das muß ich tun, um ein ‚Machtvakuum' zu verhindern.

C: Glauben Sie, daß durch die Volksabstimmung die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes mit aufständischen Gruppen beseitigt wird?

S: Nein, solange Kuba und Rußland existieren und die „prochi", ist in keinem Teil der Welt ein bewaffneter Aufstand ausgeschlossen.

C: Aber Kuba und Rußland sind weit weg; wer sind die „prochis"?

S: Nun, das sind die Leute mit kommunistischer Ideologie, die immer kämpfen wollen.

C: Zählen Sie auch Venezuela und Costa Ria zu diesen Ländern?

S: Die haben sich blöd ausnützen lassen vom Kommunismus – etwa Venezuela von Kuba, als Castro Batista angriff.

C: Was wäre Ihrer Meinung nach wahrscheinlicher: ein bewaffneter Aufstand oder eine Intervention durch andere Staaten?

S: Hier kann es nur einen Aufstand geben, eine Intervention durch andere Staaten nicht. Denn es hat sich schon die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) zwischengeschaltet. Die hat eine Resolution erlassen, daß sich niemand in Nicaragua dreinmischt. Und wer sich einmischt, stellt sich gegen diese Organisation.

SOMOZA PACKT DIE KOFFER



C: Was würde im Fall eines Aufstandes geschehen?

S: Wenn es hier vor der Volksabstimmung einen Aufstand gäbe, so müßte ich ihn niederschlagen, um die Volksabstimmung durchführen zu können.

C: Besteht nicht die Möglichkeit, dieses Land zu entmilitarisieren?

S: Das hier ist ein zivil regiertes Land. Es gibt zwei Möglichkeiten, Meinungsverschiedenheiten mit mir auszutragen: gegen mich wählen oder gegen mich kämpfen. Jede davon hat ihre Qualität. Das nicaraguanische Volk hat viel

Blut vergossen infolge ihres Respekts für diese Drohnen (gemeint sind die Sandinisten; Anm.), doch jetzt, wo sie mir die Städte entführt haben, ist das unmöglich.

C: Sie haben eine Amnestie versprochen – wie soll die ausschauen?

S: Ich verstehe sie als ein Vergessen alles dessen, was geschehen ist. Sowohl von Seiten der Regierung als auch von den Aufständischen. Aber ich werde mich z.B. dagegen wehren, daß die Amnestie auch für die Mörder von Chamorro gelten soll.

C: Entschuldigen Sie, doch wer sind wirklich die Mörder von Chamorro?

S: Die im Gefängnis sitzen.

C: Und was bedeutet das in Hinblick auf die Exilierten?

S: Alle können zurückkommen ... Dieses Kanonendonnern hält die FAO schon aus.

C: Was denken Sie über die Menschenrechte?

S: Die Menschenrechte sind für uns nichts Neues.

C: Aber das Gutachten der interamerikanischen Menschenrechtskommission?

S: Das ist falsch, mein Freund. So einen Bericht kann ich über jedes Land schreiben.

C: Wir haben viele Klagen über die Nationalgarde gehört.

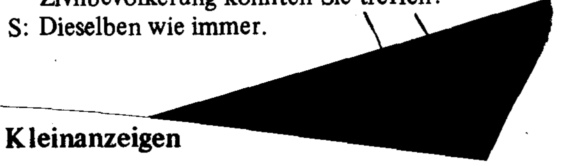
S: Natürlich gibt es viele Klagen, weil es viele Tote gegeben hat. Die Familien sagen: „Sie haben mein Kind ohne Grund getötet." Sie wissen vielleicht die Umstände nicht. Und ich könnte sagen: „Man hat mir viele Nationalgardisten grundlos umgebracht." Erst kürzlich haben sie mir einen Polizisten umgebracht, diese heiligen Sandinisten, sie haben ihn aufgehängt, daß ihm die Zunge wie eine Krawatte heraushing.

C: Aber die Anzahl der Toten unter der Zivilbevölkerung ist wesentlich größer als die der Gefallenen der Nationalgarde.

S: Natürlich, daß muß ja so sein. Sie werden sich erinnern, daß in Vietnam das Verhältnis 10 : 1 stand. Wir hatten knapp über 100 Tote und sie etwas über 1000. Andernfalls hätte ich ihnen ja sagen müssen: „Kommt her, übernehmt die Regierung!"

C: Im Falle einer neuen Offensive der Sandinistischen Befreiungsfront – welche Maßnahmen zum Schutze der Zivilbevölkerung könnten Sie treffen?

S: Dieselben wie immer.



Kleinanzeigen

FRAUENTREFFEN IN BIELEFELD

Am 5. und 6. Mai trafen sich in Bielefeld Frauen, die sich mit der Lage der Frau in der Dritten Welt befassen. Zu diesem Treffen hatte die Arbeitsgruppe „Frauen und Dritte Welt" eingeladen, die im Verein „Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen" arbeiten soll. Diese Arbeitsgruppe, die in Bielefeld sitzt, wird zunächst eine Dokumentationsstelle aufbauen, die für interessierte Frauen hier und in der Dritten Welt zugänglich gemacht werden soll. Als erster Schritt gilt es jetzt eine Adressenkartei aufzustellen und Arbeiten und Berichte zu Frauen in der Dritten Welt zu sammeln. Frauen, die hierzu beitragen können und wollen, sollten sich an Claudia von Werlhof, Brandenburger Str. 27, 4800 Bielefeld 1 wenden.

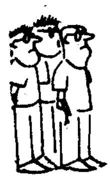
Weiterhin besteht ein besonders Interesse daran, mit Frauen zusammenzukommen, die in Entwicklungsprojekten arbeiten und gearbeitet haben, um Erfahrungen auszutauschen. Hierbei sollte die Auswirkung solcher Projekte auf die Lage der Frau in der Dritten Welt festgestellt und beurteilt werden. Dadurch wollen wir erreichen, Einfluß auf Projektauswahl und -gestaltung zu nehmen. (Die Kontaktadresse wird in der nächsten Nummer der „blätter..." bekanntgegeben).

Ansonsten ist im Wintersemester ein Seminar zum Thema „Frauen und die Dritte Welt" an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld geplant, das zweimal wöchentlich stattfinden soll. Gesucht werden Frauen, die Lust haben, zu einem gewählten Thema bei diesem Seminar zu referieren. Bitte sich bei der Fakultät für Soziologie, Arbeitsgruppe Entwicklungsplanung und Entwicklungspolitik, Universität Bielefeld, 4800 Bielefeld 1, Universitätsstraße, Postfach 86 40, melden.

Am 1. und 2. Juni findet in Bielefeld ein Iran Symposium statt, das sich mit der Frage der Bedeutung des Islams für die Entwicklung Irans befaßt. Versucht werden soll u.a. zu klären, ob die Islamisierung eine anti-imperialistische Kraft darstellt. Es wäre gut, wenn bei diesem Symposium eine Frau über die Lage und Kämpfe der Frauen in Iran vortragen könnte. Anmeldung bei der Fakultät für Soziologie, Arbeitsgruppe Entwicklunsplanung und Entwicklungspolitik, Universität Bielefeld, 4800 Bielefeld 1, Universitätsstraße, Postfach 86 40.

DRITTE WELT IM UNTERRICHT

Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt in der Schule: Ein Beispiel aus dem Projektunterricht



Eine zentrale Schwierigkeit für das Verständnis der Vorgänge in den unterentwickelten Ländern liegt für uns alle – Schüler wie Lehrer – darin, daß diese Vorgänge uns von unseren eigenen Lebensbedingungen her fremd sind. Das Problem der Vermittlung von wichtigen politischen Inhalten im Schulunterricht ist hier also noch etwas schwieriger als sonst: Die Schüler lernen umso mehr, je enger das Lernen mit der Wirklichkeit verbunden ist und je mehr es sie unmittelbar zum Handeln befähigt. Nur ist in diesem Fall die Wirklichkeit weit entfernt, und das Handeln wird dadurch umso schwieriger. Bloße Berichte über die Ungerechtigkeit und Armut verstärken eher unsere Hilflosigkeit angesichts der Allgegenwart der Unterdrückung, als daß sie uns befähigen zu erkennen, daß die Unterdrückung, hier wie dort, Bestandteil eines Gesamtsystems ist, gegen das man sich auflehnen muß.

Wenn die Problematik der Dritten Welt als ein durch individuelle Hilfe lösbares Problem dargestellt wird, gelingt es nur schwer, über kurzfristig realisierbare Handlungsmöglichkeiten hinauszukommen (z.B. Spenden) und die Notwendigkeit eines allgemeinen gesellschaftspolitischen Engagements deutlich zu machen.

Hinzu kommt, daß der Arbeitsrhythmus, dem die Lehrer unterworfen sind, sie dazu zwingt, möglichst „einsatzbereit" vorbereitetes Material zu sammeln und die eigenständige Erarbeitung komplexerer Zusammenhänge erschwert.

Und gerade solche Phänomene, wie Imperialismus, Abhängigkeit und Unterentwicklung entziehen sich einer oberflächlichen Erklärung auf der Erscheinungsebene. Es kommen dann so anschauliche und in sich schlüssige aber trotzdem falsche Modelle heraus, wie der bekannte „Teufelskreis" der Armut:

arm weil faul – faul weil unterernährt – unterernährt weil arm ...

Schwierigkeiten und Möglichkeiten praktischer Solidarität mit der Dritten Welt in der Schule zeigt das Beispiel des Projekts; „Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara". Mit diesem Titel führten zwei Bremer Lehrerinnen einen Kurs im Rahmen einer Projektwoche an der Gesamtschule Bremen-Ost durch.

Die Schüler/innen (8./9. Jahrgang) konnten sich eine Woche lang über den Westsahara-Konflikt informieren und unterstützten die Flüchtlinge, indem sie im Technikunterricht Kinderspielzeug für sie herstellten und einen Bildband über ihre eigene Lebenssituation für die sahrauischen Kinder zusammenstellten.

Sonja Schulte, eine der beteiligten Lehrerinnen, berichtet darüber:

An der Gesamtschule wird einmal jährlich eine Projektwoche veranstaltet, in der die Lehrer den Schülern Projekte aller möglichen Art anbieten. Die Schüler suchen sich dann je nach Interesse eines aus, und die jeweiligen Themenkomplexe werden von verschiedenen Gesichtspunkten her erarbeitet.

In dieser Projektgruppe wollten wir folgendes erreichen: Mit Hilfe von anschaulichen Materialien und Medien wollten wir den Schülern ein möglichst konkretes und umfassendes Wissen über die Lage der sahrauischen Bevölkerung und die Hintergründe des Westsahara-Konfliktes vermitteln, ein Wissen, das sie nicht nur zur Beantwortung von Lehrerfragen befähigt, sondern Betroffenheit herstellt. Durch materielle Unterstützung der sahrauischen Bevölkerung wollten wir ihnen zugleich praktische Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Deshalb wollten wir mit den Schülern Gebrauchsgegenstände herstellen und in die Flüchtlingslager schicken: stabiles Spielzeug aus Holz, Flickenteppiche, für die wir alte Kleidungsstücke in Streifen schnitten und verwebten, und ein Fotobilderbuch über unsere Lebenssituation hier.

Unser Wochenplan sah so aus:

Donnerstag: Allgemeine Einführung in den geschichtlichen und politischen Hintergrund des Westsahara-Konfliktes, Lage in den Flüchtlingslagern (Diavortrag)

Vorstellen der praktischen Arbeiten und Einteilung in Arbeitsgruppen: Holzpuppen, Holzeisenbahn und Flickenteppich. Tageskritik und Vorschläge.

Freitag: Wir machen Fotos über unsere Lebenssituation. Vorbesprechung: was wir darstellen wollen und Einteilung in Gruppen:

Mittags: Treffen mit Berichten.

Montag: Die Flucht der sahrauischen Bevölkerung: Bericht über einen Napalmangriff und Interviews mit sahrauischen Frauen. Praktische Arbeiten und Tageskritik.

(Hier hatten wir eigentlich vorgesehen, daß eine Gruppe bereits mit dem Fotobilderbuch anfangen kann, aber die Abzüge wurden erst Mittwoch fertig.

Dienstag: Rohstoffinteressen in der Westsahara (Artikel in der Quick 47/1975).

Praktische Arbeiten und Tageskritik.

Mittwoch: Die politischen Motive und Kampf der Frente Polisario (Film „Unabhängigkeit oder Völkermord" und einige kurze Texte über die Ziele der Frente Polisario).

Anschließend in Arbeitsgruppen: Brief an die Bewohner der Flüchtlingslager (wurde vorher von allen besprochen) Aussortieren der Kleider und des Spielzeugs, das die Schüler von zu Hause mitgebracht hatten, Fertigstellung des Teppichs, Fertigstellung eines Fotobilderbuchs, Erstellung einer Dokumentation über die Westsahara für die Schule, die in der Eingangshalle aufgehängt werden sollte.

Abschluß: Vorlesen des Briefes, Dokumentation, Begutachtung und Überblick, was mit den hergestellten Sachen geschieht.

Diesen Arbeitsplan haben wir gleich am Anfang den Schülern vorgestellt, er hing die ganze Zeit im Klassenraum. Für das Projekt hatten sich 14 Mädchen und 1 Junge gemeldet. (Daß es so viele Mädchen waren, hängt wohl mit zwei Wahl-

pflichtkursen „Technik für Mädchen“ zusammen, die im 9. und 10. Jahrgang angeboten werden, um den Mädchen einen eigenen Zugang zur Technik zu ermöglichen. Dort hatten wir das Projekt ausführlich angekündigt. Die Schülerinnen kannten einander kaum, bis auf die, die aus einer Stammgruppe kamen. Wir selbst kannten drei von ihnen.)
Wir fingen also die Projektwoche damit an, uns gegenseitig vorzustellen und die Gründe dafür zu nennen, warum wir dieses Projekt gewählt hatten. Nur eine Schülerin sagte ausdrücklich, daß sie es richtig fände, die Projektwoche für eine solche sinnvolle Arbeit zu nutzen; die anderen waren aus mehr oder weniger vagen Gründen gekommen, z.B. weil es nichts Besseres gab und sechs Mädchen aus den beiden Technikkursen aufgrund der Vorinformationen. – Positiv daran war die Ehrlichkeit der Mädchen. Wir hatten nicht mit einem fundierten und engagierten Interesse gerechnet, und Klarheit über die Fremdheit dieser Arbeit für die Schülerinnen war besser als gespieltes Interesse, um sich gegenüber anderen hervorzutun. Ein wirkliches Interesse entseht erst, wenn man mehr über die Sache weiß und etwas damit anfangen kann; das sagten wir ihnen auch.

Anhand einer Afrika-Karte erklärten wir ihnen kurz die Sachlage:
Die Sahraui sind die Bevölkerung des Gebietes in Nordwestafrika, das auf den meisten unserer Landkarten noch als Spanisch-Sahara bezeichnet wird. Auf einigen Landkarten, die um 1975 gemacht wurden, gehört der nördliche Teil des Landes zu Marokko, der südliche zu Mauretanien. Woran liegt das? – 1975 wurde Spanien auf den Druck der Vereinten Nationen und der Befreiungskämpfe in der Sahara hin gezwungen, seine Kolonie „Spanische Sahara“ aufzugeben. Daraufhin haben die Nachbarländer Marokko und Mauretanien – nach Absprache mit Spanien (Madrider Abkommen) – das Land militärisch besetzt und unter sich aufgeteilt. Grund dafür ist das Interesse an den reichen Phosphat- (Grundstoff der Düngemittelindustrie), Eisenerz- und Uranvorkommen in der Sahara. „Im Gefolge des Madrider Abkommens erhielt Spanien auf unbestimmte Zeit 60 % der aus der westlichen Sahara stammenden Phosphateinnahmen zu gesprochen.“ 30 % gehen an Marokko, 10 an Mauretanien (Tagesanzeiger-Magazin, 13.3.1976).
Frankreich hat sich militärisch in den Konflikt eingemischt. Neben einer „Befreiung“ der Sahara ist es vor allem an einer wirtschaftlichen Stärkung Mauretaniens interessiert. – Die sahrauische Befreiungsorganisation Frente Polisario führt seit 1973 den bewaffneten Kampf, zunächst gegen Spanien, dann gegen Marokko und Mauretanien. Bei der Invasion der marokkanischen und mauretanischen Truppen mußte dennoch der Großteil der sahrauischen Bevölkerung in die Wüste der Sahara fliehen, bis sie von dort wieder mit Bombenangriffen vertrieben wurde und auf algerisches Gebiet weierflüchtete. Dort leben heute ca. 200 000 Sahrauis, hauptsächlich Frauen und Kinder. „Die sahrauische Bevölkerung in Algerien betrachtet sich nicht länger als Flüchtlinge, sondern als ein Volk im Exil, das sich auf die Rückkehr in seine Heimat vorbereitet. In der Verbannung werden die zukünftigen Gesellschaftsstrukturen erarbeitet und erprobt. Großer Wert wird dabei auf Selbsthilfe und Selbstverwaltung gelegt, die begründet sind auf der Mitarbeit und Mitbestimmung eines jeden Einzelnen.“ (Sahara-Info des Schweizer Unterstützungskomittees für die Sahrauis)
Grund für uns, gerade die sahrauische Bevölkerung zu unterstützen, wo es doch sehr viele gibt, die in Not und Elend leben, ist die Tatsache, daß die Sahrauis den Kampf gegen ihre Unterdrückung aufgenommen haben. Humanitäre Hilfe wird so zu einer Unterstützung der Kräfte, die nicht nur unter der Ungerechtigkeit in der Welt leiden, sondern trotz der militärischen Übermacht ihrer Feinde dagegen kämpfen.
Diese sehr knapp zusammengefaßten Informationen wurden mit Erläuterungen und Dias vertieft: die typischen Nomadenzelte, in denen jeweils eine oder zwei Familien wohnen, Frauen und Kinder (die Männer sind fast alle im Befreiungskampf), Schulunterricht unter primitiven Verhältnissen, Lagerversammlungen, die die demokratische Struktur verdeutlichen usw.
Bei diesen Vorträgen bzw. Erzählungen hörten die Mädchen aufmerksam zu, aber als wir die aufforderten, Fragen zu stellen und ihre Meinung herausforderten, kam nichts. Das lag vermutlich daran, daß Mädchen weniger diskutierfreudig sind als Jungen, zumal sie sich untereinander kaum kannten, und daß das Thema für sie neu und fremd war. Einige stellten dann während der praktischen Arbeit Fragen, und es erwies sich von daher als günstig, daß wir den theoretischen Teil an den Anfang gestellt hatten.

Unser Vorschlag, materielle Unterstützung zu leisten, wurde als selbstverständlich angenommen. An den Überlegungen der Schülerinnen zeigte sich dann auch, daß sie bei den Erzählungen etwas gelernt hatten: Eine Schülerin meinte ganz richtig, die Sahrauis bräuchten wohl am dringendsten Geld. Der Vorschlag, Geld zu sammeln, sollte mit dem Projektunterricht verbunden werden. Da Gebrauchsgegenstände, die wir selbst herstellen, zugleich einen symbolischen Charakter der Freundschaftsäußerung haben, einigten wir uns auf die Herstellung von Spielzeug für die sahrauischen Kinder.
Die praktischen Arbeiten gingen am Anfang sehr langsam vor sich. Es fielen Bemerkungen wie: „jetzt mach doch'n bißchen schneller, wir können doch nicht nur vier Eisenbahnen da runter schicken“.
Der nächste Tag war ‚Fototag‘. Da die Sahrauis nicht wie wir über Fernsehen und andere Medien Bilder von fremden Ländern zu sehen bekommen, sollte für sie ein Fotobuch gemacht werden. Nach Vorüberlegungen, was sie fotografieren wollten – Wohnen, Schule, Verkehr, Freizeit, Einkaufen – und technischen Hinweisen teilten sich die Schüler in Gruppen auf die Themengebiete auf und zogen mit ihren Fotoapparaten los.
Als wir uns gegen Mittag wieder trafen, hatten die Mädchen einige Fragen: „Haben die Sahrauis denn schon mal ne Straßenbahn gesehen?“ „Haben die denn überhaupt größere Städte?“ – Drei Mädchen gingen zu der Landkarte, die die ganze Zeit an der Wand hing. „Wie machen sie es, wenn sie einkaufen müssen?“ „Gibt es dort Schulbücher?“ usw. Und Sabine meint: „Das ist ja eigentlich ganz toll: wir drücken bloß auf'n Knopf, und das Licht geht an. Wir drehen am Hahn und kriegen Wasser, während die sich mit ihren Kanistern abschleppen.“ Die meisten hatten offenbar beim Fotografieren Bilder der sahrauischen Flüchtlingslager vor Augen gehabt und mit dem verglichen, was sie sahen und fotografierten.
Als Nächstes begann die praktische Arbeit. Es wurde eine Liste mit Vorschlägen von Medico International für materielle Unterstützung der Sahrauis vorgelesen, in der auch Spielzeug erwähnt wird. In der Liste wird dazu aufgefordert, den Sendungen einen Brief beizulegen, auf den dann geantwortet würde. Daraufhin überlegten sich während der Arbeit viele, was sie in einem solchen Brief schreiben würden.
Am Ende des Vormittags wurde der Bericht eines Überlebenden über einen Napalmangriff vorgelesen, den marokkanische Luftwaffeneinheiten 1976 auf Flüchtlingslager in der Sahara ausgeführt hatten (Sahara libre, 14/1977).
Der Bericht ist ergreifend, und es ist schwer, dazu etwas zu sagen. Anschließend wurden Interviews mit Frauen aus den Flüchtlingslagern vorgelesen, die den Hintergrund und den

Ablauf der Flucht verdeutlichen: eine Minenarbeiterfrau aus der Stadt, eine Fischersfrau und eine Nomadenfrau erzählen über ihr früheres Leben, ihre Rolle als Frau und über die Flucht. Die Materialien sind sehr anschaulich, aber eine Diskussion darüber ließ sich auch hier nicht entfachen, und wir waren uns darüber im Unklaren, wieviel von dem, was wir vermitteln wollten, überhaupt ankam.
Erst bei der praktischen Arbeit zeigte sich, daß die Schüler sich doch mit diesen Problemen beschäftigt hatten: Während der Arbeit wurde eifrig diskutiert, einige überlegten, daß eigentlich mehr Leute über diesen Konflikt Bescheid wissen müßten, ob sie nicht in der Stadt Flugblätter verteilen sollten und ob das Sinn hat, wo so viele Leute in der Stadt Flugblätter verteilen und alle anderen mit ihren vollen Einkaufstaschen daran vorbeihasten. Andere schlugen vor, am nächsten Tag gut erhaltenes Spielzeug von zu Hause mitzubringen und in der Schule Geld zu sammeln. Bemerkenswert ist auch, daß an diesem einen Tag wesentlich mehr hergestellt wurde als an den vorhergehenden zusammen, Pausen wurden von den meisten ignoriert.

Daß sie wirklich etwas gelernt hatten, zeigte sich auch am letzten Projekttag. Es wurde ein Film vorgeführt, der Bilder von den militärischen Einheiten der Polisarido und den Flüchtlingslagern zeigt. In der Besprechung versuchten wir, die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes für die Sahrauis deutlich zu machen – die einzige Möglichkeit für sie, in ihr Land zurückkehren zu können und es selbst zu verwalten. Der Innenminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara sagt in einem Interview: „Wir waren nie Verfechter des Krieges, und wenn wir heute diesen Weg gewählt haben, der andere Menschen vernichtet, so nur, weil er eine Notwendigkeit ist. (. . .) Wir fragen, was das Gewissen der Menschheit zur Ausrottung eines ganzen Volkes und zur Vertreibung aus seiner Heimat sagt. Ich bin sicher, daß die Antwort die unsere sein wird. Ich bin sicher, daß auch das deutsche Volk den gleichen Weg gewählt hätte unter diesen Bedingungen, selbst wenn es Menschen gibt, die diesen Weg als verbrecherisch verurteilen." (Aus einem unveröffentlichten Manuskript von Medico International.)

Damit war der theoretische Teil abgeschlossen. Obwohl eine Diskussion in der ganzen Gruppe nicht möglich war, zeigte sich an einigen Bemerkungen, daß die Schüler darüber nachdachten; einige äußerten Zweifel daran, ob sie überhaupt zu Waffen greifen würden, andere meinten, diese Menschen dort lebten unter Bedingungen, die wir uns gar nicht vorstellen können, so daß wir nur schwer sagen können, was wir an ihrer Stelle tun würden.
Völlig unerwartet und überraschend für uns war dann das, was bei der Dokumentation und dem Brief an die Sahrauis herauskam: fast ohne unser Zutun faßten vier Schülerinnen mit Hilfe von Fotos aus der Sahara wichtige Informationen für die Schule zusammen, und der Brief den die Schüler alle gemeinsam ganz ohne Lehrer verfaßten, spricht ebenfalls für sich:

> Liebe Sahrauis!
> Wir sind Schüler einer großen Gesamtschule in Bremen. Bremen ist eine Stadt in Norddeutschland. Unsere Schule hat 1680 Schül[redacted] Der Unterricht beginnt um 8.[redacted]eht bis 16.00 nachmittags. [redacted]Schule eine Essensausgabe, in d[redacted]eizeit, essen können. In jedem J[redacted]ule eine Projektwoche durchge[redacted]n sich ein Thema aussuchen, [redacted]r als Projekt anbieten. Unser Thema, das wir gewählt haben, heißt: „Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara". Zuerst konnte sich niemand unter diesem Thema etwas vorstellen. Doch in dieser Woche erfuhren wir neben praktischen Arbeiten einige sehr wichtige Informationen über die Lage der Sahrauis durch Berichte und Filme. Durch diese Informationen sind wir zu der Meinung gekommen, daß man alles Erdenkliche tun sollte, um den Menschen dort zu helfen.
> Die praktischen Arbeiten haben wir in unserer Gruppe aufgeteilt. Eine Gruppe hat kleine Lastautos mit Anhänger hergestellt, eine andere Gruppe hat kleine Püppchen gebastelt und eine dritte Gruppe hat einen Teppich gewebt. Für diese Tätigkeiten hatten wir alle nötigen Werkzeuge wie z.B. Hammer, Feile Säge, Bohrmaschine und andere Werkzeuge zur Verfügung. Wir arbeiteten in einem dafür bestimmten Raum, in dem nur handwerkliche Arbeiten durchgeführt werden. In dieser einen Woche haben wir nach einem Plan gearbeitet, um möglichst viel herzustellen. Die Arbeit hat uns sehr viel Spaß gemacht, denn wir wissen, daß wir damit vielen Sahraui-Kindern eine Freude machen können. Am letzten Tag haben Schüler dieser Gruppe Spielsachen, Decken und Kleidungsstücke mitgebracht, die sie gerne den Sahrauis (Kindern) schenken. Wir hoffen, daß ihnen diese Sachen gefallen werden und ihnen etwas über die schlimme Lage hinweghilft. Wir wünschen, daß die Sahrauis eines Tages in dem Land, das ihre Heimat ist, genauso in Frieden leben können wie wir. Wir stehen voll auf ihrer Seite und bewundern sie für ihren Mut und ihre Kraft und hoffen, daß sie niemals resignieren, bevor sie ihr Ziel erreicht haben.
> Wir würden uns freuen, wenn wir eine Antwort auf diesen Brief erhalten, in dem geschrieben ist, ob man sich über unsere gesendeten Sachen gefreut hat, und ob sie heil angekommen sind.

Im Fotobilderbuch stellten die Mädchen Gegensätze in unserem Lebensbereich dar: Häuser, in denen Leute mit viel Geld, und solche, in denen Leute mit wenig Geld wohnen; aber auch Dinge, die ihnen bemerkenswert erschienen, obwohl sie alltäglich sind: Parkplätze mit Unmengen von Autos, Kaufhäuser usw.
Alle hatten von zu Hause Spielzeug, einige hatten Knöpfe gesammelt (in der Medicolite steht, daß für die Nähwerkstatt der Lager Knöpfe gebraucht werden), die Spielzeugeisenbahnen standen in einer langen Reihe neben den Püppchen und dem mitgebrachten Spielzeug, und der Flickenteppich war nach großen technischen Schwierigkeiten endlich auch fertig geworden. Einige Mädchen hatte mit großem Elan und Erfolg Plakate an Lehrer verkauft und dabei 81,– DM zusammenbekommen (ca. 60,– DM Reingewinn). Zum Schluß begutachteten wir noch einmal gemeinsam das gesammelte und gebastelte Spielzeug, das inzwischen ordentlich in Kartons verpackt war. „Aber eigentlich haben wir wenig geschafft, für 100 000 Flüchtlinge!" „Wenn so etwas an vielen Schulen gemacht würde, dann wäre es ja mehr!"
Die Dokumentation wurde im Flur aufgehängt und der Brief vorgelesen. Damit war die Projektwoche – zur Zufriedenheit aller – abgeschlossen.
Wenn wir einen solchen Unterricht noch einmal machen, werden wir verschiedene Sachen anders machen: Wir werden die Schüler Materialien – z. B. widersprüchliche Infor-

mationen aus unterschiedlichen Quellen – selbst erarbeiten lassen. So lernen sie auch, mit Informationen umzugehen, anstatt sie nur aufzunehmen. Wir würden uns eventuell andere Gegenstände überlegen, die die Schüler herstellen können. Wir hätten aufgrund der positiven Erfahrungen jetzt auch den Mut, in einer solchen Projektgruppe oder bei ähnlichen Gelegenheiten einen Flohmarkt oder ähnliches zu veranstalten.

Aus dem Fotobuch:



„In so einem Haus wohnen viele Leute, die wenig Geld haben."

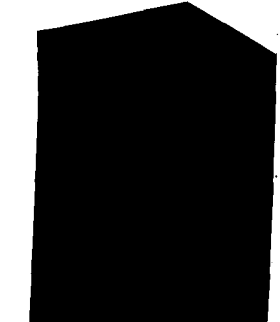


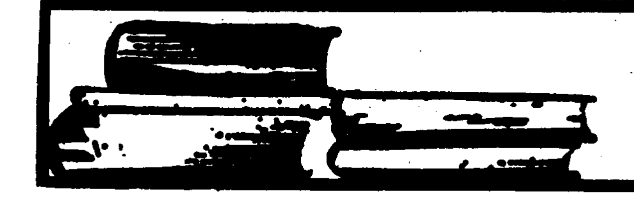
„In so einem Haus wohnen wenig Leute, die viel Geld haben."

Alles in allem sind wir über den Verlauf des Projektes sehr froh. Der praktische Zusammenhang hat den Schülerinnen einen Zugang zu dem Problem ermöglicht, der sich allein durch Theorie nicht hätte herstellen lassen. Das materielle Ergebnis der Projektwoche ist zwar nicht überwältigend, aber die Bereitschaft, Solidaritätsarbeit zu leisten, ist bei den Schülerinnen sehr groß. Wir überlegen, wie wir dieses Interesse auffangen können, aber es scheint kaum Möglichkeiten zu geben. Die Gruppe kommt als solche im Unterricht nicht zusammen, und wir kennen keine Gruppe in ihrem Stadtteil, in der sie eine solche Arbeit machen können. (Die Zusammenarbeit bei dänischen Schulklassen mit Stadtteilgruppen scheint uns da optimal.) Aber für viele der Mädchen wurde in der Woche sicherlich ein Verständnis und Interesse geweckt, das sie weiterentwickeln und vielleicht später anwenden können. Und dieses Interesse wurde gerade bei denjenigen geweckt, die über Theorie und Diskussion kaum ansprechbar sind.
Wichtig war die Behandlung des bewaffneten Kampfes zum Schluß. Eine rein humanitäre Anteilnahme ist in dem Alter und vor allem bei Mädchen leicht zu provozieren; wir wollten ihnen aber auch verständlich machen, warum die Sahrauis zu dem Mittel des bewaffneten Kampfes gegriffen haben. Die Diskussion über den Befreiungskampf war – im Vergleich zu den vorhergehenden – lebhaft; ihr offenes Ende ohne Vereinheitlichung der Meinungen entspricht den Gegebenheiten: Auch auf „höhrerer Ebene" gibt es Auseinandersetzungen über den Unterschied zwischen endloser humanitärer Hilfe für unterdrückte und leidende Völker und der Unterstützung derjenigen, die sich gegen die Ursachen für ihr Elend wehren.

Mit der Effektivität der Arbeit steigt auch die Ernsthaftigkeit und die Verantwortung gegenüber dem politischen Geschen in der Welt. Man hört und liest nicht mehr nur von mehr oder weniger fremden, merkwürdigen Dingen, die in fernen Ländern passieren und einen nicht betreffen, sondern erfährt die Möglichkeit und vielleicht die Pflicht, selbst aktiv zu werden. Damit trifft man eine konkrete Entscheidung, auf wessen Seite man sich stellt – z. B. im Kampf zwischen der weißen Minderheit und der Mehrheit der unterdrückten Bevölkerung in Zimbabwe oder im Kampf der aus ihrem Land vertriebenen sahrauischen gegen die Großmachtinteressen. Und für einige Leute, die mit dieser Arbeit praktische Erfahrung machen und ihr Bewußtsein darin entwickeln, endet dies in der Erkenntnis, die Samora Machel so umschreibt: „Solidarität ist nicht ein Akt der Wohltätigkeit, sondern der gegenseitigen Hilfe zwischen Kräften, die für das gleiche Ziel kämpfen." (Afrika Liberation Calendar 1978, hg. vom Liberation Support Movement, USA.)

Ein ausführlicher Bericht von diesem Unterrichtsprojekt ist als Lieferung 2 der Unterrichtsmaterial-Loseblattsammlung erschienen, die von der Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung (GEB)/ Dritte Welt Lehrerinitiative herausgegeben wird (siehe „blätter des iz3w Nr. 69, S. 53). Die Lieferung enthält außerdem Texte, Dokumente und Fotos über den Saharakonflikt, sowie Literatur- und Medienhinweise.
Kontakt/Redaktion: Christian Neven-du Mont
Elsässerstr. 43
7800 Freiburg
Einzelpreis (incl. Porto) 4 – DM (30 S.) Abonnement für 6 Nummern, einschließlich aktuelle Nachlieferungen 24,– DM. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1436 96 – 758 C. Neven-du Mont/Lehrerinitiative.





REZENSIONEN

Ruth Erlbeck: Frauen in Indien

Band 2 der Reihe: Frauen in der Dritten Welt
Verlag Frauenpolitik Münster 1978, DM 11,40, 130 Seiten

In der Diskussion über die Auswirkungen der kapitalistischen Unterwerfung der Entwicklungsländer sind die Einflüsse des Kapitalismus auf den gesellschaftlichen Status von Frauen lange vernachlässigt worden. In letzter Zeit mehren sich aber Arbeiten – meist von Frauen verfaßt, die in der europäischen Frauenbewegung engagiert sind – welche untersuchen, wie Veränderungen der Produktionsverhältnisse die gesellschaftliche Stellung der Frau beeinflussen und welche Rolle Frauen bei der Überwindung der Unterentwicklung in Ländern des abhängigen Kapitalismus spielen.

Ein gutes Beispiel hierfür ist die kürzlich erschienene Untersuchung von Ruth Erlbeck „Frauen in Indien". Ihre Hauptthese ist, daß die fortschreitende „Entwicklung" Indiens, seine zunehmende Durchkapitalisierung, eine immer stärkere Verelendung der Frauen der unteren Schichten bewirkt. Diese Aussage wird im Verlauf des Buches ausführlich belegt.

Ausgehend von einer kurzen historischen Analyse wird aufgezeigt, daß der britische Kolonialismus zwar die Grundlagen der asiatischen Produktionsweise zerstörte, das kulturelle Wertsystem der indischen Gesellschaft aber nahezu unangetastet zu lassen suchte.

Vor dem Hintergrund des traditionellen Frauenbildes, das die Autorin in Indien noch immer stark durch das Kastensystem bestimmt sieht, wird im Hauptteil des Buches die heutige Situation der erwerbstätigen indischen Frauen untersucht. Die mit dem Kolonialismus eingeführte kapitalistische Produktionsweise, d.h. vor allem das Privateigentum an Boden, der Aufbau von Industrien, die Intensivierung des Handels und die teilweise stattfindende Modernisierung der Landwirtschaft erfaßte überwiegend Männer, verwies die Frauen jeweils in den traditionellen Sektor und schwächte so ihre ökonomische Position erheblich.

Trotz schlechter Statistiken läßt sich feststellen, daß fast 90 % der erwerbstätigen Frauen in Indien in ländlichen Regionen arbeiten, die meisten davon als Landarbeiterinnen. Doch arbeiten auch sehr viele Frauen unter katastrophalen Arbeitsbedingungen im sog. „unorganisierten Sektor": Gelegenheitsarbeit auf dem Bau, Heimarbeit, Arbeit in Manufakturen, Kleinindustrie usw. Die Mehrheit der erwerbstätigen Frauen sind Analphabetinnen aus der Unterschicht, die ihre Erwerbstätigkeit aus ökonomischem Zwang aufnehmen. Sie sind einer besonders harten Ausbeutung unterworfen, zumal sie zusätzlich noch für die Versorgung der Familie zuständig sind. Durch den kapitalistischen Modernisierungsprozeß, in dessen Verlauf sich „moderner" und „traditioneller" Sektor immer weiter auseinander entwickeln, wird außerdem die gesellschaftliche Kluft zwischen Männer und Frauen immer größer: die Frauen werden tendenziell aus der Marktproduktion bzw. aus der Arbeit gegen Entlohnung herausgedrängt, auf unentgeltlich geleistete Arbeit im Subsistenzsektor oder im Haushalt verwiesen und verlieren so selbst ihren geringen gesellschaftlichen Status, den sie innehatten, solange sie mit ihrer Erwerbstätigkeit zum Familienunterhalt beitrugen.

Für die Frauen, so behauptet Erlbeck, ist nun die zunehmende Verelendung der unteren Schichten im peripheren Kapitalismus am spürbarsten, weil sie für die tägliche Reproduktion der Familie verantwortlich sind. Was heißt das nun für die Entstehung von politischem Bewußtsein?

Den fast interessantesten Teil ihres Buches bildet in diesem Zusammenhang Erlbecks Analyse verschiedener Gruppierungen, die an einer Veränderung der Situation indischer Frauen arbeiten. Den innerhalb der Dortentwicklungs-Programme in den 50er Jahren entstandenen Frauenorganisationen, deren Arbeit die Frau in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter bestärkte, und den Frauenorganisationen der politischen Parteien, die spezifische Frauenprobleme entweder leugneten oder mit halbherzigen Reformen zu beseitigen suchten, werden aktive Widerstandsbewegungen von Frauen gegenübergestellt, wie sie vor allem in den letzten Jahren von sich reden machten. Hier wehren sich Frauen militant gegen Preiserhöhungen und Korruption, kämpfen für Lohnerhöhungen und gegen das System der Hochzeitsmitgift, das vor allem für die ärmere Bevölkerung eine große finanzielle Belastung darstellt, aber auch eine spezifische frauenfeindliche Komponente hat. Diese Widerstandsbewegung, die sich etwa in Besetzungen, Streiks und Boykotten äußert, geht von den Betroffenen selbst aus und ist Ausdruck ihrer eigenen Interessen. Sie konnte in den letzen Jahren auch einige Erfolge verzeichnen.

Die Verantwortung für die tägliche Versorgung der Familie unter sich drastisch verschlechternden Bedingungen scheint also für die Bildung von politischem Bewußtsein bei indischen Frauen von besonderer Bedeutung zu sein. Von daher kritisiert Erlbeck die marxistischen Theorien, die allein in der Erwerbstätigkeit von Frauen die Möglichkeit ihrer Emanzipation sehen und entwickelt eine Perspektive der Befreiung, die im Reproduktionsbereich ansetzt. „. . . Die Organisation von Frauen im Reproduktionsbereich ist als eine Chance für die Befreiung der Frauen anzusehen, da sie in diesem Bereich die Möglichkeit der Praktizierung alternativer Kampf- und Kooperationsformen (Abbau von hierarchischen Strukturen, von Unpersönlichkeit, dem Ausschluß alles Privaten) haben." (S. 123)

Dieser Ansatz, der von Frauen zahlreicher Länder nicht nur diskutiert, sondern vor allem immer häufiger praktiziert wird, scheint über die marxistische Diskussion tatsächlich hinauszugehen. Ob er sich allerdings auch in der Praxis, in der Mobilisierung revolutionären Potentials, über einige Anfangserfolge hinaus bewähren wird, bleibt abzuwarten. Historische Erfahrungen, wonach derartige Bewegungen durchgreifende Erfolge haben erzielen können, liegen nur sehr vereinzelt vor.

Zur Lesbarkeit des Buches: bei aller Klarheit des Aufbaus stören einige Kompliziertheiten wissenschaftlicher Sprache und Ausdrücke im Soziologenjargon („koloniale Penetra-

tion", „die Frau als Reproduktionsagentin" usw.). Im Grunde ist eine solche Ausdrucksweise nicht notwendig, um die Zusammenhänge aufzuzeigen. Ein bißchen versöhnt wird man durch die schönen Fotos; im Anhang hat das Buch nützliche Tabellen zur Erwerbstätigkeit, Alphabetisierung von Frauen und anderen Aspekten sowie ausführliche Anmerkungen, die man sich in ihrer Anschaulichkeit gelegentlich in den Text hineingenommen wünscht.
Alles in allem: ein über die Situation indischer Frauen detailliert und mit Engagement informierendes Buch.

sh

Frauenarbeit in den Städten Kolumbiens

Rezension zu:
GUNHILD RAUCH
Frauenarbeit in den Städten Kolumbiens
Verlag Frauenpolitik, Hafenweg 2-4, 4400 Münster, DM 5,80

Die Frau auf dem Arbeitsmarkt Kolumbiens fängt sehr jung an zu arbeiten, d.h. als unqualifizierte Frau. Der Anteil der Frauen an der Arbeitskraft liegt am höchsten in der Altersgruppe zwischen 20 und 24 Jahren. Die Situation dieser Frauen beschreibt Gunhild Rauch ebenso wie die historische Entwicklung der Frauenarbeit in den Städten Kolumbiens. Mit präzisen historisch materialistischen Termini analysiert sie die Entwicklung innerhalb der Industrieproduktion den Bedürfnissen des Kapitals nicht mehr entspricht und in marginale Bereiche verdrängt wird, wie die Industrie zunehmend männliches, ausgebildetes Personal einstellt und die Frau hier aus ihrer historisch dominierenden Rolle verdrängt. Dabei wird dargestellt, wie die Frauen in traditionell weiblichen Zweigen arbeiten, d.h. in Erweiterung ihrer häuslichen Tätigkeiten vor allem in manuellen Bereichen, die handwerkliches Geschick und Ausdauer fordern. Somit sind die Frauen einerseits in der zurückgehenden Handwerksproduktion beschäftigt, andererseits in der kapitalistisch-organisierten arbeitsintensiven Industrie. „Die kapitalistische Entwicklung Kolumbiens fordert Frauenarbeit, einerseits, weil die Männerlöhne unter die Reproduktionskosten sinken, und andererseits, weil Frauen bei bestimmten Arbeiten profitabler eingesetzt werden können." (S. 59) Die vielfach ermüdende soziologische Fachsprache dieses Buches mit ihrem vielen Zahlenmaterial wird allerdings durch gute Erklärungen der Fachterminie aufgelockert, vor allem aber durch Beispiele, wie der Entwicklung der Frauenarbeit in der Firma COLTEJER seit 1907, die heute die größte Textilfirma Kolumbiens ist.
Neben der ökonomischen Reproduktion der Frau verweist Rauch auf die biologische Reproduktion, und schreibt:

„es muß bemerkt werden, daß die Frau keinerlei Verfügungsgewalt über ihren Körper besitzt, und sie mehr oder weniger hilflos einer Empfängnis ausgesetzt ist. Die beiden Komponenten 'passive Weiblichkeit' und der Mechanismus des Mannes machen sie zu einem Opfer."
Das Buch basiert auf einer einsichtigen Gliederung der gesellschaftlichen Determinanten der Frauenarbeit, den wirtschaftlichen Faktoren, den ideologischen und den politisch-rechtlichen. Im folgenden geht Rauch dann theoretisch wie konkret beispielhaft auf die Situation der Frau im kolumbianischen Arbeitsmarkt ein.
Auf dem Umschlagdeckel dieses dritten Bandes aus der Reihe 'Frauen in der Dritten Welt' im verlag frauenpolitik/ Münster schreibt die Autorin zu den Intentionen iher Arbeit:

„Ich will mit diesem Buch einerseits meine Betroffenheit ausdrücken, die ich gefühlt habe, als ich in Kolubien war – eine Betroffenheit, die resultiert aus der Konfrontation und dem sozialen Elend, das vor allem die Frauen trifft; Betroffenheit, weil ich selber eine Frau bin, die unter Diskriminierungen – wenn auch auf anderen Ebenen – zu leiden hat. Ich möchte mit diesem Buch aber auch einen Beitrag leisten zur Erklärung der Situation von Frauen in einem Entwicklungsland. Entgegen der häufig aufgestellten Behauptung, die Modernisierung bringe Fortschritt, möchte ich beweisen, daß die Entwicklungsstrategien, die eine kapitalistische Industrialisierung zur Lösung des Unterentwicklungsproblems propagieren, negative Folgen für die Mehrheit der Bevölkerung haben. Eine Überbevölkerung (strukturelle Arbeitslosigkeit) entsteht, deren Lasten die Frauen zu tragen haben: nicht Familienplanung ist das Rezept, sondern grundlegende Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur. Die Frauen werden im Kampf darum eine wichtige Rolle spielen: die zivilen Streiks, die in den letzten Jahren in Kolumbien stattgefunden haben und wesentlich von Frauen getragen wurden, deuten darauf hin." wilf.

Kirche zwischen Unterdrückung und Befreiung

Kirche zwischen Unterdrückung und Befreiung
Wem helfen die Spenden? Kirchliche Entwicklungshilfe am Beispiel Brasilien
(Hrsg.: Christen für den Sozialismus, Regionalgruppe Bielefeld)

Die Broschüre (Zusammenfassung von Vorbereitungspapieren und Diskussionen eines Intensivseminars der Christen für den Sozialismus) „will am Beispiel der katholischen Kirche die Frage untersuchen, ob kirchliche Entwicklungspolitik tatsächlich zur Beseitigung von Armut und Ausbeutung in der Dritten Welt beiträgt oder ob sie stattdessen eine Strategie verfolgt, die Unterentwicklung und Abhängigkeit nicht beseitigt, sondern stabilisiert." Diese Untersuchung wurde am Beispiel Brasilien durchgeführt.

Zunächst werden ausführlich die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Brasilien dargestellt: Neben den inneren Strukturen dieses „Modells einer abhängigen kapitalistischen Entwicklung", das für die ärmeren Schichten des Landes zunehmende Verelendung bedeutet, wird vor allem die bedeutende Rolle des (deutschen) Auslandskapitals in Brasilien aufgezeigt.

Dann werden die gesellschaftlichen Positionen
a) der Kirche in Brasilien und
b) der Kirche in der Bundesrepublik geschildert.
ad a) Die Kirche in Brasilien ist heute in drei Flügel gespalten: in einen reaktionären, der die Militärdiktatur und die bestehenden Gesellschaftsverhältnisse offen unterstü
einen „gemäßigt-unpolitischen" und einen progressi
öffentlich das kapitalistische (Welt-)System für das M
elend in Brasilien verantwortlich macht.
ad b) Die katholische Kirche in der Bundesrepublik stü
die kapitalistische Restauration im Nachkriegs-Deutschl
ideologisch ab. Sie „verdient" sich ihre unzähligen Privile

gien durch eine massive Stabilisierungsfunktion für die Gesellschaftsordnung (Wertsozialisation, Sozialarbeit). Über die Kirche in Brasilien werden von der hiesigen Kirche falsche Einheitsvorstellungen verbreitet, allerdings auch eindeutig die Zusammenarbeit mit linken/marxistischen Kräften in der lateinamerikanischen Kirche abgelehnt.

Es folgt eine Untersuchung kirchlicher Zeitungen und Zeitschriften hinsichtlich ihrer Berichte über Brasilien: Das Spektrum reicht hier von „offen die Diktatur unterstützend" bis „oberflächlich kritisch" bzw. „fortschrittlich-kritisch" (in evangelischen Publikationen).

Die kirchliche Entwicklungsarbeit in Brasilien wird am Beispiel des katholischen Hilfswerks Misereor untersucht. Fazit: Dem angeblich ideologiefreien Hilfskonzept liegt eine verwaschen-oberflächliche Analyse der Unterentwicklung zugrunde, auf die sich eine caritative bzw. „modernisierende" Entwicklungshilfe aufbaut. Das (finanzielle und ideologische) Verhältnis Misereors zum Staat ist glänzend: 1/3 der Misereor-Gelder stammen vom Staat und werden von ihm kontrolliert.
Den Schluß bilden kurze Untersuchungen:
a) der Öffentlichkeitsarbeit Misereors, die noch immer ans Gewissen appelliert und keine klare Darstellung der Ursachen der Unterentwicklung leistet, und
b) der Projektstrategie Misereors: Hier werden leider nur die allgemeinen Strategieansätze kritisiert. Eine Untersuchung konkreter Projekte erschien den Autoren aufgrund der dürftigen Materiallage (Misereor läßt keine genauen Informationen raus) nicht möglich. Dies ist ein schwacher Punkt in dieser Broschüre, die sich als Einführung in dieses Thema gut eignet. bm

Bezug: CfS, c/o Gabi Sturm, Bökenkampstr. 20, 4800 Bielefeld (Preis: 2,50 DM)

„VW DO BRASIL – ENTWICKLUNGSHILFE IM BESTEN SINNE?"

Sondernummer 6 der Brasilien Nachrichten, mitherausgegeben von dem Projektbereich Dritte Welt der AGG – Arbeitsgemeinschaft kath. Hochschul- und Studentengemeinden. Nov. 1978 156 S. DM 4,00

VERFASSER: Werner Würtele
Harald Lobgesang

Bestellungen per Vorauszahlung auf Kontonr. 482 484 der Brasilien Nachrichten Kreissparkasse Tübingen (BLZ: 641 500 20) oder bei Eilbestellungen in Briefmarken an:

BRASILIEN NACHRICHTEN
- Vertrieb -
Belthlestr. 40
7400 Tübingen

AUS DEM INHALT:

I. BRASILIEN – EL DORADO MULTINATIONALER KONZERNE

1.2. Die Situation der Gewerkschaften unter der Diktatur
2. Der wirtschaftliche Hintergrund: Wachstum, São Paulo, Arbeitslosigkeit
3. Multis: Träger des brasilianischen Entwicklungsmodells

II. VW DO BRASIL – ENTWICKLUNGSHILFE IM BESTEN SINNE?

1. Ökonomisch: Verbesserung der Zahlungsbilanz? Modernes know how? Ein Käfer für alle? VW-Farm als Multiplikator-Beispiel?
2. Sozial: Schaffung neuer Arbeitsplätze? Erziehung? Verbesserung der Sozialstruktur u. des Lebensstandards?
3. Politisch: Anpassung an Diktaturverhältnisse

III. DIE VOLKS-FAMILIE

Personalpolitik: Loyalisierung, Rotation, Repression

IV. ZUR LAGE DER BRASILIANISCHEN ARBEITERKLASSE

V. VW-GESCHÄFTSBERICHT 1975



SAGO-Informationsblatt Bolivien
Durch ein Versehen beim Lay-Out unserer letzten Ausgabe wurde die Bezugsadresse dieses neuen Informationsblattes zu Bolivien vergessen: SAGO c/o K. Schmidt, Blücherstr. 26, 5300 Bonn

KAMPUCHEA 1979, Befreiung oder Aggression? E. Steinhauer und J. Horlemann, Verlag Rote Fahne, Köln 1979, 11,80 DM, 176 Seiten

Der Hauptartikel des Buches mit dem gleichnamigen Titel „Kampuchea 1979: Befreiung oder Aggression?" von Horlemann und Steinhauer, läßt schon auf Grund der Herkunft der Autoren (Horlemann ist Mitglied des ZK der KPD) keinen Zweifel am Standpunkt: für Kampuchea, für die Regierung Pol Pot ist dieser Artikel geschrieben und sind weitere Artikel und Dokumente zusammengetragen worden. Daß dabei die internationale Einschätzung der KPD einfließen, versteht sich von selbst: Die Sowjetunion ist die sozialimperialistische Supermacht, Vietnam das Kuba Asiens, und die Bundesrepublik wird im nationalen Interesse der BRD aufgefordert, Waffen nach China zu exportieren! (S. 49)

Nach dieser Vorbemerkung sei all denjenigen, die daraufhin das Buch in eine ihrer berühmten Schubladen legen wollen, gesagt, sie irren: Horlemann und Steinhauer – wie auch die übrigen Autoren dieses Buches – bemühen sich, Fehler, die unter der Pol Pot Regierung vorgekommen sind, herauszuarbeiten. Sie bleiben jedoch nicht dabei stehen, sondern versuchen diese Fehler, im historischen Zusammenhang der Zeit nach dem antiamerikanischen Befreiungskampf und seiner Folgen einzuordnen und zu zeigen, daß die Pol Pot-Regierung auf Grund besonderer Klassenverhältnisse und ökonomischer Situation in Kampuchea, zu einem einzigartigen Aufbau des „Demokratischen Kampuchea genötigt war.

Leider wird diese Analyse bei der Betrachtung der inneren Entwicklung Vietnams nicht durchgehalten. Hierbei werden Fragen nach Fehlern der vietnamesischen Kader nicht zu erklären versucht, sondern gleich dazu benutzt, der vietnamesischen KP ihren Großmachtchauvinismus zu beweisen. Daß auch andere Gründe die vietnamesischen Kader zu einem anderen Vorgehen als das der Kampucheanischen brachten, wird nicht problematisiert.

So wird das Ausschalten der „Dritten Kraft", die im vietnamesischen Befreiungskampf eine wichtige Rolle spielte, die Einschränkungen der Privilegien des buddhistischen Klerus in Vietnam und gar die Unterdrückung der Religionsfreiheit in Vietnam angeprangert (S. 47), während für Kampuchea durchaus positiv vermerkt wird, daß der Buddhismus nicht nur als Staatsreligion abgeschafft wurde, sondern auch alle arbeitsfähigen Mönche zur Produktion herangezogen wurden. Gleichzeitig sehen Horlemann und Steinhauer jedoch auch, daß die Zerstörung der Familienstrukturen und religiösen Institutionen sehr radikal und schnell durchgeführt wurden.

Inwieweit nur durch Repression Terror und Mord die sehr radikale Zerstörung von Familienstrukturen und religiösen Institutionen erreicht werden konnte, wird (bewußt?) durch die Autoren nicht ausgesprochen. Die Morde des Kampucheas Pol Pots werden auf „einige hundert Leute" (Sabotagetruppe und Terrorkomandos der Khmer Serai) reduziert. Weitere Gewalttaten waren „spontane Vergeltungsaktionen und Repressalien der befreiten Bauernmassen gegen die Lon Nol-Anhänger und die Ausbeuterklassen (einige Tausend). Der Leser mag selbst urteilen, wie er das folgende Zitat einschätzt (ich halte es für blanken Zynismus):

„Man muß nach den vorliegenden Berichten wohl davon ausgehen, daß in den neubefreiten Provinzen sicherlich viel Blut vergossen worden ist, das vom Standpunkt der revolutionären Zweckmäßigkeit nicht hätte vergossen werden dürfen. Doch wir halten es nicht für richtig, wie Luther angesichts von Erruption bäuerlicher Gewalt gegen die „mordenden und sengenden Bauern" zu wettern."

(S. 25).

Die Frage nach Aufstandsbewegungen in Kampuchea, die es nach Meldung von Radio Hanoi mehrfach gegeben haben soll, versuchen die Autoren anhand von Journalisten- und Reiseberichten zu beantworten: Außer dem im Mai 1978 von Vietnam angezettelten Putschversuch Heng Samarins und Chea Sims gab es keine Aufstandsbewegung. Kampucheanische Flüchtlinge in Vietnam, die Träger der Befreiungsbewegung hätten sein müssen, wußten von der Existenz der CNUFNS nur etwas durch Radio Hanoi (S. 22).

Von den weiteren Artikeln des Buches haben wir zwei in den „blättern des iz3w" schon früher abgedruckt. Es handelt sich um „Revolutionäre Gewalt in Indochina" von Malcolm Caldwell (blätter des iz3w, Nr. 56, Oktober 76) und den Artikel „der Konflikt zwischen Kampuchea und Vietnam", in welchem Heinz Kotte versucht, historisch zu belegen, daß Kampuchea gegenüber Vietnam sich im Recht befindet, da die heutigen Grenzen Kampucheas das letzte Rückzugsgebiet des Khmer-Volkes gegenüber seinen Nachbarn darstellt (abgedruckt in: blätter des iz3w, Nr. 71, August 1978).

Zum Tode von Malcolm Caldwell, der am 23. Dezember 1978, während des Besuches der ersten westlichen Journalistengruppe in Kampuchea seit der Befreiung 1975, in Phnom Penh ermordet wurde, sind die Erklärung der Presseagentur Kampucheas, der Bericht der Mitreisenden Elisabeth Becker aus dem Guardian vom 28.12.1978 und ein Nachruf von Erwin Steinhauer dokumentiert.

Zwei Artikel, die aus dem Jahre 1977 stammen, setzen sich hauptsächlich mit dem Vorwurf des Völkermordes durch die Khmer Rouge auseinander: Chomsky und Herman weisen in „Verdrehungen aus vierter Hand" nach, daß sich die Greuelberichte, von denen in westlichen Medien berichtet wird, ihre „Informationen" hauptsächlich aus Flüchtlingsberichten beziehen (Wir haben über die Pressekampagne gegen Kampuchea ausführlich berichtet, vgl. „blätter des iz3w, Nr. 56")

DOKUMENTATION über KOREANERINNEN

Eine Dokumentation über ihre Aktionen gegen die drohenden Ausweisungen von koreanischen Krankenschwestern hat die „Koreanische Frauengruppe in der Bundesrepublik Deutschland" vorgelegt. Die Sammlung enthält u. a. ein Referat „Zur Lage der koreanischen Krankenschwestern in der BRD", das im Februar 1978 auf einer Tagung in Münster gehalten wurde (an der Vertreter der Bundesministerien teilnahmen), Muster von Kündigungsbriefen und Ausweisungsbescheiden, Fallschilderungen, Aufrufe und Offene Briefe koreanischer Frauengruppen, Angaben über eine Unterschriftensammlung, bei der sich über 12.000 Bundesbürger für den Verbleib der Koreanerinnen einsetzten, Protokoll und Presseerklärung der Tagung in Münster, staatliche und kommunale Stellungnahmen – darunter eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zur Situation der asiatischen Krankenschwestern im Bundestag vom Mai 1978 – sowie Pressestimmen. Die Koreanische Frauengruppe möchte mit der Dokumentation (Typoskript, DIN A 5, 103 S. gegen 2,– DM in Briefmarken bei **Won-Hea Kang, Adlzreiterstr. 15, 8000 München 2** zu beziehen) zu einem „besseren Verständnis für die Probleme ausländischer Mitbürger" in der deutschen Öffentlichkeit beitragen. Deshalb befindet sich im Anhang auch ein Bericht südkoreanischer Bergarbeiter über ihre unzumutbaren Lebens- und Arbeitsbedingungen in der BRD. Und ein Brief der entlassenen Dong-Il-Textilarbeiterinnen aus Südkorea wurde abgedruckt als Hinweis auf die Unterstützung und Spendenaktion der Koreanischen Frauengruppe.

(s. a. iz3w Nr. 72/sept. 78 u. Nr. 74+75/Jan. u. Feb. 79)

Gareth Porter geht in dem Beitrag „Stellungnahme zum Vorwurf des Völkermordes gegen die Regierung des Demokratischen Kampuchea" weiter, indem er die Schwierigkeiten, die durch die Nahrungsmittelversorgung und Krankheiten entstanden sind, aufzeigt. Bei der Nahrungsmittelversorgung kommt er zu dem Ergebnis, daß der kampucheanischen Führung bei der Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln keine Fehler nachzuweisen sind und daß die Evakuierung der Städte zur schnellen Normalisierung der Ernährungssituation in Kampuchea geführt hat. Die registrierten Flüchtlinge und Arbeiter erhielten unter der Lon Nol-Regierung 150 g Reis pro Tag und Mann/Frau. Nach der ersten großen Nachkriegsernte ab Januar 1976 war das Ernährungsproblem gelöst: 500 g Reis pro Tag für jeden und 700 g insgesamt für diejenigen, welche schwere Arbeit zu verrichten hatten.

Das Problem des Gesundheitszustandes der Bevölkerung während der Cholera und Malaria-Epidemien der ersten beiden Nachkriegsjahre scheint von der Regierung – nach Porter – unterschätzt worden zu sein. Er wirft ihr vor, im ersten Jahr nach der Befreiung jegliche internationale Hilfe zur Bekämpfung der Epidemien zurückgewiesen zu haben und erst im zweiten Jahr Medikamente aus dem Ausland beschafft zu haben, um der kritischen gesundheitlichen Lage der Bevölkerung Herr zu werden.

„*Auf längere Sicht, in den nächsten zwei oder drei Jahren, scheint es sehr wahrscheinlich, daß die neue Regierung die Kontrolle über ihre medizinischen Probleme gewinnt, und zwar durch eine Verbindung von besserer Ernährung und Ausnutzung des Arbeitspotentials, durch Sprühprogramme und vermehrte Anwendung von Medikamenten und ärztlichen Kenntnissen. Von da an wird jede Beurteilung des neuen Kambodscha in steigendem Maße die positiven Errungenschaften der ökonomischen Entwicklung, der Verbesserung der materiellen Lage und des sozialen Status der Menschen gegenüber dem Verlust anderer Werte zu würdige haben, wie traditionelle religiöse Lebensweise, traditionelle Werte in Verbindung mit hierarchischen sozialen Strukturen, leichterer Lebensweise und persönlichen Freiheiten. Die Debatte um die Würdigung dieser positiven und negativen Züge der revolutionären Veränderung in Kambodscha wird, wie nach jeder bisherigen Revolution, viele Jahre andauern.*" (S. 150/151).

Diese Würdigung ist heute noch schwieriger, da das Experiment der Gesellschaft der Roten Khmer durch die vietnamesische Okupation unterbrochen (?) bzw. beendet wurde.

Samir Amin analysiert die kampucheanische Klassensituation, die sic durch Homogenität der Bauernschaft im Widerspruch zu dem durch die Stadt repräsentierten Handelskapital stehend, fundamental von der heterogenen Landbevölkerung bspw. des vorrevolutionären Chinas oder Vietnams unterscheidet und erkennt ähnliche Klassenstrukturen wie in den meiste Ländern Afrikas.

Die Artikel aus der Peking-Rundschau und dem Hongkonger Wochenmagazin Far East Economic Review haben ausschließlich antivietnamesischen und antisowjetischen Propagandawert. Wichtig sind noch folgende Dokumente zu erwähnen:

– Erklärung des Demokratischen Kampuchea vom 1.1.79
– Erklärung Pol Pots vom 5.1.79
– Rede Sihanuks vor dem Weltsicherheitsrat vom 11.1.79

und das Interview jugoslawischer Journalisten mit Pol Pot (aus dem Jahre 1978), in welchem Pol Pot auch kurz seinen eigenen Lebenslauf schildert, ein Faktum, um das in der westlichen Presse die wildesten Gerüchte gesponnen wurden

Fazit: Die einzelnen Autoren des Buches können nicht alle Fragen, die die Regierung Pol Pots durch die Abgeschlossenheit des Landes in den letzten vier Jahren offengelassen hat, beantworten. Dort wo sie es versuchen, kommen sie im großen und ganzen zu einleuchtenden und „nachgewiesenen" Aussagen. Die Positionen Vietnams und der CNUFNS werden nicht dokumentiert. Die Analyse Vietnams durch Horlemann und Steinhauer steht auf schwachen Füßen. Für alle, die sich ernsthaft und intensiv mit dem Konflikt Vietnam – Kampuchea und dem sozialistischen Experiment der Roten Khmer befassen wollen, gibt das Buch nützliche Denkanstöße. Aber entscheidende Fragen über das Kampuchea der Roten Khmer werden zu unkritisch übergangen. Wo.

BÜCHER

Die nachstehend aufgeführten Bücher sind zur Rezension in der Redaktion der 'blätter' eingetroffen:

M. Münzel (Hg.), Die indianische Verweigerung. Lateinamerikas Ureinwohner zwischen Ausrottung und Selbstbestimmung, Hamburg 1978, 235 S., rororo aktuell 4274;

O. Kimminich, Schutz der Menschen in bewaffneten Konflikten, München 1979, 284 S., Matthias Grünewald-Verlag, Bischofsplatz 6, 65 Mainz

W. Meyer, Medizinische Strategie für Entwicklungsländer, Bonn 1979, 198 S., Hartmannbund-Verlag, Godesberger Allee 54, 5300 Bonn 2;

S. Ravasani, Iran – Entwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates, Stuttgart 1978, 255 S., Alektor-Verlag, Kniebisstraße 29, 7000 Stuttgart;

G. Rauch, Frauenarbeit in den Städten Kolumbiens, Münster 1978, 69 S., DM 5,80, Verlag Frauenpolitik, Hafenweg 2-4, 4400 Münster;

G. Yonan, Assyrer heute. Kultur, Sprache, Nationalbewegung der aramäisch sprechenden Christen im Nahen Osten, Reihe progrom, Hamburg 1978, 238 S., Gesellschaft für bedrohte Völker, Parkallee 18, 2000 Hamburg 13;

Volkswagen in Brasilien. Entwicklungshilfe im Besten Sinne? Tübingen 1978, 154 S., Hg.: Agg, Rennweg 34, 5300 Bonn und Brasilien-Nachrichten, Belthlestraße 40, 7400 Tübingen.

TÜRKEI
Bei 97 Ländern, 223 Banken und 90.000 Firmen verschuldet

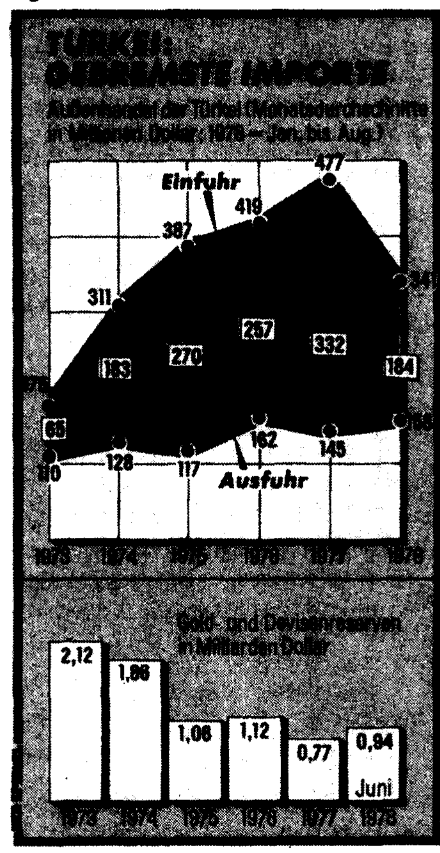
„Der kranke Mann am Bosporus" macht wieder von sich reden. Dieser Beiname war im 19. Jahrhundert geprägt worden, als das Osmanische Reiche gegenüber den heutigen Industrieländern hochverschuldet war und schließlich 1876 den Staatsbankrott erklären mußte. Das Land wurde daraufhin ab 1881 von einer allgemeinen Schuldenkommission, die von den Gläubigerstaaten gebildet wurde, verwaltet. Spielt sich nun nach 100 Jahren das gleich noch einmal in einer modernen Version ab? Die Berufung des niedersächsischen Finanzministers Walter Leisler Kiep (CDU) durch Helmut Schmidt zum Beauftragten, der die türkische Wirtschaft im Sinne von IWF (Internationaler Währungsfonds), OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung), EG (Europäische Gemeinschaft) und verschiedenen Gläubigerländern sanieren soll, zeigt gewisse Parallelen.

Die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Türkei
Quellen: BFA-Mitteilungen: Weltwirtschaft am Jahreswechsel: Türkei, Februar 1979; LM 6.3.79; SZ 12.1.79. (vgl. auch „blätter des iz3w", Nr. 67, Feb. 78)

Um die Ausmaße der Probleme zu verdeutlichen, sollen zunächst einige Zahlen genannt werden.
Anfang 1978 betrug die Summe der türkischen Auslandsschulden ca. 15 Mrd. US-$; rund 2,5 Mrd. $ waren davon bereits 1977 fällig und ebensoviel für 1978. Zu den Verbindlichkeiten muß man 6 Mrd. $ für Zinszahlungen addieren; weitere 5 Mrd. $ sind der Türkei bereits zugesagt, aber noch nicht in Anspruch genommen worden. Im 4 Fünfjahresplan, für 1979 bis 1983 gültig, sind weitere 15 Mrd. $ als Neuverschuldung geplant.
Diese Zahlen sind gewaltig und nichtssagend zugleich, wenn sie nicht mit der Wirtschaftskraft des Landes verglichen werden (zur besseren Vergleichbarkeit wird deshalb im folgenden mit Mrd. US-$ weitergerechent).
Der Staatshaushalt für 1979 erreicht die Höhe von ca. 13 Mrd. $ (NfA 9.4.79).
Der Devisenbestand der Zentralbank, mit dem die wichtigsten Importe gezahlt werden müssen, betrug am 9.2.79 nur 0,541 Mrd. $ an Gold und Devisen (FAZ 28.2.79).
Das gesamte Bruttosozialprodukt betrug 1978 etwa 48 Mrd. $; setzt sich zu ca. je einem Viertel aus landwirtschaftlicher und industrieller Produktion zusammen, zur Hälfte aber wird es im Dienstleistungssektor aufgebracht.
Die Schulden sollten normalerweise aus Überschüssen in der Zahlungsbilanz abgetragen werden. Doch auch hier hat die Türkei weiterhin Defizite: (in Mrd. $)

	1977	1978
Exporte	1,8	2,3
Importe	5,8	4,6
Handelsbilanz	−4,0	−2,3

Während bis 1977 sich das Handelsbilanzdefizit ständig vergrößert hatte, hat es sich 1978 erstmals verringert, doch es bleibt eine Lücke, die die Verschuldung vergrößert. Die Erlöse aus den meist landwirtschaftlichen Exporten sind nur gerade so hoch wie die Energie-Importe der Türkei. Beachtliche Ausgaben hat die Türkei auch für Waffen-Importe; diese brauchen die Militärs einerseits für ihre innenpolitischen Operationen, zum anderen für die Zypern-Besetzung; nicht zuletzt jedoch für ihre NATO-Aufgaben zur Verteidigung der westlichen Industrieländer.

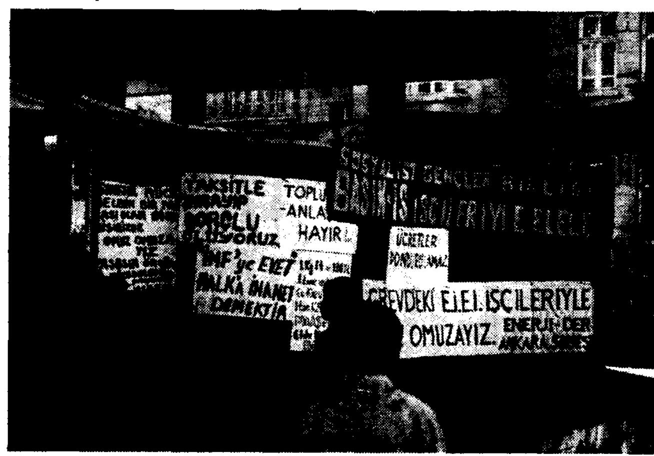


Zwar überweisen die im Ausland arbeitenden Türken jährlich knapp 1 Mrd. $ nach Hause und tragen somit dazu bei, daß das Zahlungsbilanzdefizit etwas geringer als das Defizit in der Handelsbilanz ist; insgesamt scheuen die türkischen Arbeitsemigranten aber diese Geldüberweisungen, denn wenn sie das Geld im Ausland behalten, können sie damit Güter einkaufen, die es wegen der Devisenknappheit in der Türkei nicht oder nur zu überhöhten Preisen gibt. Man schätzt, daß die Türken in der BRD etwa 6,5 Mrd. $ (12 Mrd. DM) auf Sparbüchern halten.
Die meisten Auslandstürken scheuen zudem eine Rückkehr wegen der großen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheiten: die Produktionskapazitäten sind zur Zeit nur zur Hälfte ausgelastet, in einzelnen Branchen noch weniger, wie z.B. in der PKW-Produktion nur zu 18,4 %. Ursache ist nicht etwa eine fehlende Nachfrage – das Geldvolumen ist übermäßig aufgebläht –, sondern die Tatsache, daß Rohstoffe, Halbfertigwaren und Ausrüstungen wegen der Devisenknappheit nicht importiert werden können; noch ist die ganze Wirtschaft zu sehr darauf ausgerichtet, viele Waren eher zu importieren als sie im eigenen Lande herzustellen.

Die Arbeitslosigkeit, in der Türkei ohnehin schon schronisch, wächst durch die geringe Kapazitätsauslastung der Industrie natürlich zusätzlich an. Da keine neueren Angaben vorliegen, ist sie mit weiterhin 20 – 25 % anzusetzen. Die Inflation hat im letzten Jahr weiter zugenommen. Hatte man für 1977 noch 50 % genannt, so sind es für 1978 schon 70 %. Dabei waren lebensnotwendige Güter besonders betroffen: die Preise für Mieten, Heizung und Beleuchtung, Fleisch, Gemüse, Obst und Schuhe haben sich in einem Jahr fast verdoppelt (NfA 9.3.79).
Die politische Repression, bereits in den vergangenen Jahren zunehmend, hat sich seit der Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1978 verschlimmert. Nicht mehr die Regierung, sondern die faschistischen Kräfte im Militär und Polizei haben die tatsächliche Macht in der Hand.
Die finanziellen Probleme des Landes, daß es bei 97 Ländern, 223 Banken und 90 000 Firmen verschuldet ist, daß etwa Rechnungen deutscher Lieferanten von 1976 noch nicht beglichen sind, obwohl die türkischen Partner die Gelder in türkischen Lira bereits angewiesen haben (es fehlen die zur Zahlung notwendigen Devisen) Stgt. Ztg. 30.3.79), daß deswegen die internationale Geschäftswelt weitere Lieferungen oder Investitionen scheut, sind also nicht die einzigen Probleme der Türkei. So gravierend sie auch sind, so leidet doch die Mehrheit der Bevölkerung unter Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung, niedrigen Löhnen, Inflation und politischer Repression noch wesentlich mehr.
Genau das ist der Punkt, den die Kapitalisten und ihre internationalen Organisationen ignorieren. Für sie ist es wichtig, Umsätze zu machen, eine hohe Rendite zu erhalten und dafür zu sorgen, daß die Türkei ausreichende finanzielle Mittel hat, um international ein einträglicher Kunde zu sein. Das wirtschaftliche und politische Niederhalten der Bevölkerung ist für sie dann ökonomisch profitabel. Aus dieser Interessenlage heraus läßt sich die Politik des IWF und verwandter Organisationen erklären.

Die Forderungen des IWF

Die Auslandsverschuldung und die Wirtschaftsmisere haben sich seit der Gründung der türkischen Republik 1923 immer nur unter den rechtsgerichteten Regierungen Menderes' und Demirels verschlimmert (vgl. das Buch von H. Keskin: Die Türkei, das in den „blättern des iz3w" Nr. 75, Feb. 79 besprochen wurde).
Kurz vor dem Ende der Regierung Demirel, im Herbst 1977, versuchte der IWF der Türkei Auflagen zu machen, doch die Rechten waren zu solchen unpopulären Maßnahmen nicht bereit. Der Vorsitzende des Wirtschaftskabinetts, Erbakan von der religiäösen „Nationalen Heilspartei" MSP, boykottierte die IWF-Gespräche einfach (HB 14.12.78).
Angesichts der unlösbaren Probleme wechselten 15 Abgeordnete aus dem rechten Lager die Seite: sie stimmten Ende 1977 für Ecevit von der sozialdemokratischen orientierten „Republikanischen Volkspartei" CHP als Ministerpräsidenten und wurden dafür in Ecevits neuer Regierung im Januar 1978 alle (bis auf einen) mit einem Ministerposten belohnt. Es ist anzunehmen, daß sie sich nicht aus Sympathie für Ecevit umorientierten, sonderm um Demirel in der prekären Situation zu entlasten.
Die Bedingungen, die der IWF im Herbst 1977 stellte, lauteten: Abwertung der türkischen Lira um 30 – 40 %, Einfrieren der Arbeiterlöhne, Einfrieren der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise sowie Preiserhöhungen für die Produkte der staatlichen Wirtschaftsunternehmen (LM 23.9.77 und Türkei-Info Nr. 1, Nov. 77).
Das ausdrückliche Ziel des IWF hinter diesen Forderungen ist die Einschränkung des Konsums, getreu der volkswirtschaftlichen Grundgleichung: Volkseinkommen = Konsum + Investition; also: wenn der Konsum verringert wird, kann sich die Investition vergrößern. In klarer Sprache heißt das: den Arbeitern soll möglichst viel abgeknapst werden, dann machen die Kapitalisten größere Profite und bekommen damit einen erhöhten Anreiz für Neuinvestitionen.
Mit der Abwertung der türkischen Lira hingegen wurde bezweckt, daß türkische Produkte für das Ausland billiger (sprich: die türkische Arbeitskraft wird billiger) und damit auf dem Weltmarkt mehr nachgefragt werden. Umgekehrt werden ausländische Produkte für die Türkei teurer (also: ein Arbeiter muß für das gleiche Gut mehr arbeiten als früher, um es kaufen zu können), und daher werden sie weniger nachgefragt. Mit primitiven ökonomischen „Theorien" wird so gerechtfertigt, daß das Land zunehmend ausgebeutet wird.
Nach dem „Sturz" Demirels stellte der IWF nun an Ecevit, auf den viele Arbeiter und Intellektuelle Hoffnungen setzten, dieselben Forderungen. Am 1.3.78 beugte sich der Ministerpräsident den wesentlichen Bedingungen: die Lira wurde um 30 % abgewertet, indirekte Steuern wurden erhöht, staatliche Gebühren um bis zu 100 % hinaufgesetzt, um nur einige Maßnahmen zu nennen. Über die Gewerkschaftsführer wurden die Arbeiter aufgefordert, in ihren Lohnforderungen mäßig zu sein (Türkei-Info Nr. 5, März 1978).
Mit der Abwertung, der weitere kleinere Abwertungen vorangegangen waren und auch noch folgten, war Ecevit der wesentlichsten Forderung des IWF nachgekommen. Diese Maßnahmen aber hatte in der so stark importabhängigen türkischen Wirtschaft eine verstärkte Inflation zur Folge. Mit den übrigen Preis- und Steuererhöhungen bei nur gering steigenden Löhnen wirkte sie sich bei den Arbeitern – und erst recht bei den Arbeitslosen! – verheerend aus, so daß diese in ihren Streiks immer deutlicher begannen, Ecevit als IWF-Marionette, als Helfer des Auslandskapitals, darzustellen.



Die wichtigsten Parolen auf den Plakaten vor diesem türkischen Streiklokal lauten:
„Ja zum IWF" ist Verrat am Volk!
Wir leben auf Teilzahlung und sterben verschuldet!
Die Löhne können nicht eingefroren werden!

Dieser Widerstand der Arbeiter gegen die IWF-Forderungen dürfte die Ecevit dazu bewogen haben, die zur Auflage gemachten Maßnahmen nicht in voller Schärfe weiter durchzuführen.
Die Gegenleistung des IWF für Ecevits Sparsamkeits-Maßnahmen war die Zusage über einen Beistandskredit in Höhe von 400 Mio. US-$. Er sollte in drei Teilen ausgezahlt werden. Tatsächlich aber zahlte der IWF nur 120 Mio. US-$ aus;

weitere fällige Zahlungen wurden gestoppt, da Ecevit die IWF-Bedingungen nach dem 1. März 1978 nicht mehr treu genug befolgte (HB 7.3.79, Stgt. Ztg. 22.3.79).
Ende 1978 wurden darauf hin die Verhandlungen zwischen der Türkei und dem IWF völlig abgebrochen; Ecevit bezeichnete eine drastische Drosselung der Binnennachfrage, wie sie vom IWF verlangt wird, als „sozial unannehmbar" und als „politischen Selbstmord" (ebenda).

OECD und EG schalten sich zunehmend ein
Die totale Verweigerung aus Ankara verstärkte die Sorge der westlichen Industrieländer darüber, daß die Geschäfte mit der Türkei ganz zum Erliegen kamen – 1978 beispielsweise wurden keinerlei Auslandsinvestitionen in der Türkei getätigt (Weltwirtschaft am Jahreswechsel: Türkei; BfA 2/79).
Auf ihrem Gipfel in Guadeloupe zu Weihnachten 1978 beschlossen die vier Regierungschefs der USA, der BRD, Frankreichs und Großbritanniens, eine Hilfsaktion für die Türkei zu starten, und zwar eine ebenfalls an Bedingungen geknüpfte Kreditvergabe im Rahmen der OECD. Die Federführung dafür übernahm die BRD, die zwar „nur" der drittgrößte Gläubiger der Türkei ist (nach Saudi-Arabien mit 2,45 Mrd. $, USA mit 1,82 Mrd. $, folgen die BRD mit 1,36 und Japan mit 1,17 Mrd. $ Forderungen), aber ihr wichtigster Handelspartner. An Krediten sollten in diesem Rahmen zunächst 0,5 Mrd. $ vergeben werden, doch standen Anfang März 1979 nur noch die USA und die BRD zu ihren Zusagen, womit sie etwa 0,25 bis 0,3 Mrd. $ als „Soforthilfe" aufbringen würden (HB 12.3.79).
Aber auch die Gespräche zwischen OECD und der Türkei, geführt in Paris Anfang März 1979, konnten die Türkei nicht „deblockieren".
Derweil hatte sich aber die ökonomische Lage des Landes weiter verschlechtert: Ende Februar gab die türkische Zentralbank bekannt, daß zunächst einmal alle Zahlungen für Importe mangels Devisen völlig eingestellt werden müßten; lediglich die allerdringensten Importe könnten bezahlt werden (FAZ 28.2.79). Dieser Zusammenbruch dürfte der Anlaß dafür gewesen sein, daß Helmut Schmidt den niedersächsischen Finanzminister Walter Leisler Kiep (CDU) zum Koordinator der Bemühungen der westlichen Industriestaaten, der Türkei ihre Vorstellungen über eine wirtschaftliche Sanierung aufzuzwingen, ernannte.
Dabei gibt es durchaus Unterschiede zwischen den Auffassungen des IWF und der OECD, insofern, als der IWF auf kurzfristige, die OECD dagegen auf langfristig wirksame Maßnahmen abzielt.



Als weitere Organisation sorgt sich noch die EG um den „kranken Mann am Bosporus". Im Rahmen des Assoziationsvertrages mit der Türkei ist ursprünglich vorgesehen, die Zölle, die die Türkei gegen Billigimporte schützen, schrittweise abzubauen. Diese Frist wird nun vielleicht weiter herausgeschoben; dafür soll die vorgesehene Freizügigkeit für türkische Arbeiter innerhalb der EG auf Drängen der BRD und gegen den Willen der übrigen acht Mitgliedsstaaten nicht verwirklicht werden. Kredite will die EG bis 1981 in Höhe von 0,6 Mrd. $ (310 Mio. Rechnungseinheiten) geben (HB 15.2.79, LM 4.4.79). Wünsche der Türkei sind jedoch dahin gehend, daß die EG in den nächsten Jahren rund 4,2 Mrd. $ (8 Mrd. DM) Kredit gibt, davon ein Viertel als Soforthilfe (FR 3.4.79).

Neue Maßnahmen zur Konsumeinschränkung
Am 22.3.79 verkündete Ecevit weitere „Sanierungsmaßnahmen". Hauptsächlich betreffen diese die
- Einschränkung des Konsums,
- Umverteilung von Sparkapital auf wichtige Investitionen,
- Steigerung der Industrieproduktion zugunsten des Exports.

(NZZ 23.3.79).
Dieses von den Kapitalisten als „Hoffnungsschimmer" (FT 23.3.79) bezeichnete Entgegenkommen Ecevits erweichte die Verhandlungspositionen der internationalen Organisationen.

Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen Türkei und dem IWF

Das binnenwirtschaftliche Stabilisierungsprogramm von Ende März 1979 signalisierte ein Entgegenkommen Ecevits. In der Wirtschaftspresse wurde erwartet, daß nun auch der IWF bereit sei, etwas nachgiebiger in seinen Forderungen zu sein, zumal Ecevit auch Ende März noch betonte, eine Abwertung komme keinesfalls in Frage (NfA 26.3.79).
Die harte Haltung des IWF soll bisher hauptsächlich von den USA und Großbritannien getragen worden sein; sie hielten die Abwertungsforderung für unerläßlich. Die BRD hingegen soll, angesichts der Proteste der peruanischen und ägyptischen Bevölkerung gegen IWF-Maßnahmen in ihren Ländern eine weichere Linie vertreten haben, wonach nicht auf Abwertung bestanden wird, sofern die politische Stabilität dadurch gefährdet wäre (FT 26.2., 23.3, 11.4.79).
Tatsächlich wurde etwa eine Woche nach der Ankündigung von Ecevits Maßnahmepaket bekannt gegeben, daß die Verhandlungen mit IWf und OECD – unter Hinzuziehung der betroffenen großen Geschäftsbanken und der Weltbank – wiederaufgenommen würden (FT 31.3.79, NFA 28.3.79).

Erneute Abwertung und jüngste politische Entwicklung

Bevor es jedoch zu diesen Gesprächen kam, wurde am 10.4.79 die türkische Lira erneut abgewertet, nachdem sie seit Oktober 1978 stabil geblieben war. Die Abwertung betrug zwar formal nur ca. 6 % (gegenüber verschiedenen Währungen unterschiedlich), doch nehmen die Banken einen Monat lang Devisen zum Schwarzmarktkurs entgegen, was de facto einer Abwertung von über 60 % entspricht (FT 11. 4.1979).

Es ist wahrscheinlich, daß mit dieser Maßnahme, die Devisen vom Schwarzmarkt in die Zentralbank leiten soll, die nächste formale Abwertung schon eingeleitet ist.

Schon 2 Tage nach dieser Abwertung führte der türkische Finanzminister in der Schweiz Gespräche mit dem IWF-Direktor de Larosiere und dem OECD- und BRD-Beauftragten Leisler Kiep sowie mit Schweizer Banken. Es sieht so aus, als ob der IWF, der zunächst eine 30%ige Abwertung gefordert hatte, mit Ecevit zufrieden ist und seine „helfenden" Kredite nun doch auszahlt; allerdings fließen die Informationen hierüber noch spärlicher als zuvor, nachdem Ecevit sich aus innenpolitischer Vorsicht vom IWF strengstes Stillschweigen erabt (FT 11.4.1979).

In der Bevölkerung hat sich der Widerstand gegen die jüngsten Sanierungsmaßnahmen speziell nicht sehr verstärkt. Andere innenpolitische Probleme sind gerade aktueller. Die politische Repression hat in den Monaten seit Ausrufung des Kriegsrechts deutlich an Schärfe zugenommen. Ende April wurde das Kriegsrecht, das bisher für 13 überwiegend östliche Provinzen galt, auf weitere 6 Provinzen in der Osttürkei mit meist kurdischer Bevölkerung ausgedehnt. Weil es in der Türkei offiziell keine Kurden gibt – tatsächlich sind es 10 bis 15 Millionen – schlug es wie eine Bombe ein, als ein Minister in einem Zeitungsinterview erklärte, er sei Kurde. Die Kurdenfrage wird in der Türkei in dem Maße wieder ein brennenderes Problem, wie sich die Kurden im Iran zunehmend Gehör verschaffen.

Ecevit ist außerdem auf der parlamentarischen Ebene unter Druck, nachdem seine rechtsgerichteten Minister, die sich Ende 1977 von Demirel losgesagt hatten, nun die Unterstützung zu entziehen drohen; auf ihre Stimmen jedoch ist er dringend angewiesen, um seine parlamentarische Mehrheit zu erhalten (FT 17.4.79).

In der Türkei wird ein baldiges Ende der Regierungszeit Ecevits – spätestens aber zu den nächsten Parlamentswahlen 1981 – erwartet.

Auswirkungen der IWF-Politik

Obwohl es monatelang schien, als ob die Türkei ihre Interessen gegenüber dem IWF durchsetzen könnte, blieb der IWF dennoch Sieger. Für die Almosen, die die internationalen Organisationen der Türkei sogar auch noch auf Kredit geben – die Kredite liegen ja alle weit unter dem Beitrag von 1 Mrd. $ – ist die Regierung zu einer Wirtschaftspolitik gegen die arme Bevölkerung bereit.

Die Abwertung der Lira, die die türkische Arbeitskraft für die Auslände stark verbilligt, kann die türkischen Exporte nur begrenzt steigern, da die Preiselastizität der Nachfrage bei den meist agrarischen Exportgütern nicht sehr groß ist. (d.h. selbst bei einem Sinken der Nahrungsmittelpreise werden größere Mengen an Nahrungsmitteln gekauft werden können). Die Abwertung hat auch für die Verringerung der Importe eine viel geringere Effektivität, als es z.B. ein direktes Importverbot hätte. Dafür erhöht sie die Ausbeutung – Entlohnung der türkischen Arbeit unter ihrem Wert – und heizt die Inflation an.

Die Preissteigerungen aber wirken sich deshalb schlimm aus, weil die Löhne wesentlich weniger ansteigen – hier verlangt der IWF wiederholt einen Lohnstopp! und weil zudem mindestens 20 % der Arbeitsfähigen ohne Arbeit, also ohne Einkommen sind. Erklärtermaßen beabsichtigt der IWF genau diese „konsumeinschränkende" Wirkung, um Investitionen anzuregen. Effektiver für diese Zielsetzung wäre sogar in kapitalistischem Rahmen, gezielte Ausschöpfung unter den Reichen und – wie unter Atatürk teilweise geschehen – gezielte staatliche Investition in Schlüsselindustrien, anstatt die dominierende Stellung des Handels hochzuhalten. Doch die ergriffenen Maßnahmen begünstigen nur das private Handelskapital.

Deutlich sind auch die IWF-Forderungen bezüglich der Staatsunternehmen. Während diese Unternehmen gewisse sozialpolitische Funktionen erfüllen sollen – Einstellung von Arbeitslosen, verbilligte Abgabe ihrer Produkte –, verlangt der IWF, daß auch in den Staatsunternehmen privatwirtschaftliche Prinzipien angewandt werden sollen: Entlassungen und Preiserhöhungen!

So ist es kein Wunder, daß türkische Großkapitalisten darauf drängen, daß ihre Regierung auf die Bedingungen des IWF eingeht. Während viele kleinere Unternehmen von Konkurs bedroht sind, berichtet der Großindustrielle Skip Sabanci, sein Terminkalender sei voll von Verabredungen mit Leuten, die ihm ihre Fabriken oder Anteile verkaufen wollen (ft 21.3.1979).

Die momentane Devisennot läßt der Türkei jedoch zwei Hoffnungsschimmer. Die Wirtschaft wird zunehmend gezwungen, die Produktion von Gütern aufzunehmen, die bisher importiert wurden. „Die Erfahrung von 1978 hat gezeigt", sagt ein linker Wirtschaftler in „Le Monde" (6.3.1979), „daß die Türkei von ihren eigenen Ressourcen leben und vom Ausland weniger abhängig sein könnte".

Zum anderen verstärkt sich die anti-imperialistische Bewegung in der Türkei, ähnlich wie nach der Bankrotterklärung des Osmanischen Reiches; obwohl Rechte und Linke gegen den IWF sprechen, so wird dieser anti-imperialistische Kampf doch hauptsächlich von einer anti-kapitalistischen Arbeiterbewegung getragen.

ebe

TAGUNGSHINWEISE

„Entwicklung in Mosambik", 25. – 27. Mai 1979, in Esslingen, Anmeldungen über Evang. Akademie, 7325 Bad Boll, z. Hd. v. Frau Abt, Tel. 0 71 64/20 51, Spp. 240

„Kann die Regionalplanung Lösungsmöglichkeiten für die Verstädterungsprobleme in der Dritten Welt aufzeigen", 11. 6. – 16. 6. 79, Vlotho, Anmeldung über AKE, Postfach 1109, 4973 Vlotho

„Syrien", 2. 6. – 8. 6. 79, Vlotho, Anmeldung über: s. o.

„Krise und die neuen Formen der Unterdrückung. Wohin führt uns Bewußtseinsbildung?", 24. – 27. 5. 79 in Walberberg, Anmeldung über AG SPAK, Belfortstr. 8, 8000 München 80

„Entwicklungspolitik: Hilfe für die Dritte Welt oder Profit in die eigene Tasche?", 22. 6. – 24. 6. 79, Saarbrücken, Veranstalter: IWEGEP, Cornelia Wilß, Eichendorffstr. 11, 6601 Scheidt

„Hilft ‚Anders Leben' anderen überleben?", Alternativer Lebensstil und Dritte Welt-Problematik, 22. – 24. 6. 79, Euskirchen, Anmeldung bei AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn

Türkei – Verhaftung eines türkischen Wissenschaftlers wegen „antitürkischer Propaganda“

Im folgenden drucken wir einen Aufruf der Universität Hohenheim vom 27.4.79 ab, in dem die türkische Regierung unter Ministerpräsident Ecevit zur Freilassung des in Istanbul festgenommenen Agrarsoziologen Yaşar Aktaş aufgefordert wird. Die Petition wurde vom Institut für Agrarsoziologie der Universität Hohenheim verfaßt.
Wir möchten dem Aufruf folgendes hinzufügen:
Möglicherweise erklärlich wird die Verhaftung von Yaşar Aktaş, der trotz Haftbefehl über zwei Jahre unbehelligt in der Türkei – und zwar im öffentlichen Dienst – arbeitete, vor dem Hintergrund, daß weite Teile des Militärs, der Polizei, der Justiz und der Verwaltung in der Türkei seit Jahren von faschistischen Kräften durchsetzt sind. Nur diese Kreise, die mit den Sympathisanten und Helfershelfern der ehemaligen Militärregierung identisch sind, können ein Interesse daran haben, daß politische Kritik an dieser Militärregierung heute noch geahndet wird, nur diese Kreise verfügen vermutlich auch über die entsprechenden Informationen.
Erschreckend dabei ist vor allem, daß die sozialdemokratische Regierung Ecevit offensichtlich nicht in der Lage ist, diese sich häufenden „Alleingänge“ der Rechten zu kontrollieren geschweige denn zu unterbinden. Offensichtlich gibt es auch bedeutende lokale Unterschiede in Justiz und Polizei, so daß in einigen Gegenden schärfer gegen Oppositionelle vorgegangen wird als anderswo in der Türkei.
Schließlich ist Yaşar Aktaş nur einer der vielen, die tagtäglich in der Türkei wegen ihrer kritischen Einstellung verhaftet werden. Daß man ihn als Wissenschaftler auch im Ausland kennt, sollte die vielen Namenlosen in den türkischen Gefängnissen und die zahlreichen Opfer des rechten Terrors nicht vergessen machen.
Wer sich für die Freilassung von Yaşar Aktaş einsetzen will, soll bitte Karten oder Briefe an die **Botschaft der Türkei, Utestr. 47, 5300 Bonn**, schicken. Möglicher Text:

„Am 29.3.79 wurde in Istanbul Dr. Yaşar Aktaş aus dem Flugzeug heraus verhaftet.
Wir kennen keinen begründeten Vorwurf gegen Herrn Dr. Aktaş.
Wir sind der Überzeugung, daß der Artikel 141, der als Grundlage der Vorwürfe gegen Herrn Aktaş dient, den elementarsten rechtsstaatlichen Prinzipien widerspricht und einen Verstoß gegen die Menschenrechte bedeutet.
Deshalb ersuchen wir Sie dringend, sich rasch und nachdrücklich für die unverzügliche Freilassung von Herrn Dr. Aktaş einzusetzen.“

Hohenheim, 27. April 1979

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!
Sehr geehrte Herren Minister!

Am 29. März 1979 wurde Dr. Yaşar Aktaş in Istanbul aus dem Flugzeug heraus verhaftet. Er war im Auftrag der Çukurova-Universität/Adana auf dem Weg zum Weltkongreß der Agrarsoziologen in Cordoba/Spanien. Wir betrachten Herrn Dr. Aktaş als Kollegen. Er hat hier von 1968–1976 promoviert. Seit 1976 ist er an der Çukurova-Universität tätig und hatte durch Forschungsvorhaben in Kooperation unserer Universität mit der Universität Adana weiteren Kontakt hierher.

Die Tatsache und die Umstände der Verhaftung machen uns bestürzt. Uns ist Folgendes bekannt geworden:
Die Verhaftung erfolgte aufgrund des Haftbefehls eines Sondergerichts vom 8. Oktober 1976. Die Tätigkeit dieser Sondergerichte wurde offiziell wenige Tage danach eingestellt (12.10.76). Die Anschuldigungen beziehen sich zeitlich ausschließlich auf den Aufenthalt in der Bundesrepublik (1968–1976), inhaltlich auf politische Propaganda gegen den türkischen Staat. Unseres Wissens hat sich Dr. Aktaş nie irgenwelcher gewalttätiger Mittel oder anderer Formen von Zwang bedient. Vorwürfe dieser Art liegen nicht vor. Dr. Aktaş hat sich politisch gegen das damalige Militärregime gewandt, unter dem in „den beiden folgenden Jahren“ (nach 1971) „Tausende von Menschen wegen ihrer politischen Überzeugung inhaftiert und viele gefoltert wurden“ (Amnesty International Publications, Länderreihe Türkei, Mai 1977, S. 2).
Obwohl Herr Aktaş seit 1976 wieder in der Türkei arbeitet und im Rahmen der wissenschaftlichen Kooperation mit Hohenheim seither jedes Jahr hierher kam und wieder zurück in die Türkei reiste, wurde er nie über die ihm zur Last gelegten Vorwürfe informiert. Bedrückend erscheint auch, daß weder die Angehörigen noch die Universität in Adana offiziell von der Verhaftung informiert wurden. Nur aufgrund sehr intensiver telefonischer Sucharbeit von Stuttgart aus hatte Frau Aktaş nach über einer Woche vom Schicksal ihres Mannes erfahren.
Besondere Sorge bereitet uns die Information, daß Dr. Aktaş nach Artikel 141 des türkischen Strafgesetzbuches verhaftet wurde und aufgrund des Ausnahmezustandes sein Fall vor einem Militärgericht verhandelt wird. Der Artikel 141 sieht Strafen nicht unter 8 Jahren vor. Amnesty International weist aufgrund dokumentierter Erfahrungen darauf hin, daß die Anklage nach Artikel 141 und 142 eines der sehr häufig verwandten Mittel ist, Oppositionelle zum Schweigen zu bringen. Die Rechtmäßigkeit dieser Artikel, insbesondere ihrer praktischen Anwendung, ist in der Türkei selbst umstritten. „Amnesty International geht davon aus, daß diese Paragraphen mit den elementarsten rechtsstaatlichen Prinzipien unvereinbar sind und einen Verstoß gegen die Menschenrechte bedeuten ... “ (Amnesty International Publications, November 1976, S. 7)

Die Verhandlung vor dem Militärgericht soll am 4. Mai 1979 erfolgen.

Petition (an die Botschaft der Türkei)
– Wir kennen keinen begründeten Vorwurf gegen Herrn Dr. Aktaş.
– Wir sind der Überzeugung, daß der Artikel 141, der als Grundlage der Vorwürfe gegen Herrn Aktaş dient, den elementarsten rechtsstaatlichen Prinzipien widerspricht und einen Verstoß gegen die Menschenrechte bedeutet.

Deshalb ersuchen wir Sie dringend, sich rasch und nachdrücklich für die unverzügliche Freilassung von Herrn Dr. Aktaş einzusetzen.

* * * * * * * * * * * * * * * * *

Die Position der ZANU

Die folgenden Ausführungen sind eine Zusammenfassung eines ausführlichen Gesprächs zwischen Mitgliedern des iz3w Freiburg und Simba Makoni, Europa - Vertreter der ZANU.

Die ZANU ist mit dem Stand des Befreiungskampfes zufrieden

Die ZANU ist heute fähig in 90% des Landes zu operieren. 30% von Zimbabwe können als völlig befreit gelten, in diesen Gebieten leben 1,3 Millionen Menschen; weitere 10% des Landes bezeichnet die ZANU als halbfreie Gebiete. Befreite und halbbefreite Gebiete bedeutet, daß die Kolonialverwaltung dort völlig zusammengebrochen ist, sie können die Gegenden nur noch aus der Luft bombardieren, die Kontrolle auf dem Boden üben ausschließlich die Streitkräfte der Befreiungsarmeen aus. Auch in den Städten operieren die Befreiungsstreitkräfte zunehmend. So konnte bspw. das größte Öllager, welches die rhodesischen Panzer und Flugzeuge mit Treibstoff versorgte, im letzten Jahr in Brand gesteckt werden. Dies war aus zwei Gründen wichtig: zum einen verhängte damit die ZANU selbst ein Ölembargo über Rhodesien, da das von der UNO beschlossene Embargo genausowenig wie die Handelssanktionen von den westlichen Industriestaaten befolgt wurden; zum anderen war diese Aktion psychologisch wertvoll, da die Rassisten sich in den Städten bisher vor den Befreiungsstreitkräften sicher wähnten.

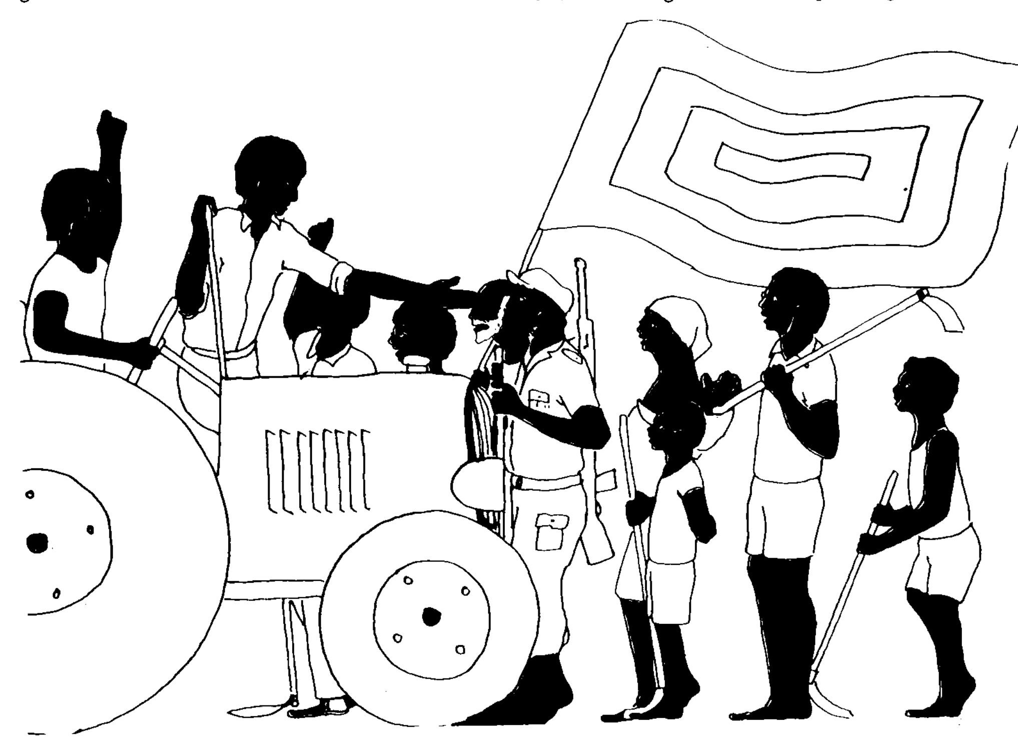
90% des Landes stehen unter Kriegsrecht, dies bedeutet, daß die zivile Regierung nicht mehr die Verwaltung ausübt und der rhodesischen Armee die alleinige Kontrolle überlassen hat. Für die Bevölkerung bedeutet dies noch mehr Repression bis hin zu Folter und Mord.

In dieser Situation, wo 1,3 Millionen Menschen in befreiten Gebieten leben, hat die ZANU eine große Verantwortung für diese Menschen zu übernehmen: Landwirtschaft, Gesundheits - und Erziehungswesen müssen vordringlich (re)organisiert werden. 5 Mio. US Dollar werden mindestens benötigt, um diese Ziele in den nächsten drei Monaten zu erreichen. Langfristig ist es notwendig, ein Basisentwicklungsprogramm zu verwirklichen: Grundlage ist die landwirtschaftliche Selbstversorgung der Bevölkerung, die Wiederbelebung der Krankenhäuser und Schulen. Für diesen Plan sind weitere 20 Mio. US Dollar notwendig. Die ZANU hat sich daher an verschiedene Regierungen gewandt und an die Solidaritätsgruppen.

Position der Patriotischen Front zu Verhandlungen

Die Patriotische Front ist grundsätzlich für Verhandlungen unter zwei Prämissen: 1) Es wird grundsätzlich nur mit der Kolonialmacht Großbritannien verhandelt. Im Rahmen einer Delegation der Briten können auch Vertreter des de - facto herrschenden Smith - Regimes vertreten sein. Es wird jedoch keine direkten Verhandlungen zwischen der Patriotischen Front und Smith geben. 2) Keine Unabhängigkeit ohne vorherige Wahlen, d.h. die Patriotische Front akzeptiert die augenblicklichen Wahlen nicht, weil keine allgemeinen gleichen Wahlen unter internatioaler Kontrolle stattgefunden haben.

Im Januar und Februar und im März letzten Jahres hat die Patriotische Front unter diesen Bedingungen mit den Anglo - Amerikanern verhandelt. Damals wurden weitgehende Einigungen erzielt: Daß ein UNO - Friedens - Corps die Kontrolle in der Übergangsphase ausüben soll, daß es keine Unabhängigkeit ohne vorherige Wahlen geben wird und daß Muzorewa und Sithole mit zu einer Verfassungskonferenz eingeladen werden. Während dieser Verhandlungen der PF mit den Anglo - Amerikanern entstand in Salisbury die „interne Lösung". Daraufhin waren die Briten nicht daran interessiert, weiter zu verhandeln, sondern wollten die ZANU und ZAPU dazu bewegen, in die „interne Lösung" einzusteigen.



Im September 1978 brachten die Briten einen „neuen" Vorschlag, in welchem von der erzielten Einigung, daß die Streitkräfte des Smith - Regimes entwaffnet werden sollten, abgegangen wurde. Außerdem wurde der Grundsatz:„Keine Unabhängigkeit ohne Wahlen„ umgekehrt.
Die USA haben sich als Verhandlungspartner selbst diskreditiert, indem sie Smith und die Mitglieder der „internen Lösung" in die USA eingeladen haben, was eine faktische Anerkennung der internen Lösung bedeutet. Smith, Muzorewa, Sithole und Chirau hielten in den US eine Kabinettssitzung ab, deren Beschluß es war, Sambia anzugreifen. Per Telex unnd Telefon wurde ihre Entscheidung aus den USA dem rhodesischen Militär übermittelt. Da die USA dies unter ihren Augen geduldet haben, hat die ZANU kein Interesse mehr, die USA bei Verhandlungen dabeizuhaben. Mit der Kolonialmacht Großbritannien können die Verhandlungen sofort bei den im März 1978 erzielten Einigungspunkten fortgesetzt werden.

Das Verhältnis der ZANU zur ZAPU

Die Patriotische Front wurde zu den Genfer Verhandlungen 1976 gegründet, damit die Befreiungsbewegungen geschlossener auftreten können und eine Entwicklung, wie in Angola, die zum Bürgerkrieg geführt hat, verhindert werden kann.

Es wurde ein gemeinsamer Koordinationsausschuß (KA) gebildet, in welchem Vertreter von ZANU und ZAPU gemeinsame Richtlinien für die Arbeit der Patriotischen Front (PF) sowohl auf dem politisch - diplomatischen als auch dem militärischen Feld festlegten: In allen politischen Gesprächen und diplomatischen Verhandlungen wird die PF von den Vorsitzenden Mugabwe (ZANU) und Nkomo (ZAPU) gemeinsam repräsentiert. Vorher werden gemeinsame Gespräche geführt, damit die PF nach außen hin gemeinsam auftreten kann. Auf dem militärischen Sektor wurde beschlossen - aufgrund der Schwierigkeiten, die alten Armeen zu fusionieren - bei der Ausbildung von neuen Rekruten gemeinsam vorzugehen, d.h. ZANU und ZAPU schicken aus ihren Reihen jeweils die Hälfte der Rekruten und die Hälfte der Ausbilder, die dann daraus eine gemeinsame Befreiungsarmee der PF formen. Dieses Konzept lief jedoch nicht an, weil die ZAPU ihre Leute nicht in das gemeinsame Trainingscamp schickte, weder Rekruten noch Ausbilder.

Auf politischem Gebiet mußte die ZANU zusehen, wie Nkomo ohne Absprache allein mit dem Smith - Regime verhandelte, das letzte Mal im Oktober 1978. Damit wurden zwei Prinzipien der PF gebrochen: 1) Niemals allein zu verhandeln 2) Nie direkt mit dem Smith - Regime zu verhandeln.

Diese Fakten werden von der ZANU bedauert, aber um des gemeinsamen Zieles der Befreiung Zimbabwe wegen, hält die ZANU an der PF Front mit der ZAPU fest.

wo.

Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Rohstoffe aus der Dritten Welt

Rohstoffe aus der Dritten Welt: Eisenerze, Blei, Uran, Zink, Kupfer, Nickel, Baumwolle, Sisal, Tabak, Reis, Kaffee, Kakao, Zucker, Tee, Felle, Häute, Leder, Edelholz, Gold, Diamanten, Silber...